Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Osterreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 200 • 15. Oktober 2021
Das unparteiische, unabhängige Magazin für ÖsterreicherInnen in aller Welt erscheint bis zu sechs Mal im Jahr in vier verschiedenen pdf-Formaten
http://www.oesterreichjournal.at

200 Mal »Österreich Journal«



Sie sehen hier die Variante US-Letter mit 300 dpi und hoher Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

nach 25 Jahren „Österreich Journal“ und 200 Ausgaben mit insgesamt 21.777 Seiten möchte ich Ihnen allen für Ihre Treue danken! Sie haben die vielen Jahre hindurch immerhin rund dreieinhalb Millionen Magazine als pdf zu sich nach Hause geholt bzw. weitere rund 800.000 über unseren Kiosk gelesen, was ich an Beiträgen aus unserem schönen Land für Sie aussuchen und zusammenstellen durfte.

Österreich hat mit Alexander Schallenberg seit 11. Oktober einen neuen Bundeskanzler – er folgt damit auf Sebastian Kurz, der wegen schwerer Vorwürfe seitens der WKSTA – Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft am 9. Oktober zurückgetreten ist. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Und seit 11. Oktober hat Österreich mit Michael Linhart auch einen neuen Außenminister, der Schallenberg in diesem Amt nachgefolgt ist. Das „Österreich Journal“ gratuliert herzlich und wünscht ihm alles Gute!

Noch eine Bemerkung: Auf vielen Seiten dieser Ausgabe wird natürlich immer Sebastian Kurz als Bundeskänzler, Alexander Schallenberg als Außenminister genannt…

Unsere nächste Ausgabe wird Mitte Dezember erscheinen. Bis dahin

liebe Grüße aus Wien,
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 200

UNO-Generalversammlung 3
16. Arraiolos-Treffen in Rom 15
Österreich erinnert an die Opfer von Auschwitz 16
Offizieller Besuch in Polen 21
Staatsbesuch aus Georgien 23
Erste Auslandsreise von Bundeskanzler Alexander Schallenberg 24
Generalversammlung der Österr. Freunde von Yad Vashem 25
Gedenkfeier in Schloß Hartheim 27
Weltkonferenz der IPU 29
Globaler parlamentarischer Anti-Terrorismusgipfel in Wien 34
Österreichs neuer Außenminister Michael Linhart 36
Botschafterkonferenz 2021 37
5-Länder-Biosphärenpark 42
Wie stehen die BurgenländerInnen zur EU? 47
Kärntner wollen sich stark in EU-Zukunftsdebatte einbringen 49
NÖ unterstützt Betriebe 51
Oberösterreich gestaltet die Zukunft Europas aktiv mit 52
Salzburg und die EU als Thema im »land.talk« 54
Auch im Ausland mit dem Land Salzburg stets in Verbindung 55
Steiermark und Sachsen: »Automotive, Innovationen, Kultur« 58
Zehn Jahre Euregio… 59
Dank an Vorarlbergs Olympioniken 61
HOOKIPA-Produktionsstandort in der Seestadt Aspern 62
Leon Zelman Preis 2021 63
Dachverband PaN 72
Wenig Bewegung im Vorkrisenjahr 73
ÖWF Mars Analog Mission 74
Erster Platz für den Weltmeister 76
Außenminister Schallenberg ist neuer Bundeskanzler 81
Oberösterreich hat gewählt 88
Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme 94
Infineon eröffnet in Villach 97
»Turbo der Energiewende« 100
Geburtsort des Lagerbieres 106
Helmut Kutin – Ein Leben für die Kinder 108
Archäologische Entdeckung mit internationaler Bedeutung 116
Computer dekodiert kontinuierliche Bewegungen aus Hirnsignalen 120
Mutter und Kind: Durch Berührung im Gleichklang 121
Alveri FALCO: Das erste Elektroauto aus Österreich 123
Tizians Frauenbild 125
Dame mit Fächer – Klimts letzte Werke 129
Josef Hoffmann. Fortschritt durch Schönheit 132
Eine neue Oper für Wien 134



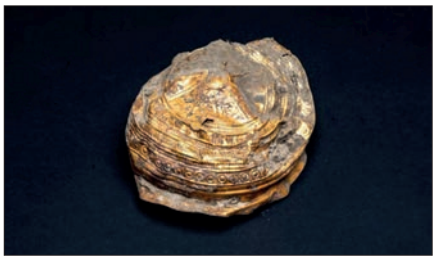
Michael Linhart ist neuer Außenminister 36



A. Schallenberg ist neuer Bundeskanzler 81



Oberösterreich hat gewählt 88



Archäologische Entdeckung 116



Tizians Frauenbild 125

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos Seite 2: Peter Lechner / HBF; OÖVP; ÖBB / Frey; © Gallerie dell'Accademia di Venezia, Ministero della Cultura

Österreich, Europa und die Welt

UNO-Generalversammlung

Nachdem die UNO-Generalversammlung letztes Jahr nur virtuell abgehalten wurde, reiste Bundespräsident Alexander Van der Bellen gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und Außenminister Alexander Schallenberg nach New York.



Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Außenminister Alexander Schallenberg und Bundeskanzler Sebastian Kurz

Ein dichtes Programm hatte Bundespräsident Alexander Van der Bellen von 20. bis 23. September während seines Aufenthalts in New York zu absolvieren, auch traf er mit zahlreichen Staatsoberhäuptern zu bilateralen Gesprächen zusammen. „Die UNO-Generalversammlung ist die Gelegenheit, Staatsoberhäupter und andere Vertreterinnen aus aller Welt zu treffen, deren Länder wir nicht so ‚schnell einmal' bereisen können. Mit der – dank Covid-Impfungen möglichen – physischen Abhaltung der Generaldebatte setzt die UNO ein starkes Zeichen der Rückkehr in Richtung Normalität. Das gibt der Weltgemeinschaft insgesamt Hoffnung, daß wir die Pandemie bald überwinden werden. Mit unserer Teilnahme unterstützen wir auch die Bedeutung der UNO als Weltbühne der Außenpolitik. Die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der UNO ist gerade für ein neutrales und vergleichsweise kleines Land wie Österreich von besonderer Bedeutung", betonte der Bundespräsident im Vorfeld zur Reise.

Am ersten Tag seines Aufenthalts nahm der Bundespräsident an der Gedenkveranstaltung des 9/11 Memorial Museum anläßlich des 20. Jahrestages von 9/11 teilnehmen. Tags darauf, am Dienstag, stand die Eröffnung der Generalversammlung mit Reden von US-Präsident Biden und anderen auf dem Programm.

Interview zu Afghanistan

Die Hilfe für das von den radikalislamischen Taliban überrannte Afghanistan ist aus Sicht von Bundespräsident Alexander Van der Bellen nicht nur eine humanitäre Angelegenheit. Es gehe darum, einen „Vertrauens-



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Gattin Doris Schmidauer am National September 11 Memorial and Museum im Gedenken der Terror-Opfer

Österreich, Europa und die Welt

verlust“ des Westens insgesamt in der Region zu verhindern, sagte Van der Bellen am Abend des 21. September in einer Schaltung in der „ZiB2“ des ORF. Es gehe nämlich darum, „die Menschen in Afghanistan, die auf uns, den Westen, vertraut haben, nicht im Stich zu lassen“.

„Meine Überlegung ist, daß die Länder, die sich der westlichen Welt zugehörig fühlen, ein Eigeninteresse haben, daß die Situation in Afghanistan nicht weiter eskaliert“, sagte Van der Bellen. Insofern sei die Hilfe für Afghanistan „eine ganz nüchterne außenpolitische Überlegung“, sagte er auf eine Frage, ob Österreich Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen solle. Er kenne „einige Bürgermeister, gar nicht so wenige“, die sich bereit erklärt hätten, eine bestimmte Anzahl von Familien in ihrem Dorf aufzunehmen. „Ein Aufnahme sollte also kein Problem sein.“



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Österreichs Botschafter bei den UN, Alexander Marschik, im Gespräch im New Yorker Central Park

Impfen, impfen, impfen..."

Die Botschaft, die der Bundespräsident am 22. September im Spital der Icahn School of Medicine at Mount Sinai in New York mit auf den Weg bekam, war eindeutig. Einzig mit Impfungen könne die Corona-Pandemie in die Schranken gewiesen werden, erklärten die aus Österreich stammenden renommierten Vakzinologen Florian Krammer und Peter Palese anläßlich eines Besuchs des Staatsoberhaupts.

In den USA würden 90 Prozent der Intensivstationen von Corona-Patienten blockiert, die sich nicht impfen hätten lassen, ärgerte sich der gebürtige Oberösterreicher Palese, der seit 1971 an dem prestigeträchtigen Forschungsinstitut und Krankenhaus tätig ist. Das sei wirklich „ein Jammer“. Wissenschaftlich gesehen sei zudem zu erwarten, daß sich früher oder später fast alle Ungeimpften mit dem Covid-Virus anstecken würden, warnte der Experte. Die Zahl jener, die es ohne Impfung „nicht erwischen“ werde, werde verschwindend gering sein.

Der aus der Steiermark stammende Krammer erinnerte daran, daß während der extremen Coronawelle vergangenes Jahr in New York das Spital völlig überfüllt gewesen sei. „Die Eingangshalle war voller Leute, wir mußten über die Tunnel ins Spital hinein. Es war gespenstisch, wir haben im Central Park ein Feldspital eingerichtet.“

Im März 2020 seien vor dem Spital Kühlwagen gestanden, weil pro Nacht um die 80 Personen gestorben seien, erinnerte sich Peter Palese, der auch an der Herstellung eines Vakzins für LMC-Countries, also Länder mit kleinen oder mittleren Einkommen



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Gattin Doris Schmidauer und dem aus der Steiermark stammende Vakzinologe Peter Palese (oben) und mit dessen Oberösterreichischen Kollegen Florian Krammer im Spital der Icahn School of Medicine at Mount Sinai



Foto: HBF / Peter Lechner



Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Außenminister Alexander Schallenberg, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, UN Generalsekretär Antonio Guterres und Bundeskanzler Sebastian Kurz

wie Vietnam, Thailand, Brasilien oder Mexiko, beteiligt ist. Wann dieser einsatzbereit sei, sei allerdings auch eine Frage des Geldes, bedauerte er.

Die Impfung sei aber das einzige wirkliche Mittel im Kampf gegen Corona, unterstrichen die beiden Wissenschafter, die den Bundespräsidenten auch ein wenig in ihren laboralen Forschungsalltag einführten.

Aktuell habe man in New York auch mit der Delta-Variante zu kämpfen, andere Varianten würden derzeit eher in Lateinamerika auftreten, meinte Krammer. Aber auch dort gingen – „wie weltweit" – die Zahlen wieder hinunter. Längerfristig werde das Virus aber nicht verschwinden, sondern vor allem saisonal („im Winter") auftreten.

Auf lange Sicht würden sich die Menschen daran gewöhnen müssen, mit dem Virus zu leben, so der Impfstoff-Experte. Auf die Diskussion um die Freigabe von Vakzin-Patenten angesprochen, meinte Krammer: „Es ist die Frage, wie viel das im Moment bringt. Es ist ja alles viel komplizierter. Es muß auch die Infrastruktur und Technologie da sein, um einen Impfstoff dann auch herstellen zu können." Prinzipiell müsse es bei einer Pandemie aber vorrangig darum gehen, Menschenleben zu retten.

Bundespräsident, Bundeskanzler und Außenminister trafen UNO-Generalsekretär Guterres

Bundespräsident Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Außenminister Alexander Schallenberg waren am frühen Mittwochnachmittag im Rahmen der UNO-Generaldebatte mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, zusammengekommen. „Wir vertreten viele gemeinsame Standpunkte", erklärte Van der Bellen nach dem Treffen und nannte als Beispiele die Themen „Kooperation statt Konfrontation" oder „Multilateralismus". Eine gemeinsame Sorge sei auch, daß der „industrielle Norden" genug Corona-Impfstoff habe, während der globale Süden „nicht über die entsprechende Versorgung mit Impfstoffen" verfüge.

So habe Guterres erzählt, daß auch manche zur UNO-Generaldebatte angereiste Delegationen aus Afrika noch nicht geimpft seien. Bei seinen bilateralen Treffen mit Präsidenten afrikanischer oder asiatischer Länder sei aber auch zur Sprache gekommen, daß Länder wie Ghana oder der Senegal planen würden, gemeinsam mit Pharmakonzernen wie Biontech/Pfizer den Aufbau von eigenen Produktionsstätten voranzutreiben. Prinzipiell halte er dies angesichts der Entwicklungen der vergangenen Monate für „sehr sinnvoll", erklärte der Bundespräsident. Er räumte aber gleichzeitig ein, daß solche Projekte auch gehörig Zeit beanspruchen.

Bezüglich der Klimakrise habe sich der Guterres bei dem Treffen „optimistischer" gezeigt, „als noch vor einer Woche", erzählte Van der Bellen. Guterres rechne nun wieder damit, daß die G20-Länder ihre finanziellen Zusagen für den „Klimafonds für ärmere Länder" einhalten werden. Zudem habe der Generalsekretär erklärt, daß „wichtige Länder, die über große Kohlekraftwerke verfügen", bereit seien, schrittweise aus der kalorischen Energieproduktion auszusteigen. „Das wäre eine gute Nachricht."

Der Bundespräsident traf zahlreiche Amtskollegen

Im Rahmen der UNO-Generaldebatte ist der Bundespräsident auch mit zahlreichen Staatsoberhäuptern aus Afrika, Asien und Lateinamerika zu persönlichen Gesprächen zusammengetroffen. Der thematische Fokus der Gespräche lag auf der Bekämpfung der Covid-Pandemie und der Klimakrise.

„Wir haben keine Zeit zu verlieren. Ein globale Klimakatastrophe können wir nur abwenden, wenn alle Länder ihre Klimamaßnahmen drastisch verbessern. Die Jugend muß dabei viel stärker in die Entscheidungen eingebunden werden. Darin stimme ich vollkommen mit UNO-Generalsekretär António Guterres überein. Denn es geht um nicht weniger als den Erhalt der Lebensgrundlagen künftiger Generationen", wurde Van der Bellen von seinem Büro zitiert.

Zu diesem Thema traf der Bundespräsident den UNO-Sondergesandten für Klima und Finanzen Mark Carney. „In letzter Zeit bin ich optimistischer also zuvor. Zwei Aspekte sind dafür verantwortlich: Einerseits sehe ich, wie sehr die Jugend sich beim Kampf gegen die Klimakrise engagiert. Und

Österreich, Europa und die Welt

andererseits sind die Wirtschaft und auch die Finanzwelt aufgewacht. Sie sehen, daß sie ihre Geschäftsmodelle mittelfristig ändern müssen, um am Markt zu bestehen“, sagte Van der Bellen.

In diesem Optimismus habe ihn auch das Gespräch mit Mark Carney bestärkt. „Carney, der frühere Gouverneur der kanadischen und später der britischen Zentralbank, ist mit den großen Finanzinstituten weltweit in intensivem Austausch. Ziel ist, daß sich diese in all ihren Finanzentscheidungen der Klimaneutralität verpflichten. Damit wird die Wirtschaft weltweit nachhaltig umgebaut. In diesem Umbau sehen die Instituten mittlerweile auch große Chancen für die Zukunft“, betonte der Bundespräsident.

Bei den bilateralen Gesprächen lag in diesem Jahr ein besonderer Schwerpunkt auf Afrika. „Mit dem Präsidenten von Senegal, Macky Sall, und dem Präsidenten von Ghana, Nana Akufo-Addo, habe ich unter anderem über das weltweite Ungleichgewicht beim Zugang zu den Covid-Impfstoffen gesprochen. Hier muß noch viel mehr getan werden. Beide Länder bemühen sich derzeit um den Aufbau von Produktionskapazitäten.“ Im Gespräch mit dem neugewählten Präsidenten von Sambia, Hakainde Hichilema, ging es unter anderem um Stabilitäts- und Sicherheitsfragen im südlichen Afrika.

„Besonders gefreut hat mich das Wiedersehen mit dem Präsidenten von Costa Rica, Carlos Alvarado Quesada. Costa Rica ist ein Stabilitätsanker in Zentralamerika und ein unglaublich innovatives Land. Es ist außerdem ein starker Partner im Kampf der Klimakrise“, teilte Van der Bellen mit. Vietnam war eines der wenigen Länder weltweit, das durch gutes Management der Covid-Krise auch 2020 ein Wirtschaftswachstum von fast drei Prozent aufweisen konnte. „Zahlreiche österreichische Firmen sind bereits in Vietnam aktiv. Jetzt geht es darum, die Beziehungen mit diesem fast 100 Millionen Einwohner zählenden Partner in Asien weiter auszubauen.“

Am Donnerstagvormittag nahm Van der Bellen im Rahmen der UNO-Generaldebatte am virtuellen „UN Foods Systems Summit“ teil. In seiner Video-Grußbotschaft verwies er auf den European Green Deal und dessen „Vision einer nachhaltigen, klimaneutralen und ressourcenschonenden Zukunft“. Um diese Vision zu verwirklichen, „müssen wir die umweltgerechte Landwirtschaft und den ökologischen Landbau ausbauen“, forderte der Bundespräsident.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Gespräch mit dem Präsidenten von Ghana, Nana Akufo-Adda



Foto: HBF / Peter Lechner

Van der Bellen: „Besonders gefreut hat mich das Wiedersehen mit dem Präsidenten von Costa Rica, Carlos Alvarado Quesada.“

„Wir brauchen naturnahe Lösungen und ökosystemare Ansätze – wie den ökologischen Landbau und die Agroforstwirtschaft. Wir müssen Landwirte auf der ganzen Welt und das gesamte Lebensmittelsystem unterstützen und befähigen, die zukünftigen Herausforderungen zu meistern“, erklärte der Bundespräsident, der aber auch die Konsumenten in die Pflicht nahm: „Wir müssen vernünftige und nachhaltige Entscheidungen treffen, auch als Verbraucher, wenn es darum geht, ökologische Produkte zu kaufen, aber auch, wenn es darum geht, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Wir alle können Teil der Lösung sein.“

Anschließend ließ sich der Bundespräsident am East River ein Bauprojekt im New Yorker „Stuyvesant Cove Park“ zeigen, das seitens der Bauleitung als größtes „Climate Adaption Project“ der Stadt angepriesen wurde.

Der Park auf einem ehemaligen Industriegelände ist zwar bereits heute zumindest teilweise ein „Zuhause zahlreicher Tier- und Pflanzenarten“, doch wurde das Gelände bereits mehrmals von Überflutungen in Mitleidenschaft gezogen, ganz besonders durch den Hurrikan Sandy im Jahr 2012. Daher wird nun um 1,5 Milliarden Dollar ein Hochwasserschutzprojekt errichtet, das auch den durch den Klimawandel bedingten Anstieg des Meeresspiegels bis zum Jahr 2100 berücksichtigt, der sich auch auf den Hudson River auswirken wird.

Kurz: Energiewende als Schlüssel zur Bewältigung des Klimawandels

Zu Beginn seines Aufenthalts in New York hielt Bundeskanzler Sebastian Kurz fest, daß „die teilweise physische Präsenz von Staats- und Regierungschefs bei der UNO-Vollversammlung in New York einen Schritt zurück zur Normalität“ bedeute. „Daß nur ein Teil der Staaten vertreten ist, zeigt allerdings, daß der Impfstoff ungleich verteilt ist“, sagte er Bundeskanzler. Eine so hohe Durchimpfungsrate wie in Europa und den USA gebe es in weiten Teilen der Welt nicht. „Menschen in anderen Ländern sehnen sich eine Lage wie in Europa oder Österreich herbei, wo sich jeder, der möchte, impfen lassen kann“, so der österreichische Regierungschef. Die Thematik stand auch bei einem Treffen mit seinem australischen Amtskollegen Scott Morrison auf der Agenda: „Mit seinem Land bin ich seit Beginn der Pandemie in einem engen Austausch gestanden. Wir haben bewußt den Kontakt mit Ländern wie Australien, Südkorea, Israel und anderen Staaten gesucht, die früher von der Pandemie betroffen waren und teilweise mehr Pandemie-Erfahrung haben.“ Der australische Premier habe ihm auch seine Sicht der Dinge zum umstrittenen Indopazifik-Sicherheitspakt (AUKUS) von Australien, Großbritannien und den USA dargelegt. „Prinzipiell sind transatlantische Beziehungen wichtig, ich verstehe aber auch die Enttäuschung Frankreichs“, so der Bundeskanzler.



Foto: BKA / Arno Melicharek

Am 21. September reiste Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) – im Bild mit Außenminister Alexander Schallenberg – zu einem mehrtägigen Arbeitsbesuch nach New York.



Foto:BKA / Dragan Tatic

Der Bundeskanzler beim vom US-Präsidenten Joe Biden initiierten Videogipfel zur Corona-Pandemie

Bei dem Treffen kam es auch zu einem strategischen Partnerschaftsarrangement, über das seit einem Jahr verhandelt wurde. Es sei ein Abkommen, ähnlich wie jener, die es bereits mit der Schweiz, Südkorea und den Vereinigten Arabischen Emiraten gebe. Es umfasse die Bereiche Handel und Investitionen, Wissenschaft, Technologie und Innovation, Bildung und Jugendaustausch sowie Klima und Energie, Kultur, Sport und People-to-People-Kontakte, Cyberthemen sowie Kampf gegen internationalen Terrorismus.

Österreich hat aktiven Beitrag zur Covax-Impfinitiative geleistet

Anläßlich seiner Teilnahme an der Generaldebatte der Vereinten Nationen (UNO) in New York war der Bundeskanzler auch bei einem von US-Präsident Joe Biden initiierten Videogipfel zur Corona-Pandemie involviert. „Die Impfung ist der einzige Weg, das Virus zu besiegen. Wir können erst von einem Sieg sprechen, wenn die ganze Welt die erforderlichen Impfstoffe erhalten hat“, betonte er. Dabei standen unter anderem internationale Kooperationen im Mittelpunkt der Redebeiträge. „Um jetzt Leben zu retten, werden wir unsere europäischen Notfallmaßnahmen fortsetzen und Sauerstoff und Medikamente spenden, wann und wo auch immer sie benötigt werden. Österreich hat bereits einen aktiven Beitrag zur Covax-Impfinitiative der WHO sowohl als EU-Mitglied als auch auf bilateraler Ebene geleistet.“ Man habe über 2 Millionen Dosen bilateral an bedürftige Länder gespendet und „außerdem Pionierarbeit bei der Versorgung der westlichen Balkanländer geleistet durch den EU-Mechanismus zur gemeinsamen Nutzung von Impfstoffen“. Die Hilfestellung beziehe sich auch auf die Aufnahme von schweren Covid-Fällen in heimische Krankenhäuser bei einer Kapazitätsüberschreitung in den Nachbarländern.

Sebastian Kurz verwies auch auf die mögliche Hilfe bei Know-how und Expertise, etwa bei groß angelegten Covid-Testinitiativen. Er stellte dabei die zu Beginn dieses Jahres eingerichtete kostenlose Testinfra-

Österreich, Europa und die Welt



BKA / Dragan Tatic

Roundtable zum Thema Afghanistan in der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen

struktur vor, „die mehr als zwei Millionen Tests pro Woche bei einer Bevölkerung von weniger als neun Millionen“ ermögliche. „Handels- und Reisebeschränkungen müssen so schnell wie möglich aufgehoben werden, um sicherzustellen, daß der wirtschaftliche Aufschwung allen Menschen in allen Regionen zugutekommt. Die Pandemie hat nämlich eines unterstrichen: Gemeinsam sind wir stärker und schneller“, so Kurz.

Bei Entwicklungen in Afghanistan nicht tatenlos zusehen

Am Tag davor luden Bundeskanzler und Außenminister zu einem Roundtable zum Thema Afghanistan in die Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen. „Die UNO und die internationale Staatengemeinschaft dürfen angesichts der dramatischen Entwicklungen in Afghanistan nicht tatenlos zusehen und müssen mehr für den Schutz von Menschen- und Frauenrechten unternehmen. Dabei gibt es Rückschritte, wie etwa geschlechtergetrennten Unterricht an den Universitäten, Verbote für Mädchen, die Schule zu besuchen und die Umbenennung des Frauen- in das Tugendministerium. In der Taliban-Regierung sind zudem keine Frauen vertreten“, betonte Kurz anläßlich des Treffens, an dem auch der Premierminister von Georgien, Irakli Garibaschwili, UNO-Flüchtlingshochkommissar Filippo Grandi, die Außenminister von Katar, Kasachstan, Tadschikistan, Griechenland, Tschechien, Finnland und Norwegen sowie hochrangige Vertreter von UN Women (Deputy Executive Director Asa Regner), UNICEF (Deputy Executive Director Omar Abdi) und UNDP (Unter-Generalsekretärin Usha Rao-Monari) teilnahmen.



Foto:BKA / Dragan Tatic

Der Bundeskanzler mit dem georgischen Premierminister Irakli Gharibaschwili …



Foto:BKA / Dragan Tatic

und mit Al Jaber, dem Sultan von Katar

Österreich, Europa und die Welt

Druck auf die Taliban aufrechterhalten

„Rund die Hälfte der afghanischen Bevölkerung benötigt humanitäre Hilfe, die Situation dürfte sich im kommenden Herbst und Winter noch weiter verschärfen“, so der Bundeskanzler. „Die internationale Staatengemeinschaft ist gefordert, den Druck auf die Taliban aufrechtzuerhalten, damit der in den vergangenen 20 Jahren erzielte Fortschritt in Bezug auf Menschen- und Frauenrechte nicht zunichtegemacht wird. Es braucht klare Konditionalitäten im Umgang mit den Taliban.“ Österreich werde hier einen großen Beitrag leisten. Es gebe auch ein klares Bekenntnis der Nachbarstaaten, von Katar, von europäischen Staaten und internationalen Organisationen zur humanitären Unterstützung Afghanistans. Ein Panel von EU-Ratspräsident Charles Michel hatte als Ziel „die Darstellung der positiven Rolle und des Beitrags von Frauen, einschließlich Führungspersönlichkeiten und Überlebenden, in Konfliktsituationen sowie die Beleuchtung der spezifischen Herausforderungen und Bedrohungen, denen sie ausgesetzt sind“.



Foto:BKA / Dragan Tatic

Sebastian Kurz beim vom Präsideten des Europäischen Rats, Charles Michel initiierten Event „Women in conflict“ zum Thema Menschen- und Frauenrechte in Afghanistan…



Foto:BKA / Dragan Tatic

… und mit Peter Grauer, dem Vorstandsvorsitzenden des Informationsdienstleistungs-, Nachrichten- und Medienunternehmen „Bloomberg’ und Antonella Mei-Pochtler, Leiterin der Stabstelle für Strategie, Analyse und Planung im österreichischen Bundeskanzleramt

Nachhaltige Energie hat für Österreich wichtige Priorität

Abschließend nahm Sebastian Kurz an einem von Generalsekretär António Guterres einberufenen virtuellen „High-Level Dialogue on Energy“ teil. „Die Energiewende ist ein Schlüssel zur Bewältigung des Klimawandels. Nachhaltige Energie hat für Österreich auf allen Ebenen eine wichtige Priorität“, betonte der Bundeskanzler. „Wir haben bei den nachhaltigen Entwicklungszielen das Ziel Nummer 7, also den Zugang zu erschwinglichen, zuverlässigen und modernen Energiedienstleistungen, weitgehend erreicht. Der Anteil der erneuerbaren Energien hat sich deutlich erhöht und liegt weit über dem EU-Durchschnitt“, resümierte er. Man wolle „bis 2030 hundert Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Quellen erzeugen“. Schon heute habe man rund 80 Prozent erreicht. „Wir wollen ein Innovationsführer in der nachhaltigen Energie- und Umwelttechnik werden und sicherstellen, daß unsere energieerzeugende Industrie nachhaltiger werden kann und dabei wettbewerbsfähig bleibt.“

Signale Bidens zu internationaler Zusammenarbeit

Im Rahmen der UNO-Generaldebatte ortete Bundeskanzler Kurz „ein klares Commitment der USA zum Multilateralismus. Er hat dabei Signale zur internationalen Zusammenarbeit gegeben. Es war auch gut, daß in Richtung China nicht Öl ins Feuer gegossen wurde.“ Eine Zuspitzung im Wettlauf zwischen den USA und China wäre für Europa denkbar schlecht.

Eine Einschätzung zu dieser Thematik erhoffte sich Österreichs Regierungschef auch von einem Treffen mit dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger. Dieser Wettlauf werde immer härter und schneller werden und eines der großen globalen Themen der nächsten Jahre sein.

Zu den Ausführungen von UNO-Generalsekretär António Guterres betreffend Klimawandel äußerte sich der Bundeskanzler ebenso: „Er hat den Staaten ins Gewissen geredet, was den Kampf gegen den Klimawandel betrifft und mehr Aktivitäten eingefordert. Je eher große Länder Beiträge leisten, desto eher kann dieser globale Kampf gewonnen werden.“ Österreich als kleines Land sei in vielen Bereichen gut aufgestellt und ein Vorbild: „Wir verzichten schon lange auf Atomstrom und gewinnen bald 100 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren Energien. Allerdings kommen weltweit nur zwei Promille der Emissionen aus Österreich.“ Der Aufenthalt in New York bot auch die Möglichkeit zu einem bilateralen Gespräch mit UNO-Generalsekretär António Guterres.

Österreich, Europa und die Welt



Foto:BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz traf auch mit Rabbi Arthur Schneier (4. v.r.) zusammen, einem Überlebenden des Holocaust, der seit 1962 das religiöse Oberhaupt der Park East Synagoge ist.

Gegen Ende seines Aufenthalts in New York traf Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Rabbi Arthur Schneier, einem Überlebenden des Holocaust, zusammen, der seit 1962 das religiöse Oberhaupt der Park East Synagoge ist. Zudem standen Gespräche mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Ronald Lauder, und David Harris (American Jewish Committee/ AJC) auf dem Programm.

Die Überreichung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Nachfahren von Holocaust-Überlebenden nahm der österreichische Regierungschef gemeinsam mit Außenminister Alexander Schallenberg vor. Darüber hinaus hielt er eine Rede im „Council on Foreign Relations".



Foto:BKA / Dragan Tatic

Der Bundeskanzler zu Gast bei Ronald Lauder, dem Präsidenten des World Jewish Comite



Foto:BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz beim Austrian-American Empfang in der Österreichischen Vertretung in New York, anläßlich dessen er auch Staatsbürgerschaften an Nachfahren von österreichischen Holocaust-Überlebenden verlieh.

Außenminister Schallenberg beim Sondertreffen der EU-Außenminister zu Afghanistan in New York

Am Rande der 76. Generalversammlung der Vereinten Nationen fand am 20. September ein außerordentliches Treffen der EU-AußenministerInnen in New York statt. Im Zentrum des Treffens stand die dramatische Situation in Afghanistan.

„Ein Großteil der Generalversammlung wird von den Entwicklungen in Afghanistan überschattet. Afghanistan hält bittere Lektionen für uns alle bereit – das Engagement des Westens ist fürs Erste gescheitert. Aber wir werden uns von dieser Krise nicht geschlagen geben: Stattdessen müssen wir den Wert unserer Demokratien demonstrieren; wir müssen beweisen, daß sie sich für den Schutz der Rechte und die Verwirklichung des Potenzials jeder Einzelnen und jedes Einzelnen einsetzen“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Beim informellen EU-Außenministertreffen (Gymnich) Anfang September in Slowenien hatten sich die 27 EU-AußenministerInnen auf eine klare gemeinsame Marschrichtung geeinigt. Die Einhaltung der Grund- und Freiheitsrechte, insbesondere von Frauenrechten, Respekt von Minderheitenrechten, ein klarer Bruch mit dem internationalen Terrorismus, humanitärer Zugang, der in der aktuellen Situation für die Menschen in Afghanistan lebensnotwendig ist, und eine inklusive Regierung sind nicht verhandelbar.

„Es gibt eindeutig einen Misstrauensvorschuß gegenüber den Taliban. Wir geben ihnen keinen Blankoscheck und ich habe immer gesagt, daß wir sie an ihren Taten messen, und nicht nach ihren Worten beurteilen werden. Bei der neuen Taliban-Regierung befürchte ich, daß sie schon an der ersten Weggabelung, der Regierungsbildung, falsch abgebogen sind“, so der Außenminister.

Um insbesondere Frauen und Mädchen als besonders betroffene Gruppe umfassend zu unterstützen, haben Bundeskanzler Sebastian Kurz und er einen gemeinsamen runden Tisch mit relevanten VN-Organisationen und den Nachbarstaaten Afghanistans abgehalten, um effektive Hilfe vor Ort zu gewährleisten. Daß es sich dabei nicht nur um leere Worte handelt, hat Österreich bereits mit der Bereitstellung von 20 Millionen Euro Soforthilfe bewiesen. Von den 18 Millionen Euro des Soforthilfepakets, die über den Auslandkatastrophenfonds (AKF) fließen werden, gehen 10 Millionen Euro an das VN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR), 5 Millionen Euro an UN Women und 3 Millionen Euro an das Welternährungsprogramm (WFP). Zusätzlich dazu werden 2 Millionen Euro aus Mitteln der Austrian Development Agency (ADA) für die humanitäre Hilfe in Afghanistan zur Verfügung gestellt. Diese wird vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz vor Ort koordiniert.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Schallenberg mit seinem jordanischen Amtskollegen Ayman Safadi …



Foto: BMEIA / Gruber

… dem Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen David Beasley



Foto: BMEIA / Gruber

… und mit seinem kasachischen Amtskollegen Mukhtar Tileuberdi

Österreich, Europa und die Welt

Die Vereinten Nationen fit für das 21. Jahrhundert machen

In der Nacht von 23. auf 24. September vertrat der Außenminister Österreich vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die Rede bildet den traditionellen Höhepunkt der Reise zu den Vereinten Nationen in New York.

Das vergangene Jahr habe gezeigt, daß kein Nationalstaat die Herausforderungen von heute und morgen alleine schultern könne, betonte Schallenberg in seiner Rede. Covid-19 habe mit erschreckender Eindringlichkeit die Verletzlichkeit von Staaten angesichts einer weltweiten Pandemie aufgezeigt. Einziger Ausweg sei ein rascher und weltweiter Impffortschritt. „Die Pandemie hat uns auch die einfache Wahrheit vor Augen geführt, wie sehr wir alle miteinander verbunden und voneinander abhängig sind. Wir alle haben auf die harte Tour gelernt, daß wir eine Herausforderung wie die Pandemie nicht allein bewältigen können. Obwohl sie uns zum social distancing zwingt, hat sie uns als Menschheitsfamilie näher zusammengebracht“, so Außenminister Schallenberg.

Covid-19 habe zusätzlich zu wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen auch geopolitische Spannungen verstärkt, was zu neuen internationalen Krisenherden geführt habe. Jetzt gehe es um die Verteidigung von universellen Gütern, den Grund-, Freiheits- und Menschenrechten. „Wir müssen klare rote Linien definieren, die wir als Menschheit nicht zu überschreiten bereit sind“, unterstrich er Schallenberg.

Dies sei niemals einfach und stehe durch die aktuellsten Entwicklungen in Afghanistan erneut auf dem Prüfstand. Doch hier müßten nun die Menschen im Vordergrund stehen.

„Aus meiner Perspektive ist die Antwort klar: wir können den Menschen in Afghanistan nicht den Rücken zukehren. Wir müssen uns weiter in Afghanistan engagieren und die dringend benötigte humanitäre Hilfe vor Ort leisten“, forderte Schallenberg die internationale Staatengemeinschaft auf. Gleichzeitig betonte er das österreichische Engagement im gemeinsame Kampf gegen den Klimawandel, gegen nukleare Aufrüstung und für ein rechtlich bindendes internationales Verbot, autonome Waffensysteme ohne menschliche Kontrolle zu entwickeln.

„Österreich wird weiterhin international eine treibende Kraft für Abrüstung und Rüstungskontrolle sein. Die technologische Entwicklung schreitet voran und Entscheidun-



Foto: BMEIA / Gruber

Alexander Schallenberg mit seinem tadschikischen Amtskollegen Sirojiddin Muhriddin …



Foto: BMEIA / Gruber

… dem Hochkommissar der UNHCR Filippo Grandi und



Foto: BMEIA / Gruber

… mit seiner libyschen Amtskollegin Najla El Mangoush

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA / Gruber

v.l.: Stephanie Hausner (Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations), Sharon Nazarian (Anti-Defamation League), Außenminister Alexander Schallenberg, Mark Levin (National Coalition Supporting Eurasian Jewry) Charles Kaufman (B'nai B'rith) und Betty Ehrenberg (World Jewish Congress)

gen über Leben und Tod müssen Entscheidungen von Menschen bleiben", betonte er. Österreich unterstütze daher nachdrücklich die Vision von Generalsekretär António Guterres für eine „UNO 2.0", die „fit für das 21. Jahrhundert" gemacht werden müsse. Österreich will sich hier aktiv einbringen und mitgestalten.

„Wir wissen, daß unsere Sicherheit von der Herrschaft des Rechts und nicht vom Gesetz des Dschungels abhängt. Die Rechtsstaatlichkeit wird im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen, wenn wir erfolgreich in den Sicherheitsrat für die Amtszeit 2027-28 gewählt werden", schloß Schallenberg seine Rede vor der 76. Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Treffen mit Vertretern jüdischer Organisationen in New York

Ebenfalls am 23. September fand ein Treffen des Außenministers mit VertreterInnen jüdischer Organisationen in New York statt. Dazu zählen der Jüdische Weltkongreß (JWC), B'nai B'rith, die Anti-Diffamierungsliga (ADL), die Nationale Koalition zur Unterstützung des Eurasischen Judentums (NCSEJ) sowie die Dachorganisation jüdischer Organisationen in den USA, die Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations.

Im Zentrum der Gespräche standen die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Österreich und Israel bzw. zwischen Österreich und den USA sowie Österreichs Engagement im Kampf gegen Antisemitismus.

„Wir sind uns unserer Vergangenheit, auch ihrer dunkelsten Kapitel, vollkommen bewußt und scheuen uns daher auch nicht unserer historischen Verantwortung", bekräftigte Schallenberg.

Gleichzeitig betonte er, daß die österreichische Bundesregierung dem Gedenken an die Shoah sowie der Bekämpfung von Diskriminierung und Antisemitismus größte Bedeutung beimißt: „Die fortlaufenden antisemitischen Angriffe in Europa – leider auch in Österreich – geben ernsthaften Grund zur Sorge. Deshalb ist es umso wichtiger, daß wir den Kampf gegen Antisemitismus auf allen Ebenen, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, fortsetzen. Österreich wird dabei auch weiter eine Führungsrolle einnehmen."

Im Rahmen des Treffens informierte Schallenberg auch über eine Reihe von Maßnahmen, die kürzlich von der österreichischen Bundesregierung ergriffen wurden und Österreichs Unterstützung bei der Bekämpfung von Antisemitismus verdeutlichen. Dazu zählen die Möglichkeit für Nachkommen von NS-Verfolgten, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen, der Bau der Shoah-Gedenkmauer in Wien sowie die klare Positionierung gegen Terrorismus und das kürzlich novellierte Symbolgesetz, das unter anderem die Verwendung des Symbols des militärischen Arms der Hisbollah verbietet.

ReFocus Austria

Am 24. September nutzte der Außenminister seinen Aufenthalt in New York, um sich mit österreichischen und US Unternehmern über zukunftsorientierte Wirtschaftsbereiche auszutauschen. Die Veranstaltung war Teil der Initiative ReFocus Austria zur Stärkung der heimischen Wirtschaft.

Bei einem Runden Tisch, der in Kooperation mit dem AußenwirtschaftsCenter New York organisiert wurde, sprach er über Chancen und Herausforderungen am US-Markt

Österreich, Europa und die Welt

für österreichische Unternehmen sowie aktuelle Trends im Bereich Digitalisierung. Bei dem Treffen wurden zudem die europäische und US-amerikanische Herangehensweise an Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz sowie Quantum Computing verglichen.

Der Außenminister erklärte vor den Wirtschaftstreibenden den österreichischen Zugang zum Thema Digitalisierung, wonach Chancen der neuen Technologien bestmöglich genützt, aber auch Risiken bedacht werden müssten. Fake News, Cyberangriffe sowie durch KI gesteuerte autonome Waffensysteme würden nach Antworten von Seiten der internationalen Gemeinschaft verlangen, zugleich dürften Forschung und Innovation jedoch nicht eingeschränkt werden. Auch die Idee des „Digitalen Humanismus" spiele aus österreichischer Sicht eine wesentliche Rolle im Umgang mit neuen Technologien.

„Der Digitale Humanismus steht für eine menschenzentrierte Sicht auf die digitale Welt. Auch im Cyber-Bereich müssen wir uns für Menschenrechte, das Recht auf Privatsphäre, Demokratie und Transparenz einsetzten. Die digitale Welt darf kein rechtsfreier Raum sein", so Schallenberg.

Der Runde Tisch in New York fand als Teil der weltweiten Wirtschaftsinitiative ReFocus Austria statt. Dabei veranstalten die österreichischen Vertretungsbehörden zwischen September 2021 und Juni 2022 über 100 maßgeschneiderte Veranstaltungen zur Förderung des österreichischen Wirtschaftsstandortes.

„Vergangenes Jahr haben wir den Österreichern im Ausland geholfen, ihnen konsularischen Schutz gegeben und dafür gesorgt, daß sie sicher nach Hause kommen. Jetzt geht es im Außenministerium darum, den Österreichern im Inland zu helfen, damit sie ihren Arbeitsplatz behalten können", beschreibt Alexander Schallenberg das Ziel von ReFocus Austria. ■

https://www.bundespraesident.at/
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/
https://www.bmeia.gv.at/



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg tauschte sich in New York …



Foto: BMEIA / Gruber

… im Rahmen von ReFocus mit österreichischen und US-Unternehmern über zukunftsorientierte Wirtschaftsbereiche aus.

16. Arraiolos-Treffen in Rom

Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm am Treffen der nicht-exekutiven EU-Staatsoberhäupter teil



Foto: Peter Lechner / HBF

14 europäische Staatsoberhäupter, darunter Bundespräsident Alexander Van der Bellen, haben sich am 15. September im Rahmen eines Treffens der sogenannten „Arraiolos-Gruppe“ in Rom mit der Zukunft der EU beschäftigt. Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella empfing die 13 nicht-exekutiven Präsidenten in seinem Amtssitz in Rom. In seiner Ansprache am Ende des Treffens betonte Van der Bellen, Europa solle „selbstbewußter auftreten und mehr Mut zeigen“.

Europa sei ein internationales Erfolgsmodell, das dem Multilateralismus verpflichtet sei. Mit Multilateralismus könne man den Dialog fördern, die Position des Gesprächspartners begreifen und Kompromißlösungen finden, sagte Van der Bellen in seiner Erklärung im Ehrenhof des Quirinals.

„Im Laufe dieses Jahres haben wir zusammen wichtige Schritte nach vorne unternommen. Krisen haben uns gelehrt, daß unsere Souveränität mit der Verteidigung und der Entwicklung einer gemeinsamen Souveränität der Union eng zusammenhängt“, sagte Gastgeber Mattarella. Er sprach auch vom EU-Wiederaufbauprogramm „Next Generation“. Dieses sei ein weitreichendes Programm in Richtung eines „grünen und digitalen Übergangs“. Mattarella hob die Notwendigkeit hervor, daß Europa die Wirtschafts-, Währungs- und Steuerunion vollende. Im Hinblick auf Verteidigungspolitik sagte Mattarella, es sei an der Zeit, daß die EU die NATO „vollständig ergänzt“.

Angereist zu dem Treffen in Rom waren neben Alexander Van der Bellen die Vertreter von Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Ungarn, Malta, Polen, Portugal, Slowenien und Finnland. In den beiden Arbeitssitzungen standen die Themen „Bedeutung der strategischen Autonomie der EU“ sowie „Der Beitrag der EU zum Multilateralismus nach der Pandemie“ auf dem Programm.

Die Treffen der nach dem Ort ihrer ersten Zusammenkunft in Portugal benannten Arraiolos-Gruppe finden seit 2003 (mit Ausnahme von 2010 und 2020) jedes Jahr statt. Im Zuge der Erweiterung der EU wuchs die Anzahl der teilnehmenden nicht-exekutiven Staatsoberhäupter, die in ihren Ländern insbesondere repräsentative Aufgaben erfüllen, deutlich. Nächstes Jahr wird sich die Arraiolos-Gruppen auf Malta treffen. ■



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) mit Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella

Österreich erinnert an die Opfer von Auschwitz

… und stellt sich der Geschichte der TäterInnen – Eröffnung der neuen Österreich-Ausstellung an der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager



Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die Delegation betritt das Gelände des ehemaligen KZ-Auschwitz (v.l.):: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Polens Vizepremierminister und Minister für Kultur und nationales Erbe Piotr Gliński, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und dessen Gattin Doris Schmidauer

Am 4. Oktober wurde die neu gestaltete österreichische Ausstellung an der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Nach der Eröffnung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (Vorsitzender des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus) richteten Marian Turksi, Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees, und Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Worte des Gedenkens an die TeilnehmerInnen der Gedenkfeier.

Die polnische Regierung wurde bei der Gedenkfeier durch den polnischen Vizepremierminister und Minister für Kultur und nationales Erbe Piotr Gliński vertreten. Seitens der österreichischen Bundesregierung ergriffen Europaministerin Karoline Edtstadler, Außenminister Alexander Schallenberg und Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer das Wort. Zur Ausstellung selbst sprachen der Leiter des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau Piotr M. A. Cywiński und die Kuratoren Hannes Sulzenbacher und Albert Lichtblau.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: Auschwitz ist nicht vom Himmel gefallen

„Der Rassismus und Antisemitismus der Nationalsozialisten ist nicht vom Himmel gefallen. Die Konzentrations- und Vernichtungslager sind nicht vom Himmel gefallen. Auschwitz ist nicht vom Himmel gefallen“, leitete Bundespräsident Alexander Van der Bellen seine Rede ein. „Denken wir nur an Karl Lueger, der von 1897 bis 1910 Wiener Bürgermeister war. Und zugleich glühender Antisemit, der Zuwanderergruppen gegeneinander ausspielte. Zu Recht wurde übrigens der Dr. Karl-Lueger-Ring im Juni 2012 in Universitätsring umbenannt.“

Antisemitismus und Rassismus seien in der österreichischen Gesellschaftschon vor dem März 1938 sehr präsent gewesen. Der Boden war bereitet, der Samen war gesät, als Nazideutschland im März 1938 unter vieltausendfachem Jubel am Heldenplatz in Österreich einmarschierte. Und die Saat sei aufgeganen.

„Während die einen noch jubelten,wurden anderen die Türen eingetreten. Im Zuge der Novemberpogrome 1938, dem geplanten, gewalttätigen Vorgehen gegen Jüdinnen und Juden, gegen jüdische Geschäfte, Synagogen und Bethäuser sowie anderen jüdischen Einrichtungen wurden zahlreiche Juden ermordet, viele nahmen sich das Leben. Und Nachbarn, die zuvor friedlich mit Jüdinnen und Juden zusammengelebt hatten, wurden plötzlich Täter, die sich an jüdischem Vermögen bereicherten“, so der Bundespräsident.

Aus der Abwertung seien Entwürdigung und Diskriminierung, schließlich Entmenschlichung und Ermordung geworden. „Und all das gipfelte im systematischen, mit industriellen Methoden durchgeführten Völkermord, dem Holocaust, für den das Vernich-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen …

tungslager Auschwitz-Birkenau zum Symbol geworden ist."

1,1 Millionen Menschen wurden hier von den Nationalsozialisten ermordet, darunter auch zehntausende Menschen aus Österreich, in der Mehrzahl Jüdinnen und Juden, aber auch Roma und Sinti, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung, politisch Verfolgte, Widerstandskämpfer und Deserteure, Kriegsgefangene aus der Sowjetunion, Vertreter der polnischen Intelligenz.

„Und auch, wenn Österreich als Staat nicht mehr existierte, sondern als ‚Ostmark' Teil des sogenannten Dritten Reiches war, so waren doch viele Menschen unseres Landes, teils an führender Stelle, unter den Tätern und Täterinnen in diesem Vernichtungsprogramm", betonte das Staatsoberhaupt. Wir alle würden diese Geschichte kennen und doch sei es lange Zeit Staatsdoktrin gewesen, daß Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus sei – unter Ausblendung der Vorgeschichte und der Täter- und Täterinnenschaft vieler Menschen unseres Landes.

Das habe sich auch in der 1978 eröffneten ersten österreichischen Ausstellung widergespiegelt, die in diesem Sinne ein Kind ihrer Zeit gewesen sei. „Allerdings spiegelte sie auch die persönliche Opfer-Erfahrung jener wider, die einst Insassen des Lagers Auschwitz-Birkenau gewesen waren und maßgeblich zur Gestaltung der Ausstellung beigetragen hatten", so Van der Bellen.

Insgesamt sei sie jedenfalls von vielen Seiten, sowohl national als auch international, zu Recht als nicht mehr zeitgemäß betrachtet worden. An ihre Stelle seit heute nach langem Vorlauf die neue österreichische Ausstellung mit dem Titel „Entfernung – Österreich und Auschwitz" getreten. „Sie soll die Erinnerung an das Schicksal der österreichischen Opfer und den Widerstand von österreichischen Häftlingen wachhalten und zugleich die Involvierung von Menschen unseres Landes als Täter und Täterinnen darstellen."



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei ihren Reden zur Eröffnung der Ausstellung

Es ist unser Wille und unsere Verpflichtung, die Erinnerung an die Opfer zu bewahren", fuhr der Bundespräsident fort. „Und es ist unser Wille und unsere Verpflichtung, daran zu erinnern, daß nicht nur die Opfer, sondern auch die Täter und Täterinnen Teil unserer Gesellschaft waren und von ihr geprägt waren. Insoferne trägt Österreich ‚Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben', wie das Bundeskanzler Franz Vranitzky 1991 vor dem Nationalrat einbekannte."

Dem Andenken der Opfer des Holocaust würden wir nur gerecht werden, wenn wir dafür sorgten, daß Menschenverachtung, Sündenbockdenken und Gewalt niemals wieder als politisches Instrument eingesetzt würden. „Niemals wieder" bedeute, daß „wir uns jeglichem Versuch der Zerstörung des Rechtsstaates und der liberalen Demokratie entschieden entgegenstellen und die Grund- und Freiheitsrechte verteidigen. ‚Niemals wieder' bedeutet, sich den Versuchen nationalistischer Selbstüberhöhung entgegenzustellen und für ein gleichberechtigtes Miteinander einzutreten. ‚Niemals wieder' bedeutet aber vor allem: keine Toleranz gegenüber Rassismus, keine Toleranz gegenüber Antisemitismus", unterstrich der Bundespräsident, denn: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde geboren!"

Sobotka: Konfrontation mit unserer Geschichte kann keine Konfrontation mit einer halben Geschichte sein

„Gedenken verlangt nach Konsequenzen", betonte Nationalratspräsident Sobotka. Einige Konsequenzen würden klar auf der Hand liegen: Es könne keinen Kompromiß mit dem Antisemitismus geben. Das bedeute auch, dem Antizionismus und der Delegitimierung des Staates Israel mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. „Keine Weltanschauung, keine Bewegung, keine Partei und auch keine Religion hat das Recht, sich über andere, über die Demokratie und den Rechtsstaat zu erheben", sagte Sobotka.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Generalsekretärin des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds Hannah Lessing

Die neue Ausstellung sei für Österreich ungeheuer wichtig. Sie offenbare Brüche des Landes, die bis ins Heute hineinwirken, und einen klaren Handlungsauftrag für die Zukunft mitgeben. Für Sobotka sei es wichtig, daß in der Ausstellung auch und gerade die Täter und ihre Taten ins Licht gerückt würden. „Konfrontation mit unserer Geschichte kann keine Konfrontation mit einer halben Geschichte sein“, sagte er. Er wünsche sich, daß BesucherInnen der Ausstellung der Opfer von Auschwitz gedenken und sich zurück im Alltag als BotschafterInnen für ein menschliches Miteinander engagieren.

Zeitzeuge Turski: Jede Nation ist aufgefordert, sich ihrer Geschichte zu stellen

Marian Turski, 1926 geboren, einer der letzten Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz, überlebte den Todesmarsch aus dem Vernichtungslager ins Konzentrationslager Buchenwald und wurde schließlich im Ghetto Theresienstadt am 8. Mai 1945 befreit. Er ist Mitglied im Internationalen Auschwitz Rat, Vorsitzender des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau und seit Juni 2021 Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees.

Auschwitz sei nicht nur eine Geschichte der Opfer und des Widerstands, sondern auch eine Geschichte der TäterInnen. Jede Nation sei gefordert, nicht nur die HeldInnen der eigenen Geschichte zu würdigen, sondern sich auch dem unwürdigen Teil der eigenen Geschichte zu stellen. Österreich übernehme mit der Ausstellung, die nun eröffnet wurde, seinen Teil. Turski erinnerte neben den Mitgliedern des polnischen Widerstands an den Österreicher Hermann Langbein, der einer der Mitbegründer des Internationalen Auschwitz-Rates war. Turksi dankte für die Initiative für die neue Ausstellung insbesondere dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen sowie den MitarbeiterInnen des Nationalfonds, namentlich dessen Generalsekretärin Hannah M. Lessing.

IKG-Präsident Deutsch: Die Erinnerung wachhalten

Auschwitz sei der größte Friedhof der Menschheit, sagte Oskar Deutsch, Präsident des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs und Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Die



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Polens Vizepremierminister und Minister für Kultur und nationales Erbe, Piotr Gliński



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Marian Turski, Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz, bei seinen Worten der Erinnerung

Ausgrenzung der Opfer habe jedoch bereits in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft begonnen, in den Städten und Dörfern in ganz Europa. Nach dem Krieg sei diese Tatsache verdrängt worden. In Österreich habe es lange keine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Schoah gegeben. Die Erinnerung an sie solle jedoch wachgehalten werden, damit so etwas nicht mehr passieren könne. Die neue Ausstellung ermögliche die notwendige Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit. Immer wieder treffe er auf Menschen, die sagen, man solle „endlich aufhören, vom Holocaust zu reden“, sagte Deutsch. Diesen antworte er mit Primo Levis Worten: „Es ist geschehen, daher kann es wieder geschehen.“ Deutsch las aus dem erschütternden letzten Brief vor, den seine Großmutter Bertha Beile Deutsch vor ihrer Deportation 1944 aus Cluj/Klausenburg an ihre Familie geschickt hatte und der in Yad Vashem aufbewahrt wird.

Polnischer Kulturminister Gliński: Arbeit an Gedenkstätten ist nicht abgeschlossen

Der polnische Vizepremierminister und Minister für Kultur und nationales Erbe Piotr Gliński betonte die Wichtigkeit der Erinnerung an die Opfer und an die Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen. Diese Verpflichtung müsse an die nächsten Generationen weitergegeben werden. Auf dem Gebiet Polens habe die nationalsozialistische Gewaltherrschaft tausende Orte hinterlassen, an denen Millionen Menschen ermordet wurden. Auschwitz-Birkenau sei nur die bekannteste unter ihnen. Der Versuch, die Tä-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Europaministerin Karoline Edtstadler



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Außenminister Alexander Schallenberg



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Staatssekretärin Andrea Mayer

terInnen zur Verantwortung zu ziehen, sei leider nie konsequent zu Ende geführt worden, gut 90 Prozent hätten sich der Strafe entziehen können, erinnerte der polnische Vizepremier. Er betrachte auch „mit großer Sorge, daß an vielen Orten Gedenkstätten dem Verfall und dem Vergessen ausgesetzt sind".

Polen schätze die Anstrengungen Österreichs in der Erinnerungspolitik und verfolge die Entwicklungen um das Nebenlager Gusen des Konzentrationslagers Mauthausen sehr aufmerksam, sagte Gliński. An diesem Ort seien rund 27.000 polnische BürgerInnen auf furchtbare Weise ums Leben gekommen. Der Prozeß der Errichtung einer würdigen Gedenkstätte an dieser Stelle sei noch nicht abgeschlossen. Polen sei bereit, seine Erfahrungen in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen. Alle Initiativen in diesem Bereich seien daher zu begrüßen, sagte Gliński und erneuerte das Angebot zur Zusammenarbeit mit Österreich.

Europaministerin Edtstadler: Antisemitismus und Haß konsequent entgegentreten

Auschwitz sei zum Symbol der industrialisierten Massenvernichtung und zum Inbegriff der Shoah, des größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte geworden, erinnerte Österreichs Europaministerin Karoline Edtstadler. Auschwitz konfrontiere bis heute die EuropäerInnen und ÖsterreicherInnen mit schwierigen Fragen. Heute seien Antisemitismus und Rassismus wieder deutlich auf dem Vormarsch, warnte Edtstadler. Die gesamte Gesellschaft sei durch diese Entwicklungen gefordert. Edtstadler erinnerte etwa an Entgleisungen von Corona-LeugnerInnen, die den Holocaust verharmlosen oder die Erinnerung an ihn für ihre Zwecke instrumentalisieren. Solchen Entwicklungen müsse man entgegentreten, sagte Edtstadler. Zwar habe Österreich seine Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus leider erst sehr spät wahrgenommen. Diese Verantwortung werde jedoch nicht vergessen werden, betonte die Europaministerin. Sie bekräftigte, daß das offizielle Österreich sich für eine würdige Gedenkstätte an der Stelle des ehemaligen KZ Gusen einsetzen werde. Sie danke allen, die sich für die neue Ausstellung eingesetzt haben, für ihre Beharrlichkeit.

Außenminister Schallenberg über »zukunftsfähige Erinnerungen«

Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg ging in seinen Worten auf die Funktion des grenzübergreifenden Lernens aus der Geschichte ein. Ein Ort wie Auschwitz, ein „Ort des Unaussprechlichen" voller mahnender und schmerzhafter Erinnerungen, bewahre uns vor dem „lebensgefährlichen Glauben", wir seien vor einer Wiederholung der Geschichte gefeit. Es sei wichtig, sich ohne Scheuklappen auch den dunkelsten Kapiteln unserer Geschichte zu stellen und uns damit unserer Verantwortung auf kollektiver, aber auch auf individueller Ebene bewußt zu werden. Eine drohende Wiederkehr der Vergangenheit könne nur durch zukunftsfähige Erinnerungen aufgehalten werden, und somit aus einem „Niemals vergessen!" ein „Niemals wieder!" erwachsen lassen, so der Außenminister.

Staatssekretärin Mayer: Gedenken als ständiger Auftrag für das gesellschaftliche Zusammenleben

Staatssekretärin Andrea Mayer führte dieses „Niemals wieder!" weiter in ein „Wehret den Anfängen!" und erläuterte die Genese des Hasses, von seinen scheinbar harmlosen Anfängen bis zu seinen grausamen Auswirkungen – auch dafür könne der Titel der Ausstellung „Entfernung" stehen. Sie zitierte die Literaturwissenschaftlerin und Holocaustüberlebende Ruth Klüger, nach der wir nicht unbedingt für Rechtsstaat und Demokratie vorprogrammiert seien, sondern uns aufgrund unseres Selbstbestimmungsrechtes auch jederzeit anders entscheiden könnten. Auschwitz sei ein Symbol des Abgrundes, in den dieser Weg führen könne, erklärte Mayer. Das Gedenken sei auch als ein ständiger Auftrag für das gesellschaftliche Zusammenleben zu verstehen, bereits frühzeitig einen Wall gegen Diskriminierung aufzubauen, gegen Haß und antidemokratische Tendenzen. Der Kunst komme durch ihre mittelbare, kreative Weitergabe dieser Werte eine besondere Rolle zu.

Direktor Cywiński: Erinnerung liefert den Schlüssel für den Entwurf unserer Zukunft

Piotr M. A. Cywiński, Direktor des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, brachte dem Publikum die engen Verknüpfungen, aber auch die Differenzen zwischen Geschichte und Erinnerung näher. Während Geschichte vornehmlich Zahlen, Daten und Fakten liefere, könne Erinnerung einen „Schlüssel für den Entwurf unserer Zukunft" liefern.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Block 10, Schwarze Wand: Kranzniederlegung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Auschwitz sei nicht nur eine Gedenkstädte – was für Cywiński ein verharmlosender Ausdruck ist, sondern besitze als Ort einen konstitutiven Charakter für die gesamte Nachkriegsgeschichte. Er äußerte die Hoffnung, daß wir durch die Erfahrung reifen und schließlich in die Verantwortung hineinwachsen könnten.

Die Ausstellung »Entfernung – Österreich und Auschwitz« rückt Geschichtsbild zurecht

Im Juli 2009 wurde der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus von der Bundesregierung mit der Koordinierung der Neugestaltung der österreichischen Ausstellung im Block 17 des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau beauftragt. Die ursprüngliche Aufgabenstellung der Neugestaltung der Ausstellung erweiterte sich aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und konservatorischer Herausforderungen auf die Sanierung des Gebäudes, den Abbau der früheren Ausstellung und ihrer Archivierung und Verwaltung sowie den zukünftigen Betrieb der Ausstellung. Dabei waren zahlreiche Herausforderungen in der Koordinierung und Abstimmung unter den an der Umsetzung beteiligten Stellen zu bewältigen.

Wie die Kuratoren Hannes Sulzenbacher und Albert Lichtblau im Gespräch mit Hannah M. Lessing erläuterten, bezieht sich der Begriff „Entfernung" im Titel der neuen österreichischen Ausstellung vor allem auf die Entfernung der nach Auschwitz deportierten Menschen – aus Österreich und aus



Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Polens Vizepremierminister und Minister für Kultur und nationales Erbe, Piotr Gliński, beim Eintrag ins Gästebuch vor Block 17 im Besein von Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

dem Leben. „Die Arbeit an den Geschichten der Österreicherinnen und Österreicher in Auschwitz, der Opfer wie der Täter und Täterinnen, haben die beiden Orte näher zueinander gebracht", hielt Sulzenbacher dazu fest. Das Konzept der Ausstellung verschränke dabei die Geschichte der Opfer mit jener der TäterInnen. „Wir wollten die Täter nicht in einer Täterecke isolieren", sagte der Kurator.

Albert Lichtblau ergänzte, daß Gedenkstätten wie diese auch wichtige Lernorte seien. Der Grundgedanke der Künstler sei es gewesen, die Geschichte dieses Ortes nicht nur intellektuell, sondern auch visuell und emotional erfahrbar zu machen. Die Ausstellung führe die Geschichten zusammen und erzähle damit ein Stück österreichischer Geschichte. Lichtblau erinnerte an die Aussage der Auschwitz-Überlebenden Ruth Klüger, die angesichts weiterer genozidaler Verbrechen wie in Ruanda oder Srebrenica die Absurdität des Mottos „Niemals wieder!" herausstrich.

An der Gedenkfeier nahmen auch Überlebende und Nachkommen von Insassen des Konzentrationslagers teil. Nach der Ausstellungseröffnung erfolgte eine Kranzniederlegung an der so genannten „Schwarzen Wand", der ehemaligen Erschießungsstätte des KZ Auschwitz, und eine Führung durch den Lagerkomplex Birkenau.

Die musikalische Umrahmung der Gedenkfeier übernahmen Djanay Tulenova (Violine), Liliya Nigamedzyanova (Viola) und Melchior Saux (Cello) von der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Sie spielten Stücke des im KZ Theresienstadt inhaftierten Komponisten Gideon Klein, der 1945 in einem Nebenlager von Auschwitz-Birkenau ums Leben kam. ■

https://www.bundespraesident.at/
(Präsidentschaftskanzler als Quelle)

https://www.parlament.gv.at/
(Parlamentskorrespondenz als Quelle)

https://www.nationalfonds.org/auschwitz
http://auschwitz.org/en/

Offizieller Besuch in Polen

Empfang mit militärischen Ehren für Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Gespräche mit polnischem Amtskollegen Duda, Premier Morawiecki und Parlamentsspitzen sowie Teilnahme an Wirtschaftsforum.



Foto: Carina Karlovits / HBF

Der Bundespräsident wurde von seinem polnischen Amtskollegen Andrzej Duda mit militärischen Ehren begrüßt.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen setzte am 5. Oktober seine Polen-Reise mit einem Offiziellen Besuch in Warschau fort. Der Bundespräsident wurde am Vormittag von seinem polnischen Amtskollegen Andrzej Duda mit militärischen Ehren begrüßt. Der polnische Präsident hat die Wichtigkeit des Grenzschutzes an der Grenze zum Nachbarland Belarus betont. Eine Öffnung der Grenze für illegale Übertritte wäre „ein Zeichen der Schwäche“ nicht nur von Polen, sondern auch von der Europäischen Union und würde ausgenützt, sagte Duda bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen in Warschau.

„Wir sind uns unseren Pflichten gegenüber anderen Staaten der Europäschen Union bewußt, und deshalb schützen wir diese Grenze selbstverständlich, und ich hoffe, niemand in Westeuropa hat Zweifel daran, daß der Traum dieser Migranten nicht Polen ist“, so Duda. „Sie alle sprechen von den Ländern Westeuropas.“



Foto: Carina Karlovits / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) mit Gattin Doris Schmidauer und Präsident Andrzej Duda mit Gattin Agata Kornhauser-Duda im Hof des Warschauer Präsidentenpalasts

Man schütze nicht nur die polnische Grenze, sondern gleichzeitig die Grenze der Europäischen Union und des Schengenraumes, sagte der Präsident. „Wir fühlen uns verantwortlich für die Europäische Union, wir fühlen uns verantwortlich, daß wir die nächste humanitäre und Migrationskrise nicht zulassen sollten im Gebiet der Europäischen Union, deshalb verrichten wir unseren Job und unsere Aufgaben und werden das

weiterhin tun.“ Die betroffenen Menschen würden vom Regime des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko ausgenützt und an die Grenze geholt. Polnische humanitäre Hilfe sei zu ihnen nicht vorgelassen worden.

Zum Streit zwischen der EU und Polen in Fragen der Rechtstaatlichkeit, der auch in seinem Gespräch mit dem Bundespräsidenten Thema war, betonte Präsident Duda, Reformen des Justizwesens seien eine interne Angelegenheit der Mitgliedsstaaten. Es seien die europäischen Institutionen, die Verträge verletzten, indem sie die polnischen Behörden und den polnischen Staat angriffen. Zur öffentlichen Einschätzung des Vorgehens Warschaus verwies Präsident Duda auf die Wahlsiege der PiS-Regierung und seinen eigenen Sieg bei der Präsidentenwahl.

Bundespräsident Van der Bellen sagte, er könne sich vorstellen, daß es Fragen geben möge, die einer Klärung bedürften. „Wo ich aber keine Kompromisse eingehen würde: Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs sind überall und in gleicher Weise anzuerkennen, allerdings natürlich vorausgesetzt, daß es sich um Materien handelt, die von den europäischen Verträgen entsprechend geregelt sind.“ Wenn es sich um europäisch geregelte Materien handle, seien solche Entscheidungen „jedenfalls anzuerkennen“, so der Bundespräsident. „Wäre das nicht der Fall, dann wäre zum Beispiel in wirtschaftlicher Hinsicht der gemeinsame Binnenmarkt binnen weniger Monate lahmgelegt und könnte in dieser Form nicht funktionieren.“

Als Themen ihrer Unterredung nannten die beiden Staatsoberhäupter in der Pressekonferenz unter anderem auch die bilaterale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Klimaschutz sowie die Energiesicherheit. Alexander Van der Bellen bedankte sich für die „ungemein herzliche Gastfreundschaft“ und lud Präsident Duda zu einem Besuch nach Wien ein. „Willkommen in Wien, willkommen in Österreich, bei nächster Gelegenheit“, sagte er. Van der Bellens Visite ist der erste bilaterale Besuch eines Bundespräsidenten in Polen seit 2009, und auch umgekehrt sei der letzte Besuch eines polnischen Präsidenten in Österreich schon länger her.

Auf dem Programm standen am Nachmittag zudem Treffen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki sowie mit den Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern Sejm und Senat, Elżbieta Witek und Tomasz Grodzki. ■

https://www.bundespraesident.at/
(Präsidentschaftskanzler als Quelle)



Foto: Carina Karlovits / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki,



Foto: Carina Karlovits / HBF

mit Elżbieta Witek, der Vorsitzenden des Sejm – eine der beiden Kammern …



Foto: Carina Karlovits / HBF Foto:

und mit Tomasz Grodzki, Vorsitzender des Senats – der polnischen Nationalversammlung

Staatsbesuch aus Georgien

Der Bundespräsident empfängt die Staatspräsidentin von Georgien, Salomé Zourabichvili, zu einem Offiziellen Besuch in Österreich.



Foto: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing Georgiens Staatspräsidentin Salomé Zourabichvili mit militärischen Ehren in Inneren Burghof

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und die georgische Präsidentin Salomé Zourabischvili haben bei einem Treffen am 12. Oktober in Wien die Gemeinsamkeiten zwischen Österreich und Georgien betont. Parallelen zwischen den politischen Krisen beider Länder ziehen wollten sie aber nicht. „Wir können die Situation nicht vergleichen, aber in gewissem Sinne doch: Es zeigt sich, wie wichtig es ist, daß ein Präsident auf ein Ende der Polarisierung hinarbeitet“, so Zourabischvili.

„Die Pandemie hat uns davon abgehalten, uns früher zu treffen, die politische Lage konnte uns aber nicht stören“, meinte die georgische Präsidentin mit Blick auf die Regierungskrise in Österreich und bezeichnete es als „symbolisch“, daß ihr Besuch in einer Zeit „gewisser Schwierigkeiten“ stattfinde.

Der Bundespräsident lobte genauso wie seine Amtskollegin bei der gemeinsamen Pressekonferenz in der Wiener Hofburg die Gemeinsamkeiten zwischen Georgien und Österreich. „Österreich und Georgien haben mehr Gemeinsamkeiten als man vielleicht auf den ersten Blick vermuten möchte“, sagte Van der Bellen und nannte die Berge und den wirtschaftlichen Stellenwert des Tourismus. Wegen des Tourismus würde sich auch Georgien um Nachhaltigkeit bei der Entwicklung bemühen.



Foto: Peter Lechner/HBF

Beim Wirtschaftsforum der WKÖ (v.r.): Vizepäsidentin der WKÖ Martha Schultz, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Staatspräsidentin Salomé Zourabichvili und ein Mitarbeiter

In Bezug auf die tiefe politische Krise in Georgien schloß sich der Bundespräsident der Hoffnung internationaler Beobachter auf ein Ende der politischen Polarisierung an. Gleichzeitig gratulierte er Zourabischvili aber auch zu ihren Bemühungen. „Ich weiß, wie schwer es ist, die Polarisierung abzuschwächen und hier vermittelnd einzuschreiten“, sagte er.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Georgien bezeichnete er als „gut, aber sehr ausbaufähig“. Es gebe viel Potential für österreichische Firmen, vor allem in den Bereichen Erneuerbare Energie, Tourismus, Infrastruktur. Um diese Zusammenarbeit weiter zu unterstützen, nahmen beide Staatsoberhäupter am Nachmittag gemeinsam an einem Wirtschaftsforum in der WKÖ teil. ■

https://www.bundespraesident.at
https://www.wko.at/

Bleiben verläßlicher und engagierter Partner in der EU

Die erste Auslandsreise führte Bundeskanzler Alexander Schallenberg nach Brüssel zur EU-Spitze

Bundeskanzler Alexander Schallenberg ist am 14. Oktober zu seiner ersten Auslandsreise nach seiner Angelobung nach Brüssel gereist. Dort traf er zu Gesprächen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel zusammen.

Dabei standen etwa die Corona-Pandemie, die steigenden Energiepreise und Migration auf der Agenda.

»EU ist für Österreich wesentlicher politischer Bezugsrahmen«

„Es ist ein ganz bewußtes Signal, nach meiner Angelobung nach Brüssel zu kommen. Europa und die EU sind tatsächlich Teil meiner DNA. Österreich bleibt ein verlässlicher und engagierter Partner. Für uns ist die Europäische Union der wesentliche politische Bezugsrahmen“, sagte Schallenberg in seinem Pressestatement. Es gebe enorm viele Themen: von der Pandemie über den Wirtschaftsaufschwung in Europa, den es jetzt zu nutzen gelte, bis hin zum Klimaschutz oder die Migration. „Österreich wird sich in diesen Bereichen engagieren und ein konstruktiver Partner innerhalb der Europäischen Union sein.“

»Grundwerte sind nicht verhandelbar«

Österreich unterstütze ausdrücklich das Vorgehen der EU-Kommission gegen Polen, wo das Verfassungsgericht nationales über europäisches Recht gestellt hatte. „Ohne den Vorrang des Europarechts zerfällt dieses Gebilde. Das ist eine brandgefährliche Entwicklung“, erklärte Schallenberg. Sehr viel komme es auch auf den Ton an, man müsse aufpassen, daß nicht der Eindruck von EU-Staaten erster und zweiter Klasse entstehe, aber: „Die Grundwerte und die Rechtsstaatlichkeit sind nicht verhandelbar“, betonte der Kanzler.

In der Migrationsfrage „wird unsere Linie völlig klar bleiben“, sagte Schallenberg. Österreich habe „über die Maßen geleistet“. Er werde der EU-Kommission die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen an den Außengrenzen vorschlagen.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Alexander Schallenberg reiste zu seinem ersten Arbeitsbesuch als Bundeskanzler nach Brüssel. Im Bild mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen …



Foto: BKA / Dragan Tatic

…und mit dem Präsideten des Europäischen Rats, Charles Michel

Westbalkan bleibt für Österreich »eine Herzensangelegenheit«

Der Bundeskanzler bekräftigte zudem, daß Österreich weiterhin mit den „frugalen Staaten“, die auf Budgetdisziplin drängen, verbunden bleibe. Eine Aufweichung des Euro-Stabilitäts- und Wachstumspakts wäre der falsche Weg. Wichtig sei auch die Signalwirkung des Stabilitätspakts für Reformen. Weiters bleibe der Westbalkan für Österreich „eine Herzensangelegenheit“, so der Regierungschef.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zeigte sich erfreut über das „starke Signal“, daß der erste Auslandsbesuch den neuen Bundeskanzler „ins Herz Europas“ geführt habe. Schallenberg sei ein ausgewiesener Europakenner. Man habe gemeinsam viel vor, etwa beim European Green Deal, bei der Digitalisierung und Nachhaltigkeit oder dem Wiederaufbauplan Next Generation EU. „Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit“, so von der Leyen. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/

Generalversammlung der Österr. Freunde von Yad Vashem

Feierliche Amtsübergabe in der Hofburg in Wien



Foto: Österr. Freunde von Yad Vashem

Generalversammlung der Österreichischen Freunde von Yad Vashem, die am 4. Oktober im Zeremoniensaal der Hofburg stattfand.



Foto: Österr. Freunde von Yad Vashem

Der 94jährige Holocaustüberlebende Viktor Klein bertrat in Begleitung der Direktorin des Jüdischen Museums, Danielle Spera das Podium.

Am 4. Oktober hielten die Österreichischen Freunde von Yad Vashem ihre Generalversammlung in Wien ab. 400 Mitglieder und geladene Gäste fanden sich nach der durch Corona erzwungenen zweijährigen Pause im Zeremoniensaal der Hofburg ein. Die Bundesregierung war durch Vizekanzler Werner Kogler, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner sowie Justizministerin Alma Zadić vertreten. Bundeskanzler Sebastian Kurz sandte eine Video-Botschaft. Aus Yad Vashem kamen der Direktor für Internationale Beziehungen, Haim Gertner, sowie die Direktorin für die deutschsprachigen Länder, Ruth Ur, nach Wien. Es nahmen auch wieder BotschafterInnen mehrerer Länder und viele prominente Gäste an der Versammlung teil. Festredner des Abends war der 94jährige Holocaust-Überlebende Viktor Klein, der als Jugendlicher vier Konzentrationslager überlebt hatte. Zum Schluß überreichte das Gründerehepaar Günther und Ulrike Schuster symbolisch den „Schlüssel des Freundeskreises“

an seine Nachfolger Gustav und Ursula Arthofer.

In seiner Abschiedsrede als Vorsitzender betonte Günther Schuster, daß die Generalversammlung stets mehr als nur eine Vereinsveranstaltung gewesen sei. Man habe immer RepräsentantInnen der Republik Österreich eingeladen, um Stellung zu beziehen – aber auch Vertreter Yad Vashems, das der Freundeskreis nunmehr seit fast 20 Jahren unterstütze.

Haim Gertner skizzierte die großen Anstrengungen Yad Vashems für ein umfassendes Bild des jüdischen Lebens – vor, während und nach der Shoah. Er dankte dem Freundeskreis besonders für die anhaltende Unterstützung in den schwierigen Zeiten der Pandemie. Die scheidenden Vorsitzenden würdigte er mit einem besonderen Präsent für ihr jahrzehntelanges Engagement.

Die Geschichte werde Österreich und Israel immer schmerzvoll verbinden, so Israels Botschafter Mordechai Rodgold in seinen Grußworten. Heute seien die Beziehungen der beiden Länder aber so gut wie nie zuvor und Österreichs Verhalten auf europäischer und internationaler Ebene vorbildlich. Die Österreichischen Freunde von Yad Vashem und das Ehepaar Schuster bezeichnete der Botschafter als verläßliche Freunde.

Vizekanzler Werner Kogler dankte dem Freundeskreis im Namen der Republik für sein Engagement. Der Verein lebe die Verantwortung für Österreichs Geschichte in vorbildlicher Weise. Unser Land habe die immerwährende Verantwortung und Verpflichtung, die Erinnerung an die Shoah wach zu halten, der Opfer zu gedenken und gegen jede Form des Antisemitismus und Rassismus aufzutreten. Erinnern sei Arbeiten an der Zukunft, zitierte Kogler die Kulturwissenschafterin Aleida Assmann. „Nie wieder!“ müsse auch wirklich „Nie wieder!“ bedeuten.

Bundeskanzler Sebastian Kurz betonte in seiner Video-Botschaft die Regierungsmaßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus und bedankte sich für das Engagement der Österreichischen Freunde von Yad Vashem.

Mit Elan betrat der Hauptredner des Abends, der 94jährige Holocaustüberlebende Viktor Klein, in Begleitung der Direktorin des Jüdischen Museums, Danielle Spera, das Podium. Er schilderte seine Deportation nach Auschwitz, wo seine gesamte Familie ermordet wurde. Sein bewegender Bericht reichte von der Selektion an der Rampe über die Arbeit im Müllkommando, der unerklärlich guten Behandlung nach einer Verletzung bis zum knappen Entrinnen aus brenzliger Lage. Auschwitz war für Viktor Klein aber nur die erste Station. Nach der Liquidierung des Lagers ging der Überlebenskampf auf dem Todesmarsch weiter, dann in Mauthausen, Melk und Ebensee. Seine Rache an Hitler sei, daß er überlebt habe. Gott sei Dank konnte er in einem demokratischen Land eine Familie gründen und eine Existenz aufbauen. Von der Regierung wünscht sich Viktor Klein ein gründliches Aufklären der Jugend.

Nach dem Finanzbericht übergaben Günther und Ulrike Schuster den Vorsitz an Gustav und Ursula Arthofer. Das Ehepaar Schuster hatte die Österreichischen Freunde von Yad Vashem vor 19 Jahren gegründet. Ihre Nachfolger sind bereits seit den Anfangsjahren im Vorstand.

Die Veranstaltung wurde vom Wiener Klesmer Ensemble musikalisch virtuos umrahmt. Der Abend fand an einem kosher-style Buffet seinen lebhaften Ausklang. ■

https://yad-vashem.net/

Die komplette Aufzeichnung der Generalversammlung kann auf Youtube angesehen werden:

https://youtu.be/cK-f899uabc



Foto: Österr. Freunde von Yad Vashem

Das Gründerehepaar der Österr. Freunde von Yad Vashem, Günther und Ulrike Schuster, übergab nach 19 Jahren…



Foto: Österr. Freunde von Yad Vashem

… den Vorsitz des Vorstandes an ihre Nachfolger, Gustav und Ursula Arthofer.

Gedenkfeier in Schloß Hartheim

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer: »Das Versprechen ›nie wieder‹ muß lebendig gehalten werden.«



Foto: Land OÖ / Maximilian Mayrhofer

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer mit VertreterInnen des Landes bei der Kranzniederlegung

Um der rund 30.000 Opfer der NS-Euthanasie im Schloß Hartheim zu gedenken, fanden sich am 1. Oktober zahlreiche Ehrengäste, darunter Angehörige und Nachkommen von Opfern sowie diplomatische VertreterInnen aus 21 Ländern im Lern- und Gedenkort Schloß Hartheim ein.

Landeshauptmann Thomas Stelzer betont in seiner Rede, daß das Versprechen „nie wieder“, welches sich die Menschen in unserem Land nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gegeben haben, lebendig gehalten werden muß und immer wieder zu erneuern ist. „Das Hartheim, wie wir es heute kennen, brauchen wir, damit es das Hartheim von 1940 bis 1944 niemals wieder geben kann“, so Stelzer.

In Hartheim stelle man sich nicht nur der Vergangenheit, sondern man wolle auch eine mahnende und lernende Verbindung in die Gegenwart und Zukunft schaffen. Insbesondere die neugestaltete Ausstellung in Hartheim rücke den „Wert des Lebens“, noch stärker in das öffentliche Bewußtsein. „In Oberösterreich bekennen wir uns zum Wert des Lebens und zwar in jeder Lebensphase“, betonte Stelzer. Unter anderem seien der kontinuierliche Ausbau von Wohnplätzen für Menschen mit Beeinträchtigung oder der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung ein deutliches Signal dafür.



Foto: Land OÖ / Maximilian Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer betonte in seiner Rede: „Das Versprechen ‚nie wieder‘ muß lebendig gehalten werden“

Die diesjährige Gedenkrednerin, Landeshauptmann a. D. der Steiermark Waltraud Klasnic, unterstrich die Bedeutung des Lern- und Gedenkorts Schloß Hartheim – gerade auch in aktuellen Diskussionen. Hartheim rufe „nachhaltig die Unantastbarkeit der Menschenwürde jedes Einzelnen ins Bewußtsein“. Das Thema NS-Euthanasie sei von „immerwährender Aktualität“. Die Erinnerung ist laut Klasnic nötig, um für die Zu-

kunft zu lernen. Klasnic, die auch als Unabhängige Opferschutzanwältin und als Vorsitzende des Dachverbandes Hospiz Österreich tätig ist, plädiert für „den flächendeckenden und leistbaren Ausbau der Hospiz- und Palliativeinrichtungen“, um „ein Leben in Würde von Geburt bis zum Tod zu ermöglichen“. Den Forderungen auf Freigabe bzw. Legalisierung von assistiertem Suizid und Sterbehilfe in der aktuellen Diskussion stellt Klasnic ein Zitat von Kardinal König entgegen: Man solle „nicht durch die Hand, sondern an der Hand eines Menschen in Würde sterben können“.

Im Anschluß an die Gedenkrede wurden auf dem Friedhof der Opfer Gebete von Vertretern der katholischen und der evangelischen Kirche sowie der Israelitischen Kultusgemeinde gesprochen und Kränze von diplomatischen VertreterInnen und Organisationen niedergelegt.

Aufgrund der Covid19-bedingten Schutzmaßnahmen fand die Gedenkfeier heuer bereits zum zweiten Mal nur im Außenbereich des Schlosses am Friedhof der Opfer statt. Jenen Menschen, die nicht an der Gedenkfeier teilnehmen konnten, stehen wieder ein Livestream am Youtube-Kanal des Lern- und Gedenkorts zur Verfügung. Auf diesem Kanal kann eine Aufzeichnung der Gedenkfeier auch noch später angesehen werden.



Foto: Land OÖ / Maximilian Mayrhofer

Kränze von 21 Ländern zum Gedenken an die Opfer der NS-Euthanasieanstalt



Foto: Land OÖ / Maximilian Mayrhofer

v.l.: Pascal Gamper (Gebärdendolmetscher), Thomas Mair (kathol. Pfarrassistent Alkoven), Johannes Hanek (evang. Pfarrer Eferding) und Charlotte Herman (Präsidentin der IKG Linz)

Zum Ort und seiner Geschichte

In Schloß Hartheim im oberösterreichischen Alkoven war von 1940 bis 1944 eine NS-Euthanasieanstalt untergebracht, in der nahezu 30.000 Menschen ermordet wurden. Sie waren teils BewohnerInnen von Heil- und Pflegeanstalten sowie Betreuungseinrichtungen, teils arbeitsunfähige KZ-Häftlinge aus den Lagern Mauthausen, Gusen, Dachau und Ravensbrück sowie ZwangsarbeiterInnen.

1995 wurde der Verein Schloß Hartheim gegründet, dessen Ziel es war, in Schloß Hartheim einen angemessenen Ort der Erinnerung, des Gedenkens und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu schaffen. Im Jahr 2003 wurde aus Mitteln des Landes Oberösterreich und des Bundes mit der Gedenkstätte und der Ausstellung „Wert des Lebens“ der Lern- und Gedenkort Schloß Hartheim errichtet.

Aufgaben des Lern- und Gedenkortes

- Erhalt und Entwicklung der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie und der Ausstellung „Wert des Lebens“
- Entwicklung und Durchführung von pädagogischen und Bildungsangeboten für alle Schularten und Altersstufen sowie für den Bereich der Erwachsenenbildung insbesondere der beruflichen Weiterbildung
- Konzeptionierung und Durchführung von Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen
- Forschung zur NS-Euthanasie in Österreich, insbesondere zur NS-Euthanasieanstalt Schloss Hartheim (inklusive Nachwirkungen)
- Forschung zu den wissenschaftlichen und ideologischen Wurzeln der NS-Euthanasie
- Forschung zur gesellschaftspolitischen Relevanz von Entwicklungen in Biologie, Medizin und Naturwissenschaften, die geeignet sind, einer neuen Eugenik Vorschub zu leisten
- Forschung auf dem Gebiet der Behindertenpolitik
- Kooperationen mit wissenschaftlichen und pädagogischen Einrichtungen, insbesondere der Dokumentationsstelle Hartheim des oö. Landesarchivs, dem Institut für Sozial- und Gesellschaftspolitik der Universität Linz und Gedenkstätten, insbesondere den NS-Euthanasie-Gedenkstätten
- Konzeptionierung und Durchführung von wissenschaftlichen und pädagogischen Fachtagungen
- Publikation der Ergebnisse der Arbeiten des Lern- und Gedenkortes Schloss Hartheim“. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.schloss-hartheim.at/
https://www.youtube.com/channel/UCTF-flI_vkJgtOC0VQFwJxg

Fünfte Weltkonferenz der Interparlamentarischen Union

Globales Treffen der ParlamentspräsidentInnen in Wien – Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka anläßlich der Eröffnung: Grenzüberschreitende Probleme benötigen grenzüberschreitende Lösungen



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Eröffnung des interparlamentarischen Großtreffens im Wiener Austria Center

Im Zentrum der IPU-Weltkonferenz standen Gespräche über aktuelle globale Herausforderungen, wie etwa die Gleichstellung der Geschlechter, die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, der Klimawandel sowie über die Transparenz und Sicherheit von Parlamenten. Darüber hinaus bot sie Gelegenheit zum direkten Austausch zwischen führenden ParlamentarierInnen.

Organisiert wird die Weltkonferenz mit über 100 ParlamentspräsidentInnen und bis zu 800 TeilnehmerInnen vom Österreichischen Parlament und der Interparlamentarischen Union (IPU) in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen. Die IPU als Weltorganisation der nationalen Parlamente wurde 1889 als erste multilaterale politische Organisation der Welt gegründet und umfaßt heute 179 Mitgliedsparlamente. Um die Sicherheit der KonferenzteilnehmerInnen im Austria Center Vienna zu gewährleisten, wurden umfassende Vorkehrungen, wie täglich verpflichtende Covid-19-Tests und zahlreiche Maßnahmen zur Wahrung des Mindestabstandes, getroffen.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka eröffnete die Konferenz

„Daß wir in dieser Woche in Wien zusammenkommen, ist für mich ein starkes Zeichen dafür, daß ParlamentarierInnen auch auf internationaler Ebene nach Antworten auf die drängenden globalen Fragen suchen“, zeigte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka erfreut. Wien könne nun seine historische Rolle als Brückenbauer er-

Österreich, Europa und die Welt

neut einnehmen, um einen globalen Dialog „im Herzen Europas“ zu ermöglichen. Er sei davon überzeugt, daß die Parlamente zu einem effektiveren Multilateralismus im Dienste aller Menschen für Frieden und Nachhaltige Entwicklung einen essentiellen Beitrag leisten können, so der Nationalratspräsident. Die sozioökonomischen Effekte der Pandemie würden die Lebensgrundlage von Millionen Menschen bedrohen und das ständige Abwägen von individueller Freiheit und kollektiver Gesundheit habe das Vertrauen der BürgerInnen in vielen Ländern auf eine harte Probe gestellt. Deshalb liege es in der Verantwortung der Parlamente, in einer globalisierten Welt grenzüberschreitende Lösungen für grenzüberschreitende Probleme zu finden.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Bundesratspräsident Peter Raggl

Bundesratspräsident Peter Raggl

Bundesratspräsident Peter Raggl verwies in seinen einleitenden Worten auf die sozialen und politischen Folgen der Covid-19-Pandemie. Zu deren Bewältigung sei es notwendig, Globales und Lokales zusammen zu denken, was nur durch einen inklusiven, interparlamentarischen Dialog erfolgen könne. Er zeigte sich erfreut, daß auch zahlreiche VertreterInnen der föderalen Kammern an der Konferenz teilnehmen würden. Dies sei ein wichtiges Signal dafür, daß die regionale Dimension im Rahmen der parlamentarischen Diplomatie ihre Verantwortung wahrnehme.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

IPU-Präsident Duarte Pacheco

IPU-Präsident Duarte Pacheco

„Die Pandemie hat gezeigt, daß wir nur durch Multilateralismus und Zusammenarbeit gemeinsame Lösungen für weltweite Herausforderungen finden können“, zeigte sich auch IPU-Präsident Duarte Pacheco über die Wichtigkeit des Gipfeltreffens in Wien überzeugt. Es sei notwendig, daß die ParlamentarierInnen aller Nationen sich ihrer Verantwortung und Führungsrolle bewußt werden würden, um mit „vereinten Kräften“ für eine bessere Welt zu kämpfen. Pacheco drückte zudem seine Solidarität mit den ParlamentarierInnen in mehreren Krisengebieten wie Afghanistan, Myanmar und Guinea aus und forderte die Wahrung ihrer Rechte.



Parlamentsdirektion / Anna Rauchenberger

Der designierte Präsident der 76. UN-Generalversammlung, Abdullah Sahid

Designierter Präsident Abdullah Sahid

Der designierte Präsident der 76. UN-Generalversammlung Abdullah Sahid unterstrich ebenfalls die Bedeutung des Multilateralismus vor allem zur Bewältigung der Covid-19-Folgen und des Klimawandels. Es gebe zwar viele Gründe, pessimistisch und zynisch zu sein, doch VolksvertreterInnen

könnten sich eine solche Haltung nicht leisten und müßten die Chancen des Wandels nach der Krise bestmöglich nutzen. Nämlich so, daß die Menschen ihre Arbeit auch sehen und spüren können.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres

Diesen Gedanken verfolgte auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres und drükkte den ParlamentarierInnen die Solidarität der Vereinten Nationen aus. Die besondere Aufgabe der Parlamente sei das Zusammenbringen von Menschen und Regierungen sowie die Überbrückung von Globalem und Lokalem, betonte er in einer Videobotschaft.

Tone Wilhelmsen Trøen, Schweden

Die Präsidentin des norwegischen Parlamentes Tone Wilhelmsen Trøen berichtete über die Ergebnisse des „Summit of Women Speakers of Parliament“ am Vortag und betonte, daß es einen starken politischen Willen und Zusammenhalt für die Verwirklichung einer geschlechtergerechten Zukunft und für die Bekämpfung von Gewalt an Frauen brauche. Aktuell zeige die Situation in Afghanistan die besonders prekäre Lage von Frauen in schwierigen Zeiten.

ehem. Vizepräsidentin des afghanischen Parlaments Fawzia Koofi

In Bezug auf Afghanistan forderte die ehemalige Vizepräsidentin des afghanischen Parlaments und Frauenrechtsaktivistin Fawzia Koofi die internationale Gemeinschaft auf, ein klares Zeichen zu setzen. Eine Zusammenarbeit mit dem Taliban-Regime sei nur dann möglich, wenn es klare Zusagen zur Sicherung der Grundrechte für alle BürgerInnen, vor allem für Frauen und Mädchen, geben würde.

Gemeinsame Deklaration

Mit einer gemeinsamen Deklaration für einen inklusiven, demokratischen und grünen Regenerationsprozeß zur Bewältigung der globalen Pandemie-Folgen endete die Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen in Wien. In ihrer gemeinsamen Erklärung unterstreichen die über 100 teilnehmenden ParlamentspräsidentInnen dabei die Bedeutung der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten bei den Wiederaufbaubemühungen nach der Covid-19-Pandemie. Diese Bemühungen müßten allerdings in jedem Fall Rechtsstaatlichkeit, demokratische Grundsätze und universelle Menschenrechte bewahren.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Präsidentin des norwegischen Parlaments, Tone Wilhelmsen Trøen



Foto: Parlamentsdirektion / Anna Rauchenberger

Die ehemalige Vizepräsidentin des afghanischen Parlaments, Fawzia Koofi



Foto: Parlamentsdirektion / Wieser

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der Schlußveranstaltung

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Sobotka: Parlamente zu offenen und transparenten Orten der Begegnung machen

In seinen Schlußworten bedankte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka für „das Vertrauen und die Ehre", das dem österreichischen Parlament als Co-Gastgeber dieser Konferenz entgegen gebracht wurde. Um als Parlament Erfolge bei der Pandemiebekämpfung, bei der Transformation zu nachhaltiger Entwicklung und Wirtschaft, bei der Gleichberechtigung der Geschlechter oder dem Kampf gegen den Klimawandel zu verzeichnen, brauche es mehr denn je das Vertrauen der Menschen in Politik, Parlamentarismus und Demokratie. Dieses Vertrauen könne man am besten erlangen, wenn Parlamente zu offenen und transparenten Orten der Begegnung gemacht werden, zeigte sich der Nationalratspräsident überzeugt. Man habe – trotz verschiedenster Anschauungen – mit der gemeinsamen Deklaration ein Verständnis zu vielen zentralen Fragen erzielt. Dies sei ein starkes Zeichen für eine globale parlamentarische Demokratie.

Raggl: Das Lokale und das Globale zum Wohle der Regionen gemeinsam denken

Man müsse das Lokale und das Globale gemeinsam denken, erklärte Bundesratspräsident Peter Raggl. Dies sei in den beiden vergangenen Tagen geschafft worden. Die gemeinsame Deklaration sei ein Ergebnis intensiver Beratungen im Interesse von Frieden und nachhaltiger Entwicklung zum Wohle der Regionen, der Länder und der Menschen. Es sei dem österreichischen Parlament eine Ehre, daß Wien als historischer Ort des Brükkenschlags und der Begegnung Gastgeber sein durfte.

Kurz: Globale Herausforderungen brauchen globale Reaktion

Die digitale Diplomatie sei in den vergangenen Pandemie-Monaten nützlich gewesen, der persönliche Kontakt sei aber durch nichts zu ersetzen, begrüßte Bundeskanzler Sebastian Kurz die Abhaltung dieser physischen Konferenz. Die Covid-19-Pandemie habe den Stellenwert der internationalen Kooperation und Solidarität gezeigt. Globale Herausforderungen würden eine globale Reaktion benötigen.

Pacheco: Parlamente müssen Sorge tragen, daß sich Länder rasch wieder erholen

Die Covid-19-Pandemie habe die Parlamente gefordert, erklärte der Präsident der Interparlamentarischen Union (IPU) Duarte Pacheco. Es sei aber geschafft worden, sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen und Gesetze zur Bewältigung der schwerwiegenden Problemstellungen zu erlassen. Die beschlossene Deklaration sei nun ein Aufruf für alle ParlamentarierInnen, zu handeln und dafür Sorge zu tragen, daß sich die Länder wieder rasch erholen.

IPU-Deklaration für einen inklusiven, demokratischen und nachhaltigen Regenerationsprozeß

In ihrer gemeinsamen Deklaration betonen die UnterzeichnerInnen, daß allein die Möglichkeit eines physischen Treffens in Wien zeige, daß im Rahmen der Pandemiebewältigung bereits ein signifikanter Fortschritt zu verzeichnen sei. In der nun erfolgenden Regenerationsphase müsse jedoch besonders auf die speziellen Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Frauen und Mädchen sowie auf vulnerable und marginalisierte Gruppen geachtet werden. Es brauche hier einen inklusiven, nachhaltigen und grünen Zugang, der auch innovative Lösungen für die Klimakrise beinhalte.

Weiters wurde der enorme Beitrag von Frauen und Mädchen im Pandemiemanagement gewürdigt, was den Aspekt der globalen Geschlechtergerechtigkeit in den Vordergrund rücke. Frauen müsse nun dementsprechend ein wesentlicher Anteil an Führungsrollen im Wiederaufbauprozeß zugestanden werden. Auch der verheerende Effekt speziell der Lockdown-Maßnahmen auf die Jugend, ihre Ausbildung, Berufsaussichten und mentale Gesundheit wurde festgehalten. Hier bedürfe es verstärkter Unterstützung im Bildungssystem und eine größere Repräsentanz der Jugend in den Parlamenten.

Gemeinsames Verständnis für globale Fragen

Die Pandemie löste laut Deklaration multiple Krisenerscheinungen aus, welche die Umwelt, die Stabilität von Staaten und die globale Kooperation betrafen, was zu einer Zunahme von Armut, Ungleichheit und Gewalt geführt habe. Um diesen Effekten entgegenzuwirken, sehen die ParlamentspräsidentInnen vornehmlich die Parlamente in

der Verantwortung, die Chancen des interparlamentarischen Dialoges besser zu nutzen. Denn auch der wirtschaftliche Wiederaufbau müsse inklusiver gestaltet sein, um Armut zu bekämpfen und Ungleichheit zu reduzieren. Nicht zuletzt wird die Notwendigkeit internationaler Kooperation in den Bereichen Gesundheit und Forschung angeführt, welche die Pandemie eindrücklich vor Augen geführt habe. „Niemand ist vor Covid-19 sicher, bevor alle davor sicher sind", heißt es dazu in der Deklaration. Auch zur Prävention zukünftiger Pandemien sei es notwendig, auf eine globale Gesundheitscharta hinzuarbeiten.

Die ParlamentspräsidentInnen äußern zudem ihre Sorgen über die Auswirkungen auf demokratische Prinzipien und Institutionen. Vor allem die empfindlichen Einschränkungen der persönlichen Freiheiten im Rahmen der Pandemiebekämpfung habe das Vertrauen der Menschen erodieren lassen, was in Kombination mit Falschinformationen und extremistischen Ideologien zu massiven Sicherheitsbedrohungen für diese Institutionen und ihre VertreterInnen führen könnte. Durch parlamentarische Transparenz und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für BürgerInnen könne jedoch das Vertrauen wiederhergestellt werden.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Eröffnung des Woman Summit in Wien



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Grundsatzrede von Ghada Fathy Ismail Waly, Exekutivdirektorin des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und Generaldirektorin des Büros der Vereinten Nationen in Wien

Women Summit als Auftakt

Im Vorfeld der Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen fand am 6. September das 13. Gipfeltreffen der Parlamentspräsidentinnen statt. Der Women Summit soll die Möglichkeit bieten, Bilanz über die Entwicklungen des Corona-Jahres für Frauen und Mädchen zu ziehen und lösungsorientierte Maßnahmen für eine geschlechtergerechte Bewältigung der Pandemie zu suchen. Das Ergebnis der Gespräche soll in die Beratungen der anschließenden IPU-Weltkonferenz einfließen, um die Gleichstellung der Geschlechter in den Fokus aller Parlamente zu rücken.

Gerade in Krisenzeiten sei die Thematik der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern von besonderer Relevanz, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seinen Eröffnungsworten. So würden Frauen in besonderem Maße an vorderster Front der Pandemiebekämpfung stehen und zusätzlich den Großteil der unbezahlten Arbeit leisten. Die Verantwortung der nationalen Parlamente liege darin, die Gleichstellung von Frauen und Mädchen in aller Welt zu fördern und entschieden gegen Gewalt und Verfolgung aufzutreten, so Sobotka.

Auch die norwegische Parlamentspräsidentin und Vorsitzende des Gipfeltreffens Tone Wilhelmsen Trøen forderte weitere Maßnahmen, um die Geschlechtergleichstellung voranzutreiben. Das Treffen der Parlamentspräsidentinnen solle dazu beitragen, diese Frage zur Priorität aller Parlamente zu machen. So brauche es etwa auch in den Parlamenten selbst eine noch bessere Ausgewogenheit der Geschlechter, da aktuell nur 25 Prozent der ParlamentarierInnen weltweit Frauen seien.

Der Präsident der Interparlamentarischen Union (IPU) Duarte Pacheco wies auf die besondere Rolle der Parlamentspräsidentinnen bei der Förderung einer inklusiveren Gesellschaft hin. Es gebe in den verschiedensten Ländern immer noch zahlreiche Gesetze, die dem entgegenwirken und Frauen diskriminieren würden. Gerade hier müssten auf multilateraler Ebene, klare Bekenntnisse zur Gendergerechtigkeit sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft gemacht werden, so der IPU-Präsident. ■

https://www.parlament.gv.at/
https://www.ipu.org/

Globaler parlamentarischer Anti-Terrorismusgipfel in Wien

Hochrangig besetzte internationale Konferenz mit Fokus auf Unterstützung der Opfer von terroristischen Attentaten



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalen Parlamenten komme eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Terrorismus und radikalem Extremismus zu, erklärte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 9. September bei der Eröffnung des ersten globalen Parlamentariertreffens zum Thema Terrorismusbekämpfung im Austria Center Vienna. Bei dem gemeinsam von der Interparlamentarischen Union (IPU) und den Vereinten Nationen organisierten Gipfel geht es vorrangig um die Bedeutung der Parlamente bei der Terrorismusprävention, die bestmögliche Unterstützung von Opfern von Attentaten, um die Entwicklung von effektiven Strategien gegen Radikalisierung und Haßreden sowie speziell um aktuelle Probleme in der Sahel-Region und in Afghanistan. Die Einleitungsreferate hielten IPU-Präsident Duarte Pacheco, die Generaldirektorin des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) Ghada Fathi Waly, der Leiter des UN-Büros für Terrorismusbekämpfung (UNOCT) Vladimir Voronkov sowie IPU-Generalsekretär Martin Chungong.

Neben hochrangigen PolitikerInnen und ExpertInnen waren als besondere Gäste die afghanische Schriftstellerin Nadia Ghulam Dastgir sowie der kenianische Abgeordnete Abdi Yusuf Hassan eingeladen, die beide Opfer von Terrorattentaten sind. Die 1985 in Kabul geborene Ghulam Dastgir wurde als kleines Kind bei einem Bombenangriff schwer verletzt. Unter dem Regime der Taliban gab sie sich als ihr toter Bruder aus, um ihre Familie ernähren zu können. Heute lebt sie in Spanien, engagiert sich in einer NGO



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Begrüßung durch den Präsidenten des österreichischen Nationalrats, Wolfgang Sobotka

für Kinder in Afghanistan, für Flüchtlinge im Mittelmeerraum und tritt gegen die Unterdrückung von Frauen und Mädchen ein. Der frühere Journalist, Diplomat und nunmehrige Politiker Hassan, der aus einer somalischen Familie stammt, verlor fast sein Leben bei einer Granatenattacke außerhalb einer Moschee in Nairobi.

Sobotka: Nationale Parlamente haben Schlüsselrolle bei Bekämpfung von Terrorismus und radikalem Extremismus

Von einem Gipfel von enormer Wichtigkeit sprach Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, da er die Gelegenheit biete, Stimmen von Betroffenen, ExpertInnen und parlamentarischen KollegInnen aus der ganzen Welt zu hören. Terrorismus und gewaltsamer Extremismus stellten nicht nur Bedrohungen für die Sicherheit der Länder, die Werte der demokratischen Gesellschaften, sondern auch für die Freiheit der BürgerInnen dar. Diesen multidimensionalen Herausforderungen könne nur mit multidimensionalen Antworten sowie einer starken bilateralen und internationalen Zusammenarbeit zwischen den Staaten begegnet werden, zeigte sich Sobotka überzeugt.

Für Sobotka nehmen die nationalen Parlamente eine Schlüsselrolle in der Bekämpfung von Terrorismus ein, zumal sie durch die Verabschiedung von Gesetzen, die Ratifikation internationaler Übereinkommen und der Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen wesentliche Beiträge zu nachhaltigen Lösungen leisten und die Lebenssituation der lokalen Bevölkerung entscheidend beeinflussen können. Dafür sei es notwendig, in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen sowie den VertreterInnen der Zivilgesellschaft zu kooperieren sowie die entsprechenden Budgets zur Verfügung zu stellen.

Auch wenn derzeit der politische Fokus auf der Bewältigung der Covid-19-Pandemie liege, hätten terroristische Gruppen ihre Aktivitäten nicht eingestellt, sondern – im Gegensatz – versucht, diese Veränderungen auszunutzen, gab Sobotka zu bedenken. In zahlreichen Teilen der Welt herrsche ein Alarmzustand in Bezug auf den Terrorismus. In den letzten Jahrzehnten war eine starke Zunahme an Polarisation und Intoleranz zu verzeichnen, zudem würden terroristische Gruppen wie Al Kaida und der IS ihre extremistischen Ideologien verbreiten.

Ein besonderer Stellenwert müsse den Bedürfnissen und Rechten der Opfer, die attackiert und traumatisiert wurden, eingeräumt werden, unterstrich der Nationalratspräsident. Er begrüße es daher ausdrücklich, daß sich der von der IPU und den Vereinten Nationen organisierte Gipfel sich diesem wichtigen Thema annimmt, da es im Sinne der Solidarität und der Anerkennung der Opfer konkrete Maßnahmen brauche. Die Stärke, der Mut und die Kraft dieser Menschen, wie sie von Nadia Ghulam Dastgir und Yusuf Hassan Abdi verkörpert werden, seien eine Inspiration für alle.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

UN-Untergeneralsekretär für Terrorismusbekämpfung, Vladimir Voronkov



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Terroropfer Nadia Ghulam Dastgir



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Terroropfer Abdi Yusuf Hassan

Äußerst besorgt zeigte sich Sobotka angesichts der aktuellen Lage in Afghanistan, wobei Österreich vor allem die terroristischen Attacken in Kabul ausdrücklich verurteile. Es müsse verhindert werden, daß Afghanistan zum Brutkasten für den internationalen Terrorismus werde und die Zivilbevölkerung von nicht nur einer, sondern mehreren radikalen Gruppen bedroht werde. Alle Bemühungen, die Sicherheit der AfghanInnenen sowie der internationalen BürgerInnen vor Ort zu gewährleisten, sollten daher unterstützt werden, appellierte er. Im Besonderen müssen die Rechte der Frauen, Mädchen und Minderheiten geschützt sowie die internationalen Menschenrechtsverträge unter allen Umständen respektiert werden. Sehr wichtig sei ein weiteres Thema, nämlich die Debatte über die Zukunft der Sahel-Region, merkte Sobotka an. Auch wenn schon einige Fortschritte erzielt werden konnten, müsse noch weiter an Lösungen im Sinne der stark leidenden Bevölkerung gearbeitet werden. Die von der IPU und der UN lancierte umfassende Strategie sei ein wichtiger Beitrag dazu.

Trilaterale Absichtserklärung

Die Initiative für den ersten globalen Parlamentarischen Anti-Terrorismusgipfel geht auf eine trilaterale Absichtserklärung zwischen der IPU, dem United Nations Office of Counter-Terrorism (UNOCT) sowie dem United Nations Office on Drugs and Crime (UNOCT) zurück, die im Mai 2019 unterzeichnet wurde. Im Mittelpunkt stand das Bestreben, Frieden und nachhaltige Entwicklung in all jenen Regionen voranzutreiben, in denen terroristische Gruppen weiterhin eine erhebliche Bedrohung für den globalen Frieden und die internationale Sicherheit darstellen, wie dies etwa in den Sahel-Ländern der Fall ist. Dabei sollten vor allem die Bedürfnisse der Opfer von Terrorismus mehr Beachtung finden. Außerdem sei die Bekämpfung von Haßreden von zentraler Bedeutung. ■

https://www.parlament.gv.at/

Österreichs neuer Außenminister Michael Linhart



Bundespräsident Alexander Van der Bellen (sitzend rechts) und Außenminister Michael Linhart (sitzend links) bei der Unterzeichnung der Bestellungsurkunde – unter Beisein von Bundeskanzler Alexander Schallenberg (2. v.l.) und Vizekanzler Werner Kogler (l.)

Michael Linhart wurde am 31. August 1958 in Ankara in der Türkei geboren, wo sein Vater als Diplomat an der österreichischen Botschaft tätig war. Er besuchte die schulische Oberstufe in Feldkirch in seiner Vorarlberger Heimat und maturierte dort im Jahr 1976.

Anschließend daran leistete er in den Jahren 1976 bis 1977 seinen Präsenzdienst beim österreichischen Bundesheer ab, ehe er das Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Salzburg und Wien aufnahm. Im Jahr 1985 wurde Linhart in Wien zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert. Im selben Jahr absolvierte er die juristische Gerichtspraxis.

Diplomatische Tätigkeit und Positionen

Im Jahr 1986 trat Michael Linhart in den diplomatischen Dienst ein und wurde zunächst im Außenministerium selbst und anschließend in der Österreichischen Botschaft in Addis Abeba eingesetzt. 1988 erfolgte die Versetzung an die Botschaft in Damaskus, wo Linhart erster Botschaftssekretär und stellvertretender Botschaftsleiter wurde. Vier Jahre später, im Jahr 1992, wurde Linhart Botschaftsrat und stellvertretender Botschaftsleiter in Zagreb, was er bis 1995 blieb. Im August 1995 wurde Michael Linhart vom damaligen Außenminister Wolfgang Schüssel zum persönlichen Sekretär in seinem Kabinett ernannt, womit er nach Wien zurückkehrte. Nachdem Schüssel im Jahr 2000 zum Bundeskanzler aufstieg, wurde Linhart dessen persönlicher Berater in außenpolitischen Fragen und gleichzeitig zum österreichischen Botschafter in Damaskus bestellt.

Von 2003 bis 2007 leitete er in der Folge als Geschäftsführer die neu gegründete Austrian Development Agency des Außenministeriums. Erneut auf einen Botschafterposten wurde Linhart 2007 berufen, als er österreichischer Botschafter in Athen wurde. 2012 kehrte Michael Linhart nach Österreich zurück, um im Außenministerium Leiter der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit zu werden. Am 2. Dezember 2013 folgte dem die Bestellung als Generalsekretär im Aussenministerium, womit Linhart höchster Beamter des Ministeriums wurde.

Unter Außenministerin Karin Kneissl wurde die Bestellung Linharts als Generalsekretär nicht verlängert, weshalb er im Sommer 2018 österreichischer Botschafter in Paris wurde. Mit 11. Oktober 2021 ist er nun als Nachfolger von Alexander Schallenberg der neue Außenminister. ■

https://www.bmeia.gv.at/

Lesen Sie mehr darüber auf der Seite 81

Quellen: BMEIA, https://de.wikipedia.org/

Lebenslauf

1976 Matura in Feldkirch, Vorarlberg, Jesuitengymnasium „Stella Matutina“
1976 – 1977 Präsenzdienst beim Österreichischen Bundesheer als Einjährig-Freiwilliger
1977 – 1985 Studium der Rechtswissenschaften, Promotion zum Dr. iur. und Gerichtspraxis
1986 Zu Jahresbeginn Eintritt in das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
1986 – 1988 Dienst in der Zentrale des Außenamtes in verschiedenen Abteilungen (OSZE, Konsularangelegenheiten, multilaterale Wirtschaftspolitik) sowie an der ÖB Addis Abeba
1988 – 1992 Erstzugeteilter an der Österreichischen Botschaft Damaskus
1992 – 1995 Erstzugeteilter an der Österreichischen Botschaft Agram
1995 –2000 Kabinett des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, Wolfgang Schüssel
2000 – 2000 Kabinett des Bundeskanzlers, Außenpolitischer Berater von Wolfgang Schüssel
2000 – 2003 Österreichischer Botschafter in Damaskus
2003 – 2007 Geschäftsführer der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenamt
2007 – 2012 Österreichischer Botschafter in Athen
2012 – 2013 Leiter der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Entwicklungspolitik im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
2013 Von August bis November Stellvertretender Generalsekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
2013 – 2018 Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
2018 – 2021 Österreichischer Botschafter in Paris

Michael Linhart und Silvia Linhart, geb. Vlasich (Mittelschulprofessorin), haben drei Kinder namens Johannes, Anna und Agnes

Botschafterkonferenz 2021

Bundeskanzler Kurz: Botschaften können Riesenbeitrag für Exportwirtschaft und Tourismus leisten – Außenminister Schallenberg: Ich bin stolz, wie wir als Team Außenministerium diese schwierige Phase gemeinsam gemeistert haben.



Foto: BMEIA / Gruber

Botschafterkonferenz 2021 in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg eröffnete am 6. September die Botschafterkonferenz mit folgender Rede (es gilt das gesprochene Wort):

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es ist schön, euch wieder von Angesicht zu Angesicht zu treffen.

Letztes Jahr waren wir ja gezwungen, unsere BOKO in mehreren Tranchen virtuell abzuhalten.

Aber Videokonferenzen können eine physische Botschafterkonferenz einfach nicht ersetzen.

Ich bedauere daher umso mehr, daß ich dennoch auch heuer einige Kolleginnen und Kollegen per Video grüßen muß, da ihnen die Covid-Regeln in ihren Empfangsstaaten es leider nicht erlaubt haben, zu uns nach Wien zu reisen. Ich grüße euch dafür virtuell umso herzlicher!

Die letzte „richtige" Botschafterkonferenz ist fast dreieinhalb Jahre her. Damals, im April 2018 war die Welt noch eine andere.

Seither ist wirklich viel geschehen:

2019, 2020 und '21 brachten eine Übergangsregierung und Neuwahlen in Österreich, den endgültigen Brexit, die Abraham-Abkommen, den Sturm aufs Capitol, eine neue US-Administration, schwere Konflikte und Krisen in Tigray, Berg-Karabach, im Libanon und aktuell in Afghanistan – um nur einige zu nennen.

Vor allem aber hat eine Pandemie unsere Art zu leben und zu arbeiten vollkommen umgekrempelt. Ihr draußen „im Feld" wurdet dabei vor besonders schwierige Herausforderungen gestellt:

- *Der Umgang mit den zum Teil massiven Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, denen man sich im Empfangsstaat plötzlich unterworfen sah.*
- *Die Verantwortung, die Arbeit an den Vertretungsbehörden mit Team-Splitting, Home-Office und anderem neu zu organisieren, ohne die Arbeitsabläufe allzu sehr leiden zu lassen.*
- *Die Mammut-Aufgabe, tausenden gestrandeten Menschen zu helfen, damit sie wieder sicher nach Österreich zurückkehren können.*
- *Und dies alles gepaart mit der Sorge um eure Familien, eure Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und nicht zuletzt um die eigene Gesundheit.*

Ich bin stolz, wie wir als Team Außenministerium diese schwierige Phase gemeinsam gemeistert haben. Ihr habt eine außergewöhnliche Performance hingelegt!

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg bei seiner Eröffnungsrede vor der Botschaftrerkonferenz

Wir waren immer dort, wo man uns gebraucht hat: bei den Repatriierungsflügen in den Anfangszeiten der Pandemie, beim Heranschaffen medizinischer Güter, bei der Impfstoff-Hilfe für den Westbalkan und andere Partnerländer, oder zuletzt bei den Evakuierungen aus Afghanistan.

Immer als erste, oft auch als einzige. –

Dafür ein ganz großes Danke euch allen für euren Einsatz!

Aber diese Herausforderungen haben uns auch geholfen. Niemand traut sich heute öffentlich in Frage zu stellen, daß es ein schlagkräftiges Außenministerium mit einem weltweiten Vertretungsnetz braucht.

Wie ich wiederholt im Parlament und in der Öffentlichkeit gesagt habe, hat diese Krise bewiesen, daß unsere Vertretungen kein Luxus sind, sondern eine Lebensversicherung für viele unserer Landsleute, wenn es hart auf hart kommt.

Die Corona-Pandemie hat neuerlich mehr als deutlich gemacht, daß Österreich es sich einfach nicht erlauben kann, auf ein eigenes starkes internationales rot-weiß-rotes-Netzwerk zu verzichten!

Eure umfassenden Berichte über die Covid-Maßnahmen in euren Empfangsstaaten und deren wirtschaftlichen und sozialen Comeback-Pläne waren und sind auch weiterhin wichtige Entscheidungsgrundlage für viele heimische Ressorts. Ihr seid die Augen und Ohren der Republik im Ausland.

Nun geht es aber darum nach vorne zu blicken.

Letztes Jahr haben wir den Österreichern im Ausland geholfen, ihnen konsularischen Schutz gegeben und dafür gesorgt, daß sie sicher nach Hause kommen. Jetzt geht es darum, den Österreichern im Inland zu helfen, damit sie ihren Arbeitsplatz behalten können.

Mit seiner starken Exportwirtschaft hat Österreich beste Voraussetzungen, schneller und besser aus der Pandemie herauszukommen.

Aber die Konkurrenz schläft nicht. Und viele Parameter haben sich in den vergangenen Monaten verschoben. In der Geopolitik ebenso wie in der Weltwirtschaft.

Wir im Außenministerium müssen deshalb unsere Netzwerke und unser Know-how verstärkt in die Dienste der heimischen Wirtschaft stellen. Wir haben bewiesen, daß unser Vertretungsnetz in einer konsularischen Krise keine Luxuseinrichtung ist.

Jetzt gilt es sichtbar zu machen, daß unser Vertretungsnetz ein wesentlicher Unterstützungsfaktor für unsere Exportwirtschaft ist.

Morgen geben wir gemeinsam mit dem Bundeskanzler, der Wirtschaftskammer und dem Wirtschaftsministerium den Startschuß für ReFocus Austria. Wir starten damit den größten Business Outreach, den Österreich bisher gesehen hat. Mit dieser Kampagne wollen wir die Leistungsfähigkeit, die Innovationskraft und die Stärke der österreichischen Wirtschaft weltweit noch stärker ins Rampenlicht rücken.

Bis Ende Juni 2022 werden unter einem Logo und einem Branding von Buenos Aires bis Peking, von Pretoria bis Ottawa maßgeschneiderte Veranstaltungen stattfinden, um die österreichische Exportwirtschaft zu unterstützen, nach der Covid-19 Pandemie wieder durchstarten zu können.

Das Signal, das wir international aussenden wollen, ist: We are back in business!

Selbstverständlich werden wir dabei als Team Austria engstens mit der Wirtschaftskammer, der Österreich Werbung und anderen Bundesministerien zusammenarbeiten.

Aber wir sollen und müssen mit den über 100 Auslandsvertretungen in der ganzen Welt die Träger und das Herz dieser Kampagne sein.

Ich will, daß jedem in Österreich klar wird:

- *Wir im Außenministerium können nicht nur Politik,*
- *wir können nicht nur Konsularisches –*
- *wir können auch Wirtschaft!*

Ihr mit euren Kontakten in Wirtschaft, Politik, Medien und Kultur müsst die Türöffner und Plattform-Schaffer für unsere Wirtschaft im Ausland sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Auch in der Diplomatie hat die Pandemie massive Spuren hinterlassen.

Zuerst das Positive.

Die Krise hat uns in der Nachbarschaft enger zusammenrücken lassen.

Wir haben einen Ring an tragfähigen Partnerschaften um uns herum aufgebaut – besonders zu unseren Slavkov- und C-5-Nachbarn.

Wir haben diese Formate neu entwickelt beziehungsweise neu belebt.

Und es vergeht kaum ein Monat, ohne daß wir uns in diesen Nachbarschaftsformaten virtuell oder physisch treffen oder telefonisch absprechen.

Wir konnten die Krise aber auch nützen, um das Standing am Westbalkan zu stärken. Daß wir zu Beginn des Jahres vom Team Europe gebeten wurden, die EU-Impfhilfe für den Westbalkan zu koordinieren, war sehr ehrenvoll, zeigt aber auch wie stark unser Renommee auch aus Brüsseler Sicht in Südosteuropa ist. Das Projekt war wahrlich kein Selbstläufer und hat uns vor eine Fülle juris-

tischer und logistischer Herausforderungen gestellt.

Aber uns ist es als ersten EU-Mitgliedstaaten überhaupt gelungen, im Mai im Rahmen des EU vaccine sharing mechanism eine namhafte Anzahl an Impfdosen von Biontech-Pfizer in Sarajewo und in der Folge in allen anderen Westbalkan-Staaten zu übergeben. Das hat uns nicht nur in den Westbalkan-6, sondern auch in Brüssel viel positive Beachtung eingebracht. Ich will daher an dieser Stelle all jenen im Haus danken, die durch ihren Einsatz diesen soft power Erfolg möglich gemacht haben.

Wir haben damit bewiesen, daß Österreich gerade auch in Krisenzeiten ein verlässlicher Partner ist. Das hat auch der Gipfel des Bundeskanzlers mit allen Westbalkan-Staaten im Juni nochmals unterstrichen.

Das juristische und logistische Know-how, das wir uns dafür mühsam aneignen mußten, können wir jetzt gut nutzen, wenn wir bilateral Staaten mit Impfdosen aushelfen: Unter anderem für Bosnien-Herzegowina und der Ukraine (je 500.000) über Georgien und Tunesien, und noch heute hebt ein Flieger in den Iran ab, dem wir 1 Mio. Impfdosen zur Verfügung stellen.

Aber unsere Kooperation mit unseren Freunden am Westbalkan beschränkt sich natürlich nicht auf die Hilfe bei der Beschaffung von Impfstoff und generell bei der Bekämpfung der Pandemie.

Wir müssen vielmehr aktiv dagegen ankämpfen, daß es zu einer anhaltenden Balkan-Stagnation innerhalb der EU kommt.

2020 war ein verlorenes Jahr für den Weg des Westbalkans in die EU. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch 2021 ohne größere Durchbrüche ins Land zieht. Das können wir schon aus Eigeninteresse nicht einfach so hinnehmen.

Und wir müssen uns gegenüber Südosteuropa von der Fixation auf die Erweiterung lösen. Der Westbalkan ist viel mehr als nur die Beitrittsverhandlungen und das Schließen und Öffnen von Kapiteln.

Wir machen oft den Fehler, den Erweiterungsprozeß allzu sehr als legalistischen, bürokratischen, ja fast buchhalterischen Prozeß zu sehen.

Dabei geht es – wie schon bei den Erweiterungen um Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1986 oder die Osterweiterungen seit 2004 – um den Export und die Verankerung unseres demokratischen pluralistischen Lebensmodells.

Wir müssen daher auch in den anderen EU-Hauptstädten klarmachen, daß es hier um eine eminente geostrategische Aufgabe für die EU geht.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) mahm am 7. September an der Botschafterkonferenz 2021 teil – hier im Bild mit Außenminister Alexander Schallenberg.

Entweder es gelingt uns, unser Lebensmodell nachhaltig am Balkan – in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – zu verankern, oder wir werden dort eines Tages mit alternativen Konzepten konfrontiert sein, die nicht in unserem Interesse sind.

Vor diesem Hintergrund bin ich daher überzeugt, daß wir auch in der Balkan-Politik eine stark und verläßliche transatlantische Dimension brauchen. Ich habe daher vorgeschlagen, daß wir nicht nur unsere massiven Finanzhilfen – allein das Corona-Hilfspaket umfaßt 3,3 Mrd. Euro – stärker mit unseren amerikanischen Partnern akkordieren, sondern daß wir die USA auch im Berlin-Prozeß an den Tisch holen, als geostrategische Aufgabe des Westens.

Der Westbalkan sollte eines jener Themen sein, durch das wir unser Verhältnis zu den USA auf unseren gemeinsamen Werten basierend weiter stärken und mit konkreten Projekten füllen.

Die vergangenen eineinhalb Jahre haben aber auch gezeigt, daß Corona als Brandbeschleuniger internationaler Krisenherde gewirkt hat.

Es brennt an allen Ecken und Enden rund um Europa.

Die Krisen-Landkarte zeigt einen Feuerring um uns – von der Westsahara über Libyen und das Horn von Afrika, Syrien, Libanon und Berg-Karabach bis nach Belarus. Und jetzt natürlich Afghanistan, das derzeit zurecht im Epizentrum der internationalen Aufmerksamkeit steht.

Wir alle beobachten die rasante Entwicklung mit einer Mischung aus Unglauben und Bestürzung. Daß sich 20 Jahre internationales Engagement scheinbar über Nacht in Luft aufzulösen scheinen, ist zutiefst verunsichernd.

Die relevanteste Frage ist: Was können, ja was müssen wir tun? Die Antwort ist aus meiner Sicht klar:

Erstens: Wir müssen helfen – und zwar dort wo die Hilfe am dringendsten benötigt wird – nämlich vor Ort in Afghanistan und in der Region. Wir haben daher mit 18 Mio. Euro das größte Sofort-Hilfspaket in der 2. Republik aufgestellt und unterstützen aktiv die Schaffung eines Afghanistan-Compacts für die Nachbarn, die drohen im Strudel der Ereignisse mitgerissen zu werden.

Und zweitens: Wir müssen klare rules of engagement mit den neuen Machthabern in Kabul aufstellen.

Wir werden nicht umhinkommen, pragmatisch mit den neuen Realitäten in Afghanistan umzugehen. Zugleich dürfen wir aber unsere Werte nicht verleugnen oder den Taliban einen Blankoscheck ausstellen.

Beim informellen Außenministertreffen letzte Woche in Brdo haben wir uns daher auf eine klare gemeinsame Marschrichtung geeinigt und Mindestvoraussetzungen definiert, die erfüllt sein müssen, bevor wir die Taliban als legitime Führung des Landes akzeptieren.

Die zweitrelevanteste Frage lautet aber: Was sollen wir nicht tun?

Wir dürfen uns jetzt nicht auseinanderdividieren lassen. Wir dürfen nicht den Fehler



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Rede über das Projekt „ReFocus Austria“

machen, jetzt mit dem Finger zu zeigen und mit Schuldzuweisungen aufzuwarten. Der gesamte Westen steht vor einem Scherbenhaufen. Wir sitzen alle im selben Boot. Afghanistan hat das Potential, die gesamte Region zu destabilisieren.

Wir dürfen jetzt auch nicht in Defätismus verfallen oder zu Selbstgeißelungen übergehen. Ja, das Engagement in Afghanistan ist fürs erste gescheitert und ja, es gibt noch viele offene Fragen, wie es zu diesem multiplen Organversagen kommen konnte.

Aber nein, die Werte, für die wir uns in Afghanistan und anderswo international einsetzen, sind weiterhin die richtigen: Pluralismus, Demokratie, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Grund und Freiheitsrechte. Wir müssen und werden weiterhin für diese Werte eintreten und sie verteidigen.

Gerade gegenüber autokratischen Systemen, die daran Interesse haben, ihre politischen Systeme zu exportieren. Und die damit durchaus Erfolg haben – auch in unserer näheren Nachbarschaft.

Auch, wenn die Bilder der dramatischen Evakuierungen aus Kabul dies nicht leichter machen, steht dabei für mich das transatlantische Verhältnis im Zentrum.

Wir stehen international in einem zunehmenden strategischen Wettbewerb der Lebensmodelle und sehen uns mit systemischen Gegenentwürfen zu unserem Werteverständnis konfrontiert. Nur noch 25 Mitglieder der Mitglieder der UNO vertreten das, was wir als westliches liberales Wertemodell bezeichnen. Und innerhalb dieser Gruppe sind die USA unser wichtigster Partner.

Wenn es also um die Gretchenfrage geht, wie in Zukunft ein Leben für unsere Kinder und Enkelkinder in Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit aussehen soll, dann gibt es für mich keine Alternative zu dieser Wertegemeinschaft zwischen Europa und den USA, aufgebaut aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs und basierend auf den Pfeilern Demokratie, Freiheit, Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit.

Und diese Wertegemeinschaft muß sich gerade auch bei Zukunftsthemen beweisen – auch, wenn es schwierig ist. Ich halte es für unerläßlich, daß wir uns als EU rasch mit den USA auf eine gemeinsamen Fahrplan bei Themen wie Künstlicher Intelligenz und Quantum-Computing einigen. Beide sind Herausforderungen nicht nur in menschenrechtlicher Hinsicht, sondern auch werte- und gesellschaftspolitisch.

Mit der Entwicklung des Konzepts des Digitalen Humanismus, das wir gemeinsam mit unseren tschechischen und slowakischen Freunden aus der Taufe gehoben haben, sowie mit der Organisation des ersten hochrangigen Side-Events – zusammen mit Südkorea – beim UNO-MRR zum Thema künstliche Intelligenz und Menschenrechte haben wir erste Signale gesetzt.

Auch die erste Konferenz in Wien am 15. September zu „LAWS“, zu den tödlichen autonomen Waffensystemen, fügt sich in dieses Bemühen ein.

Das kann aber erst der Beginn sein. Ich bin überzeugt, daß wir auch im Außenministerium unseren Blick auf diese technologischen Entwicklungen schärfen müssen. Sie haben das Potential, die geopolitische Landkarte massiv zu verändern und werden unsere diplomatische Arbeit in Zukunft deutlich mitprägen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir alle wissen, das Rad der Diplomatie steht nie still. Und auch die kommenden Monate werden voller Herausforderungen sein. Aber ich glaube, wir sind ganz gut aufgestellt. Wir können jedenfalls stolz sein, auf das, was wir hier erreichen und auf den besonderen Teamgeist, der uns auszeichnet.

Danke euch!

Bundeskanzler Sebastian Kurz

„Ich bitte die Diplomaten an den Österreichischen Botschaften alles zu tun, damit die Exportwirtschaft und der Tourismus unterstützt werden. Sie alle können dazu weltweit einen Riesenbeitrag leisten und die Werbetrommel für die österreichische Wirtschaft rühren“, sagte Bundeskanzler Sebastian am 7. September Kurz bei der Auftaktveranstaltung von „ReFocus Austria“ am Erste Campus in Wien, an der er gemeinsam mit Außenminister Alexander Schallenberg und WKÖ-Vizepräsidentin Martha Schultz teilnahm.

Dabei handelt es sich um eine Initiative des Außenministeriums im Rahmen des Comebackplans der Bundesregierung, unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt, dem Wirtschaftsministerium, der Wirtschaftskammer und der Österreich Werbung.

Das oberste Ziel müsse es sein, daß man wieder das Vorkrisenniveau erreiche: „Derzeit geht die Wirtschaft in die richtige Richtung. Aber wir dürfen uns nicht zurücklehnen und zu selbstsicher sein.“ Bis Ende Juni 2022 seien in über 100 Auslandsvertretungen Veranstaltungen geplant, um die Leistungsfähigkeit und Stärke der heimischen Exportwirtschaft zu bewerben. Außenminister Alexander Schallenberg hat die BotschafterInnen darauf eingeschworen, ihre Netzwerke und ihr Know-how noch stärker in die Dienste der heimischen Wirtschaft zu stellen. Den vor Ort versammelten Wirtschaftstreibenden unterbreitete er das Angebot, das Außenministerium als Teil ihres Netzwerkes zu betrachten. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/
https://www.bmeia.gv.at

Intensivierung der Wirtschaftsdiplomatie

Außenminister Alexander Schallenberg und WKÖ-Präsident Harald Mahrer unterzeichnen neues Übereinkommen

Am 28. September unterzeichneten Aussenminister Alexander Schallenberg und Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer ein Arbeitsübereinkommen, das die Zusammenarbeit von Außenministerium und Wirtschaftskammer auf neue vertragliche Beine stellt – die vorhergehende Vereinbarung war bereits ein Vierteljahrhundert alt.

„Damit setzen wir ein weiteres Zeichen der engen Kooperation für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Außenwirtschaftspolitik als ‚Team Austria'. Die Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, daß Österreich es sich nicht erlauben kann, international auf ein starkes rot-weiß-rotes-Netzwerk zu verzichten! Dafür braucht es einen gemeinsamen Kraftakt – ich danke der Wirtschaftskammer für die exzellente Zusammenarbeit", bekräftigt Außenminister Alexander Schallenberg.

Mit dem neuen Übereinkommen soll das Potential des österreichischen Vertretungsnetzes – den Botschaften, Ständigen Vertretungen und Generalkonsulaten der Republik sowie den Außenwirtschaftszentren und -büros der Wirtschaftskammer – optimal ausgeschöpft werden. Ziel ist es, bestmögliche Voraussetzungen für eine engagierte österreichische Wirtschaftsdiplomatie zu schaffen und maßgeschneiderte Serviceleistungen für die österreichische Exportwirtschaft anzubieten.

„Wesentlich für den weltweiten Erfolg unsere Exporteure war seit jeher die exzellente Zusammenarbeit zwischen WKÖ und Außenministerium. Gerade in Krisenzeiten konnte der Außenhandel der heimischen Wirtschaft die nötige Stabilität geben. Das Abkommen trägt den neuen Herausforderungen auf den Weltmärkten Rechnung und setzt umfassend auf Kooperation und Koordination mit dem BMEIA. Ich freue mich, daß auch wir hier ein Zeichen der Kontinuität setzen können", so Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer.

Bereits am 7. September gab Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz den Startschuß für die Initiative ReFocus Austria, dem größten globalen Outreach für die heimische Wirtschaft. Refocus Austria ist zentraler Bestandteil des Comeback Plans der österreichischen Bundesregierung zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Krise. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium, der Außenwirtschaft der Wirtschaftskammer, der Österreich Werbung und VertreterInnen weiterer Bundesministerien sollen der österreichischen Wirtschaft im Ausland Türen geöffnet werden, um Arbeitsplätze und Investitionen zu sichern.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (r.) und Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer

Bis Juli 2022 werden auf fünf Kontinenten maßgeschneiderte Veranstaltungen an den über 100 Auslandsvertretungen Österreichs stattfinden, damit der Wirtschafts- und Tourismusstandort Österreich gestärkt aus der Corona-Krise hervorgeht.

„Es ist unser oberstes Ziel als Bundesregierung, alles zu tun, um dieses Wirtschaftswachstum zu beflügeln, um möglichst viele Menschen wieder in Arbeit zu bringen und vielleicht auf ein Niveau zu kommen, das sogar besser ist als vor der Krise", sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 7. September. „Made in Austria" bürgt weltweit für Qualität, Zuverlässigkeit und hohe Ingenieurs- bzw. Handwerkskunst. Die Veranstaltungen, die an die örtlichen Gegebenheiten und Corona-Maßnahmen angepasst werden, drehen sich um die Kernkompetenzen der österreichischen Wirtschaft: Innovation, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Tourismus.

Im Rahmen der Initiative ReFocus Austria hat Außenminister Schallenberg bereits bei seiner Golfreise Mitte September und bei seinem Aufenthalt in New York City letzte Woche Veranstaltungen mit österreichischen WirtschaftsvertreterInnen im Ausland absolviert. ■

https://www.bmeia.gv.at/
https://www.wko.at/

5-Länder-Biosphärenpark »Mur-Drau-Donau«

Köstinger: Anerkennung durch die UNESCO ist »ein Meilenstein im Naturschutz« – BMLRT, Land Steiermark, Nationales UNESCO MAB-Komitee und WWF Österreich sind Geburtshelfer des weltweit ersten UNESCO-5-Länder Biosphärenparks



Foto: BMLRT / Robert Sommerauer / pixelmaker.at

Die Steirische Murauen im neuen Biosphärenpark

Mit der am 15. September 2021 erfolgten Beschlußfassung eines von Österreich, Slowenien, Kroatien, Ungarn und Serbien gemeinsam eingereichten Biosphärenpark-Antrags durch den internationalen Koordinierungsrat der UNESCO ist nach 15 Jahren Vorbereitungszeit ein wahrer Meilenstein in der Geschichte des UNESCO „Man-and-Biosphere"-Programms erreicht worden: die Gründung des weltweit einzigen 5-Länder-Schutzgebietes der UNESCO. Mit 930.000 Hektar grenzüberschreitender Fläche in fünf Ländern handelt es sich um eines der global bedeutendsten Großschutzgebiete und um den weltweit ersten grenzüberschreitenden Biosphärenpark, der sich auf Gebiete in fünf Ländern erstreckt. Die Erreichung eines gemeinsamen 5-Länder-Biosphärenparkstatus für die Gewässer, Aulandschaften, Kulturlandschaften und Naturlandschaften entlang von 700 Kilometern der Flüsse Mur, Drau und Donau ist ein historischer Moment. In diesem neuen 5-Länder-Park, der ein einzigartiges Gebiet für Natur-Tourismus, Erholung, Sport, kulturellen Austausch, attraktive Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, Bildung und nachhaltige Regionalentwicklung darstellt, bieten sind nun neue Optionen entstanden:

Bundesministerin Elisabeth Köstinger

„Wir können jetzt durch das hochkarätige 5-Länder-Bündnis noch effizienter mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten, um einen ökologischen Hochwasserschutz mit ‚nature-based solutions' voranzutreiben und gleichzeitig die wertvollen Auen- und Flußlandschaften mit ihrer einzigartigen Biodiversität zu erhalten. Mit der Anerkennung bei der UNESCO haben wir einen echten Naturschutzmeilenstein erreicht. Ich gratuliere allen Verantwortlichen recht herzlich zu dieser einzigartigen Auszeichnung", freute sich Bundesministerin Elisabeth Köstinger über die internationale Beschlußfassung.

Der österreichische Anteil wird durch den jungen Steirischen „Biosphärenpark Unteres Murtal" zwischen Spielfeld und Bad Radkersburg repräsentiert, eine Region, in welcher das Land Steiermark sowie das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus in den letzten Jahren mehrere Millionen Euro zur Sicherung des Hochwasserschutzes und der Auenökologie investiert



Foto: BMLRT / Mario Romulic

Der Zusammenfluß von Donau und Drau

haben und damit gute Startvoraussetzungen für die 5-Länder-Unterschutzstellung geschaffen haben.

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer

„Die Anerkennung des 5-Länder-Biosphäreparks ist ein wichtiges Zeichen für gelebte und aktive Nachbarschaftspolitik. Die Freude über den internationalen Beschluß ist groß, so können wir in den unterschiedlichen Bereichen – über Staatsgrenzen hinweg – noch enger zusammenarbeiten und bestehende Verbindungen weiter ausbauen. Mein großer Dank gilt allen Beteiligten, die zur Realisierung dieses weltweit einzigartigen Vorzeigeprojektes beigetragen haben“, teilte der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer mit.

Generalsekretärin Patrizia Jankovic

Patrizia Jankovic, Generalsekretärin der Österreichischen UNESCO-Kommission, hat ebenfalls lobende Worte für das einzigartige 5-Länder-Projekt: „Die Einrichtung dieses Biosphärenparks – über fünf Staatsgrenzen hinweg und unter Einbindung internationaler Expertise – kann als Sinnbild schlechthin für die Anliegen der UNESCO gelten. Die globalen Herausforderungen unserer Zeit verlangen nach gemeinsamen Lösungen auf der Basis von grenzüberschreitender Kooperation und internationalem Austausch. Der Schutz und die nachhaltige Entwicklung des besonderen Ökosystems des „Amazonas Europas“ fördert genau diese Zusammenarbeit und ermöglicht die Umsetzung zukunftsweisender, innovativer Projekte, die wesentlich zur Erreichung der Ziele der UN-Agenda 2030 beitragen.“

WWF-Geschäftsführerin Andrea Johanides

WWF-Geschäftsführerin Andrea Johanides zeigt ebenfalls ihre Begeisterung und meint: „Mit der Anerkennung des ersten fünf Länder übergreifenden Biosphärenparks der



Foto: BMLRT / Mario Romulic

Seeadler im künftigen Biosphärenpark



Foto: BMLRT / Goran Safranek

Beeindruckendes natürliches Flußland

Welt schreiben wir Naturschutzgeschichte. Schon seit den 1990er Jahren engagiert sich der WWF für dieses einzigartige Projekt. Der Biosphärenpark ist ein leuchtendes Erfolgsbeispiel für grenzüberschreitenden Naturschutz, der in Zeiten der Klimakrise und des Artensterbens zur Überlebensfrage wird. Auch die Menschen werden vom Biosphärenpark profitieren und können stolz auf ihr kulturelles Erbe und ihre Landschaften im Amazonas Europas sein“

Einzigartiger Wasserlebensraum höchster biologischer Vielfalt

Das künftig unter einem gemeinsamen internationalen Dach vereinte 700 Kilometer lange und 930.000 Hektar große Flußschutzgebiet beginnt an der steirischen Grenzmur bei Spielfeld. Nach der Einmündung der Mur in die Drau in Kroatien erstreckt sich die Flußlandschaft entlang der Drau bis zum Zusammenfluß mit der Donau bei Osijek und umschließt die Donauauen im Dreiländereck Kroatien-Serbien-Ungarn. Die Kernzone von rund 280.000 Hektar ist von einer Übergangszone im Ausmaß von rund 650.000 Hektar umgeben, und für nachhaltige Land- und Forstwirtschaft sowie Tourismus vorgesehen. Im zukünftigen 5-Länder Biosphärenpark leben und arbeiten rund 900.000 Menschen.

Die verstärkte Sicherung und Pflege dieses grenzüberschreitenden Lebensraumes kommt natürlich ganz besonders der biologischen Vielfalt der Tierwelt, insbesondere der Vogelwelt, zugute, womit der Lebensraum für Eisvogel, Flussuferläufer, Uferseeschwalbe, Schwarzstorch und Seeadler deutlich aufgewertet wird. Der gesamte Biosphärenpark ist zweieinhalbmal so groß wie alle österreichischen Nationalparks zusammen.

Auch Biber, Fischotter und der fast ausgestorbene Glattdick – eine Donaustörart – stehen für die bemerkenswerte biologische Vielfalt der Region. 13 Schutzgebiete unterschiedlicher Größe und Kategorie bilden ein Netzwerk entlang der Flüsse. Darunter sind der Naturpark „Kopački Rit“ beim Donau-Drau-Zusammenfluß, der Regionalpark „Drau-Mur“ in Kroatien, das Naturreservat „Gornje Podunavlje“ in Serbien, der Nationalpark „Donau-Drau“ in Ungarn sowie zahlreiche Natura-2000-Gebiete in Slowenien und Österreich.

Die ausgedehnten Fluß- und Aulandschaften sind nicht nur für den Erhalt der Artenvielfalt wichtig. Sie stellen auch seit jeher die Lebensgrundlage der Menschen vor Ort dar. Außerdem sichern natürliche Flüsse günstige Grundwasserbedingungen und erhöhen die Selbstreinigungskraft des Wassers – beides unabdingbare Voraussetzungen für sauberes Trinkwasser, gesunde Wälder und nachhaltige Landwirtschaft. Den Menschen dienen die Flüsse und Auen als natürlicher Hochwasserschutz sowie als attraktiver Ort für Freizeitaktivitäten wie Baden, Angeln und Kanufahren.

Global existieren derzeit über 714 Biosphärenparks in 124 Staaten, 21 davon sind grenzüberschreitend. Sie dienen nicht nur dem Schutz und der Pflege bestimmter Ökosysteme, sondern auch der ökologischen Forschung, der umweltgerechten Landnutzung und der Bildung im Bereich nachhaltiger Entwicklung. Anders als Nationalparks schützen Biosphärenparks nicht nur unberührte Natur, sondern auch vom Menschen bewohnte und oft über Jahrhunderte gestaltete Kulturlandschaften. ■

https://www.bmlrt.gv.at/
https://www.verwaltung.steiermark.at/
https://www.unesco.at/
https://www.wwf.at/

Architektur-Preis für Österreich-Pavillon in Dubai

Die Weltausstellung verspricht eine Schau der Superlative zu werden. Österreich präsentiert sich mit einem nachhaltigen Pavillon.



Foto: Expo Austria

Österreich erhielt den „Global Architecture & Design Award 2021" für Pavillon-Konzept

Nach einem Jahr Verschiebung versammelt sich die ganze Welt nun zur Weltausstellung in Dubai. Unter dem Motto „Connecting Minds, Creating the Future" werden vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. März 2022 Innovationen ausgestellt, die dazu beitragen sollen, die Welt zum Positiven hinzuverändern. Damit richtet sich die Expo in Dubai vor allem an BesucherInnen , die sich für wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt interessieren.

»Global Architecture & Design Award 2021« für Pavillon-Konzept

Der österreichische Pavillon von querkraft architekten aus 38 weißen Kegeltürmen hat bereits im Vorfeld für Aufsehen gesorgt, denn er ist vor allem eines: absolut anders. Er ist eine Oase der Ruhe und Entspannung inmitten der Expo. Er ist aber auch ein Erlebnisraum, der es den BesucherInnen ermöglicht, durch die Konzentration auf das Wesentliche direkt in die wichtigsten Werte Österreichs einzutauchen. Dafür erhielt das Generalplaner-Team von querkraft architekten im September den renommierten Architektur- & Designpreis 2021 in der Kategorie „Nachhaltige Architektur". Das preisgekrönte, ganzheitliche Architektur-Konzept ist inspiriert von arabischen Windtürmen und verbindet traditionelle Bautechnik und Know-how aus Österreich auf neuartige Weise. So kommt der Österreich-Beitrag im Ausstellungsbereich ohne technische Kälteerzeugung aus und benötigt bis zu 70 Prozent weniger Energie als konventionelle klimatisierte Gebäude in Dubai. Die Wissensplattform iLab im Inneren des Pavillons demonstriert das vielseitige Potential Österreichs und zeigt gerade im Hinblick auf die Digitalisierung konkrete Chancen und Perspektiven auf. „52 ausgewählte Innovationen warten im iLab auf interessierte Besucherinnen und Besucher. So zeigen wir den Einfallsreichtum von österreichischen Traditionsbetrieben, Start-ups und KMUs bis hin zu Forschungsinstitutionen", erklärt Wirtschafts- und Digitalisierungsministerin Schramböck.

Die Ausstellung wurde von Ars Electronica Solutions und büro wien kuratiert.

Mega-Event

Auf das Millionenpublikum aus aller Welt wartet heuer eine Premiere, denn zum ersten Mal in der 170jährigen Geschichte der Weltausstellungen findet die Expo in einem arabischen Land statt. Und die Verantwortli-

chen in Dubai haben vorgesorgt, damit diese Mega-Schau ein Erfolg wird. Rund 700 Hotels mit einer Kapazität von knapp 120.000 Zimmern warten auf die Gäste. Sogar eine eigene Metro-Linie wurde zum Gelände gebaut.

Das Ausstellungsgelände, das zwischen Dubai und Abu Dhabi liegt, erstreckt sich auf einer Fläche von über vier Quadratkilometern, auf denen sich 191 Länder und Organisationen in ihren Pavillons sechs Monate lang zu den Subthemen Opportunity, Mobility und Sustainability präsentieren werden. Und noch eine Neuerung gibt es: Die BesucherInnen werden von mehr als 100 Robotern auf dem Gelände begrüßt. Die Roboter sind mit Touch Screens ausgestattet, bringen Speisen und Getränke oder weisen den Weg am Expo-Gelände. Betrieben werden sie mit 5G-Technologie.

„Die Expo 2020 in Dubai ist ein Zeichen des internationalen Zusammenhalts und des Blicks nach vorne. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bietet ein Mega-Event wie die Weltausstellung viele Chancen für heimische Unternehmen. Auf diesen Zug des wirtschaftlichen Aufschwungs werden wir aufspringen“, betont Schramböck die Bedeutung der Expo für Österreich.



Foto: Ars Electronica Solutions

Der Pavillon ist eine Oase der Ruhe und Entspannung inmitten der Expo.

Tickets und Preise

Für die BesucherInnen stehen mehrere Optionen zur Verfügung, um die Expo zu besuchen:

- Ein Tagesticket kostet ca. 22 €. Allerdings ist es unmöglich, alle Aussteller an nur einem Tag auf der EXPO 2020 in Dubai zu sehen, obwohl das Gelände täglich von 10 Uhr bis 1 Uhr und am Wochenende sogar bis 2 Uhr nachts geöffnet hat. Die Mehrtageskarte kostet 48 €. Diese können BesucherInnen innerhalb von 30 aufeinanderfolgenden Tagen nutzen. Saisonpässe für einen unbegrenzten Eintritt während der ganzen Expo-Laufzeit gibt es für ca. 114 €.
- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, StudentInnen mit einem gültigen Ausweis und Personen über 60 Jahre sowie Menschen mit Behinderung erhalten freien Eintritt zur Weltausstellung.

Österreichs Auftritt bei der Expo

Auch Österreich wird die Chance für einen starken Auftritt vor einem Millionenpublikum nutzen. Der Österreich-Pavillon auf der Weltausstellung befindet sich im Cluster „Opportunity“ und zeigt Ideen und Visionen zu gesellschaftlich relevanten Themen unserer Zeit auf. „Österreich wird sich mit technologischen Lösungen und intelligenten Produkten als attraktiver Innovationsstandort im Herzen Europas präsentieren“, so Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer. Weiters soll der Weg für heimische Unternehmen auf dem arabischen Markt geebnet werden. „Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind für Unternehmen aus aller Welt eine begehrte Destination, denn sie erfüllen im Nahen Osten eine Drehscheibenfunktion und dienen als Hub zwischen der arabischen Welt, Asien und Afrika“, so Mahrer weiter.

Österreich-Tag & Wirtschaftsmissionen

2021 ist ein Jahr der Highlights: Die VAE feiern ihr 50jähriges Bestehen, das AußenwirtschaftsCenter Abu Dhabi öffnete vor 45 Jahren seine Türen, der Golfkooperationsrat wird 25, das österreichisch-emiratische Investitionsschutzabkommen 10 und die mit Spannung erwartete EXPO 2020 beginnt.

Aus diesem Anlaß wird eine Marktsondierungsreise organisiert. Auftakt der Marktsondierungsreise ist die Teilnahme an der 10. Auflage der „Austria Connect Gulf 2021“ Konferenz. Die Marktsondierungsreise bietet den Teilnehmern eine einmalige Gelegenheit, Einblicke in die GCC-Region zu erhalten und wertvolle Kontakte zu knüpfen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesministerin Margarete Schramböck und Wirtschaftskammer Österreich Präsident Harald Mahrer werden die Delegation anführen.

Am 19. November 2021 wird die Expo in Dubai ganz im Zeichen Österreichs stehen, denn dann ist Österreich-Tag. Während der EXPO-Laufzeit hat jedes Land die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Nationentages exklusiv zu präsentieren. Neben Veranstaltungen im Pavillon sind auch Events auf dem gesamten EXPO-Gelände angedacht, natürlich mit prominenten Gästen aus Wirtschaft, Politik und Kultur.

Sicherheitskonzept

Und auch das Sicherheitskonzept am Expo-Gelände steht fest. Um Zugang zum EXPO-Gelände zu erhalten, müssen BesucherInnen und ab 18 Jahren entweder eine Covid-19-Impfung oder ein negatives PCR-Testergebnis vorweisen können, das maximal 72 Stunden alt ist. Die Impf- und Testnachweise werden sowohl in digitaler (in der Al Hosn App oder den jeweiligen Impfzertifikaten des Herkunftslandes) als auch in Papierform akzeptiert. Kinder und Jugendliche brauchen keinen Nachweis. Die BesucherInnen können sich auch kostenlos im angrenzenden PCR-Testzentrum testen lassen. Die Wartezeit bis zum Testergebnis soll jedoch rund vier Stunden betragen. Das gesamte Personal der EXPO 2020 ist vollständig geimpft. ■

https://www.expoaustria.at

Wie stehen die BurgenländerInnen zur EU?

Studie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik präsentiert



Foto: EU-Kommission in Ö. / APA-Fotoservice/Hautzinger

v.l.: Der Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Paul Schmidt, der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft. Die gemeinsamen Herausforderungen müssen auch gemeinsam bewältigt werden. Die größte und wichtigste Stellschraube auf dem Weg in die Zukunft der Europäischen Union ist der Sozialbereich. Wir müssen alle mitnehmen, auch sozial Schwächere und jene am Existenzminimum," so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am 29. September im Rahmen einer Pressekonferenz anläßlich der Präsentation einer Studie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) gemeinsam mit Landtagspräsidentin Verena Dunst.

Die Studienergebnisse, präsentiert und kommentiert vom Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, und ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt, zeichnen das Meinungsbild der BurgenländerInnen in Bezug auf die Zukunft der EU – dieses zeigt ein hohes Interesse an der Politik in der EU und ausgeprägte Partizipationsbereitschaft in Bezug auf die Zukunftsdebatte. Fast die Hälfte der Befragten bemerken die EU-Mitgliedschaft im Burgenland positiv. Die Topthemen für die EU sind für die BurgenländerInnen die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen, eine einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik, Klima- und Umweltschutz und die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich.

Die Herausforderung der europäischen Zusammenarbeit liegt für Landeshauptmann Hans Peter Doskozil im Stellen der Weichen für die drei großen Themenlagen Sozialpolitik, Sicherheit und gesellschaftliche Zufriedenheit. Im Burgenland erwarte man sich von den Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene gemeinsame Lösungen für derartige große Bereiche. Als Beispiel führt er die Migrationskrise an und blickt auf die nach dem Brexit angespannte wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Lage Großbritanniens. Entscheidend ist für ihn die Klima- und Umweltpolitik – nicht nur als interdisziplinäres Thema innerhalb der EU, sondern auch auf allen Ebenen der Politik.

„Das Burgenland hat sehr von der EU-Mitgliedschaft Österreichs profitiert. Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU zu fördern ist es allerdings wichtig, daß es zwischen der EU und den Regionen einen beiderseitigen Dialog gibt. Deshalb ist es sehr erfreulich, daß sich Martin Selmayr im Rahmen der Zukunftstour ein Bild vom Burgenland als Modellregion gemacht hat", sagte Landtagspräsidentin Verena Dunst.

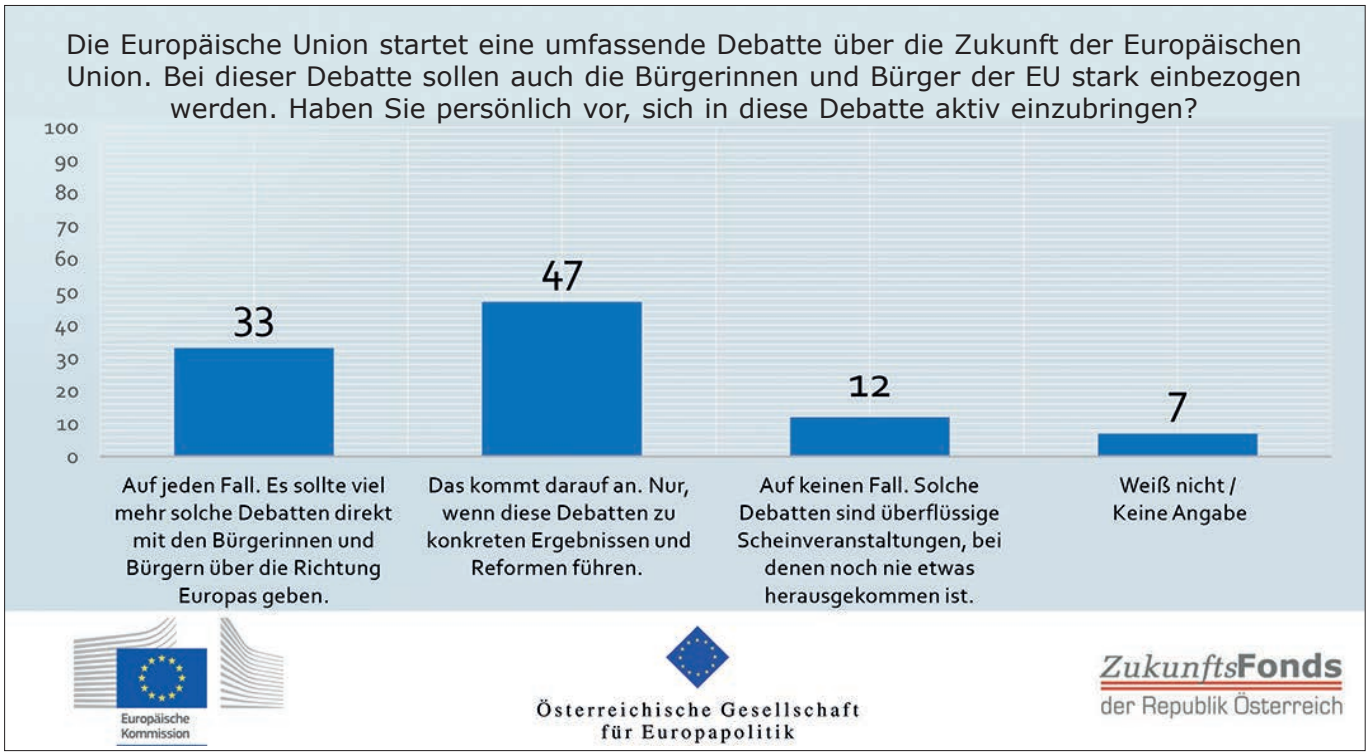
Der Landeshauptmann bedankte sich ausdrücklich bei Selmayr für dessen offene Ohren für die burgenländische Bevölkerung. Dieser schlägt in Doskozils Kerbe: „Die Krise hat das Leben in Europa grundlegend verändert. Das menschliche Leben hängt von Solidarität ab. Daher treten wir, als Vertreter der Politik, jetzt umso mehr in den Dialog mit der Bevölkerung. Denn Aufklärung nimmt Populismus den Nährboden. Dabei sind alle gefragt: regionale und nationale Regierungen, genauso wie Europa und die globale Politik!"

Anerkennende Worte findet er für die burgenländische Volksgruppenpolitik. Er kenne keine andere Region, in welcher die Volksgruppen so vorbildlich zusammenarbeiten wie hierzulande, gratulierte Selmayr dem Landeshauptmann. Ebenfalls als vorbildlich bezeichnet er die bundesweit beste Corona-Impfquote im Burgenland und das heimische Impfmodell, in dessen Rahmen die Burgenländische Landesregierung keinen Populismus zugelassen habe.

Das Meinungsbild der BurgenländerInnen zur EU-Zukunftsdebatte

Von 5. bis 12. Juli 2021 wurden im Rahmen einer repräsentativen Österreich-Umfrage 500 Personen und im Rahmen von neun repräsentativen Bundesländer-Umfragen je 600 Personen zur Zukunftsdebatte der EU be-

Österreich, Europa und die Welt



fragt. Das Burgenland-Sample umfaßt Befragte von 16 bis 79 Jahren und ist repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Mehr als 70 % der BurgenländerInnen interessieren sich eher oder sehr für Vorgänge und Ereignisse in der EU und in der Europäischen Politik. „Das allgemeine Interesse an der Politik in der EU ist im Burgenland sehr hoch“, wie ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt kommentiert.
- Rund 80 % der BurgenländerInnen würden sich an der Debatte über die Zukunft der EU beteiligen, wenn diese zu konkreten Ergebnissen und Reformen führt.
- 47 % geben an, die EU-Mitgliedschaft Österreichs im Burgenland positiv zu bemerken und 17 % negativ.
- Mehr als 40 % sehen in Zeiten der Corona-Pandemie eher einen Vorteil darin, als kleines Land Mitglied der EU zu sein. 28 % empfinden dies eher als Nachteil.
- Die dringlichsten Themen für die EU, sind nach Auffassung der BurgenländerInnen, in absteigender Reihenfolge: die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen, eine einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik, Klima- und Umweltschutz und die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich, gefolgt von der Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene, der Stärkung der Rolle der Regionen in der EU und die Stärkung der globalen Rolle der EU.
- 48 % der BurgenländerInnen finden, es braucht mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene um gegebene Herausforderungen zu bewältigen. 45 % finden, die EU-Mitgliedsstaaten sollten öfter für sich selbst entscheiden.
- Die Befragten vertrauen, bei politischen Entscheidungen die ihre Zukunft betreffen, zu 56 % in Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf regionaler (Landes-)Ebene, zu 18 % in jene auf Bundesebene und zu 6 % in jene in den EU-Institutionen.

»EU-Zukunftstour Burgenland« im Süd-, Mittel- und Nordburgenland

Martin Selmayr und Paul Schmidt waren per Fahrrad in allen drei Landesteilen unterwegs – und zwar im Rahmen der von Europe Direct initiierten „EU-Zukunftstour Burgenland“. Diese ist Teil der „Konferenz zur Zukunft Europas“, mit der EU-Parlament und die EU-Kommission BürgerInnen stärker in die EU-Politikgestaltung einbinden und gemeinsam mit den 27 Mitgliedsstaaten Schlußfolgerungen und Leitlinien für die Zukunft Europas erarbeiten möchten. In bisher rund 1.700 zurückgelegten Radkilometern in ganz Österreich haben sie seit Mai bereits mehr als 500 Gespräche geführt. Ihre Key-Learnings: Im Burgenland interessieren sich viele junge Menschen für Klima und Umwelt, aber auch für ihre Zukunft. Ein weiteres Topthema bei den burgenländischen Jugendlichen ist die Mobilität. ■

https://www.burgenland.at/
https://futureu.europa.eu/
http://www.zukunftsfonds-austria.at/



Foto: EU-Kommission in Ö. / APA-Fotoservice/Hautzinger

v.l.: Beate Tschida, Sonja Seiser, Martin Selmayr, LTP Verena Dunst, LH Hans Peter Doskozil, Rainer Winter, Leiter des EU-Verbindungsbüros des Landes, und die Leiterin für Pressearbeit an der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Sabine Berger

Kärntner wollen sich stark in EU-Zukunftsdebatte einbringen

Europäische Kommission und Österreichische Gesellschaft für Europapolitik diskutieren mit Landeshauptmann Kaiser über die Lage der Union



Foto: Land Kärnten / Dietmar Wajand

v.l.: Johannes Maier (EU-Koordinator des Landes Ktn.), Valentin Petritsch (Präsident Europahaus Klagenfurt), Martin Selmayr (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich), Dafina Isheva-Göller (Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich), Vizebgm. Alois Dolinar, Marc Germeshausen (GF Europahaus Klagenfurt und Manager des Informationsnetzwerks der Europäischen Kommission (Europe Direct), LH Peter Kaiser, Asina Hoffmann-Reumüller (Vertretung der Europäische Kommission in Österreich)

Lassen Sie uns Europa gemeinsam stärker machen", sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 15. September am Ende ihrer Rede zur Lage der Union. Gemäß diesem Motto suchen Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), in allen österreichischen Bundesländern das Gespräch über Europa. Dabei waren sie per Fahrad und Bahn auch quer durch Kärnten unterwegs.

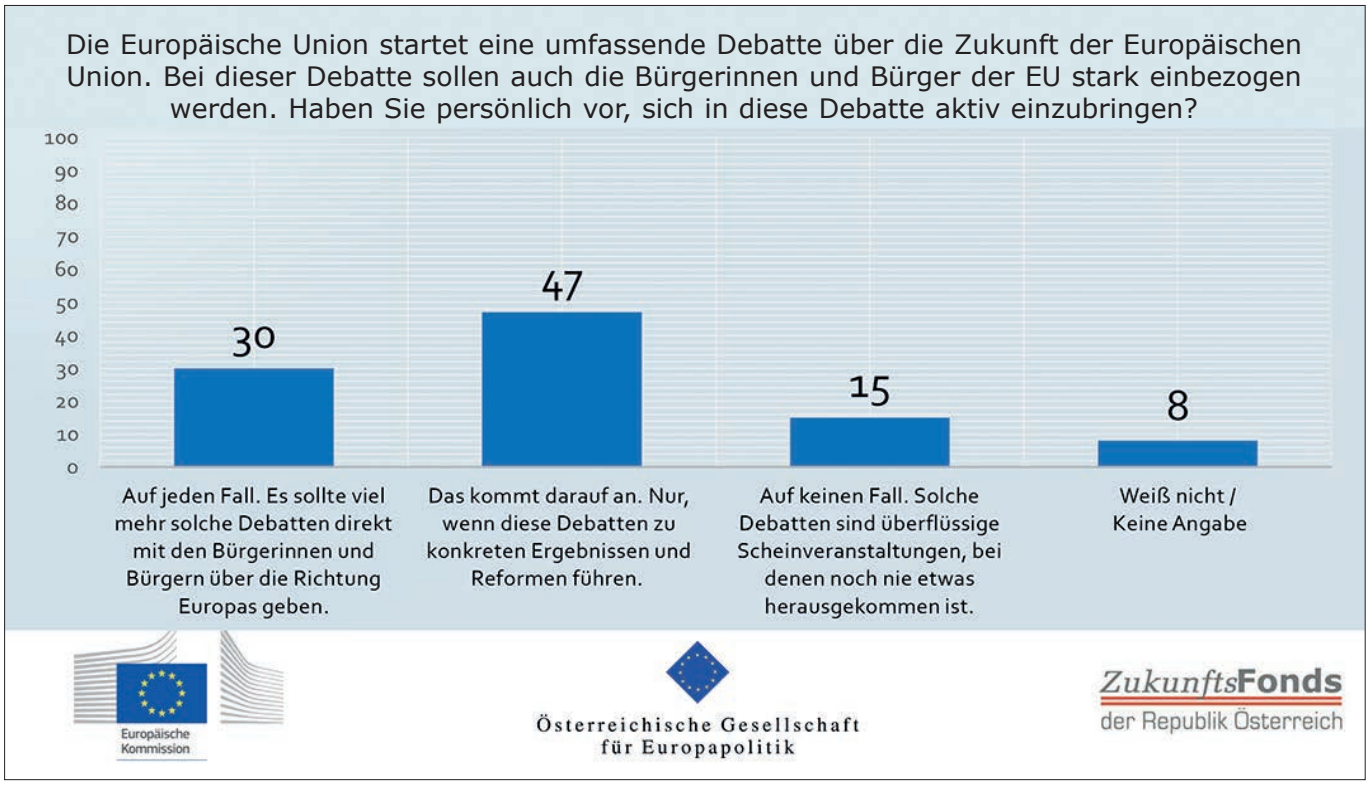
Begleitend zu ihrer EU-Zukunftstour haben die Europäische Kommission und die ÖGfE im Zuge einer Umfrage erhoben, wie die KärntnerInnen die EU sehen und was sie sich von der Zukunft erwarten. Die Ergebnisse wurden am 15. September bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit Landeshauptmann Peter Kaiser und Barbara Lesjak, Vizepräsidentin des Europahauses Klagenfurt, präsentiert. „Natürlich werden wichtige europäische Weichenstellungen in Brüssel und Straßburg gemeinsam mit den 27 Mitgliedsstaaten in die Wege geleitet, aber der europäische Zug kann nur dann auf Schiene bleiben und sicher sein Ziel erreichen, wenn wir auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene an einem Strang ziehen", sagte Selmayr. „Die österreichischen Bundesländer spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas. Denn es sind die Regionen, wo Europa im Alltag gelebt wird. Ich freue mich daher sehr, daß Landeshauptmann Kaiser heute mit uns debattiert, wie Europas Zukunft im Sinne der Kärntnerinnen und Kärntner gestaltet werden kann."

Gemäß der Umfrage hat die Kärntner Bevölkerung großes Interesse an Europa und sieht in der EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile. Drei von zehn Befragten geben an, sich „auf jeden Fall" an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft Europas beteiligen zu wollen und stimmen der Aussage zu, daß es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte". 47 % antworten, daß sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. Fast drei Viertel der KärntnerInnen zeigen sich in der vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten Umfrage an „Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert", davon 24 % „sehr" und 47 % „eher". Besonders wichtig sei es, daß sich auch junge Menschen einbringen, betonte Selmayr. „Denn sie mußten in der Pandemie stark zurückstecken. Wir müssen ihnen jetzt gut zuhören. Junge Menschen geben sehr direkte Antworten und haben kreative Lösungsvorschläge. Europas Zukunft ist vor allem ihre Zukunft. Das neue Programm für junge Menschen, das EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen heute angekündigt hat, wird wichtige Impulse setzen."

Kärntner sehen EU-Mitgliedschaft positiv

Wenn es um die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Kärnten geht, so sind

Österreich, Europa und die Welt



43 % der Befragten überzeugt, daß sie durch die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives im eigenen Bundesland bemerken, für 21 % überwiegt jedoch das Negative. Etwas mehr als ein Drittel (36 %) sagt, „es macht keinen Unterschied für Kärnten, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht".

„Die doch recht positive Einstellung der Kärntnerinnen und Kärntner zur EU-Mitgliedschaft und das hohe Interesse an der EU-Zukunftsdebatte ist ein ermutigendes Signal und ein Auftrag, den direkten Austausch über Europa und Österreichs Stellung in der EU gerade jetzt zu verstärken. Angesichts der massiven Herausforderungen, welche die Corona-Pandemie mit sich bringt, und der immer akuter werdenden Notwendigkeit, die Klimakrise entschlossen anzugehen, braucht es rasche und entschiedene Schritte. Unsere Umfrage zeigt: Auch die KärntnerInnen drängen darauf, soziale Fragen und den Kampf gegen den Klimawandel ganz an die Spitze der Prioritätenskala zu setzen", sagte Schmidt.

Verringerung der sozialen Ungleichheit wichtigstes Thema

Für 65 % der KärntnerInnen steht die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich" an erster Stelle jener Themen, denen sich die EU besonders annehmen soll. „Klima- und Umweltschutz" (59 %), „die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen" (58 %) sowie eine „gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik" (57 %) folgen etwa gleichauf.

Wenn es um Entscheidungen geht, welche die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte der Befragten (56 %) das größte Vertrauen in Entscheidungsträger auf regionaler Ebene (also in Landesregierung und Landtag), 18 % geben in dieser Frage der nationalen Ebene den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 12 % nennen die EU-Institutionen (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat).

Europa für die Menschen greifbarer machen, ist das auch das Ziel von „Europe Direct Österreich". Es ist Teil des „Europe Direct"-Netzwerkes, das einem europaweiten Verband von Zentren angehört. Verwaltet wird das Netzwerk von der Europäischen Kommission.

Ein solches Zentrum ist das Europahaus in Klagenfurt – die entsprechende Hinweistafel wurde feierlich in Anwesenheit von Peter Kaiser und Martin Selmayr angebracht. ■

https://www.ktn.gv.at/
https://futureu.europa.eu/
http://www.zukunftsfonds-austria.at/
http://www.oegfe.at/



Foto: Land Kärnten / Dietmar Wajand

Martin Selmayr (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich) und LH Peter Kaiser (r.) nach der Anbringung der Hinweistafel auf „Europe Direct Österreich"

NÖ unterstützt Betriebe bei internationalen Messeauftritten

LR Danninger: »Wir unterstützen kleine und mittlere Betriebe in Niederösterreich erstmalig bei ihrem internationalen Messeauftritt zur Erschließung neuer Märkte.«



Foto: NLK / Filzwieser

v.l.: Landesrat Jochen Danninger, Leiterin der Wirtschaftsabteilung im Amt der NÖ Landesregierung Kerstin Koren, Rubner Holzbau-Geschäftsführer Roman Fritz, Rubner Holzbau-Prokurist Anton Wanas und WKNÖ-Präsident Wolfgang Ecker

Erstmals wird seitens des Landes Niederösterreich der eigene Auftritt von Klein- und Mittelbetrieben auf einer internationalen Messe gefördert, mit dem Ziel, die Internationalisierung von niederösterreichischen Unternehmen voranzutreiben. Mit dem Impulsprogramm „Messe4Wirtschaft“ werden Kosten gefördert, die im Rahmen eines erstmaligen Messeauftrittes im Zuge der Markterschließung entstehen.

„Mit dieser Förderung wollen wir die Internationalisierung der kleinen und mittleren Unternehmen in Niederösterreich unterstützen. Denn ein wesentlicher Weg, um neue Handelspartner und Kunden anzusprechen, ist die Teilnahme an internationalen Messen. Und gerade jetzt – nach vielen Monaten, wo die Kommunikation primär digital stattfand, ist der Wunsch nach persönlichen Treffen sehr hoch. Aktuell gibt es 10.000 Exporteure unter den heimischen Betrieben. Mit dieser Förderung wollen wir einen Beitrag leisten, daß noch mehr Betriebe ihre Waren ins Ausland verkaufen. Der Export ist für eine kleine Volkswirtschaft wie unsere essentiell, jeder vierte Arbeitsplatz und jeder zweite erwirtschaftete Euro steht in Niederösterreich in Verbindung mit der Exportwirtschaft“, betont Wirtschafts-Landesrat Jochen Danninger und ergänzt: „Wir sparen im System und schließen die fünf ecoplus Büros in Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Polen und Rumänien. Und diese Einsparungen geben wir den Unternehmen als Förderungen wieder retour. Dadurch können wir ein Budget von einer halben Million Euro für mehr als 160 Unternehmen in Niederösterreich zur Verfügung stellen.“

Wirtschaftskammer Niederösterreich-Präsident Wolfgang Ecker begrüßt die neue Förderung des Landes als „wesentliches Instrument, damit aus Niederösterreichs Wirtschaftstreibenden noch mehr Exporteure werden. Wir wollen uns gemeinsam mit dem Land Niederösterreich darauf konzentrieren, neue Betriebe für den Export zu interessieren und zu befähigen. Im Ausland können die niederösterreichischen Betriebe auf das umfassende Service der Außenwirtschafts-Center bauen.“

Durch die Förderung „Messe4Wirtschaft“ soll Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft der Zugang zu neuen internationalen Märkten erleichtert werden, indem Messen bzw. Veranstaltungsteilnahmen mit eigenem Präsentationsstand außerhalb Österreichs unterstützt werden.

Kleine und mittlere Unternehmen aus Niederösterreich können beim Impulsprogramm „Messe4Wirtschaft“ Projekte mit Kosten ab 5.000 Euro einreichen. Der Zuschuß des Landes beträgt 30 Prozent der förderbaren Kosten (maximal 3.000 Euro Zuschuß). Je Unternehmen können bis zu drei Anträge gestellt werden. Ausgeschlossen ist die (weitere) Förderung von Gruppenständen, die über die Außenwirtschaft Austria der Wirtschaftskammer unterstützt werden. Gefördert werden Projekte, die im Einklang mit den Strategien des Landes Niederösterreich zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes stehen. Gestartet wurde diese Förderung am 1. Oktober 2021. ■

https://www.noel.gv.at/
https://noel.gv.at/Wirtschaft

Oberösterreich gestaltet die Zukunft Europas aktiv mit

Landeshauptmann Thomas Stelzer und Wirtschafts- und Europa-Landesrat Markus Achleitner: »Europe Direct Oberösterreich als wichtiges Bindeglied zwischen den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern und der Europäischen Union«



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer, Martin Selmayr, Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich und Wirtschafts- und Europa-Landesrat Markus Achleitner freuen sich über die Verlängerung des Europa-Informationsbüros in Oberösterreich bis 2025

In der Corona-Krise wurde uns besonders vor Augen geführt, wie wichtig Zusammenarbeit auch auf europäischer Ebene ist", betonen Landhauptmann Thomas Stelzer und Wirtschafts- und Europa-Landesrat Markus Achleitner am 7. September beim Europa-Informationstag von Europe Direct Oberösterreich mit Martin Selmayr, dem Vertreter der EU-Kommission in Österreich und Paul Schmidt, dem Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. „Mit dem Europa-Informationsbüro Europe Direct Oberösterreich bringen wir aktuelle Informationen aus Brüssel zu den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern und die Anliegen Oberösterreichs ins Zentrum der Europäischen Union. Mit der Verlängerung des Europa-Informationsbüros bis 2025 gestalten wir – auch auf diesem Weg – Europas Zukunft weiterhin aktiv mit."

„Europe Direct Oberösterreich – das gemeinsame Europa-Informationsbüro des Landes und der Europäischen Kommission – ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Europäischen Union und den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern. Bereits im Vorfeld des EU-Beitritts Österreichs wurde diese Informationsstelle eingerichtet und steht seither allen Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern bei Fragen und Anliegen rund um die Europäische Union mit Rat und Tat zur Seite. Darüber hinaus informiert Europe Direct Oberösterreich mit Publikationen, Newslettern, Veranstaltungen und Infoständen – online wie im direkten Gespräch – aktiv über aktuelle Themen auf europäischer Ebene und bringt die Anliegen der Oberösterreicherinnen und Oberösterreich – wie aktuell bei der Konferenz zur Zukunft Europas – direkt nach Brüssel", heben Landeshauptmann Stelzer, Landesrat Achleitner und EU-Botschafter Selmayr hervor. „Gerade angesichts aktueller Herausforderung wie der Corona-Krise oder etwaiger Migrationsbewegungen müssen vor allem auch in Brüssel die richtigen Entscheidungen getroffen und zusammengearbeitet werden. Hier ist es auch wichtig, die Stimmen der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zu hören."

Europe Direct Oberösterreich

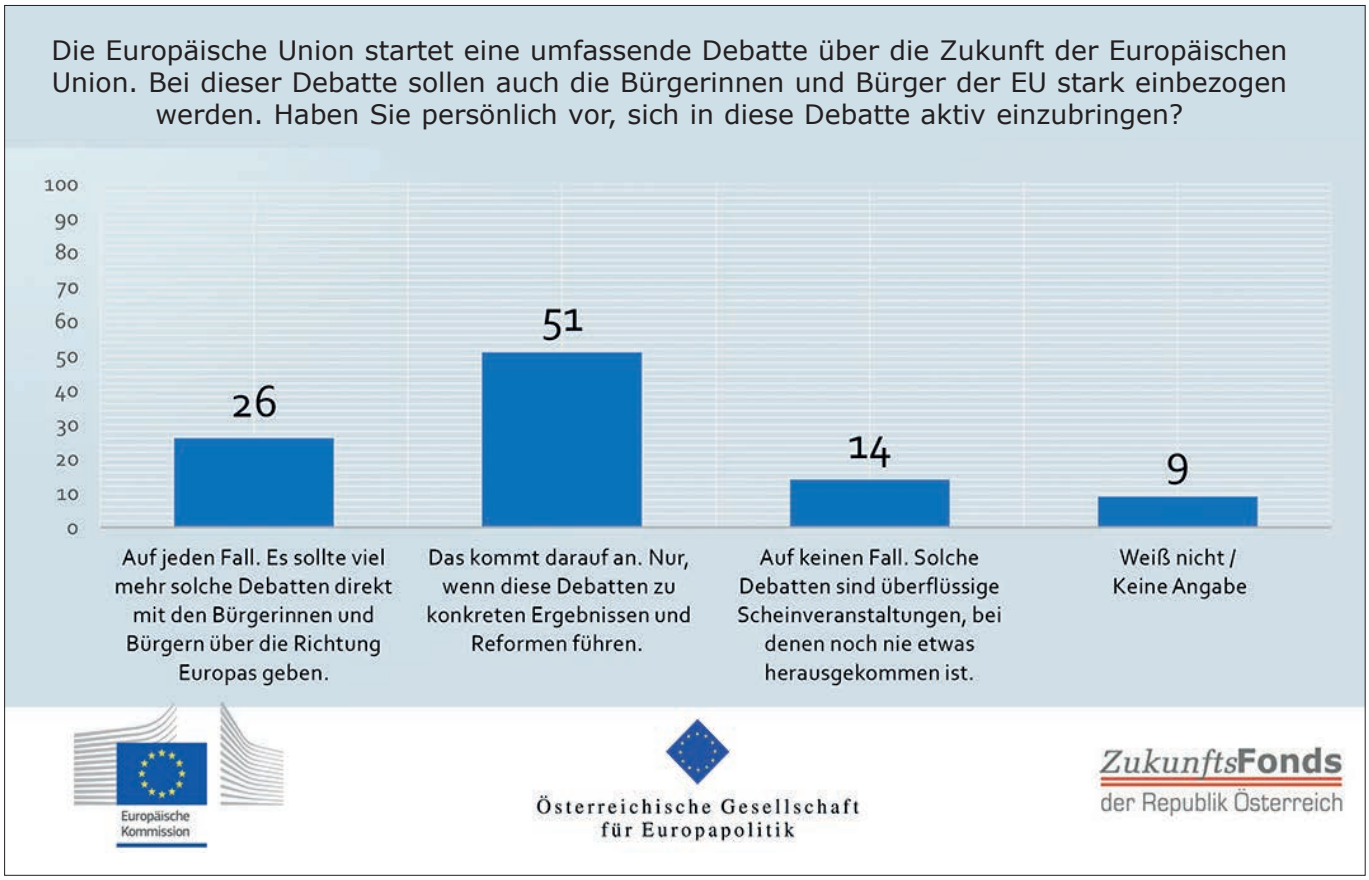
Die Europainformationsstelle in Oberösterreich ist Bindeglied zwischen den EU-Institutionen und den OberösterreicherInnen. 1992 – schon lange vor dem österreichischen EU-Beitritt wurde die Informationsstelle auf Initiative des damaligen Wirtschaftslandesrates Christoph Leitl eingerichtet. Ziel dieser Einrichtung war es, den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern im Vorfeld des EU-Beitrittes die Europäische Union näher zu bringen. Nach dem EU-Beitritt Österreichs am 1. Jänner 1995, wurde die Europainformationsstelle im Jahr 1996 Teil eines europaweiten Netzwerkes. Seit 2006 ist die Europainformationsstelle Teil des Netzwerkes „Europe Direct" der Europäischen Kommission und damit eine von 420 regionalen Europe Direct-Zentren.

Als Erstanlaufstelle für BürgerInnen für alle Fragen rund um die Europäische Union stehen die Bürgerservicestellen im Landhaus und im Landesdienstleistungszentrum zur Verfügung.

72 Prozent können sich Beteiligung an Zukunftsdebatte vorstellen

Eine begleitend durchgeführte Meinungsumfrage zeigt, daß den Menschen in Oberösterreich vor allem der Klima- und Umweltschutz ein europäisches Anliegen ist und

Österreich, Europa und die Welt



sie sich in der Debatte, wie es mit Europa weitergehen soll, einbringen wollen.

Drei Viertel der befragten OberösterreicherInnen zeigen sich in der – vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten – Umfrage der ÖGfE und der Europäischen Kommission „sehr“ (21 %) bzw. „eher“ (54 %) an Vorgängen und Ereignissen in der europäischen Politik interessiert. Ein Viertel zeigt „eher kein“ (19 %) oder „gar kein“ (6 %) Interesse.

Ein Viertel der Befragten (26 %) möchte definitiv seine oder ihre Stimme bei der mit 9. Mai gestarteten Diskussion zur Zukunft Europas einbringen. Etwa die Hälfte (51 %) kann sich das vorstellen, vorausgesetzt, diese bringt auch konkrete Ergebnisse. 14 % sind hingegen überzeugt, daß die „Konferenz zur Zukunft Europas“ eine Scheinveranstaltung darstellt, bei der am Ende nichts herauskommen wird.

Etwa vier von zehn Befragten in Oberösterreich (42 %) bemerken durch die österreichische EU-Mitgliedschaft in erster Linie Positives, ein knappes Fünftel (23 %) ist gegenteiliger Ansicht. Für ein Drittel (34 %) „macht es keinen Unterschied“ für das Bundesland, ob Österreich EU-Mitglied ist oder nicht.

55 % möchten, daß es in Hinkunft mehr gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene geben sollte, 38 % plädieren dafür, daß die Nationalstaaten öfter für sich selbst entscheiden sollten.



Foto: ÖGfE / Foto Wilke

Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Welchen Themen sollte sich die EU nun, nach Meinung der OberösterreicherInnen, verstärkt annehmen? Fast zwei Drittel (65 %) nennen hier den Klima- und Umweltschutz, knapp sechs von zehn (59 %) ist die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich sowie die Eindämmung der Corona-Pandemie ein besonderes Anliegen – dicht gefolgt von einer einheitlichen EU-Asyl- und Migrationspolitik. Als weniger brisant wird hingegen die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene angesehen. Mehr Gewicht für die Regionen sowie für das außenpolitische Standing der EU wird ebenso seltener genannt.

Wenn es um das eigene Leben betreffende Entscheidungen geht, hat eine Mehrheit der Befragten (54 %) das größte Vertrauen in die regionale Ebene, 19 % vertrauen am ehesten dem Bund, 11 % den EU-Institutionen. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://futureu.europa.eu/
http://www.zukunftsfonds-austria.at/

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Die ÖGfE informiert über europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Das Team verfügt über langjährige Erfahrung in Bezug auf die Förderung europäischer Debatten und agieren als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen und Analysen.

Die ÖGfE wurde im Jahr 1991 gegründet und wird finanziert und gebildet von den österreichischen Sozialpartnern und der Oesterreichischen Nationalbank.

http://www.oegfe.at/

Salzburg und die EU als Thema im »land.talk«

Salzburg und die EU mit der streitbaren Frage »Ist es Liebe?« war zentrale Thema einer Diskussion der Reihe »land.talk« am 23. September im Chiemseehof



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

v.l.: Walter Obwexer (Uni Innsbruck), Paul Schmidt (Österreichische Gesellschaft für Europapolitik), Raffaela Schaidreiter (ORF Brüssel), Nini Tsiklauri (Autorin), Manfred Perterer (SN), Landtagsraesidentin Brigitta Pallauf, Sebastian Huber (Zweiter Landtagspräsident)

Der „land.talk“ unter dem Titel „Das Land Salzburg nimmt als Region an der europäischen Integration teil – Salzburg und die EU – ist es Liebe?“ startete um 18 Uhr und war über den Live-Stream des Landtags abrufbar. Über eine Chat-Funktion konnten Beiträge zur Debatte übermittelt werden. Eine Anmeldung dazu war nicht erforderlich. Live vor Ort diskutierten neben Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf auch der Zweite Präsident Sebastian Huber, Raffaela Schaidreiter (ORF Brüssel), die Autorin Nini Tsiklauri, Walter Obwexer (Universität Innsbruck) und Paul Schmidt (Österreichische Gesellschaft für Europapolitik). Die Moderation übernahm Chefredakteur Manfred Perterer von den „Salzburger Nachrichten“.

Pallauf: Es braucht ein neues Gemeinschaftsgefühl

Für Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf geht es besonders um die Frage, „was eine Region im Herzen Europas für ein gemeinsames Europa leisten muß. Für viele ist das europäische Versprechen vom Wohlstand brüchig geworden. Wollen wir der derzeitigen Vertrauenskrise gegenüber der EU entgegentreten, brauchen wir in erster Linie ein neues Gemeinschaftsgefühl und eine Besinnung auf unsere gemeinsamen Werte, die wir nur durch unser Zusammenwirken verteidigen können. Wir müssen zum vernünftigen Austausch, zur Debatte zurückkehren“, betonte die Landtagspräsidentin.

Huber: Gemeinsam tagtäglich am vereinten Europa arbeiten

Sebastian Huber, Zweiter Präsident des Salzburger Landtags, betont: „Die Diskussion zum Thema Europa freut mich besonders. Meine Generation konnte nicht in einem freien und vereinten Europa aufwachsen. Für die heutige Jugend sind Erasmus-Aufenthalte und das Leben und Arbeiten im EU-Ausland zum Glück Normalität. Wir müssen aber gemeinsam am vereinten Europa tagtäglich arbeiten. Freiheit und Wohlstand sind leider keine Selbstverständlichkeit.“

Demokratie aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet

Die Gesprächsrunden finden anläßlich des 100-Jahr-Jubiläums der Salzburger Landesverfassung bis Jahresbeginn 2022 statt und behandeln unterschiedliche Aspekte daraus. Weitere geplante Themen und Termine sind Populismus und Fake News (Oktober), Chancengleichheit und Gleichberechtigung (Dezember) sowie Wirtschaft und Arbeit (Jänner 2022). Persönlichkeiten aus diesen Bereichen werden zur Bedeutung der Demokratie aus der Sicht ihres Tätigkeitsfeldes Beiträge liefern. Zu jedem Thema steht eine Bestimmung aus der Landesverfassung in Verbindung. ■

http://www.salzburg.gv.at/landtag

Österreich, Europa und die Welt

Auch im Ausland mit dem Land Salzburg stets in Verbindung

News, Warnungen, Sicherheitsinfos, aktuelle Fotos und Videos, Formulare für Land und Bezirke und vieles mehr auf der Landes-Website, der Land Salzburg App sowie den Social-Media-Kanälen des Landes



Foto: Land Salzburg/Neumayr - Leopold

Gesicherte Informationen – auch beispielsweise über aktuelle Schnee-Ereignisse – sind über die Landes-Website, die Land Salzburg App und den Newsletter jederzeit und verläßlich abrufbar.

Service und Information: Unter diesem Leitsatz ist ***http://www.salzburg.gv.at*** digitaler Dreh- und Angelpunkt für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für alle Menschen, die interessiert, was sich bei Land und Leuten in Salzburg tut. Auf der Startseite sind fünf große Hauptrubriken eingerichtet: Politik, Verwaltung, Förderungen, Presse sowie Themen. Von dort aus läßt sich in kürzester Zeit die gewünschte Website finden, egal ob Informationen zu neuen Umweltförderungen, die Zusammensetzung des Landtags, Formulare oder die aktuellsten Presseaussendungen, bei Bedarf auch in einfacher Sprache verfaßt, gesucht sind.

Kostenlose Land Salzburg App

Mittlerweile rufen sechs von zehn Nutzerinnen und Nutzer die Informationen der Landes-Website über ein mobiles Endgerät über Smartphone, Tablet und Co ab. Bis zu vier Millionen Klicks pro Monat verzeichnet der Service aktuell. Neben der mobilen Landes-Website bringt die kostenlose *Land Salzburg App* das komplette Angebot für *iOS* und



Foto: Land Salzburg / Neumayr – Leopold

Der Pongauer Bezirkshauptmann Harald Wimmer, im Bild mit seinem Katastrophenschutzreferenten Norbert Paßrucker: Sie haben beide die Land Salzburg App stets dabei.

Bezahlte Anzeige



© Land Salzburg / Grafik

Neben dem umfangreichen Formular-Service bietet die Land Salzburg App auch aktuelle Sicherheitshinweise zum Beispiel nach Naturkatastrophen als Push-Nachricht direkt aufs Smartphone

Android auf einen Blick – das ganze Land ist so immer dabei. Der Fokus liegt auf der Sicherheit sowie Warnungen. Wichtige Updates kommen unter anderem auf den Bezirk abgestimmt mittels Push-Nachricht schnell und verläßlich. Zudem sind alle Anträge und Meldungen an die Bezirkshauptmannschaften mit der App mobil und digital möglich.

Geballte Information

Zusätzlich zu den Sicherheitshinweisen bietet die Land Salzburg App noch Jobinformationen, den aktuellen Lawinenlagebericht, Neuigkeiten aus allen Bezirken sowie alle Formulare speziell für das Smartphone. Mit spannenden und bunten *Magazinbeiträgen* aus allen Regionen kann man darüber hinaus das Land und seine Menschen erleben und erlesen. Dazu kommen die neuesten Meldungen der Landeskorrespondenz sowie Videobeiträge zu den Themen, die gerade bewegen.

Push-Nachrichten für mehr Sicherheit

Das Schnee-Ereignis im Winter 2019, Hochwasser und Muren, Zivilschutzalarme zum Beispiel in Saalbach-Hinterglemm und im Lungau. In diesen Situationen kann die App auch lebenswichtige Informationen mittels Sofortnachricht auf das Smartphone bringen. Weiters kann ausgewählt werden, für welchen Bezirk die User diese Warnungen bekommen möchten.

Geballte Corona-Informationen

Seit die erste bestätigte Corona-Infektion am 29. Februar 2020 in Salzburg aufgetreten ist, hält die Pandemie das Bundesland in Atem. Daher sind die Informationen zu den Corona-Testmöglichkeiten, die Impfung, Dashboards, Daten, Fakten, Zahlen, Expertentipps und vieles mehr wichtiger Bestandteil der App. Wo ist die nächste Testmöglichkeit? Die App gibt die Antwort. Wie kann ich mich über die Impfung informieren? Klar, mit der App.

Das digitale Amt in der Hosentasche

So schnell schafft man sonst nie den Weg zur Behörde: Mit der Land Salzburg App geht das mit einem Klick. Alle rund 180 Formulare an die Bezirkshauptmannschaften und an das Land Salzburg sind derzeit auf der App zur Verfügung – in dieser Form einzigartig in Österreich. Sie alle können digital aufgerufen, ausgefüllt und an die zuständige Behörde gesendet werden. Ob Meldung von Reptilien und Amphibien, ein Antrag auf ein Wunschkennzeichen oder für den Kirchenaustritt – die Vielfalt ist fast endlos. Die beliebtesten Formulare sind unter anderem der Reparaturbonus mit insgesamt bisher rund 8.600 Aufrufen, der Bildungsscheck (5.100), der Heizscheck (4.000), die Bestellung des Impfgutscheinheftes für ein Kind (3.900) und der Förderungsantrag an den Wachstumsfonds (1.800). Mit Abstand am meisten aufgerufen, nämlich rund 19.600 Mal, wurde die Lenkerauskunft, die von den Behörden selber an die Bürgerinnen und Bürger zum Ausfüllen geschickt wird. Die Online-Formulare integriert in der App sind speziell für das Smartphone adaptiert. Anträge und Meldungen an die Bezirkshauptmannschaften und an die Landesbehörden sind so mobil und digital möglich – einfach mit dem Handy ausfüllen und abschicken.

Einfacher Antrag auf Katastrophenhilfe

Eine praktische Hilfestellung für den Fall des Falles: Die schnelle und unkomplizierte Antragstellung auf Katastrophenhilfe über die Land Salzburg App und die Landes-Website. Ein tolles Service des Landes, das man hoffentlich nie braucht, aber gut, daß es dieses gibt und eine Erleichterung für Betroffene, da sie direkt einen Antrag stellen können und nicht mehr zum jeweiligen Gemeindeamt fahren müssen. Davon profitieren Unternehmen, Privatpersonen, Genossenschaften oder Vereine. Sie alle können eine Beihilfe aus dem *Katastrophenfonds* auf elektronischem Weg beantragen.

Noch direkter geht es über die Land Salzburg App. Hier steht der Antrag unter Onli-



© Land Salzburg / Grafik

Bezahlte Anzeige

Österreich, Europa und die Welt



© Land Salzburg / Stefan Mayer

In der Land Salzburg App lassen sich sogar die Wassertemperaturen der sieben größten Seen des Landes einsehen



© Land Salzburg / Stefan Mayer

Verkehrskameras auf den Hauptrouten: Ein weiteres praktisches Feature der Land Salzburg App.

ne-Formulare auf Handy oder Tablet zur Verfügung. Beihilfe gibt es für Schäden, die nicht versichert werden können. Die Höhe der Beihilfe beträgt rund 30 Prozent der Schadenssumme.

Virtueller Blick auf Salzburgs Straßen

Ein weiteres praktisches Feature der Land Salzburg App: Alle Livebilder der Verkehrskameras auf Salzburgs Autobahnen können bequem auf dem Smartphone abgerufen werden. Damit läßt sich auf dem Salzburg-Begleiter im Hosentaschenformat jederzeit ablesen, wo es staut und wo die Hauptverkehrsadern frei sind. Eine tolle Ergänzung für alle, die viel unterwegs sind oder sich rasch einen Überblick über die Situation auf den Straßen verschaffen wollen. Das Service bietet einen Rundum-Blick auf Salzburgs Autobahnen und auch die Situation der Paß-Straßen im Tiroler Grenzgebiet ist abrufbar. Insgesamt sind derzeit fast 100 Kameras das „Auge“ auf die Straßen. Eine flächendekkende Kamerabestückung der Landesstraßen in Salzburg ist im Aufbau und wird schon bald über die App verfügbar sein.

Wassertemperaturen immer dabei

Mit der Land Salzburg App sind ebenfalls die aktuellen Temperaturen der sieben größten Seen des Landes auf einen Blick zu sehen und immer mit dabei. Da bleibt eigentlich nur noch eine bessere Methode, die Temperatur festzustellen: hineinspringen!

Bundesländerübergreifendes Projekt

Das Know-How für die Land Salzburg App wurde zusammen mit den Kollegen in Tirol entwickelt, damit Synergien und Ressourcen optimal genutzt werden können. Weitere Entwicklungen und Serviceangebote, auch grenzübergreifend, werden laufend gemeinsam weiterentwickelt.

Newsletter und Social-Media-Kanäle komplettieren Angebot

Stets informiert bleibt man im Land Salzburg auch über den kostenlosen, offiziellen E-Mail-Newsletter: Sobald es etwas Neues gibt, erscheint sofort die Benachrichtigung im digitalen Postfach – auf Wunsch auch nur zu einzelnen Themen, wie Bildung, Kultur oder Sport.

Abseits von Website, App und Newsletter betreibt das Land Salzburg zudem noch Kanäle in den großen sozialen Netzwerken. Von den aktuellsten News aus allen Bezirken, über Portraits und Magazinbeiträgen von interessanten Persönlichkeiten, bis hin zu eindrucksvollen Bildern, Videos und informativen Grafiken: Die Social-Media-Kanäle des Landes wissen mit Information und Unterhaltung gleichermaßen zu überzeugen, egal ob auf *Facebook*, *Twitter*, *Instagram* oder *YouTube*. ■

https://www.salzburg.gv.at

LAND SALZBURG

Bezahlte Anzeige

Steiermark und Sachsen: »Automotive, Innovationen, Kultur«

Zusammenarbeit für Regionen: Landesrat Drexler zu Gast bei sächsischem Staatsminister Schmidt

Steiermarks Europalandesrat Christopher Drexler war am 23. und 24. September in Dresden zu Gast, wo er mit dem sächsischen Staatsminister für Regionalentwicklung, Thomas Schmidt, zu Gesprächen zusammentraf. Auf dessen Einladung besuchte Drexler außerdem verschiedene Stationen in Sachsen. Der Staatsminister und der Landesrat sind ordentliche Mitglieder im Europäischen Ausschuß der Regionen (AdR) und arbeiten dort vor allem in der Automotive Intergroup zusammen, deren Präsident Landesrat Drexler ist.

Das gemeinsame Programm in Sachsen stand unter dem Dreiklang „Automotive, Innovationen, Kultur“. Auftakt war der Besuch der Paraderäume im Residenzschloß Dresden. Anschließend nahmen sie an der Abendveranstaltung der Regionalkonferenz Experimentierfeld „Express 2021“ der Mitteldeutschen Digitaltage im Wein- und Obstbau auf Weingut Schloß Proschwitz teil – einem Teil der „Zukunftsinitiative simul+“ des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung.



Foto: SMR

Der steirische Europalandesrat Christopher Drexler (l.) und Staatsminister Schmidt im Staatsministerium für Regionalentwicklung in Dresden

Gemeinsame Herausforderungen für die beiden Automobilländer

Zum Auftakt des zweiten Tages tauschten sich Landesrat Drexler und Staatsminister Schmidt über gemeinsame Ansätze für Innovationen in der Automobilbranche der beiden Länder aus, die Gegenstand der Zusammenarbeit in der Automotive Intergroup ist. „Die Steiermark und Sachsen sind Automobilländer – und stehen vor ähnlichen Herausforderungen in dieser Branche. Die Umstellung auf E-Mobilität hat vor Jahren bei Beschäftigten, Zulieferern und Kommunen in Sachsen verständliche Sorgen ausgelöst. Heute können wir optimistisch sein: Der Freistaat ist mittlerweile ein Vorreiter in Europa bei der Umstellung der Produktion auf E-Autos. Das stärkt langfristig unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit, sichert Arbeitsplätze und hat eine große Strahlkraft in die ländlichen Räume“, sagte Schmidt. „Grundlage eines so gelingenden Wandels ist, daß aktuelle Forschungsergebnisse direkt in praktische Anwendungen überführt werden. Es gilt, Ideen zur Innovation zu reifen und daraus Wertschöpfung entstehen zu lassen. Um diese Ziele zu erreichen, vernetzt unsere ‚Zukunftsinitiative simul+‘ regionale Akteure und unterstützt sie bei Projekten. So gelingt eine innovationsgestützte Regionalentwicklung.“

Für Europalandesrat Christopher Drexler, der im vergangenen Jahr zum ‚Green Transformation Summit‘ sowie im Frühjahr 2021 zur Veranstaltung ‚Fuelling climate change‘ der Automotive Intergroup lud und dort unter anderem mit Staatsminister Schmidt über die Zukunft der europäischen Automobilindustrie diskutierte, sind Forschung und Entwicklung der Schlüssel zum Erfolg: „Für uns traditionelle Automobilregionen in Europa ist es entscheidend, unsere reichhaltigen Erfahrungen zu teilen und gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um den Prozeß der ‚grünen Transformation‘ gestalten zu können. Durch den engen Austausch zwischen Sachsen und der Steiermark innerhalb der Automotive Intergroup, aber auch weit darüber hinaus, können wir mit starker Stimme auf europäischer wie auch auf nationalstaatlicher Ebene dafür eintreten, die europäische Position im Bereich von Mobilität, Innovation, Forschung und Entwicklung zu sichern und auszubauen.“

Hintergrund

Der Europäische Ausschuß der Regionen (AdR) mit Sitz in Brüssel ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der Europäischen Union. Die Mitglieder der Automotive Intergroup tauschen sich zur Zukunft der Automobilindustrie aus. Auf Einladung von Europalandesrat Christopher Drexler, der Präsident der Automotive Intergroup ist, hat Staatsminister Thomas Schmidt zuletzt als Redner im Mai 2021 an der Veranstaltung „Den Klimawandel befeuern? Automobilregionen stellen sich der Nachhaltigkeitsherausforderung“ teilgenommen, bei der auch das VW Werk in Zwickau seine E-Mobilitätsoffensive vorstellen konnte. Die Wirtschaft des Freistaates Sachsen ist ähnlich jener der Steiermark stark industriell geprägt und exportorientiert. ■

https://www.kommunikation.steiermark.at/
https://www.smwa.sachsen.de/
https://cor.europa.eu/de

Zehn Jahre Euregio…

Zehn Jahre hervorragende Zusammenarbeit – 2011 wurde die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino aus der Taufe gehoben



Foto: Land Tirol / Sedlak

Landesüblicher Empfang (v.l.): LH Maurizio Fugatti, LH Arno Kompatscher, AdR-Präsident Apostolos Tzitzikostas und LH Günter Platter

Mobilität, Jugend, Forschung und Innovation, Katastrophenschutz – die Liste der Projekte und Initiativen, die in den vergangenen zehn Jahren seit Gründung der Euregio Tirol-Südtirol-Trentino am 14. Juni 2011 initiiert wurden, ist lang. Bis zum 30. September wurden insgesamt 354 Projekte umgesetzt – das feierten Euregio-Präsident Landeshauptmann Günther Platter, seine beiden Amtskollegen Arno Kompatscher (Südtirol) und Maurizio Fugatti (Trentino) sowie der Präsident des Ausschusses der Regionen Apostolos Tzitzikostas das zehnjährige Bestehen der Europaregion im Rahmen der Jahrestagung des Europäischen Verbunds für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) in der Innsbrucker Hofburg.

„Die Euregio ist stark – die letzten beiden Jahre waren bei Leibe nicht einfach. Coronabedingte Lockdowns und damit verbundene Grenzschließungen haben uns vor immense Herausforderungen gestellt. Niemand hätte das für möglich gehalten. Und selbst in diesen schwierigen Momenten sind wir zueinandergestanden und haben uns unterstützt, wo es nur möglich war – vom Ankauf von Schutzausrüstung, der Übernahme von Intensivpatientinnen und -patienten bis zum Einwirken auf die Bundespolitik, um Familienbesuche wieder zu ermöglichen. Und wir haben diese Zeit auch genutzt, um darüber zu reflektieren, wie sich die Euregio weiterentwickeln kann. Mit der am Tirol-Tag in Alpbach beschlossenen Reform haben wir uns eine Frischzellenkur verpaßt, die die Euregio fit für die Zukunft macht“, betonte Platter in seiner Ansprache.

„Das heißt, die Euregio ist nicht nur ein formales Bündnis, sondern – wie sich insbesondere auch in Krisenzeiten gezeigt hat – ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit.“ Daß man mittlerweile auf eine zehnjährige enge Zusammenarbeit der drei Länder blicken kann, sei Bestätigung und Auftrag zugleich: „Die Euregio hat in den vergangenen zehn Jahren gezeigt, welche Herausforderungen sie durch das Zusammenwirken der drei Länder meistern kann und welchen Unterschied es macht, starke Partner an seiner Seite zu haben. Das ist Auftrag für uns alle, die Euregio weiter zu fördern und zu stärken, damit auch nachfolgende Generationen von diesem starken Bündnis profitieren“, sagte Platter.

„Ich begrüße es sehr, daß anläßlich unseres Jubiläums Vertreterinnen und Vertreter anderer Euregio-Länder bei uns zu Gast sind und die EVTZ-Jahrestagung in Innsbruck durchführen. Wir alle profitieren von diesem Informations- und Wissensaustausch“, so Platter. Tags darauf, am 1. Oktober, fand im Rahmen der EVTZ-Jahrestagung die Gründung des EVTZ Euregio Connect der drei Landestourismusorganisationen als europaweit 80. Verbund für Territoriale Zusammenarbeit statt. Ausgehend vom gemeinsam organisierten Radrennen „Tour of the Alps“ wird dies die Plattform für gemeinsame Projekte der Tirol Werbung, des IDM Südtirol und Trentino Marketing in den Bereichen Tourismus und Sport sein.

Arno Kompatscher: Echter Glücksfall

Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher bezeichnet die Euregio als „echten Glücksfall“ für die Bevölkerung aller drei in ihr vereinten Länder: „Dieses grenzüberschreitende Projekt baut auf unserer jahrhundertealten gemeinsamen Geschichte auf. Zugleich ist es eine erfolgreiche Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart und



Foto: Land Tirol / Sedlak

Der Festakt zu „Zehn Jahre Euregio, zehn Jahre hervorragende Zusammenarbeit" fand im Riesensaal der Innsbrucker Hofburg statt.

Zukunft." Die Antwort auf die immer stärker global vernetzte Welt liege in überregionalen Partnerschaften: „Bereits in diesen ersten zehn Jahren Europaregion konnten wir viel Konkretes für die Bürgerinnen und Bürger in Tirol, Südtirol und im Trentino erreichen", zieht Kompatscher Bilanz und blickt in die Zukunft: „Das Erreichte macht Mut: Wir wollen im Kleinen zeigen, daß Europa in seiner Vielfalt Grenzen überwinden und die großen Herausforderungen am besten überwinden kann, wenn es im ständigen Austausch bleibt und gemeinsame Taten setzt."

Maurizio Fugatti: Mit noch größerem Enthusiasmus in die Zukunft zu blicken

„Das zehnjährige Bestehen der Euregio, das heute gefeiert wird, hat eine besondere Bedeutung. Einerseits ist es eine Gelegenheit, auf die zahlreichen Initiativen zurückzublicken, die bisher ergriffen wurden und die den Bekanntheitsgrad und die Wertschätzung bei den Bürgerinnen und Bürgern der drei Länder schrittweise erhöht haben. Andererseits erlaubt es uns, mit noch größerem Enthusiasmus in die Zukunft zu blicken und an das zu denken, was noch getan werden kann. Die neuen Initiativen, die wir ergreifen werden, werden die Euregio noch nützlicher und konkreter für die Menschen machen", sagte LH Fugatti.

AdR-Präsident Apostolos Tzitzikostas

Apostolos Tzitzikostas, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, sagte dazu: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die transnationale und interregionale Kooperation haben den größten Rückschlag seit Jahrzehnten erlebt. Die Coronakrise hat uns vor Augen geführt, was geschlossene Grenzen bedeuten, aber sie hat uns auch den unglaublichen Einfallsreichtum, den Entschlossenheit und die Solidarität der Europäerinnen und Europäer vor Augen geführt, denen es gelungen ist, Hindernisse zu überwinden, neue Wege zu finden und sich gegenseitig zu helfen. Genau dafür ist die grenzübergreifende Zusammenarbeit da: um Brücken zu bauen in Bereichen wie Gesundheit, Klimawandel, Mobilität von Menschen und Unternehmen, lokale Wirtschaft und Forschung."

Tirols Euregio-Präsidentschaft mit starkem Regierungsprogramm

Im November 2019 wurde anläßlich der Übernahme der Präsidentschaft Tirols in Alpbach ein Regierungsprogramm mit 51 Projekten unterzeichnet. „Das hat es in der Geschichte der Europaregion noch nicht gegeben. Nun haben wir mit den im vergangenen August unterzeichneten Reformverträgen die nächsten Schritte gesetzt, damit die Euregio auch für die kommenden zehn Jahre gut gerüstet ist", so Platter, der mit seinen damaligen Amtskollegen Luis Durnwalder (Südtirol) und Lorenzo Dellai (Trentino) den Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit EVTZ als Trägerstruktur für ein gemeinsames Büro gründete. Platter: „Unser EVTZ war damals der erste in Österreich, der zweite in Italien und der 21. in ganz Europa."

In der Zwischenzeit wurden viele Ideen weitergebracht: vom Euregio-Lawinenreport über den Euregio-Wissenschaftsfonds und den Euregio-Master für Landesbedienstete bis zu Euregio-Willkommenstafeln, die 100 Jahre nach der Teilung Tirols an allen Übergängen zu den Nachbarländern aufgestellt wurden. „Sie symbolisieren auf besondere Weise die Zusammenarbeit der drei Landesteile im Geist der europäischen Integration – wie es auch der erste Euregio-Gemeindetag ist, den wir heute in Hall abgehalten haben", ist der Tiroler Landeshauptmann überzeugt.

Die Euregio hat in zehn Jahren bereits 354 Projekte in 25 Vorstandssitzungen beschlossen und durchgeführt. Während der Tiroler Präsidentschaft wurden unter anderem das Öffi-Tagesticket „Euregio2Plus" und Ende September das „Euregio Ticket Students" eingeführt, für Schulen das Programm „Euregio macht Schule" entwickelt oder das Euregio Museumsjahr 2021 initiiert, an dem sich 60 Museen in allen drei Ländern beteiligen.

„Alle Projekte bringen die Euregio näher an die Menschen – und das war und ist das Ziel dieser gemeinsamen Anstrengung", so Platter abschließend. ■

https://www.tirol.gv.at/
https://www.provinz.bz.it/
http://www.deutsch.provincia.tn.it/
https://cor.europa.eu/de

Dank an Vorarlbergs Olympia- und Paralympics-Athleten

Im Rahmen eines gemeinsamen Mittagessens bedankten sich Landeshauptmann Markus Wallner und Sportlandesrätin Martina Rüscher am 20. September bei den fünf SportlerInnen, die Vorarlberg bei den Olympischen und den Paralympischen Spielen im japanischen Tokio vertreten haben. Als Geste der Anerkennung und Wertschätzung für „die beeindruckenden sportlichen Auftritte und Leistungen“ erhielten die AthletInnen Schokopralinen und Schecks überreicht. Für Vorarlbergs sportbegeisterte junge Generation sind die heimischen Sportasse wichtige Vorbilder, so der Landeshauptmann.

Bei den Spielen würden letztlich winzige Nuancen entscheiden, „Sekundenbruchteile im Kopf, eine minimal verzögerte Reaktion, Tagesverfassung, Bewerbsverlauf oder das Quäntchen Glück im richtigen Moment“, führte Wallner aus. Insbesondere auch daraus beziehe der Sport seine Attraktivität, seine Spannung und Anziehungskraft. „Mit euch haben ganz viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger mitgefiebert und die Daumen gedrückt“, verwies er auf den großen Rückhalt. Auch wenn sich die Eine oder der Andere insgeheim oder ganz offen vielleicht mehr erwartet bzw. erhofft hätte, falle die Vorarlberger Bilanz „aus Landessicht und auch für mich persönlich äußerst positiv aus“, stellte Wallner klar. Sportliches Highlight sei natürlich ganz klar die Bronzemedaille von Vorarlbergs Karate-Vorzeigeathletin Bettina Plank gewesen. Zum grandiosen Erfolg beigetragen hat laut Rüscher ein vorbildliches Zusammenspiel von Karateverband, Olympiazentrum Vorarlberg gemeinsam mit dem Olympiazentrum Oberösterreich.

Dank gab es auch für die Trainer- und Betreuerstäbe im Hintergrund und die vielen engagierten Funktionäre in den Verbänden und Vereinen im Land, die „an der Basis ausgezeichnete Arbeit verrichten“. Bei Olympia waren vier Vorarlberger AthletInnen am Start: Karateka Bettina Plank, Elisa Hämmerle, Philipp Oswald und Benjamin Bildstein und David Hussl. An den Paralympics nahm Rollstuhltennis-Spieler Thomas Flax teil. ■

https://vorarlberg.at/
https://www.olympia.at/
https://oepc.at/



Foto: VLK / Daniel Furxer

LH Markus Wallner würdigte mit Sport-LR Martina Rüscher Vorarlbergs Olympia- und Paralympics-AthletInnen. Im Bild mit der Gewinnerin der Bronzemedaille Karateka Bettina Plank…



Foto: VLK / Daniel Furxer

mit dem Rollstuhltennis-Spieler Thomas Flax…



Foto: VLK / Daniel Furxer

… und mit David Hussl und dessen Segel-Partner von Benjamin Bildstein

HOOKIPA-Produktionsstandort in der Seestadt Aspern

HOOKIPA Pharma Inc. (NASDAQ: HOOK), ein Unternehmen, das sich seit zehn Jahren der Bekämpfung von Krebs- und schwerwiegenden Immunkrankheiten verschrieben hat, errichtet in Wien einen eigenen Produktionsstandort.

Im Beisein von Wirtschafts- und Finanzstadtrat Peter Hanke, dem Donaustädter Bezirksvorsteher Ernst Nevrivy, Gerhard Schuster (Vorstandsvorsitzender Wien 3420 aspern Development AG) und Roman Necina (CTO HOOKIPA Pharma) erfolgte am 6. Oktober mit dem Spatenstich der erfolgreiche Startschuß für dieses Projekt.

Die Entscheidung für die eigene Produktionsanlage PLANT in Wien ist ein weiterer zukunftsweisender Schritt für das Biotech-Unternehmen HOOKIPA, das am Vienna BioCenter in St. Marx seine Zentrale hat und heuer seinen zehnten Geburtstag feiert. Die Gründe, den neuen Produktionsstandort in Wien zu errichten, liegen für Roman Necina, CTO von HOOKIPA Pharma, auf der Hand: „Aufgrund der Komplexität des Projekts war für uns neben den attraktiven Förderungen im Pharma-Bereich und der Verfügbarkeit von erfahrenen MitarbeiterInnen auch die Nähe zu unseren Arenavirus-Experten in St. Marx für die Standortwahl ausschlaggebend. In aspern Seestadt finden wir optimale und zukunftsträchtige Rahmenbedingungen für den ersten eigenen Produktionsstandort."



Foto: APA Fotoservice / Ludwig Schedl

v.l.: Gerhard Schuster (Vorstandsvorsitzender Wien 3420 aspern Development AG), Peter Hanke (Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Wien), Ernst Nevrivy (Bezirksvorsteher Donaustadt) und Roman Necina (CTO HOOKIPA Pharma) beim Spatenstich zur HOOKIPA-Produktionsanlage PLANT

Produktionsstandort sorgt für bis zu 100 neue Arbeitsplätze

Auf einer Fläche von 4.500 m² errichtet HOOKIPA in der Seestadt in der ersten Ausbaustufe ein Produktionsgebäude mit Qualitätskontrolllabors und Bürobereichen. In einer weiteren Ausbaustufe wird der Standort um ein zusätzliches Produktionsgebäude sowie ein Multifunktionsgebäude mit Forschungs- und Entwicklungslabors erweitert.

„Mit der Standortwahl setzen wir ein starkes Signal für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Wien. In einem ersten Schritt werden wir hier bis zu 60 neue Arbeitsplätze schaffen, für den Vollbetrieb wollen wir den MitarbeiterInnenstand in der Produktion dann auf insgesamt 100 Personen aufstocken", ergänzt Necina.

„Die Ansiedelung von HOOKIPA in der Seestadt Aspern beweist den hohen Stellenwert Wiens im internationalen Ranking der Biotech-Standorte. Gemeinsam mit der Wirtschaftsagentur setzt die Stadt Wien seit vielen Jahren zahlreiche Fördermaßnahmen, um Biotech-Unternehmen optimale Rahmenbedingungen zu bieten und damit zukunftssichere, hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen – wie beispielsweise am Vienna BioCenter in St. Marx. Mit dem neuen Standort von HOOKIPA erfährt Wien nun eine weitere Aufwertung", ist der Wiener Wirtschafts- und Finanzstadtrat Peter Hanke erfreut.

Wertschöpfungskette bleibt maßgeblich in Österreich

Am neu errichteten Produktionsstandort werden virale Vektoren im industriellen Maßstab sowie klinisches Material und kommerzielle Produkte hergestellt. „Mit Ausnahme der Abfüllung der Substanzen wird die gesamte Prozeßkette in der neuen Anlage abgearbeitet werden. Damit bleibt ein Großteil der Wertschöpfung in Österreich", so Necina. Nur die Abfüllung erfolgt in Deutschland.

HOOKIPA entwickelt neue Klasse von Immuntherapien

Mit derzeit rund 130 MitarbeiterInnen in Wien und New York, einem Börsengang an der Nasdaq im Jahr 2019 und mehreren Finanzierungsrunden zählt HOOKIPA zu den führenden Biopharma-Unternehmen. Es entwickelt eine neue Klasse von Immuntherapien zur wirksameren Bekämpfung von Krebs- und Infektionskrankheiten. Diese Immuntherapeutika basieren auf einer selbst entwickelten Arenavirus-Plattform und sind darauf ausgerichtet, das Immunsystem des Körpers neu zu programmieren. Nicht nur Krebs, sondern auch HIV, Hepatitis B und andere schwere Krankheiten könnten dadurch in Zukunft viel effizienter behandelt werden.

Die HOOKIPA Pharma Inc. (NASDAQ: HOOK) wurde 2011 in Wien gegründet und verfügt über einen Standort in New York. Sie ist ein biopharmazeutisches Unternehmen im klinischen Stadium, das eine neue Klasse von Immuntherapeutika entwickelt, die auf seiner proprietären Arenavirus-Plattform basieren und das körpereigene Immunsystem umprogrammieren. ■

https://wien.gv.at
https://www.hookipapharma.com/

Leon Zelman Preis 2021

Anläßlich von »40 Jahre Jewish Welcome Service Vienna« würden heuer zwei Preise vergeben: an Likrat, ein Dialogprojekt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, und an den Republikanischen Club – Neues Österreich



Foto: Stadt Wien / Schaub-Walzer

v.l.: Jessica Winkelbauer (Likrat), Benjamin Witt (Likrat), Andreas Mailath-Pokorny, Betty Kricheli (Likrat), dahinter Benni Gilkarov (Likrat), davor Sybille Summer (Republikanischer Club), Cornelius Obonya, Generalsekretärin Susanne Trauneck (Jewish Welcome Service), Marie Scholten, Kulturstadträtin Veronika Kaup-Hasler und Doron Rabinovici (Republikanischer Club)

Die Vergabe des Leon Zelman-Preises hat am 13. September im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses stattgefunden. Er wird seit 2013 an Personen oder Initiativen vergeben, die sich im Sinne Leon Zelmans aktiv für die Erinnerung an die Shoah und den Dialog zwischen den heutigen Österreich und den Opfern der NS-Verfolgung und ihren Nachkommen einsetzen. Der Preis ist mit Euro 5.000 dotiert und wird von der Stadt Wien gestiftet.

Preisträger Likrat

…ist ein Dialogprojekt der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich für Jugendliche. Junge jüdische Dialogpartner besuchen Schulklassen in ganz Österreich und sprechen mit Jugendlichen ihres Alters, die einen anderen ethnischen bzw. religiösen Background haben. Das Programm ist mittlerweile so erfolgreich, das es auf Jugendorganisationen und Universitäten ausgeweitet wurde.

Preisträger Republikanischer Club

… Neues Österreich ist 1986 als überparteiliche Initiative im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfs und der „Waldheimaffäre“ als Symbol für die Geschichtsvergessenheit eines Landes und Österreichs späte Auseinandersetzung mit seiner NS-Vergangenheit entstanden. Seit 35 Jahren stehen der Republikanische Club und seine Mitglieder für ein „neues Österreich und eine neue Generation“, für eine aktive Zivilgesellschaft im Engagement und unermüdlichen Einsatz gegen Xenophobie, Antisemitismus, Rassismus wie soziale Ungerechtigkeit.

Jewish Welcome Service Vienna

Der Jewish Welcome Service wurde 1980 auf Initiative des damaligen Wiener Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrats Heinz Nittel gemeinsam mit dem 2007 verstorbenen Leon Zelman gegründet. Präsident ist der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien.

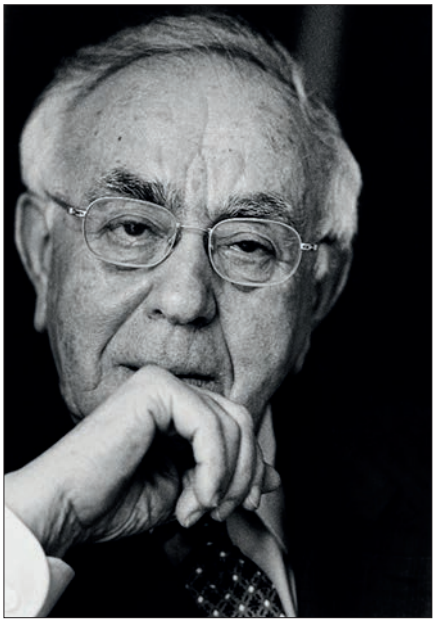


Foto: Heribert Corn

Leon Zelman

Eine der vielen Aufgaben ist das Einladungsprogramm, dessen Ziel es ist, Wiener Jüdinnen und Juden, die von den Nationalsozialisten vertrieben wurden, eine Begegnung mit ihrer einstigen Geburts- und Heimatstadt zu ermöglichen. Weiter Aufgaben sind die Unterstützung von Gedenk -und Erinnerungsinitiativen sowie Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen.

Darüber hinaus organisiert der Jewish Welcome Service auch Studienreisen für die jüngere Generation. Corona-bedingt hat man sich u.a. das neue Projekt „Vienna trips“ überlegt: junge Nachkommen der dritten und vierten Generation von Shoah-Überlebenden werden für eine Woche nach Wien eingeladen.

Da der Jewish Welcome Service heuer sein 40jähriges Jubiläum feiert, wird an einer Filmdokumentation und einer Festschrift gearbeitet – über die Sie dann in der „Österrech Journal“-Ausgabe 201 lesen können. ■

https://www.likrat.at
https://www.ikg-wien.at/
https://jewish-welcome.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Leon_Zelman

Grußbotschaft des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN

… an das „Österreich Journal“ anläßlich des Erscheinens der 200. Ausgabe

Das „Österreich Journal“ ist aus der österreichischen Medienlandschaft nicht wegzudenken! Fokussierend auf im Ausland wohnende Österreicherinnen und Österreicher, stellt das seit 1996 bis zu zwölf Mal jährlich erscheinende Magazine eine substantielle und umfassende Bereicherung der Informationslage zu den jeweils aktuellsten Ereignissen und Entwicklungen in Österreich für jene dar, die von Außen einen Blick auf unser Land werfen.

Das vom verantwortlichen Herausgeber und Chefredakteur Michael Mössmer nunmehr seit 25 Jahren sehr umsichtig und mit überwältigendem Engagement publizierte Medium hat schon früh die Potentiale einer computerisierten, digitalen Welt erkannt und bereits im Jahr 2002 auf eine reine Online-Publikation umgestellt. Der Schwerpunkt des Magazins lag und liegt auf Österreich sowie dessen Bezüge zu Europa und seine Stellung in der Welt.

Es ist ein Magazin, dessen Eckdaten beeindruckend sind: mehr als 3,5 Millionen Leserinnen und Leser haben auf die bislang erschienen Ausgaben zugegriffen, jedes der jeweils mindestens 120 Seiten umfassenden Magazine wird aktuell weit über 10.000 Mal angeklickt und als pdf heruntergeladen. Über einen Web-Kiosk, in dem 45 Ausgaben online durchgeblättert werden können, verzeichnen bisher rund 730.000 Aufrufe. Die Inhalte geben einen umfassenden Ein- und Überblick in österreichische Aktivitäten im In- und Ausland.

Damit stellt dieses Magazin eine Art „Leistungsschau“ österreichischer Initiativen und Veranstaltungen dar und fungiert solcherart als „Botschafter Österreichs“ in der Welt. Neben der Darstellung außenpolitischer Kontakte sowie der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft wird auch und insbesondere der kulturellen Berichterstattung breiter Raum gewidmet.

Die Mischung aus der Darstellung von Aktivitäten der staatlichen Institutionen, Nachrichten aus den Bundesländern, von technischen Innovationen sowie kulturellen Veranstaltungen – um nur vier Beispiele herauszugreifen – machen das Magazin abwechslungsreich, interessant und ermöglichen eine Gesamtschau aktueller gesellschaftspolitischer und kultureller Entwicklungen in Österreich.

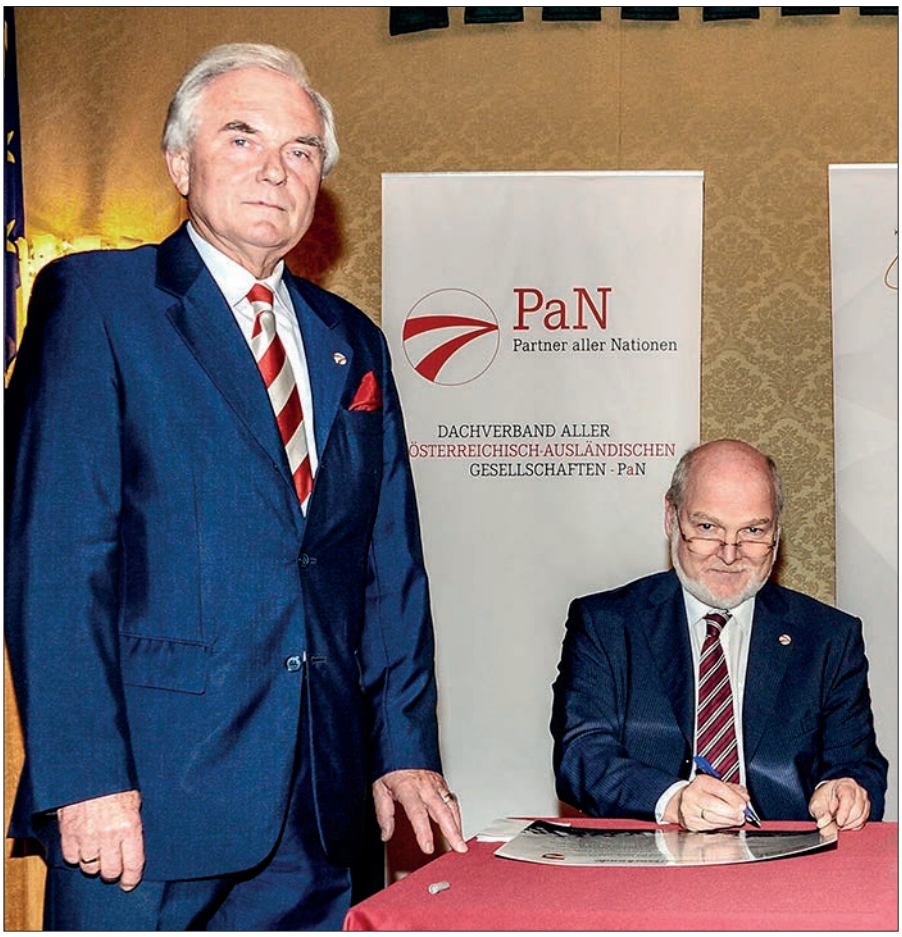


Foto: Dachverband PaN

PaN-Präsident Hermann Mückler (r.) und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften PaN würdigt nachdrücklich den wichtigen Beitrag, den das „Österreich Journal“ leistet, um vor allem österreichischen Landsleuten im Ausland eine Verbindung zur Heimat zu eröffnen und gleichzeitig ein positives, engagiertes Bild Österreichs in die Welt zu tragen.

PaN
Partner aller Nationen
60 JAHRE
gratuliert herzlich zur
200. Ausgabe
des
Österreich Journals

Der Dachverband-PaN gratuliert dem „Österreich Journal“ und dessen Herausgeber Michael Mössmer im Namen des Netzwerks bilateraler Freundschaftsgesellschaften in Österreich nachdrücklich und herzlich für die über Jahrzehnte geleistete Arbeit und wünscht dem Magazin auch weiterhin alles Gute und eine prosperierende Zukunft!

Univ.Prof. Dr. Hermann Mückler
Präsident

Senator Walter J. Gerbautz
Generalsekretär

Sehr geehrter Herr Univ.Prof. Dr. Mückler, sehr geehrter Herr Senator Gerbautz, vielen Dank für Ihre Worte – ich darf mich bei Ihnen und PaN für die für mich besonders erfreuliche Zusammenarbeit herzlich bedanken und freue mich schon auf die bevorstehende!
Michael Mössmer

Seminar und Empfang in der Botschaft der VAE in Wien



Foto: Society / Pobaschnig und ÖVAEG-PAN

Auf der Terrasse der Botschaft der VAE in Wien (v.l.): Botschaftssekretär Ahmed Alshehhi, Walter Hildebrand, Walter J. Gerbautz, Friedrich Schwank, Doris Maria Koller, Max Seiwald, SE Botschafter AlMusharrak, Nikolaus Seiwald, Präsident Hans Niessl, Robert Schneider, Omar Al Rawi, Angelika Persterer-Ornig, Otto Schwetz, Mouddar Khouja und Theo Kanitzer

Nachdem der für Anfang November 2020 vorgesehene Empfang in der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Wien für den Vorstand der Österreichisch-Vereinigten Arabischen Emirate Gesellschaft-PaN (ÖVAEG-PaN) wegen der covid 19-Maßnahmen abgesagt werden mußte, war es mehr als ein halbes Jahr später endlich so weit.

SE Botschafter Ibrahim AlMusharrak begrüßte persönlich die einzelnen ÖVAEG-PaN-Vorstandsmitglieder in der Botschaft der VAE in Wien und leitete nach einem gemütlichen Stehempfang zu dem angekündigten Seminar über.

Eine herzliche Begrüßung durch SE Botschafter AlMusharrak leitete das Seminar ein, wobei er die guten freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder als auch das sehr gute Verhältnis und die Kooperationen mit der Österreichisch-Vereinigten Arabischen Freundschaftsgesellschaft-PaN hervorhob.

Der Vizepräsident der ÖVAEG-PaN, Omar Al Rawi, vertrat Präsident Hans Niessl, da dieser wegen eines Begräbnisses im Familienverband erst etwas später an der Veranstaltung teilnehmen konnte. Al Rawi dankte namens der ÖVAEG-PaN für diese Initiative des Botschafters, was wieder einen Beweis für die starken Bande zwischen den beiden Staaten darstellt.



Foto: Society / Pobaschnig und ÖVAEG-PAN

SE Botschafter AlMusharrak (r.) und Botschaftssekretär Ahmed Alshehhi bei der eindrucksvollen Power Point-Präsentation über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der VAE

Eine eindrucksvolle Video-unterstützte Power Point-Präsentation folgte durch Botschaftssekretär Ahmed Hassan Ahmed Mohammed Alshehhi über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der VAE während der letzten 50 Jahre und gipfelte in einer Vorausschau auf die großartige EXPO 2020 in den VAE, die heuer von 1. Oktober 2021 bis 31. März 2022 in Dubai stattfindet *(siehe den Bericht auf der Seite 45)*.

Im Anschluß daran lud SE Botschafter AlMusharrak zu einem umfassenden Dialog mit den Anwesenden ein. Der Bogen der dabei zur Sprache gekommenen Themen war unter anderem der Besuch der EXPO 2020 von einer Delegation der ÖVAEG-PaN, der



Foto: Society / Pobaschnig und ÖVAEG-PAN

SE Botschafter Ibrahim AlMusharrak (3. v.r.) mit AACC-GS Mouddar Khouja, Vizepräsident Omar Al Rawi, Präsident Hans Niessl, Botschafter AlMusharrak, Generalsekretär Walter J. Gebautz, Ehrenpräsident Walter Hildebrand

nachzuholende Besuch des „Austrian Sport Resorts“ in Maria Enzersdorf/Südstadt, die Intensivierung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, wie sie bereits in den letzten beiden Jahren eingeleitet wurden, die Gesundheitsversorgung, der Bildungsbereich und letztendlich auch die aktuellen Umweltfragen wie Klimaschutz sowie saubere Energie.

Den gelungenen Abend rundete ein Empfang des Botschafters auf der eindrucksvollen Terrasse des modernen und erst vor ein paar Jahren errichteten Botschaftsgebäudes ab – bei typischen aus den Regionen der VAE stammenden Speisen und Getränken. ■

http://www.oevaeg.at/



Foto: Society / Pobaschnig und ÖVAEG-PAN

Bild rechts: Botschafter Martin Pammer vom BMEIA wird vom Gastgeber begrüßt.

Bild unten (v.l.): Walter Hildebrand, Theo Kanitzer, Friedrich Schwank, Walter J. Gerbautz und Omar Al Rawi



Foto: Society / Pobaschnig und ÖVAEG-PAN

PaN-Sommerkonzert 2021 im Palais Hansen Kempinski Wien



Foto: SOCIETY / Pobaschnig

Die Gäste des PaN-Sommerkonzerts im Palais Hansen Kempinski erwarteten besondere musikalische Momente

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN lud zum Sommerkonzert 2021 in das Palais Hansen Kempinski ein. Die Gäste erwarteten besondere musikalische Momente: Die Camerata prima la musica-Wien präsentierte unter philharmonischer Leitung im Streichorchester und in verschiedenen Streichensembles mit Werken von Wolfgang Amadeus Mozart, Antonín Dvořák und Louis Spohr. Ein Highlight war die Uraufführung von Herbert Willis „Kairos im Kronos“ in der Version für Streichorchester, die der Komponist eigens für die Camerata prima la musica-Wien erarbeitet hat. Die musikalische Leitung aller Ensembles lag in den Händen der Wiener Philharmoniker Jewgenij Andrusenko, Johannes Kostner, Harald Krumpöck, Volkhard Steude und Tamás Varga.



Foto: SOCIETY / Pobaschnig

v.l.: PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Wiener Philharmoniker Harald Krumpöck, Komponist Herbert Willi, primal la musica Wien-Geschäftsführerin Angelika Persterer-Ornig und PaN-Präsident Hermann Mückler

Prima la musica Wien

Prima la musica Wien ist die nachhaltige Förderung der jungen Talente ein großes Anliegen und findet damit österreichweit große Beachtung. In Vorbereitung auf einen späteren Alltag als MusikerInnen wer den zahlreiche Konzerte im In- und Ausland veranstaltet. Die Highlights sind so attraktiv wie interessant: Die Kooperation von prima la musica Wien mit „Juventudes Musicales de Espana“ in Form gemeinsamer Konzerte in Wien und Madrid. Zwei gemeinsame Projekte mit Mitgliedern der Wiener Philharmoniker, die junge Kammerensembles musikalisch und künstlerisch betreuen, um dann mit diesem Programm internationale Konzertreisen nach China und in den arabischen Raum anzutreten. Die Internationale Chopin Gesellschaft in Wien ist seit zwölf Jahren großer Förderer für zahlreiche PreisträgerInnen und ermöglicht Konzertauftritte im Rahmen renommierter Veranstaltungen.

Ein Höhepunkt dabei ist die jährlich stattfindende „Matineé Jeunesse“, ein eigenes prima la musica Konzert als Teil des Internationalen Chopin Festivals in der Kartause Gaming.

Das Talenteförderprogramm wurde von der Geschäftsleiterin von prima la musica Wien, Angelika Persterer-Ornig vor 14 Jahren initiiert und wird mit großem Engagement durch geführt und ständig weiter entwickelt.

Internationale Konzertreisen, Kulturaustausch und Vertiefung der Völkerverständigung

Seit vielen Jahren kann prima la musica Wien seinen Talenten auch internationale Konzertauftritte anbieten, das sind wertvolle Auftrittserfahrungen verknüpft mit dem Kennenlernen des internationalen Konzertbetriebs und anderer Kulturkreise. Konzertreisen führten den vielversprechenden Nach-

wuchs bereits nach Argentinien, Deutschland, Niederlande, Polen, Rußland, Ungarn und in die Slowakei. Derzeit ist ein jugendlicher Austausch mit China und arabischen Ländern in Planung, der nachhaltig auf Kontinuität ausgerichtet sein soll. Dabei sollen auch Kompositionen aus diesen Ländern zur Aufführung gebracht werden und gemeinsames Musizieren wird kulturellen Austausch und gegenseitiges Kennenlernen der Musikkulturen und der Instrumente ermöglichen. Ein besonders wichtiger Partner für prima la musica Wien ist der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PAN mit ihrem Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz.

Die internationale Verflechtung soll zur Vertiefung der Völkerverständigung und der bilateralen Beziehungen der Länder führen und auch kulturellen Austausch in Ländern ermöglichen, wo die klassische Musik noch nicht Fuß gefaßt hat.



Foto: SOCIETY / Pobaschnig

PaN-Präsident Hermann Mückler bei seinen Begrüßungsworten zum Sommerkonzert 2021; im Bildhintergrund: Florian Wille, er ist einer der beiden Kempinski Hotel Vienna-Manager

Der Komonist Herbert Willi

Die Liste der Häuser, in denen Aufführungen der Werke des 1956 im Vorarlberger Bludenz geborenen Komponisten Herbert Willi ist eine Aneinanderreihung der wichtigsten in der ganzen Welt: New York (Carnegie Hall), Tokyo (Suntory Hall, Sumida Triphony Hall), London (Royal Albert Hall), Wien (Musikverein, Konzerthaus), bei den Salzburger Festspielen (Großes Festspielhaus, Felsenreitschule) und in der Berliner Philharmonie. Interpreten sind unter anderem internationale Orchester wie die Berliner Philharmoniker, die Wiener Philharmoniker, Cleveland Orchestra, Philadelphia Orchestra, Pittsburgh Symphony Orchestra und das New Japan Philharmonic Orchestra unter Dirigenten wie Claudio Abbado, Riccardo Muti, Seiji Ozawa, Christoph von Dohnány, Kirill Petrenko, Manfred Honeck und Gustavo Dudamel. Im Auftrag des Opernhauses Zürich schrieb Herbert Willi zum Jubiläum „1000 Jahre Österreich“ die Oper Schlafes Bruder (Uraufführung 1996). Für die Wiener Philharmoniker schrieb er als Auftragswerk anlässlich der Feierlichkeiten „150 Jahre Wiener Philharmoniker“ die Komposition Begegnung für Orchester (Uraufführung 1999). Herbert Willi war u.a. „Composer-in-Residence“ der Salzburger Festspiele (1992), der Camerata Academica Salzburg (1996-1998) und der Gesellschaft der Musikfreunde des Wiener Musikvereins und des Wiener Concert-Vereins (2002/2003). Zuletzt schrieb Willi den „Zyklus Montafon“, der die Werke Eirene (Konzert für Trompete und Orchester), „...geraume Zeit...“ (Konzert für Flöte, Oboe und Orchester), „ego eimi“ (Konzert für Klarinette und Orchester) und „Äon“ (Konzert für Horn und Orchester) umfaßt. Beim Label WERGO ist jüngst eine Retrospektive mit Orchesterwerken von Herbert Willi erschienen, auf der die Werke Eirene, Räume, Rondino nach der Oper „Schlafes Bruder“, „...geraume Zeit...“ und „Begegnung“ enthalten sind. Ebenso wurde von dem japanischen Label Camerata Tokyo eine CD mit Herbert Willis Kammermusik der Jahre 1984-2005 veröffentlicht. ■

http://www.primalamusicawien.com/
https://herbertwillisociety.org/de
http://www.chopin.at/
https://www.kempinski.com/en/vienna/palais-hansen/



Foto: SOCIETY / Pobaschnig

Abschlußfoto des PaN-Sommerkonzerts mit Mitgliedern des PaN-Vorstands, Herbert Will, Organisatoren, Dirigenten und MusikerInnen

PaN-Sommerkonzert 2021 im Joseph-Haydn-Konservatorium



Foto: Wolfgang Szideric

v.l.: San Marino Gesellschafts-Vizepräsident Alfred Diewald, Clemens Hellsberg, PaN-Vorständin Marguerite Machek-Vos, Bundesrat Günter Kovacs, Landeshauptmann a.D. Hans Niessl, Angelika Persterer-Ornig, Harald Krumpöck, Herbert Willi, Johannes Kostner, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und San Marino Gesellschafts-Präsident Johannes Pinczolits

Am 21. August gab es im Joseph-Haydn-Konservatorium in Eisenstadt ein weiteres Konzert: der Dachverband aller österreichischen Freundschaftsgesellschaften – PaN und das jüngste bilaterale Mitglied, die Österreichisch-San Marino Freundschaftsgesellschaft, organisierte im Verein mit dem Haydn Konservatorium Eisenstadt das Konzert „Kairos….vom richtigen Augenblick" mit Werken von Wolfgang Amadeus Mozart, Antonin Dvorak und Louis Spohr. Ein Highlight war die Uraufführung von Herbert Willis „Kairos in Kronos" in der Version für Streichorchester, die der berühmte Komponist eigens für die „Camerata Prima la Musica Wien" erarbeitet hat.

Der attraktiven Konzert-Einladung waren mehr als 170 BesucherInnen gefolgt, unter ihnen zahlreiche Prominente aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur sowie der bilateralen Österreichischen San Marino Freundschftsgesellschaft und aus der Region rund um das nördliche Burgenland gefolgt. An der Spitze der VIPs waren Landeshauptmann a.D. Hans Niessl mit Gattin, Landeshauptmann-Stv. a.D. Franz Steindl, im Auftrag des Landeshauptmannes Bundesrat Günter Kovacs, Botschafter Martin Pammer vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und Gattin und seitens der Landeshauptstadt Vizebürgermeister Otto Kropf und die Obfrau des Kultur und Tourismusausschusses, Waltraud Bachmeier, erschienen.

Die Begrüßungsansprache hielt Hausherr und Direktor des Haydn-Konservatoriums,



Foto: Wolfgang Szideric

Das Camerata Prima la Musica Wien Ensemble mit Angelika Persterer-Ornig (l.) und Dirigent Harald Krumpöck (r.)

Österreich, Europa und die Welt – PaN

Tibor Nemeth, dem es eine besondere Freude war, den persönlich anwesenden Komponisten der Welturaufführung Herbert Willi begrüßen zu können. Die Bedeutung des musikalischen Großereignisses unterstrich auch die Anwesenheit des Langzeitvorstands der Wiener Philharmoniker, Clemens Hellsberg, sowie weiterere Philharmoniker wie Tamas Varga, Johannes Kostner, Volkhard Steude und natürlich Harald Krumpböck, der an diesem Abend das Camarata Ensemble dirigierte.

Durch das Konzertprogramm führte die charmante Geschäftsleiterin von Prima la Musica Wien, Angelika Persterer-Ornig, in deren Händen sowohl die aufwendigen Vorbereitungsarbeiten in Wien und Salzburg als auch die Gesamtleitung des Konzertabends lag.

Nach dem hinreissenden Konzert luden die Vertreter der Österreich-San Marino Freundschaftsgesellschaft mit Präsident Johannes Pinczolits und Vizepräsident Alfred Diewald an der Spitze zu einem kleinen, typisch burgenländischen Gedankenaustausch, selbstverständlich unter Einhaltung aller erforderlichen Covid-Bestimmungen, die tief beeindruckten TeilnehmerInnen des Konzerts ein.



Foto: Wolfgang Szideric

v.l.: Vizepräsident Alfred Diewald, Konservatoriums Geschäftsführer Franz Steindl und Direktor Tibor Nemeth, Präsident Johannes Pinczolits und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz



Foto: Wolfgang Szideric

Künstler unter sich (v.l.): Die Philharmoniker Clemens Hellsberg, Dirigent Harald Krumpöck, Komponist Herbert Willi und Gesamtkoordinatorin Angelika Persterer-Ornig von Prima La Musica Wien

Das Haydn Konservatorium

Das Joseph Haydn Konservatorium in Eisenstadt (JHK) bildet als postsekundäre Bildungseinrichtung des Landes Burgenland Studierende aus aller Welt in künstlerischen und pädagogischen Bereichen der Musik und in der Entwicklung und Erschließung der Künste (artistic research) aus.

Durch sein breitgefächertes Studienangebot trägt das JHK einen wesentlichen Beitrag zum kulturellen Leben in der Region bei. Die Ausbildung auf höchstem Niveau, geprägt von kollegialem Miteinander und einer offenen und freundlichen Kommunikation zwischen Lehrenden, Studierenden und Verwaltung, wird gewährleistet durch ein Dozententeam von internationalem Rang, intensive Betreuung unserer Studierenden, regelmäßige Evaluation und ständige Verbesserung der Lehre.

Die Vermittlung ethischer Verantwortung durch und in der Beschäftigung mit ästhetischen Werten steht gleichwertig neben dem Erwerb höchster fachlicher Qualifikation und den damit verbundenen sozialen Kompetenzen. ■

https://haydnkons.at/
https://www.austria-sanmarino.at/
http://www.primalamusicawien.com/



Foto: Wolfgang Szideric

PaN-Generalsekretär Senator Walter J, Gerbautz mit Botschafter Martin Pammer und Angelika Persterer-Ornig von Prima La Musica Wien

PaN-Sommergartenfest in den Blumengärten Hirschstetten



Foto: PaN / Florian Wieser

v.l.: PaN-Vorstand Lukas Vosicky, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, PaN-Vorständin Botschafterin Petra Schneebauer, Josef Höchtl, Präsident der Österreichisch-Venezolanischen Gesellschaft, Martina und Werner Fasslabend, Präsident der Österreichisch-Slowakischen Gesellschaft, und PaN-Präsident Hermann Mückler

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN lud nach einer eineinhalbjährigen Corona-bedingten Pause zum PaN-Sommergartenfest in die Gärten Hirschstetten ein. Bei Spätsommerlichem Kaiserwetter füllte sich der malerische aus Niederösterreich stammende Bauernhof mit mehr als 140 Gästen. Völkerverbindend, wie die Zielsetzung des Dachverbandes in seinen Statuten lautet, waren an diesem schönen Abend VertreterInnen aus mehr als 70 Ländern der PaN-Familie zu diesem internationalen Freundschaftsfest gekommen.

Der Präsident des Dachverbandes-PaN, Hermann Mückler, dankte bei seiner Begrüssung allen, die zum Gelingen dieses Festes beigetragen haben, insbesondere dem gleichsam „Hausherren“ dieser Gartenanlage, Magistratsdirektor Erich Hechtner, für seine jahrelange Unterstützung des Dachverbandes und seinen mehr als 120 bilateralen Freundschaftsgesellschaften bei ihren völkerverbindenden und friedensstiftenden der Aktivitäten.

Leider konnten in der Phase der rigorosen Corona-Maßnahmen der Dachverband, wie auch seine Mitglieder und viele andere People to People Organisationen, nicht ihre vollen Aktivitäten entfalten, stellte Mückler fest. Dafür lobte er den Einfallsreichtum der bilateralen PaN-Gesellschaften während der Lockdown-Phasen auch auf dem virtuellen Weg für die Vernetzung in allen Richtungen aktiv gewesen zu sein.



Foto: PaN / Florian Wieser

v.l.: Josef Höchtl, Präsident der Österreichisch-Venezolanischen Gesellschaft, PaN-Präsident Hermann Mückler, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und der „Hausherr“ dieser Gartenanlage, Magistratsdirektor Erich Hechtner

Ein herzliches Dankeschön richtete der PaN-Präsident auch an den Sponsor der Proseccobar dem Geschäftsführer Jeremie Huillet von der Firma L. Derksen & Co., sowie an den Kantinenchef Michael Kandler und sein Serviceteam. ■

https://www.wien.gv.at/umwelt/parks/blumengaerten-hirschstetten/

Professorentitel für Kultur- und Musikvermittlerin



Foto: LPD Kärnten / Just

v.l.: Landeshauptmann Peter Kaiser mit der geehrten Professorin Jutta Unkat-Seifert, der ehemaligen Bildungsministerin Elisabeth Gehrer und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Mit einem Dekret von Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde Jutta Unkart-Seifert, Sängerin, Kultur- und Musikvermittlerin sowie Gründerin und Präsidentin der Europäischen Kulturinitiative für die junge Generation, bereits 2019 der Berufstitel „Professorin“ verliehen. Coronabedingt ging die offizielle Übergabe der Urkunde erste am 10. Septemer in Anwesenheit von Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser und Landesamtsdirektor Dieter Platzer über die Bühne. Die feierliche Verleihung im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung wurde musikalisch von Silvia Igerc an der Zither sowie dem Violinisten Milan Vit umrahmt. Wegbegleiterin Brigitte Weißengruber hielt die Laudatio.

Ein Berufstitel sei eigentlich viel zu wenig, um das vielschichtige Wirken Unkart-Seiferts zu würdigen. „Ich bin mir aber sicher, daß dir der Dank vieler, ansonsten vielleicht verlorener Seelen, zu Teil geworden ist“, so Kaiser. Gemeinsam mir ihrem Ehemann Ralf Unkart, dem ehemaligen Landesamtsdirektor, sei es ihr gelungen, die Bindung zu Kärnten nie zu verlieren. „Der Name Unkart-Seifert wird deshalb in Kärnten immer eine wichtige Bedeutung haben“, versicherte der Landeshauptmann.

Sichtlich gerührt bedankte sich die „Professorin“ bei allen Anwesenden und Wegbegleitern. „Ich habe gar nicht gewußt, was ich alles gemacht habe. Aber im Laufe eines Lebens kommt eben einiges zusammen“, zeigte sich Unkart-Seifert bezugnehmend auf die zuvor verlesene Laudatio bescheiden.



Foto: LPD Kärnten / Just

Landeshauptmann Peter Kaiser bei der Überreichung der Verleihungsurkunde an Professorin Jutta Unkat-Seifert

Unkart-Seifert wurde 1945 in Wien geboren und wuchs, dank ihrer Eltern, mit Musik auf.

Die berufliche Laufbahn aber startete Sie im Ministerialdienst. Sie leitete von 1980 bis 1998 die Abteilung für kulturelle Auslandsangelegenheiten im damaligen Bundesministerium für Unterricht und Kunst unter den Ministern Heinz Fischer, Fred Sinowatz, Herbert Moritz, Helmut Zilk, Hilde Hawlicek, Rudolf Scholten, Erhard Busek und Elisabeth Gehrer.

In dieser Funktion organisierte sie zahlreiche Kulturwochen im Ausland sowie ausländische Kulturwochen im Inland.

Nach dem Tod ihres Vaters begann Unkart-Seifert mit dem Gesangs-Studium. Ihre anschließenden Konzerttourneen führten sie in viele europäische Länder aber auch nach Argentienien, Amerika, Südkorea und Japan. Seit 20 Jahren gibt sie ihr Können auch an SchülerInnen sowie StudentInnen weiter.

Aus familiären Gründen zog sie sich im April 1998 vom aktiven Ministerialdienst zurück und gründete im selben Jahr die Internationale Kulturinitiative für die junge Generation – ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Kinder zum Erlernen eines Instrumentes zu bewegen und sie wieder zur klassischen Musik zu erziehen. Ein großes Anliegen ist ihr auch die Förderung der jungen AbsolventInnen der Österreichischen Musikunivsersitäten.

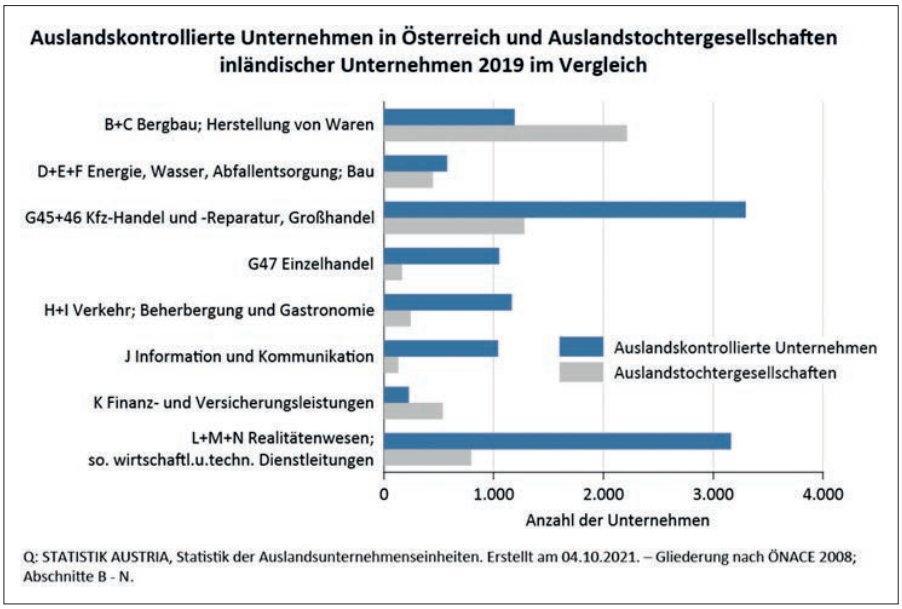
Im Jahr 2004 gründete sie zudem in der rumänischen Stadt Arad ein „Heim für Strassenkinder“.

Mehr als ein Jahrzehnt stand Jutta Unkart-Seifert als Präsidentin an der Spitze des Dachverbandes der Österreichischen Auslandsgesellschaften, dem heutigen Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN. ■

Wenig Bewegung im Vorkrisenjahr

Österreichs Auslandsunternehmen 2019

Rund 11.700 Unternehmen in Österreich waren 2019 laut Statistik Austria im Besitz ausländischer Konzerne oder hatten im Ausland ansässige Eigentümer, um rund 200 oder 1,6 % weniger als im Jahr zuvor. Auslandskontrollierte Unternehmen machten damit im Jahr 2019 3,3 % aller marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen im Inland aus. Umgekehrt hatten österreichische Unternehmen 2019 rund 6.000 Tochterunternehmen im Ausland. Neben Deutschland, dem bedeutendsten Zielland österreichischer Auslandsinvestitionen, konzentrierten sich diese weiterhin vor allem auf die östlichen und südöstlichen Länder Europas.



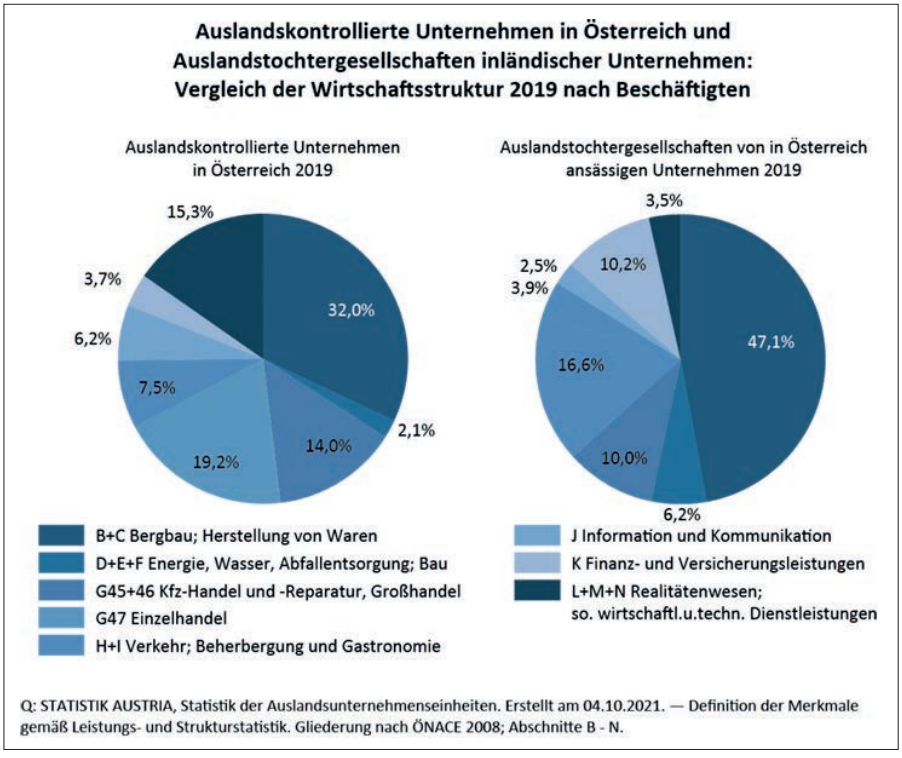
Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik der Auslandsunternehmenseinheiten. Erstellt am 04.10.2021. – Gliederung nach ÖNACE 2008; Abschnitte B - N.

Mehr als ein Fünftel der Beschäftigten arbeiten in auslandskontrollierten Unternehmen

Obwohl auslandskontrollierte Unternehmen nur 3,3 % aller marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen Österreichs ausmachten, lag ihr Anteil an den Beschäftigten im Jahr 2019 bei 21 % und sie erwirtschafteten 34 % der Umsatzerlöse im marktwirtschaftlichen Bereich. Die durchschnittliche Größe einer auslandskontrollierten Einheit betrug 2019 55 Beschäftigte, während sie für die Gesamtheit der Unternehmen bei knapp neun lag.

Im Vorkrisenjahr 2019 erzielten die auslandskontrollierten Unternehmen um 2,6 % höhere Umsätze und hatten um 1 % mehr Beschäftigte als im Jahr zuvor. Die Umsatzsteigerungen stammten dabei vor allem aus den Bereichen Großhandel, Erzeugung von Kfz und Kfz-Teilen, Sonstiger Fahrzeugbau, Einzelhandel und IT-Dienstleistungen.

Die mit Abstand meisten auslandskontrollierten Unternehmen in Österreich hatten ihre Zentrale in Deutschland (39,4 %); ihren Einfluß ausbauen konnten 2019 – gemessen an den Beschäftigtenzahlen – neben Deutschland vor allem Japan, Irland, Belgien und die Vereinigten Arabischen Emirate.



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik der Auslandsunternehmenseinheiten. Erstellt am 04.10.2021. — Definition der Merkmale gemäß Leistungs- und Strukturstatistik. Gliederung nach ÖNACE 2008; Abschnitte B - N.

Zahl der Auslandstöchter österreichischer Unternehmen stagniert

Die Anzahl der Auslandstöchter österreichischer Unternehmen änderte sich 2019 gegenüber dem Vorjahr kaum (+0,2 %); ihre Beschäftigtenzahlen gingen in Summe geringfügig zurück (-0,9 %), die Umsatzerlöse lagen um 1,2 % oder rund 5,5 Mrd. Euro über dem Vorjahresniveau. Nach Zielregionen konnten Ausweitungen vor allem in Deutschland, Frankreich und Italien festgestellt werden, nach Beschäftigtenzahlen auch in der Türkei und den Vereinigten Staaten.

Die Auslandsunternehmenseinheiten-Statistik hat Unternehmen unter ausländischer Kontrolle zum Thema. Dies betrifft sowohl in Österreich ansässige Unternehmen im ausländischen Besitz als auch Tochtergesellschaften österreichischer Unternehmen im Ausland. Betrachtet wird ausschließlich der marktwirtschaftliche Bereich, das sind i.W. Unternehmen mit Gewinnorientierung. Nicht enthalten sind daher relevante Aktivitäten des öffentlichen Bereiches, der Non-Profit-Organisationen etc. ■

http://www.statistik.at/

ÖWF Mars Analog Mission

Isolationsphase startete am 10. Oktober – Analog-AstronautInnen sind bis Ende Oktober auf sich alleine gestellt



Foto: ÖWF / Florian Voggeneder

Zur Vorbereitung der Isolationsphase führte das ÖWF seinen ersten Außenbordeinsatz mit zwei weiblichen Analog-AstronautInnen durch.

Nach intensiven Vorbereitungen startete am 10. Oktober die Isolationsphase der 13. Mars Analog Mission des Österreichischen Weltraum Forums (ÖWF). Mehr als 25 Experimente stehen auf dem Missionsplan, darunter zwei in Kooperation mit der Europäischen Weltraumagentur ESA. Zum Einsatz kommt ein eigens für die Mission entwickeltes Habitat, das die sechs Analog-AstronautInnen nur im ÖWF-Raumanzug-Prototypen verlassen dürfen. Bis 31. Oktober werden sie – eine Frau und fünf Männer aus Österreich, Deutschland, Israel, Spanien, Portugal und den Niederlanden – für zukünftige astronautische Mars-Missionen forschen. Die Mars Analog Mission AMADEE-20 wird in Kooperation mit der staatlichen israelischen Raumfahrtagentur Israel Space Agency sowie D-MARS in der Negev Wüste in Israel stattfinden. Mehr als 200 Forschende aus 25 Ländern sind an der internationalen Mission unter österreichischer Führung beteiligt.

Avi Blasberger, Direktor der Israel Space Agency: „Unsere Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Weltraum Forum steht im Einklang mit unserer Politik, die Wissenschaft zu unterstützen, Teil der internationalen Bemühungen zur astronautischen Erforschung des Weltraums zu sein und unser Öffentlichkeits- und Bildungsprogramm zu fördern. Wir sind stolz, ein Teil von AMADEE-20 zu sein."



Foto: ÖWF / Florian Voggeneder

Anika Mehlis (rechts im Bild) wird mit ihren fünf Kollegen für die nächsten drei Wochen im Habitat in Isolation von der Umwelt eine Mars Expedition simulieren. Carmen Köhler (links im Bild) wird die Analog-AstronautInnen im Rahmen des On Site Support unterstützen – direkter Kontakt ist dann nicht mehr erlaubt.

Gernot Grömer, Direktor des ÖWF ergänzt: „Mit AMADEE-20 gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Authentizität, denn bei dieser Mission werden unsere Analog-AstronautInnen erstmals im Habitat komplett auf sich alleine gestellt sein.

Die Crew in Israel wird für drei Wochen in Isolation von der Außenwelt arbeiten. Ein kleines On Site Support-Team steht für technische Probleme und Wartungen bereit, darf aber nicht mit den Analog-AstronautenInnen interagieren. Die gesamte Leitung und Steuerung der Mission erfolgen wieder über das Mission Support Center in Innsbruck. Von hier aus kommunizieren wir mit der Crew in Israel mit zehnminütiger Zeitverzögerung. So simulieren wir die Signallaufzeit zwischen Erde und Mars."

Mordechai Rodgold, israelischer Botschafter in Österreich, sieht das Amadee-20 Projekt als ein außerordentliches und fast „außerirdisch" innovatives Projekt. „Es ist ein weiterer Meilenstein in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Israel und Ausdruck der ausgezeichneten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern", sagt der Botschafter. „Ziel dieses international wichtigen technologischen Ereignisses ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse daraus für uns alle nutzbar zu machen." Die geologische Beschaffenheit des 40 km langen Machtesch Ramon Kraters in der Negev Wüste ähnelt der auf dem Mars und macht daher diesen Ort zu einem idealen Schauplatz dieser analogen Mars Mission. Er wünscht dem Team eine erfolgreiche Durchführung seiner Mission: „Behatzlacha!"

Als offizieller Logistikpartner des ÖWF transportierte Gebrüder Weiss die weltweit einzigartige Missionsausrüstung sowie 16 internationale Wissenschaftsexperimente zum Testgelände in Israel.



Foto: ÖWF / Florian Voggeneder

Die Analogen AstronautInnen (v.l.) Joao Lousada, Robert Wild, Anika Mehlis, Alon Tenzer und Thomas Wijnen in der Negev Wüste in Israel



Foto: ÖWF / Florian Voggeneder

Analoge Astronauten verlassen das Habitat durch die Luftschleuse

Mehr als 25 internationale Experimente

Für die aktuelle Mars Analog Mission wurden Experimente von Forschungseinrichtungen aus Deutschland, Frankreich, Israel, Italien Portugal, Schweden, UK, USA und Österreich ausgewählt. Die sechs speziell für die Mission trainierten Analog-AstronautInnen werden u.a. zur psychischen und physischen Gesundheit von AstronautInnen forschen und auch Rover und Drohnen testen.

Im Rahmen eines ESA-Projekts, an dem das ÖWF beteiligt ist, wird erforscht, wie technische Geräte frei von Mondstaub gehalten werden können. Die besonderen chemischen und physikalischen Eigenschaften von Mondstaub sind für eine Vielzahl von gesundheitlichen und technischen Schwierigkeiten während der Mondexpeditionen verantwortlich. Zum Einsatz kommt außerdem ein 3D-Drucker der Europäischen Weltraumorganisation ESA. Untersucht wird, ob Kunststoffe in Raumfahrtqualität gedruckt werden können, um wissenschaftliche Experimente in einer abgelegenen und rauen Umgebung, wie auf dem Mars, zu unterstützen.

Wozu dient Analogforschung?

Nochmals Gernot Grömer: „Wir simulieren die Arbeit von AstronautInnen in Kombination mit dem Einsatz von Robotern in marsähnlichen Umgebungen auf der Erde. Hierfür haben wir als eine von fünf Organisationen weltweit einen Raumanzug-Prototypen entwickelt und gebaut, den die Analog-AstronautInnen bei ihren Außenbordeinsätzen tragen werden. Der Anzug simuliert das Tragen eines Raumanzugs – er wiegt 45 Kilogramm, ist mit medizinischer Telemetrie ausgerüstet und erschwert jegliche Bewegung, damit sich die Außenbordeinsätze möglichst Mars-nah anfühlen. Mit unserer Analogforschung testen und suchen wir nach Schwachpunkten, damit beim tatsächlichen Einsatz alles glatt geht. Diese Methode erleichtert es, die Vorteile, aber auch die Grenzen von zukünftigen astronautischen Missionen auf fremden Planeten zu verstehen. Sie hilft darüber hinaus bei der Entwicklung von sogenannten ‚remote science operations', das sind wissenschaftlichen Abläufe, die nicht vor Ort am Testgelände stattfinden. So werden die Analog-AstronautInnen möglichst effizient bei der Erforschung der terrestrischen Mars-Analogumgebung mittels Technologie und Workflows unterstützt." ■

https://oewf.org/

Erster Platz für den Weltmeister

Mit der Einweihung des Jochen-Rindt-Platzes im neuen Stadtteil Reininghaus und einem Symposium ehrte die Stadt Graz die Rennsportlegende Jochen Rindt.

Einem der größten Söhne der steirischen Landeshauptstadt Stadt wurde am 7. Oktober ein besonderes Andenken gesetzt: Dem Wetter zum Trotz wurde der Jochen-Rindt-Platz im neu entstehenden Stadtteil Reininghaus feierlich eingeweiht. „Es ist wunderbar hier zu stehen. Wir sind alle beeindruckt davon, was ihr für Jochen getan habt“, war Nina Rindt, die Witwe des 1970 in Monza verunglückten Rennfahrers, überwältigt. Gemeinsam mit Tochter Natasha und Jochen Rindts Halbbruder Uwe Eisleben enthüllte die Familie die Platztafel in dem neuen Stadtteil, der in Zukunft rund 10.000 Menschen beheimaten wird.

„Als ich 1951 zum ersten Mal mit Jochen in Graz zusammenkam, hätte ich mir das nie vorstellen können“, war Uwe Eisleben sichtlich bewegt. Der Jochen-Rindt-Platz soll ein weitläufiger Platz mit viel Grün und hohen Bäumen werden, wie Sportstadtrat Kurt Hohensinner erklärte. „Ich freue mich unheimlich, daß wir im Sportjahr 2021 einen Platz nach diesem ganz großen Sportler benennen dürfen“, so Hohensinner. Eine Straßenbahnhaltestelle und ein E-Mobilitätspoint sind ebenfalls auf dem Platz geplant.

Formel-1-Größen in Graz

Die Eröffnung des Platzes war Teil der Gedenkfeierlichkeiten „Jochen Rindt – Der Weltmeister aus Graz“, die teilweise bereits zu seinem 50. Todestag im Jahr 2020 stattfanden und coronabedingt dieses Jahr fortgesetzt wurden. Zu diesem Anlaß fanden sich auch zahlreiche Weggefährten aus dem Motorsport in Graz ein, unter ihnen Sir Jackie Stewart: „Ich glaube nicht, daß irgendein Rennfahrer auf der Welt jemals eine solche Anerkennung genossen hat wie Jochen in seinem eigenen Land“, war der Rennfahrfreund und dreimalige Weltmeister begeistert und gratulierte der Stadt zu den Aktivitäten. FIA-Präsident Jean Todt bestätigte ihn: „Jochen wäre sehr glücklich das zu sehen.“ Red Bull Motorsportchef Helmut Marko, der ebenfalls an der Platzeröffnung teilnahm, über seinen Jugendfreund Jochen: „Er öffnete Österreich für die internationale Welt und machte den Motorsport in Österreich salonfähig.“ Besonderer Gast war der ehemalige Formel-1-Chef Bernie Ecclestone, Freund und Vertrauter von Jochen Rindt, der auch ein eigenes Formel-1-Team mit ihm in Planung hatte: „Ich bin sehr glücklich darüber, was Graz für ihn tut.“



© Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Foto: Evers, Joost / Anefo / neg. stroken, 1945-1989, 2.24.01.05, item number 923-6109

Jochen Rindt, Österreich, Sieger des Großen Preises von Holland 1970

Jochen Rindt – Der Weltmeister aus Graz

Am 4. Oktober 1970 wurde Jochen Rindt zum Weltmeister gekürt – knapp einen Monat nach seinem Unfalltod beim Training in Monza. Bis heute bleibt er der einzige Formel-1-Weltmeister, der seine Krönung nicht mehr erleben durfte.

Bei den Großeltern in Graz aufgewachsen, verbrachte Jochen Rindt seine Kindheit und Jugend in der Landeshauptstadt. Hier fuhr er seine ersten Straßenrennen, von hier aus startete er seine Weltkarriere, hier wurde er vor 51 Jahren begraben. Trotz deutscher Staatsbürgerschaft ist der gebürtige Mainzer Jochen Rindt für die Grazer „einer von ihnen“, was nicht zuletzt die unzähligen Ker-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Stadt Graz / Fischer

v.l.: Jean-Francois Decaux, Richard Mille, Helmut Marko, Bernie Ecclestone, Jean Todt, Nina Rindt, Natascha Rindt mit Tochter, Uwe Eisleben, Jackie Stewart und Kurt Hohensinner. (v.l.)" title="Enthüllung der Platztafel: Jean-Francois Decaux, Richard Mille, Helmut Marko, Bernie Ecclestone, Jean Todt, Nina Rindt, Natascha Rindt mit Tochter, Uwe Eisleben, Jackie Stewart und Kurt Hohensinner

zen auf seinem Grab am Zentralfriedhof jedes Jahr bestätigen.

Wirtschaftssymposium »Automotive & Sicherheit«

Zum Auftakt der Gedenkveranstaltung trafen ExpertInnen und Wirtschaftstreibende aus Automobilindustrie und Rennsport in der Aula der Alten Universität zusammen, um das wichtige Thema „Automotive & Sicherheit“ zu diskutieren. „Jochen Rindt ist das perfekte Testimonial für die Stadt Graz und für die Automobilbranche“, betonte Maximilian Mazelle, Leiter der Kommunikationsabteilung der Stadt Graz, der alle an dieser Veranstaltung Teilnehmenden auch im Namen von Bürgermeister Siegfried Nagl herzlich willkommen hieß.

Christa Zengerer, Geschäftsführerin des ACstyria Mobilitätsclusters, und Karl Pfeiffer, wissenschaftlicher Geschäftsführer der FH Joanneumm, erklären die Bedeutung von Graz als Mobilitätshotspot und zentralen Ort für zahlreiche Beschäftigte, Studierende und Forschende im Automobilbereich. Die ehemalige DTM-Fahrerin und Director of Motorsport AVL List, Ellen Lohr, warf einen Blick in die Zukunft des Motorsports und die Veränderungen in der Branche.

Wie es um die Sicherheit im Rennsport steht und welchen Beitrag die FIA zu deren massiver Verbesserung leistet, erklärten Richard Mille, Vorsitzender der FIA Endurance



Foto: Stadt Graz / Fischer

Reihte sich ebenfalls unter die Gäste: Bernie Ecclestone

Kommission und FIA Präsident Jean Todt, der Graz als „Sillicon Valley des Motorsports in Österreich“ bezeichnete. „Wir müssen den Motorsport als Labor betrachten“, so Todt, der auch UN-Sonderbeauftragte für Verkehrssicherheit ist. Von der gemeinsamen Zeit mit Jochen Rindt in Graz erzählte Red Bull Motorsportchef Helmut Marko, der davon überzeugt ist, daß „Graz als eine hochinnovative Stadt, einen großen Mehrwert und technisches Wissen für den Motorsport leistet“.

Empfang und Ausstellung im Graz Museum

„Heute ist ein großer Tag für unser Museum", eröffnet Otto Hochreiter, Direktor des Graz Museum, den Empfang der Ehrengäste. Die Ausstellung „Jochen Rindt, Mythos, Graz“ erfreute sich bereits in der ersten Woche großen Andrangs: 1500 BesucherInnen waren schon da, um die Darstellung des kurzen, schnellen, intensiven Lebens von Jochen Rindt und die Rolle von Graz darin zu bestaunen. Die Ausstellung

zeigt, was auf den vielen Plakaten in Graz geschrieben steht: Jochen Rindt lebt.

Davon ist auch Kulturstadtrat Günter Riegler überzeugt: „Als Stadt, die eng mit dem Automotive Sektor und Motosport verknüpft ist, hat Jochen Rindt eine herausragende Bedeutung für Graz.“ Besonderer Teil der Ausstellung sind nicht nur die beiden Rennautos von Jochen Rindt, ein Ford GT40 und ein Lotus 72, die im Erdgeschoß des Museums stehen, sondern auch die Arbeit der Künstlerin Thelma Herzl. Sie hat die geschmolzenen Kerzen auf dem Ehrengrab Jochen Rindts fotografisch festgehalten.

„Ich freue mich, die ganze Ausstellung zu sehen“, sagt Tochter Natascha Rindt. Im Gegensatz zu Sir Jackie Stewart: „Ich hasse diese Bilder. Sie zeigen, daß er gewonnen hat“, sagt der beste Freund und Rennfahrkollege von Jochen Rindt mit einem Augenzwinkern und ergänzt: „Wir hatten eine viel engere Beziehung als irgendjemand von den Fahrern heute. Was ihr hier macht ist eine großartige Sache für den Motorsport.“ Im Anschluß trugen sich alle Beteiligten noch in das Goldene Buch der Stadt Graz ein.



Foto: Stadt Graz / Fischer

Besonderes Highlight war die Tandem-Fahrt eines Ford GT40, den Rindt in Le Mans gefahren ist, und der Jochen-Rindt-Straßenbahn. Der Rennwagen ist jetzt im Graz Museum zu sehen.

Jochen Rindt

Aufgewachsen in Graz, groß geworden in der Welt: Die Ausstellung im Graz Museum macht sich auf die Spuren des Mythos Jochen Rindt und beleuchtet die Kindheit- und Jugend der Rennsportlegende in Graz.

Unter den zahlreichen Gästen bei der Eröffnung konnte man spüren, welche Faszination heute noch von dem Jahrhundertrennfahrer ausgeht. „Jochen Rindt verkörperte alles, was einen Helden ausmacht. Er könnte noch heute eine Kultfigur sein“, weiß Kulturstadtrat Günter Riegler, der gemeinsam mit Museumsdirektor Otto Hochreiter und den KuratorInnen Martina Zerovnik, Anette Rainer und Beat Gugger die ursprünglich für 2020 geplante Ausstellung eröffnete.

Bei den Großeltern am Ruckerlberggürtel in Graz verbrachte er seine Kindheit, fuhr die ersten Straßenrennen und machte später das Nachtleben unsicher: Mit einem klaren Graz-Bezug beleuchtet die Ausstellung das Leben von Jochen Rindt abseits motorsportlicher Glanzlichter. „Wie hat Graz ihn geprägt? Wie hat er die Stadt geprägt? Vier Räume vermessen das kurze, schnelle Leben von Jochen Rindt und gehen der Geschwindigkeit und dem Rasen in seinem Leben nach“, erklärt Otto Hochreiter. In Form von Fotos, Dokumenten, Filmmaterial und Briefen, zu einem großen Teil aus privaten Sammlungen und teilweise noch nie gezeigt, folgt die Ausstellung Jochen Rindts Kindheit und Jugend in Graz und rückt Orte und Menschen in den Mittelpunkt, die darin eine Rolle spielen. WegbegleiterInnen erinnern sich an ihre gemeinsame Zeit und Fans erzählen von der Faszination der Rennsportikone – immer in Verbindung mit prägenden Orten in Graz.

Vom Halbstarken zum Rennsportler

Die Ausstellung zeigt, wie er sich vom schüchternen Buben zum coolen Draufgänger entwickelt. Erzählt vom Fortgehen und den ersten Straßenrennen in Graz: vom ersten „Sissy“-Moped, dem ersten Auto und den ersten Strafzetteln, dokumentiert die „mystischen" Eigenschaften, die der moderne, charismatische, todesmutige Rennfahrer zu Lebzeiten hatte und schließt letztendlich mit dem Begräbnis am Zentralfriedhof, eines der wichtigsten Ereignisse der Nachkriegszeit in Graz. Bis heute bleibt Jochen Rindt der einzige Formel-1-Weltmeister, der posthum gekürt wurde.

https://www.graz.at/
https://www.youtube.com/watch?v=YVKGsws_Mp4
https://jochenrindt.com/

Till The End of Time

Die Fotoserie „Till the End of Time“ der Künstlerin Thelma Herzl entstand zum 40. Todestag von Jochen Rindt. Auf einem von der Künstlerin angebrachten Metallteller verschmolzen hunderte Kerzen zu einem großen Wachsbild, dem sich Herzl fotografisch näherte. Die Bilder werden erstmals in der Ausstellung gezeigt. ■

„Jochen Rindt, Mythos, Graz“
Von 29. 09. 2021 bis 24. 04. 2022
Graz Museum
Sackstraße 18, 8010 Graz
https://www.grazmuseum.at/

»Oscar des Naturfilms« für Terra Mater Factual Studios

Am 1. Oktober wurden in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming in einer Zeremonie die »Jackson Wild Media Awards« verliehen.



© 2021 Terra Mater Factual Studios/Bonne Pioche/Shibumi Films

Der Bastard King wurde mit Heterochromia geboren und hat ein blaues und ein gelbes Auge, welches das Resultat einer nicht gewünschten Vereinigung des Blauäugigen und Gelbäugigen Stammes ist

Mit dem Film „The Bastard King“ hat Terra Mater Factual Studios ein besonders opulentes Werk geschaffen: Die Reise eines Löwen, von seinen ersten Tagen bis ins Erwachsenenalter, ist ein durch seine spezielle Ästhetik, Erzählweise und musikalische Umsetzung beeindruckendes Erlebnis. Der Film ist zwischen Dokumentation und Spielfilm angesiedelt, ein Hybrid, der mit realen Bildern eine teils fiktionale Geschichte erzählt.

Das vordergründige Thema des Films ist der Löwe und sein Kampf ums Überleben – gegen die Gesetze der Natur aber auch gegen einen unbekannten Feind. Doch zwischen den Zeilen des Drehbuchs wird ein Hilferuf deutlich, in dem Themen wie Rassismus und Umweltzerstörung mitschwingen – Probleme, die für eine Vielzahl von Menschen oft unverständlich und auch unlösbar scheinen.

Der nun preisgekrönte Soundtrack zu „The Bastard King“, eine Koproduktion von Terra Mater Factual Studios & Bonne Pioche Télévision & Shibumi Films, stammt von den französischen Musikern Laurent Garnier und Pierre Lefeuvre, alias Saycet. Die vielen Kontraste und Rhythmuswechsel im Soundtrack von „The Bastard King“ spiegeln das dramatische Leben dieses Königs der Savanne wider. Garnier und Saycet haben mit insgesamt 19 Tracks die Botschaft des Films hörbar gemacht – daß die Zeit abläuft, nicht nur für den König der Tiere, sondern für die gesamte Menschheit.

Unter dem französischen Titel „L Roi Batard“ steht der komplette Soundtrack bei allen großen Musik-Streaming-Anbietern zum Download bereit.

Ganze 12 Jahre lang wurde für den Film „The Bastard King“ in der Savanne Afrikas von Regisseur Owen Prumm gedreht. Das nächste große Projekt von Prumm und Terra Mater Factual Studios, ist bereits in Produktion.



© 2021 Terra Mater Factual Studios/Bonne Pioche/Shibumi Films

Über Terra Mater Factual Studios

Terra Mater Factual Studios sind spezialisiert auf die Produktion und Distribution von Dokumentarfilmen für Kino, TV und Multimedia Plattformen. Natur, Wissenschaft, Arten- und Umweltschutz sind die Kerngenres. Das österreichische Produktionshaus verfolgt aber auch andere Stilrichtungen in erfrischend neuen, seriellen Factual Entertainment-Formaten. Für die Kinoleinwand realisieren Terra Mater Factual Studios Filmprojekte vom klassischen Dokumentarfilm über das „Wild Drama“, in dem die Natur die Hauptrolle spielt, bis hin zum Spielfilm mit wahrer Geschichte als Grundlage für das Drehbuch.

Am eigenen YouTube Channel zeigen Terra Mater Factual Studios exklusiv produzierte Kurzdokus zu den Themen Arten- & Umweltschutz, Natur & Wildlife. 2021 feiert die Produktionsfirma ihr zehnjähriges Jubiläum. ■

https://www.youtube.com/c/TerraMaterOfficial
http://www.terramater.com/
https://www.jacksonwild.org/

Rettungsaktion 1938/39 für 10.000 jüdische Kinder

Im Bezirksmuseum Wien Meidling wird die Ausstellung „Für das KIND (Museum zur Erinnerung)“ von 7. Oktober bis 1. Dezember 2021 gezeigt. Mit 23 Drucken blickt die Schau auf die Rettung jüdischer Kinder durch Transporte nach Großbritannien 1938/1939 zurück. Die künstlerisch gestalteten Bilder zeigen Original-Koffer, mit denen die jungen Menschen einstmals reisten und darin verschiedenste persönliche Dinge der Geretteten. Kunstvoll kombiniert wurden die Aufnahmen mit heutigen schriftlichen Zitaten der NS-Opfer, eingraviert in das Glas vor den Abbildungen. Am Eröffnungsabend begrüßte, Vladimira Bousska, ehrenamtliche Museumsleiterin, in Anwesenheit von Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler, die Gäste. Wilfried Zankl, Bezirksvorsteher in Meidling eröffnete die Ausstellung.

Anschließend sprach die Projekt-Organisatorin, Milli Segal, einleitende Worte und führte durch die Ausstellung, die eine große Rettungsaktion beschreibt, bei der von Dezember 1938 bis August 1939 zirka 10.000 jüdische Kinder (zwischen 3 Monaten und 17 Jahren) nach England gebracht wurden und dort vor den Nationalsozialisten in Sicherheit waren.

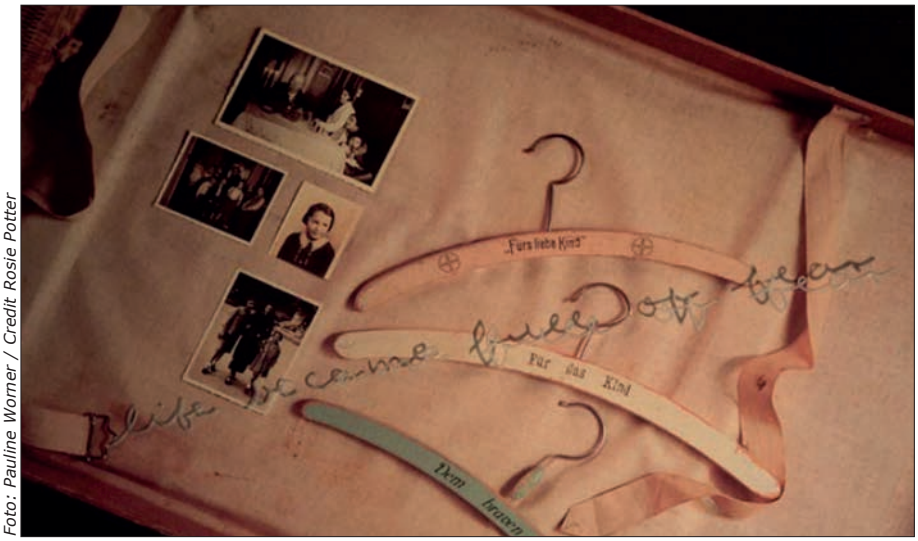


Foto: Pauline Worner / Credit Rosie Potter

Pauline Worner geb. Makowsky Köln, BRD, 10 Jahre: ihre Eltern wurden nach Polen deportiert, es gibt keine weiteren Angaben zu ihrem Schicksal. Ihr Text auf dem Bild: „Laufend bis ans Ende des Bahnsteigs, zum Abschied winkend.“

Kuratorinnen der Ausstellung sind Rosie Potter und Patricia Ayre. ■

http://www.bezirksmuseum.at/
https://www.millisegal.at/

Gedenkausstellung »80 Jahre Deportationen Wien-Riga«

Heuer jährt sich der Beginn der Deportationen vor 80 Jahren nach Riga/Lettland, damals ein Teil des „Reichskommissariat Ostland. Im Zeitraum von Dezember 1941 bis Februar 1942 wurden ca. 4200 Jüdinnen und Juden vom Aspangbahnhof in Wien ins Ghetto nach Riga deportiert.

Die meisten – darunter viele Kinder – wurden nach einer tagelangen Fahrt unter unvorstellbar grausamen Bedingungen unmittelbar nach deren Ankunft in Riga erschossen.

Als im Februar 1942 der letzte von Wien nach Riga gesandte Transport eintraf, wurden beim Empfang am Bahnhof Skirotava jenen Menschen, denen der kilometerlange Fußmarsch zum Ghetto zu beschwerlich erschien, Lastkraftwagen – getarnte Gaswagen – zur Fahrt ins Ghetto angeboten. Von den 1.000 aus Wien Deportierten erreichten nur 300 Personen das Ghetto zu Fuß. 400 meist ältere Menschen wurden im Wald vom Rumbula ermordet. Insgesamt überlebten ca. 100 Jüdinnen und Juden das Ghetto, die Zwangsarbeit bzw. die danach folgenden Einweisungen in diverse Konzentrationslager.

Mit der, die in Kooperation mit den Österreichischen Bundesbahnen und dem Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus entstanden Ausstellung, die in weiterer Folge auch in Riga gezeigt werden wird, soll einmal mehr einer breiten Öffentlichkeit die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus vor Augen geführt und die stete Erinnerung daran eingemahnt werden. Ein Projekt der Stadt Wien/Gruppe Europa und Internationales. Kuratorin ist Milli Segal, wissenschaftliche Mitarbeit: Brigitte Bailer-Galanda.

Die Ausstellung ist von 15. Oktober bis 30. November 2021 am Hauptbahnhof Wien zu sehen. ■

https://konzern.oebb.at/de/vielfaeltige-oebb/verdraengte-jahre
https://www.nationalfonds.org/



Foto: Stadt Wien

Gedenkausstellung von 15. Oktober bis zum 30. November 2021 am Hauptbahnhof in Wien

Innenpolitik

Außenminister Schallenberg ist neuer Bundeskanzler

Nach dem Rücktritt des bisherigen Bundeskanzlers Sebastian Kurz am 9. Oktober wurde Außenminister Alexander Schallenberg von Bundespräsident Alexander Van der Bellen angelobt, sein Nachfolger im BMEIA ist Botschafter Michael Linhart



Peter Lechner / HBF

Feierliche Angelobung in der Hofburg: Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.), Bundeskanzler Alexander Schallenberg (r.), Vizekanzler Werner Kogler (3. v.r.) und Außenminister Michael Linhart (2. v.r.)

Nach mehreren Wochen der Vorwürfe und Ermittlungen, die seitens der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) vom parlamentarischen Ibiza-Untersuchungsausschuß ausgehend gegen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und andere laufen, hat dieser am Abend des 9. Oktober bekanntgegeben, daß er von seinem Regierungsamt zurücktritt.

Seit dem Bekanntwerden der ersten Vorwürfe besteht Kurz nach wie vor darauf, daß diese falsch wären und sich später auch als haltlos erweisen würden. Die Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und NEOS jedoch waren von Kurz' Schuld überzeugt und forderten unmittelbar sein Abtreten als Regierungschef – während die ÖVP auf das Recht verwies, Kurz habe als unschuldig zu gelten, bis dessen Schuld gerichtlich erwiesen sei. Doch das sollte, so die Opposition, nicht im Falle eines Bundeskanzlers gelten, da dieser durch Ermittlungen und gerichtliche Aufarbeitung in der Ausübung seiner Pflichten für den Staat massiv eingeschränkt sei. Die Grünen, seit 7. Jänner 2020 Koalitionspartner der ÖVP, fanden sich in einer sehr angespannten Lage und es stellte sich für viele deren (Regierungs-)Mitglieder die Frage, ob die Koalitionstreue der ÖVP schwerer wiegt, als eines der ausgewiesenen Ziele, rigoros gegen Korruption und Mißwirtschaft vorgehen zu wollen. Doch man hatte sich entschlossen, vorerst auf Regierungskurs zu bleiben und abzuwarten, wie sich die Dinge weiterentwickeln würden.

Das Auftauchen neuerlicher Vorwürfe seitens der WKStA und eine Hausdurchsuchung im Bundeskanzleramt und der ÖVP-Parteizentrale ließ die Grünen unter Vizekanzler und Bundessprecher Werner Kogler sich entscheiden, die Zusammenarbeit mit Kurz als Kanzler zu beenden, sollte die ÖVP nicht Kurz duch eine „untadelige Person" ersetzen. Die ÖVP wiederum hatte sich geschlossen hinter den Bundeskanzler gestellt und verlauten lassen, es würde ohne Kurz keine Regierungsbeteiligung geben – was das Ende der Koalition bedeutet hätte.

Währenddessen führten SPÖ-Bundesparteivorsitzende Pamela Rendy-Wagner, FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl und NEOS-Parteivorsitzende Beate Meinl-Reisinger Gespräche untereinander, um nach einem für 12. Oktober geplanten und erfolgreichen Mißtrauensantrag gegen Kurz im Parlament dem Bundespräsidenten eine Konzentrationsregierung vorzuschlagen.

Diese einigermaßen chaotischen Abläufe hatten dann ein jähes Ende, als Kurz dann bekanntgab, doch zurückzutreten und künftig nur noch parlamentarischer Fraktionsführer der ÖPV im Parlament tätig zu sein.

Tags darauf, am 10. Oktober nominierte die ÖVP den bisherigen Außenminister Alexander Schallenberg als Bundeskanzler.

Es ist sicher nicht zu rechnen damit, daß nun bald wieder Ruhe in die heimische Innenpolitik einkehren wird, denn die Auseinandersetzungen der jüngsten Vergangenheit haben den Umgangston zwischen den VolksvertreterInnen wesentlich verschärft und wird durch die Weiterführung der schwarz/grünen Regierung und mit der Weiterverfolgung schon bisher massiv kritisierter Pläne kaum ein baldiges Ende finden.



Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen gratuliert Bundeskanzler Alexander Schallenberg …

Bundespräsident: »Nur Echte Resultate werden das Vertrauen wiederherstellen können«

Am Sonntag, dem 11. Oktober, enthob Bundespräsident Alexander Van der Bellen Bundeskanzler Kurz und Außenminister Schallenberg verfassungsgemäß ihrer Ämter, um anschließend Alexander Schallenberg als Bundeskanzler und Michael Linhart Aussenminister in der Wiener Hofburg anzugeloben.

„Sehr geehrter Herr Schallenberg“, so Van der Bellen, „Sie bringen für das Amt, das Sie antreten, die besten Voraussetzungen mit. Als Spitzendiplomat und Außenminister wissen Sie genau, wie man die gegensätzlichsten Positionen auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Das sind Sie gewohnt. Und zu einer guten Lösung, die für alle ein Gewinn ist. Ich bin überzeugt, daß Ihnen diese Fähigkeit noch von großem Nutzen für Ihre Arbeit als neuer Bundeskanzler der Republik Österreich sein wird. Erwarten wir alle doch, daß diese Regierung nun gemeinsam wieder an die Arbeit geht und gemeinsam etwas weiterbringt.“



Peter Lechner / HBF

… und Außenminister Michael Linhart und überreicht ihnen die Ernennungsurkunden

Der Bundespräsident bezeichnete Schallenberg als überzeugten Europäer „mit ausführlicher Berufserfahrung in Brüssel. Auch das ist eine gute Voraussetzung für einen österreichischen Bundeskanzler“, denn im europäischen Zusammenspiel gelt es, verbindend und vermittelnd zu wirken, das Gemeinsame zu suchen, zum Nutzen aller.

„Weil Sie, Herr Schallenberg, als bisheriger Außenminister nun zum Kanzler ernannt werden, bekommen wir auch einen neuen Außenminister.“

Für Botschafter Michael Linhart möge es ein wenig überraschend gewesen sein, „daß



Peter Lechner / HBF

v.l.: Außenminister Michael Linhart, Bundeskanzler Alexander Schallenberg, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Vizekanzler Werner Kogler

Sie heute hier stehen. Gestern noch Paris, heute hier in der Hofburg… Wenn ich mir Ihre Berufslaufbahn ansehe, dann bin ich aber gar nicht so überrascht. Als hochrangiger Diplomat, als Leiter der Austrian Development Agency und als früherer Generalsekretär des Außenamtes kennen Sie das internationale Parkett hervorragend.“ Er sei gewohnt, Österreich im Ausland zu vertreten und werde nun unser Land in der ganzen Welt repräsentieren. Das sei gerade in diesen Zeiten eine wichtige, verantwortungsvolle und auch sehr chancenreiche Aufgabe, so das Staatsoberhaupt.

„Die neu formierte Bundesregierung trägt nun eine große Verantwortung. Nicht nur dafür, daß die Projekte dieser Regierung erfolgreich weitergeführt werden, Sie tragen auch die Verantwortung dafür, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wiederhergestellt wird.“

Van der Bellen hatte schon tags zuvor gesagt, daß Worte dazu alleine nicht genügen würden. Nur ernsthafte, konstruktive und konzentrierte Arbeit sowie echte Resultate würden das Vertrauen wiederherstellen können.

„Ich meinerseits vertraue darauf, daß es den Koalitionspartnern gelingt, eine tragfähige Basis für eine stabile Regierungszusammenarbeit zu schaffen. Jetzt geht es auch darum, das gegenseitige Vertrauen in der Koalition zu pflegen und zu verbessern. Denn die Herausforderungen, die wir gerade aktuell zu bewältigen haben, dulden keinen weiteren Aufschub.

- Die Pandemie ist nicht vorbei.
- Der Wirtschaftsstandort braucht die richtigen Rahmenbedingungen.
- Unser Arbeitsmarkt muß auf die Beine kommen.
- Im Bildungs- und Wissenschaftsbereich stehen große Projekte an.
- Der Sozialbereich braucht volle Aufmerksamkeit.
- Die Position Österreichs in Europa und der Welt muß weiter gestärkt werden.
- Nicht zuletzt möchte ich die wohl größte Herausforderung unserer Zeit ansprechen: die Rettung des Klimas.
- Und natürlich brauchen wir ein entsprechendes Bundesbudget.

All diese Themen brauchen die volle Aufmerksamkeit und den vollen Fokus unserer Bundesregierung“, so der Bundespräsident.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Nach seiner Angelobung gab Bundeskanzler Alexander Schallenberg ein erstes Statement ab.

Die Angelobung

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schallenberg, herzliche Gratulation zur Ernennung zum Bundeskanzler der Republik Österreich. Bei der Erfüllung aller damit verbundenen Aufgaben im Dienste der Republik und der Bevölkerung wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg! Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen“, so Alexander Van der Bellen. „Auf Ihren Vorschlag, Herr Bundeskanzler, ernenne ich gemäß Artikel 70 Absatz 1 B-VG Herrn Michael Linhart zum Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Herzliche Gratulation zu Ihrer Ernennung! Ich wünsche Ihnen bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben alles Gute und viel Erfolg. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. So wie der Bundeskanzler sind auch die übrigen Mitglieder der Bundesregierung vor Antritt ihres Amtes vom Bundespräsidenten anzugeloben. Ich ersuche Sie daher, folgendes Gelöbnis zu leisten und mit Ihrem Zeichen der Zustimmung sowie durch Ihre Unterschrift zu bekräftigen: ‚Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde‘“, schloß der Bundespräsident die Angelobungszeremonie.

Schallenberg: Gemeinsame Sacharbeit wieder in den Vordergrund stellen

„Hinter uns allen liegen schwierige und turbulente Tage, die politisch und menschlich herausfordernd waren. Es ist eine Ehre, heute als Bundeskanzler der Republik Österreich angelobt worden zu sein, eine Ehre, die ich mir nie erwartet und gewünscht habe. Ich gehe an diese Aufgabe mit großem Respekt vor dem Amt und den bevorstehenden Herausforderungen heran“, sagte Bundeskanzler Alexander Schallenberg bei seinem ersten Pressestatement im Bundeskanzleramt nach seiner Angelobung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

„Was es jetzt braucht, ist Verantwortung und Stabilität, die wir gemeinsam gewährleisten wollen und müssen: als Bundesregierung, als Koalition, als Ministerinnen und Minister und als im Parlament vertretene Parteien. Die Menschen in Österreich haben es sich verdient, daß in der Politik gearbeitet wird“, so der Bundeskanzler. Zu arbeiten gebe es wahrlich viel – von der Pandemiebekämpfung über den wirtschaftlichen Aufschwung bis hin zum Budget und der ökosozialen Steuerreform. Darüber hinaus gebe es noch zahlreiche weitere Projekte aus dem Regierungsprogramm, denen man sich nun „entschlossen widmen“ wolle, betonte Schallenberg.

„Und damit ich eines gleich ganz bewußt klarstelle: Ich werde selbstverständlich mit Sebastian Kurz, dem Klubobmann der neuen Volkspartei, unter dem die Volkspartei zwei Nationalratswahlen gewonnen hat, sehr eng zusammenarbeiten. Alles andere wäre demokratiepolitisch absurd“, so Schallenberg.

Gegenseitiger Respekt als Fundament unserer pluralistischen Demokratie

„Damit die Arbeit in der Regierung auch weiterhin gut gelingen kann, braucht es vor allem gegenseitigen Respekt und gegenseiti-

ges Vertrauen. Was wir in den letzten Tagen erlebt haben, war wahrlich kein Beispiel dafür. Das Fundament unserer pluralistischen Demokratie ist aber der gegenseitige Respekt, auch wenn man anderer politischer Meinung ist. Diesen Respekt muß man einander stets zollen, nicht nur in einfachen, sondern gerade auch in herausfordernden Zeiten“, erklärte der neue Regierungschef.

Gemeinsam mit Vizekanzler Werner Kogler werde man alles daransetzen, um entstandene Gräben zuzuschütten und die gemeinsame Sacharbeit wieder in den Vordergrund zu stellen und das Regierungsprogramm Schritt für Schritt umzusetzen. „Das sind wir den Österreicherinnen und Österreichern schuldig. Dieses neue Kapitel, das nun vor mir steht, erfüllt mich mit großer Ehrfurcht und großem Respekt. Aber ich kann Ihnen allen versichern, daß ich alles in meiner Kraft Stehende tun werde, um unserem wunderschönen Österreich zu dienen“, so Bundeskanzler Alexander Schallenberg abschliessend.

https://www.bundespraesident.at
https://www.bundeskanzleramt.at
https://www.bmeia.gv.at

Bundeskanzler Schallenberg ruft zum gemeinsamen Arbeiten auf

Sondersitzung des Nationalrats: Die Opposition hält ÖVP-Obmann Kurz schwere Vergehen vor



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Sondersitzung des Nationalrats: Erklärungen von Bundeskanzler Alexander Schallenberg (r.) und Vizekanzler Werner Kogler (2.v.r.)

Schwierige Zeiten erfordern manchmal außergewöhnliche Schritte“. So eröffnete Alexander Schallenberg am 12. Oktober als neuer Bundeskanzler seine Amtsantrittserklärung vor dem Nationalrat. Tags zuvor von Bundespräsident Alexander Van der Bellen als Nachfolger des aufgrund von Korruptionsvorwürfen zurückgetretenen Sebastian Kurz als Kanzler angelobt, versicherte Schallenberg im Nationalratsplenum, er wolle sein Amt mit aller Kraft und dem nötigen Respekt wahrnehmen und mit den Abgeordneten auch über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten. Enge Abstimmungen mit ÖVP-Bundesparteiobmann Kurz sieht er allerdings als demokratiepolitische Notwendigkeit bei der Erfüllung der ihm zufolge grossen Vorhaben der türkis-grünen Regierung.

Die Regierungskrise der letzten Tage hätte viel Schaden in der Republik anrichten können, zeigte sich Vizekanzler Werner Kogler überzeugt, daß mit dem neuen Kanzler nun die Grundlage für die regulären Budgetverhandlungen im Parlament gelegt wurden. Er dankte daher Sebastian Kurz für dessen Rückzug, brauche Österreich doch politische Stabilität, nicht nur zur Bewältigung der Corona-Krise, sondern auch zahlreicher anderer Probleme, vom Pflegenotstand bis zur Klimakatastrophe.

Aus den Wortmeldungen von SPÖ, FPÖ und NEOS ging klar hervor, daß das Vertrauen in die türkis-grüne Regierung auch unter der neuen Führung enden wollend ist. Weiter regiere das System Kurz, stellte etwa SPÖ-Obfrau Pamela Rendi-Wagner fest, die im ehemaligen Regierungschef einen „Schattenkanzler“ sieht. FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl kündigte einen Mißtrauensantrag ge-

gen die gesamte Regierung an. NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger wünschte sich eine Abgrenzung vom bisherigen System und einen echten Neustart.

Die Abgeordneten der Koalitionsparteien hingegen blickten hoffnungsvoll in die Zukunft. ÖVP-Klubobmann August Wöginger sicherte Schallenberg seine volle Unterstützung zu. Für Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer ist die Regierungskrise vorbei.

Schallenberg: Politisches Taktieren muß enden

Angesichts der Vielzahl an Aufgaben, vor denen Regierung und Parlament in Österreich stünden, verwahrte sich Bundeskanzler Schallenberg gegen „politisches Taktieren", wie etwa einen kolportierten Mißtrauensantrag gegen Finanzminister Gernot Blümel. Vielmehr sollten sich alle PolitikerInnen ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung bewußt sein, konstruktiv zum Wohle des Landes miteinander zu arbeiten. Der schon wieder einsetzende wirtschaftliche Aufschwung müsse allen Menschen im Land zugutekommen, unterstrich Schallenberg, weswegen die auf Regierungsebene ausverhandelte ökosoziale Steuerreform, das „Herzstück der Regierungsarbeit", so bald als möglich umzusetzen sei. Die geplanten weitreichenden Investitionen in Bildung, Forschung, Digitalisierung, Pflege und Arbeitsmarkt belegten den Einsatzwillen der Regierung, befand der neue Kanzler, für den derzeit die Bekämpfung der Corona-Pandemie samt Steigerung der Impfrate die wichtigste politische Aufgabe darstellt.

Zum laufend diskutierten Thema Einwanderung sagte der ehemalige Außenminister, man wolle weiterhin illegale Migration unterbinden und setze daher auf „großzügige Hilfe vor Ort". Bei MigrantInnen in Österreich sei deren erfolgreiche Integration in Gesellschaft und am Arbeitsmarkt entscheidend. Seine erste Auslandsreise als Bundeskanzler werde ihn schon diese Woche nach Brüssel führen, kündigte Schallenberg an, da die EU ein „entscheidender politischer Hebel" zur Weiterentwicklung am Kontinent sei und er bekannte sich in diesem Zusammenhang zum Einsatz Österreichs, weiter an einer EU-Perspektive der Westbalkanstaaten zu arbeiten. Diese Aufgabe liege beim neuen Außenminister Michael Linhart in guten Händen.

Zu Mutmaßungen über seine eigene Rolle in der Regierungsarbeit meinte Schallenberg, „selbstverständlich" werde er als Bundeskanzler in enger Abstimmung mit Bun–desparteiobmann Kurz vorgehen, genauso



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Erklärung von Bundeskanzler Alexander Schallenberg (ÖVP)



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Erklärung von Vizekanzler Werner Kogler (GRÜNE)

wie mit dem Koalitionspartner, „alles andere wäre absurd". Letztlich diene diese Koordinierung zwischen Partei, Regierung und Parlamentsklub der Funktionsfähigkeit der Demokratie, immerhin habe Kurz die ÖVP erfolgreich durch die beiden jüngsten Nationalratswahlen geführt.

Kogler: Österreich braucht Stabilität

Vizekanzler Werner Kogler bestätigte, die Republik brauche Stabilität, Verläßlichkeit und Orientierung. Bei seiner Zusammenfassung der Geschehnisse der letzten Tage umriß er die „Bewährungsproben", vor denen die Institutionen der Republik gestanden seien: ein Scheitern der Regierung aus ÖVP und Grünen noch vor dem Beschluß des Budgets für 2022 hätte Österreich großen Schaden zugefügt, das Vertrauen der BürgerInnen in die Institutionen wäre erodiert. Vor diesem Hintergrund sprach Kogler „Dank und Anerkennung" nicht nur der Volkspartei und ihrem Parteiobmann Kurz für deren rasches Handeln aus, sondern auch allen Klubobleuten der Parlamentsfraktionen. In den Gesprächen mit ihnen am 8. Oktober habe er erkannt, daß niemand das Land durch plötzliche Neuwahlen in unsichere Zeiten stoßen wolle. Das Einstehen für die Verläßlichkeit der Institutionen im Sinne der Verfassung rechnete Kogler nicht zuletzt Bundespräsident Alexander Van der Bellen hoch an sowie den unabhängig berichtenden Medien.

In Anspielung auf die Hausdurchsuchungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKSta) in der Wiener ÖVP-Zentrale, im Kanzleramt und im Finanzministerium, die der ursprüngliche Anlaß für die

Innenpolitik



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner (SPÖ)



Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Abg. z. NR August Wöginger (ÖVP)



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Klubobmann Herbert Kickl (FPÖ)

Nationalrats-Sondersitzung waren, appellierte Kogler: „Lassen wir die Justiz arbeiten, lassen wir sie unabhängig ermitteln." Kritik an der Staatsanwaltschaft müsse in einem Rechtsstaat zwar zulässig sein, aber ein generelles Infragestellen der Institution Justiz sei zurückzuweisen, unterstrich der Grünen-Bundessprecher, der gleichzeitig erinnerte, bei strafrechtlichen Vorwürfen habe zunächst immer die Unschuldsvermutung zu gelten.

In seinen Ausführungen zur Regierungsarbeit pflichtete Kogler seinem Vorredner Schallenberg bei, in der Verantwortung für Österreich müsse man gemeinsam viele Dinge zügig auf den Weg bringen. Mit dem Vorschlag für das Bundesfinanzgesetz 2022, der morgen im Nationalrat eingebracht wird, stelle man die Weichen dafür, nannte er geplante Finanzierungsvorkehrungen für Kindergärten, Pflegereform, Digitalisierung, Gewaltschutz für Frauen, ökologische Umsteuerungen zum Klimaschutz und Pandemiebekämpfung. Nach dem Motto „Transformation statt Depression" würden viele Länder Europas als Folge der Covid-19-Krise nun einen großen Umbau beginnen; etwa bei der Modernisierung der Wirtschaft, befand Kogler, der schloß: „Lassen Sie uns das Richtige tun, lassen Sie es uns verläßlich tun, aus Verantwortung für Österreich."

SPÖ: Regierungsumbildung ist eine Farce

SPÖ-Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner übte scharfe Kritik an den Worten des neuen Bundeskanzlers Alexander Schallenberg. Es stehe ihm nicht zu, parlamentarische Instrumente wie einen Mißtrauensantrag in Frage zu stellen oder das Hohe Haus zu belehren. Schallenbergs Aussagen vom Vortag, wonach dieser die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft für falsch halte, ließen zudem nicht darauf schließen, daß sich der neue Bundeskanzler seiner Verantwortung dem Rechtsstaat gegenüber bewußt sei. Es handle sich um schwerste Vorwürfe gegen Kurz und seine engsten Vertrauten, rief Rendi-Wagner in Erinnerung. Ihm werde vorgeworfen, im Zentrum eines korrupten Systems zu stehen und einen Machtkampf der Partei mit illegalen Mitteln geführt zu haben. Sie prangerte insbesondere an, daß Kurz für den eigenen Vorteil die Investition von einer Milliarde Euro in Kinderbetreuungsplätze verhindert habe.

Die nunmehrige Regierungsumbildung bezeichnete die SPÖ-Klubobfrau als Farce. Kurz ziehe als Schattenkanzler weiterhin die Fäden. Wenn Schallenberg das Vertrauen in die Regierung wieder herstellen wolle, müsse er eine entschiedene Trennlinie zum System Kurz ziehen. Sie forderte ihn auf, sich von allen unter Korruptionsverdacht stehenden MitarbeiterInnen zu trennen und für Aufklärung zu sorgen. Ihre Fraktion werde jedenfalls genau darauf achten, wie Schallenberg und die Regierungsmannschaft sich verhalten. Beim geringsten Anschein, daß Aufklärung sabotiert und der Rechtsstaat diffamiert werden, sei mit schärfstem Widerstand zu rechnen.

ÖVP: Vorwürfe gegen Kurz werden sich als falsch erweisen

Die volle Unterstützung sicherte hingegen August Wöginger (ÖVOP) dem neuen Bundeskanzler zu. Schallenberg sei der Richtige für die Aufgabe und werde das Land mit Ruhe und Stabilität in die Zukunft führen. Wöginger dankte Kurz für seine Arbeit als Bundeskanzler, da er mit Reformen, zwei ausgeglichenen Budgets und bei der Pandemiebekämpfung viel erreicht habe. Er zeigte sich überzeugt, daß sich die Vorwürfe gegen Kurz als falsch erweisen werden und wies die Doppelmoral der übrigen Fraktionen zurück.

Kurz habe als Staatsmann Verantwortung wahrgenommen und sei zur Seite getreten. Damit habe er Chaos und Stillstand für die Republik verhindert. Das Experiment, das sonst mit einer Vier-Parteien-Koalition an der stärksten Kraft im Parlament vorbei gedroht hätte, sei demokratiepolitisch abzulehnen. Wöginger betonte, man wolle weiterhin für die Menschen im Land arbeiten und Projekte wie das Budget und die ökosoziale Steuerreform vorantreiben.

FPÖ spricht gesamter Regierung Mißtrauen aus

Für den freiheitlichen Klubobmann Herbert Kickl ist der türkise Schein aufgeflogen. Die „Lichtgestalt" Sebastian Kurz sei nun ein „gefallener Engel", der sich feige vor der Debatte im Parlament drücke. Kickl halte einen politischen Neuanfang und eine „Reinigung vom türkischen ‚Chat-Set'" für notwendig. Doch der neue Bundeskanzler Schallenberg habe gleich zu Beginn betont, daß er mit seinem Vorgänger selbstverständlich zusammenarbeiten werde, und der Justiz in seiner ersten Wortmeldung das Mißtrauen ausgesprochen. Damit habe Schallenberg in seiner ersten Rede das Ende des Neuanfangs verkündet und die Erwartungshaltung der Menschen zu Grabe getragen. Es hätte stattdessen Bedauern und Entschuldigung gegenüber der Bevölkerung gebraucht, so Kickl.

Innenpolitik



Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Klubbrfrau Beate Meinl-Reisinger (NEOS)

Das türkise System wuchere weiter, kritisierte der Freiheitliche. Es sitze mit den „grünen Lebensverlängerern" auf der Regierungsbank und arbeite mit den sogenannten „Prätorianern" im Hintergrund weiter. Seiner Fraktion bliebe daher nichts anderes übrig, als der gesamten Regierung das Misstrauen auszusprechen.

Regierungskrise für Grüne überwunden

Für die Klubobfrau der Grünen Sigrid Maurer haben die vergangenen sechs Tage die Republik erschüttert und eine veritable Regierungskrise ausgelöst. Diese Tage haben aus ihrer Sicht gezeigt, wie schnell die gewohnte Stabilität ins Wanken gerate, aber auch, daß das Parlament, der Bundespräsident und die Regierungsmitglieder handlungsfähig seien. Die Krise sei nun mit der Erklärung von Alexander Schallenberg überwunden, den sie als neuen Bundeskanzler im Hohen Haus willkommen hieß. Man schlage damit ein neues Kapitel auf, das mit vielen Projekten aus dem Regierungsprogramm gefüllt sei.

Das neue Kapitel müsse aber auch geprägt sein vom Wiederaufbau des Vertrauens. Die Grünen würden alles daran setzen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wieder zu gewinnen und zu stärken. Es gelte auch, das Vertrauen zwischen den Koalitionspartnern und zwischen den Parteien im Parlament wieder aufzubauen. Mit Alexander Schallenberg gebe es nun einen neuen Bundeskanzler, der Projekte vorantreibt. Die Justiz könne konsequent und unabhängig die Vorwürfe beurteilen und ein Untersuchungsausschuß werde die politische Verantwortung klären. Mit dieser Dreiteilung der Gewalten sieht Maurer das Funktionieren der verfassungsmäßigen Instrumente gewährleistet.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Außenminister Michael Linhart bei seiner ersten Rede vor dem Parlament

NEOS für Abgrenzung und Neustart

NEOS-Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger bezweifelte, daß die Regierungskrise wirklich vorbei sei. Denn während der Erklärung von Schallenberg sei die beschuldigte Meinungsforscherin festgenommen worden. Der neue Bundeskanzler habe es nun in der Hand, ob er sich an das System klammere und mit untergehe. Das Parlament werde aber nicht zulassen, daß er das Land mitreiße in den Untergang, betonte Meinl-Reisinger.

Dennoch gratulierte Meinl-Reisinger den neuen Regierungsmitgliedern zu ihren Ämtern und hieß sie willkommen. Es brauche nun aber Mut für einen Neustart, der offensichtlich nicht gegeben sei. Meinl-Reisinger übergab die 104 Seiten lange Schrift der Staatsanwaltschaft an Schallenberg. Es gebe darin handfeste und konkrete Beweise für Korruption, Bestechung und Bestechlichkeit, führte sie aus. Die ÖVP habe sich Macht mit dem Geld der SteuerzahlerInnen erkauft, warf sie den Türkisen vor. Es könnte bereits eine flächendeckende Nachmittagsbetreuung für Kinder geben, wenn die „Machtgeilheit" einer Person das nicht verhindert hätte. Davon hätte sie sich eine Abgrenzung durch Schallenberg gewünscht, sagte die NEOS-Chefin. Ihr Appell an den neuen Bundeskanzler lautete, nicht so weiterzumachen wie bisher. Die NEOS würden die Hand für einen Neustart reichen. Sie sprach sich für einen Schulterschluß für schärfere Regeln bei der Medientransparenz aus, für die ihre Fraktion einen Antrag einreichen werde.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Klubobfrau Sigrid Maurer (GRÜNE)

Michael Linhart hält erste Rede im Parlament

„Die Arbeit geht nahtlos weiter", unterstrich Außenminister Michael Linhart und stellte Reisen nach Luxemburg sowie Sarajewo in Aussicht. Die enge Abstimmung mit der EU stehe für ihn – als überzeugter Europäer – im Zentrum. Als Herausforderungen nannte er nicht nur Afghanistan, Syrien und Jemen, sondern auch Belarus und den IS in den afrikanischen Staaten. Linhart hob die gute Zusammenarbeit mit den Central Five (C5-Staaten) hervor und trat für Menschenrechte und Grundfreiheiten ein.

Von 2003 bis 2007 leitete Linhart die Austrian Development Agency des Außenministeriums, hob Reinhold Lopatka (ÖVP) die gute Zusammenarbeit von Linhart mit dem Parlament in der Vergangenheit hervor. Linhart sei ein Profi, der sofort losstarte. Überdies sei er fachlich hoch qualifiziert, zitierte Lopatka mehrere Pressemeldungen. Mit Linhart werde die Außen- und Europapolitik an Bedeutung gewinnen, zeigte sich ebenfalls Ewa Ernst-Dziedzic (GRÜNE) überzeugt. Seine Erfahrung und Weitsicht würden ihn die Rolle als Außenminister gut erfüllen lassen und die Reputation Österreichs nach den Korruptionsermittlungen wieder verbessern, so Ernst-Dziedzic.

Seitens der FPÖ trat Axel Kassegger (FPÖ) gegen eine Fortsetzung des außenpolitischen Kurses der letzten Jahre ein. Es gebe eine Divergenz zwischen den in Brüssel getroffenen Beschlüssen und dem politischen Agieren in Österreich, so Kassegger. ■

https://www.parlament.gv.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Mehr zu Außenminister Linhart: siehe Seite 36

Innenpolitik

Oberösterreich hat gewählt

Am 26. September wurden in Oberösterreich Landtags- und Gemeinderatswahlen abgehalten. Der amtierende Landeshauptmann erhielt die Stimmenmehrheit.

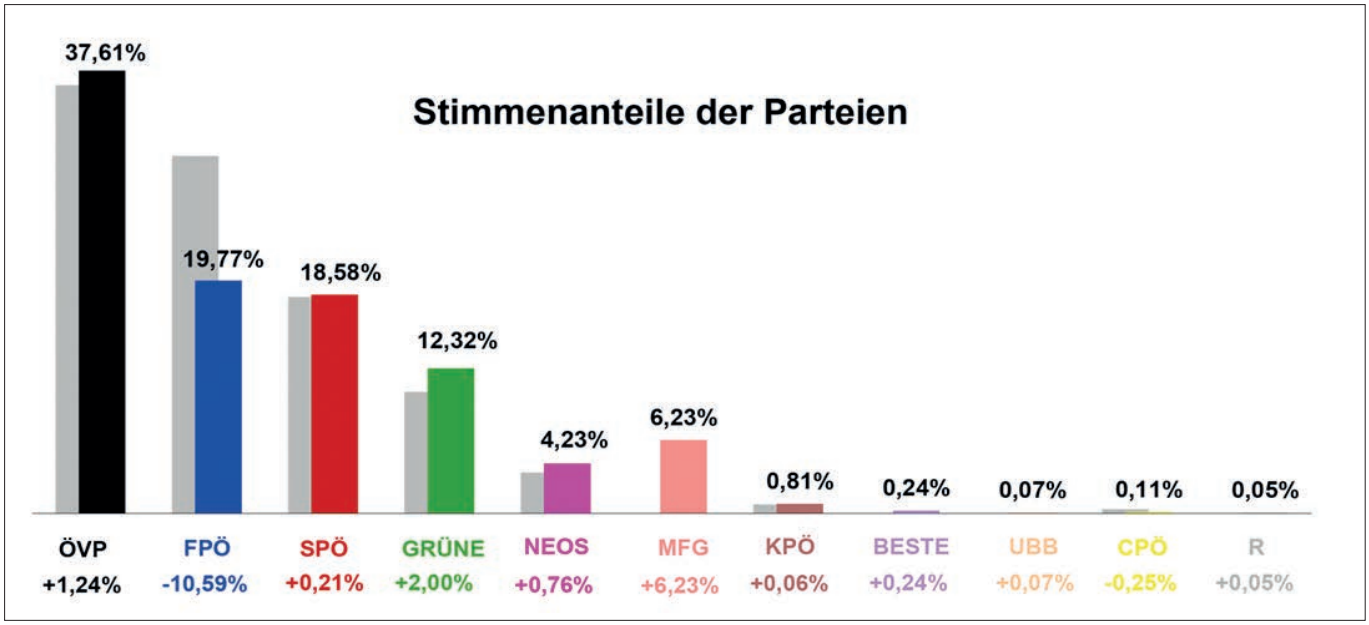


Foto: ÖVP

Jubel bei der ÖVP nach der ersten Hochrechung – Bundeskanzler Sebastian Kurz (m.) und rechts neben ihm der alte und neue Landeshauptmann Thomas Stelzer, umgeben von ÖVP-Regierungsmitgliedern und -mitarbeiterInnen und VertreterInnen der Presse

Landeshauptmann Thomas Stelzer ist mit dem klaren Ziel zur Wahl angetreten, als starke Nummer eins für Stabilität in unsicheren Zeiten zu sorgen und einen klaren Führungsauftrag für das Land zu erhalten. In einer so bewegten Zeit klarer Erster zu werden. Mit elf Parteien standen so viele Parteien zur Wahl wie noch nie. Obwohl zwei neue Parteien zusätzlich den Einzug in den Landtag geschafft haben, konnten die ÖVP Oberösterreich sogar weiter zulegen und ist mit deutlichem Abstand stärkste Kraft im Land geworden.

„Die Wählerinnen und Wähler haben uns am Sonntag mit ihrem Votum gestärkt und



© Land Oberösterreich

Innenpolitik

Endergebnis der Landtagswahl 2021	2015		2021		Veränderung 15/21	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
Wahlberechtigte	1.094.497		1.094.074		-423	-0,04%
Abgegebene Stimmen / Wahlbeteiligung	893.491	81,63%	835.248	76,34%	-58.243	-5,29%
Ungültige Stimmen	23.936	2,68%	27.348	3,27%	+3.412	+0,59%
Gültige Stimmen	869.555	97,32%	807.900	96,73%	-61.655	-0,59%

Partei		2015		2021		Veränderung 15/21	
		gültige Stimmen	Stimmen anteil in %	gültige Stimmen	Stimmen anteil in %	Stimmen	Anteile
ÖVP	Liste Landeshauptmann Thomas Stelzer - OÖVP	316.290	36,37%	303.835	37,61%	-12.455	+1,24%
FPÖ	FPÖ Oberösterreich - Dr. Manfred Haimbuchner	263.985	30,36%	159.692	19,77%	-104.293	-10,59%
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs	159.753	18,37%	150.094	18,58%	-9.659	+0,21%
GRÜNE	Die Grünen - Die Grüne Alternative OÖ	89.703	10,32%	99.496	12,32%	+9.793	+2,00%
NEOS	NEOS - Das Neue Oberösterreich	30.201	3,47%	34.204	4,23%	+4.003	+0,76%
MFG	MFG - Österreich Menschen - Freiheit – Grundrechte	0	0,00%	50.325	6,23%	+50.325	+6,23%
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs und unabhängige Linke	6.512	0,75%	6.504	0,81%	-8	+0,06%
BESTE	Bestes Oberösterreich – Ehrliche, transparente und offene Wahlplattform: Gesunde Politik statt Parteipolitik für das bestmögliche Oberösterreich	0	0,00%	1.977	0,24%	+1.977	+0,24%
UBB	UBB Unabhängige Bürgerbewegung	0	0,00%	533	0,07%	+533	+0,07%
CPÖ	Christliche Partei Österreichs	3.111	0,36%	863	0,11%	-2.248	-0,25%
R	Referendum	0	0,00%	377	0,05%	+377	+0,05%

© Land Oberösterreich

einen deutlichen Regierungsauftrag erteilt", sagte Stelzer in einer ersten Stellungnahme, dafür sind wir sehr dankbar und mit dieser größeren Verantwortung werden wir auch sehr sorgsam und respektvoll umgehen. Mein Ziel ist, daß wir zügig eine neue Regierung bilden können, damit die Landsleute rasch Klarheit haben und wir für das Land weiterarbeiten können. Wir werden uns aber auch die nötige Zeit nehmen, um eine zukunftsfähige und vor allem stabile Partnerschaft zu schließen, denn die Zeiten werden sicherlich nicht leichter. Wir haben daher heute einstimmig beschlossen, daß wir in einem ersten Schritt mit allen im künftigen Landtag vertretenen Parteien in Gespräche für die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren eintreten. Wir werden dafür noch heute mit den Terminvereinbarungen für die Gespräche starten", bekräftigte der Landeshauptmann in einer ersten Stellungnahme am Tag nach der Wahl.

„Natürlich ist wichtig, daß wir weiterhin gut durch die noch immer gegebene gesundheitliche Corona-Krise kommen. Aber es wird auch darauf ankommen, den Wirtschaftsstandort Oberösterreich zu stärken und zu festigen. Schon in den nächsten Jahren wird sich nämlich entscheiden, ob wir als Wirtschaftsstandort auch in Zukunft vorne mitspielen werden. Insbesondere die Industrie steht vor einem großen Wandel. Genauso brauchen wir aber einen Partner, der begleitend auch notwendige Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes mitträgt, um unsere Vorreiterrolle im Klimabereich weiter auszubauen und dem Klimawandel zu begegnen", gab Stelzer einen ersten Einblick in seine inhaltlichen Schwerpunktsetzungen für die nächsten Jahre.

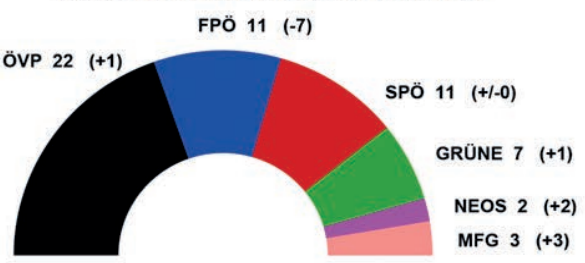
Erste Stellungnahmen der Parteien

Der Klubobmann der FPÖ, Herwig Mahr, sagte, er nehme das Wahlergebnis trotz hoher Stimmverluste mit „einem weinenden und einem lachendem Auge auf". Das Wahlziel sei gewesen, „einen Zweier vor dem Ergebnis zu haben und zweitstärkste Fraktion in Oberösterreich zu sein. Beides ist uns gelungen" und er sei sehr glücklich und froh darüber, so Mahr.

Landtagsmandate

Wahlzahl 13.645

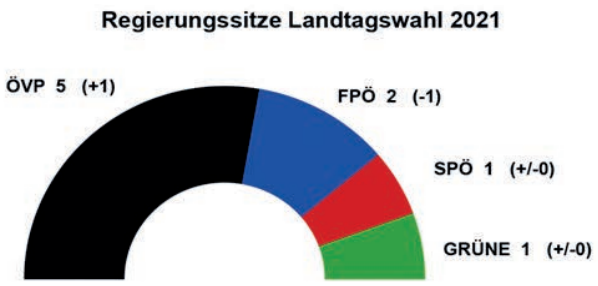
Partei	Mandate 2015	Mandate 2021 Wahlkreis	Mandate 2021 Landesliste	Mandate 2021 gesamt	Veränderung
ÖVP	21	18	4	22	+ 1
FPÖ	18	9	2	11	- 7
SPÖ	11	8	3	11	+ 0
GRÜNE	6	4	3	7	+ 1
NEOS	0	0	2	2	+ 2
MFG	0	0	3	3	+ 3
Restl.	0	0	0	0	+ 0
insges.	56	39	17	56	



© Land Oberösterreich

Regierungssitze (1+8 Regierungsmitglieder)

	Regierungssitze LT15	Regierungssitze LT 21	Differenz 15/21
ÖVP	4	5	+ 1
FPÖ	3	2	- 1
SPÖ	1	1	+ 0
GRÜNE	1	1	+ 0
NEOS	0	0	+ 0
MFG	0	0	+ 0
Restl.	0	0	+ 0
insges.	9	9	



© Land Oberösterreich

SPÖ Landesgeschäftsführer Georg Brockmeyer gratulierte zuerst dem Wahlsieger Thomas Stelzer und thematiserte die starken Verluste der FPÖ und hoffte noch für die SPÖ, die FPÖ von Platz 2 im Land verdrängen zu können.

Ursula Roschger, Landesgeschäftsführerin der Grünen, freute sich über das bisher beste Ergebnis ihrer Partei, auch wenn man sich ein besseres gewünscht hätte. Man habe sich „mit dem Plan, ein klimafittes Oberösterreich zu gestalten, große Aufgaben vorgenommen und ich freue mich und bin wirklich stolz, daß wir mit einem großartigen jungen Team offensichtlich die ersten Schritte in diese Richtung machen."

Gerhard Pöttler, Wahlkampfleiter von MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte), sagte am Wahlabend, man habe die Partei erst im Feber diesen Jahres gegründet und sei daher erstmals zu Wahl angetreten. Seine Partei sei als Impfgegner oder als Verschwörungstheorethiker bezeichnet worden, man sei aber die einzige Partei gewesen, die die Impfung empfohlen habe, aber immer gegen einen Impfzwang und Eingriffe in die Freiheitsrechte der BürgerInnen eingetreten sei.

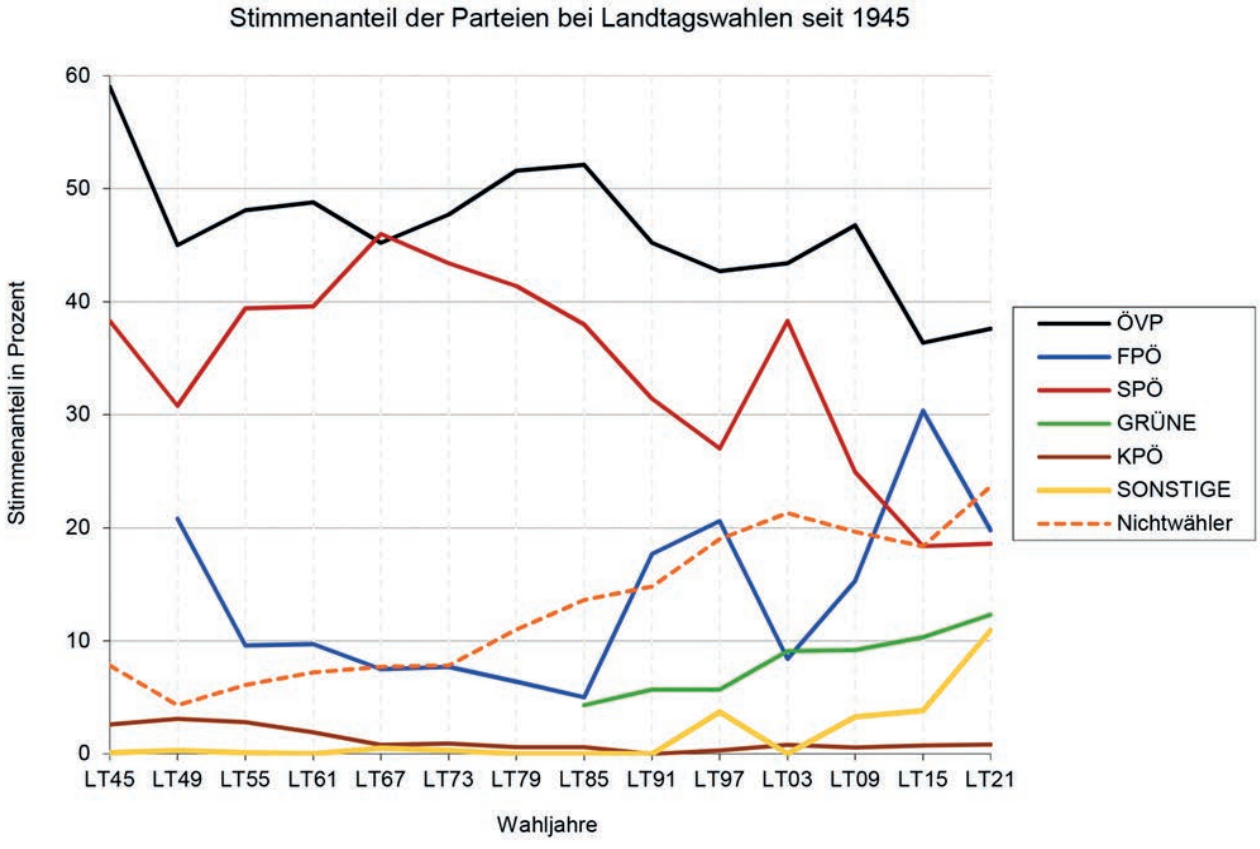
Die Wählerströme 2021

Im Auftrag vom ORF berechnete SORA (Institute for Social Research and Consulting) die WählerInnenwanderungen ausgehend von der Landtagswahl 2015 und der Nationalratswahl 2019:

Die **ÖVP** kann bei dieser Landtagswahl 70 % bzw. 222.000 ihrer WählerInnen erneut mobilisieren. Sie gewinnt 75.000 Stimmen von ehemaligen FPÖ-WählerInnen, aber auch 4.000 von NEOS-WählerInnen. 25.000 der ÖVP-WählerInnen von 2015 haben diesmal Grün gewählt, 17.000 FPÖ, 16.000 die SPÖ und 15.000 MFG.

Die FPÖ kann 140.000 Stimmen erneut für sich gewinnen, das sind 53 % der WählerInnen von 2015. Sie verliert 75.000 Stimmen an die ÖVP und 22.000 an die Nichtwahl. Weitere 16.000 WählerInnen wechselten zur MFG. Die FPÖ konnte aber gleichzeitig 17.000 ehemalige ÖVP-WählerInnen von sich überzeugen.

Die SPÖ hat das beste Mobilisierungspotential bei den StammwählerInnen und kann 74 % der WählerInnen von 2015 wieder für sich gewinnen, das sind 117.000 Stimmen.



© Land Oberösterreich

Sie gewinnt 16.000 Stimmen von der ÖVP, 9.000 von der FPÖ und 5.000 von den NEOS. Gleichzeitig verlor sie 27.000 WählerInnen von 2015 an die NichtwählerInnen und 8.000 an die MFG.

Die Grünen haben 61.000 der Stimmen von 2015 erneut von sich überzeugt, das sind 68 %. Darüber hinaus konnten sie 25.000 ÖVP- bzw. 7.000 NEOS-WählerInnen von sich überzeugen. Sie verloren jedoch auch 10.000 Stimmen von 2015 an die NEOS und 8.000 an die Nichtwahl.

Die NEOS können 40 % der WählerInnen von 2015 mobilisieren, das sind 12.000 Stimmen. Sie konnten zudem 10.000 Stimmen von ehemaligen Grün- und 8.000 Stimmen von ÖVP-WählerInnen für sich gewinnen.

Die **MFG** zieht erstmals in den oberösterreichischen Landtag ein. Sie gewinnt vor allem von FPÖ (16.000 Stimmen) und ÖVP (15.000), aber auch 8.000 Stimmen von der SPÖ und 6.000 Stimmen von den Grünen wanderten zur MFG. Jeweils 2.000 ehemalige NEOS-, Sonstige- und NichtwählerInnen entschieden sich bei der Landtagswahl für die MFG.

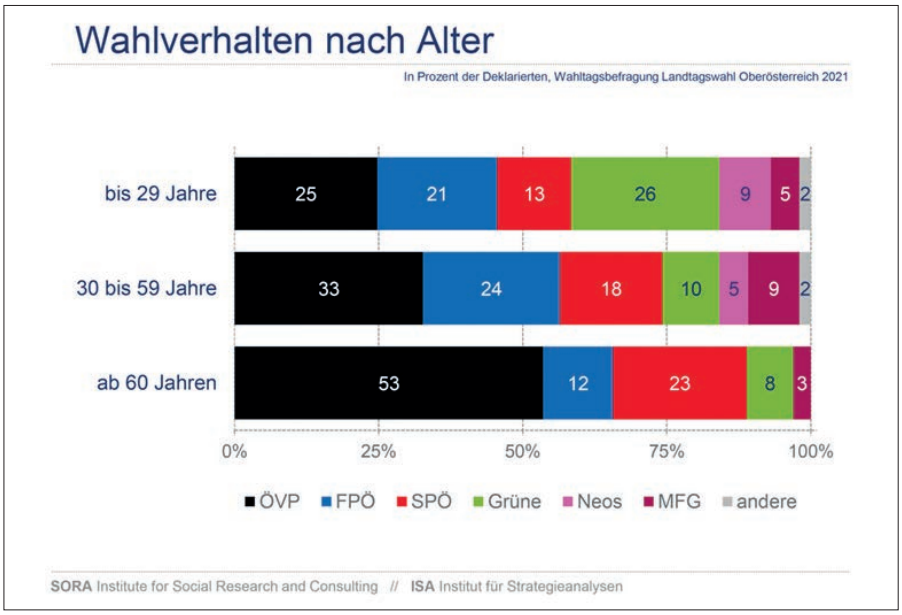
Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

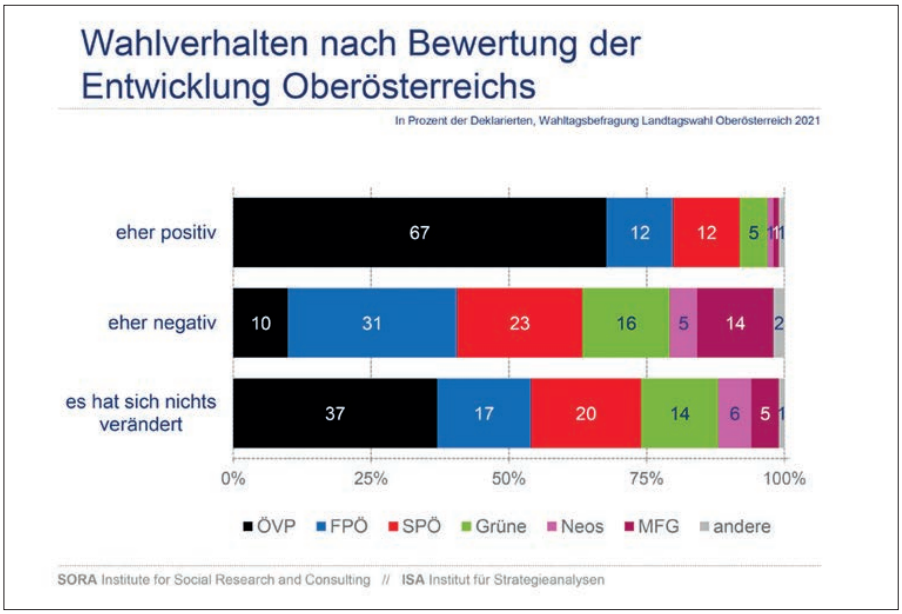
Bei der Landtagswahl 2021 wählten ältere Personen überdurchschnittlich oft die ÖVP, sie erreichte bei den über 60jährigen eine absolute Mehrheit. Die Grünen waren demgegenüber bei den bis 29jährigen stärker und teilen sich mit der ÖVP den ersten Platz. Die SPÖ gewann bei älteren WählerInnen mehr Stimmen, die NEOS lagen bei jüngeren, MFG bei WählerInnen zwischen 30 und 59 Jahren besser.

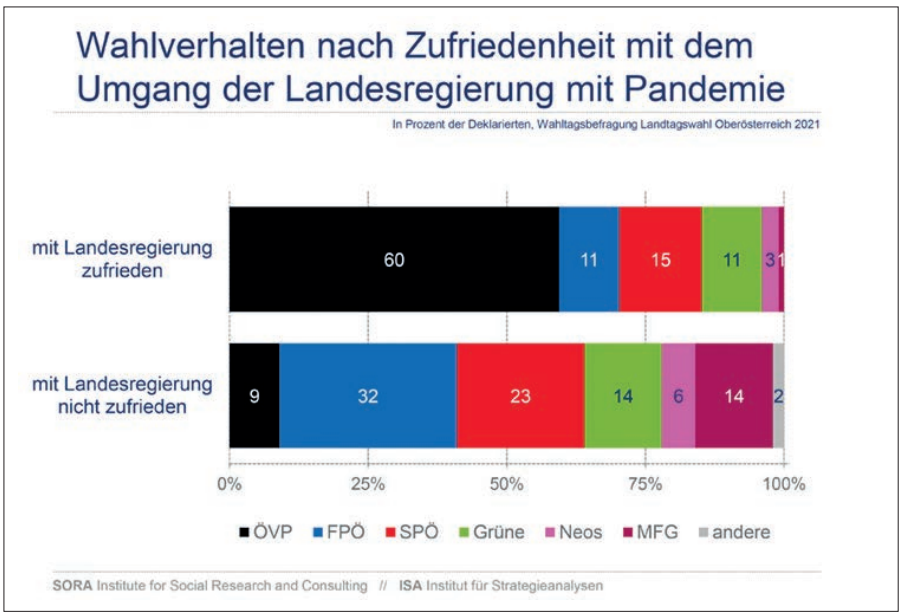
Die FPÖ erhielt mehr Unterstützung von Männern, ÖVP, SPÖ und Grüne von Frauen. Bei NEOS und MFG war das Ergebnis ausgeglichen. Kombiniert man Alter und Geschlecht, dann zeigt sich ein überdurchschnittliches Abschneiden der FPÖ bei jungen Männern, junge Frauen wählten noch stärker die Grünen. Sowohl jüngere wie ältere Frauen stimmten häufiger für die ÖVP.

Wahlverhalten nach Erwerbsstatus

Unter ArbeiterInnen war bei dieser Wahl die FPÖ mit Abstand stärkste Partei, sie kam auf 52 Prozent. Die ÖVP konnte bei Angestellten und vor allem Selbständigen punkten, SPÖ und Grüne waren gleichauf bei öffentlich Bediensteten die stärksten Parteien. In der Gruppe der Angestellten war die ÖVP erster, FPÖ und SPÖ teilten sich den zweiten Platz. Angestellte und Selbständige wählten







auch überdurchschnittlich oft die NEOS. MFG erhielt gleichermaßen mehr Stimmen von ArbeiterInnen und Angestellten.

Wahlverhalten nach formaler Bildung

Die Unterscheidung nach formaler Bildung zeigt, daß FPÖ und SPÖ bei WählerInnen mit formal niedrigem Bildungsabschluss stärker punkten konnten, Grüne und NEOS hingegen bei WählerInnen mit einem formal hohen Bildungsgrad. Bei der ÖVP gab es kaum Unterschiede im Wahlverhalten nach formaler Bildung. NEOS wurden stärker von Personen mit formal hohen, MFG von Menschen mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen gewählt.

Stimmung in Oberösterreich durchwachsen

Die wahlberechtigten OberösterreicherInnen sind sich uneinig darüber, wie sich das Land seit 2015 entwickelt hat: Während fast die Hälfte (45 %) die Entwicklung neutral bewertet, sehen 26 % eine positive und 29 % eine negative Entwicklung Oberösterreichs. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl im Jahr 2015 ist die Stimmung weniger positiv: Vor sechs Jahren fällten noch 34 % der Wahlberechtigten ein positives Urteil.

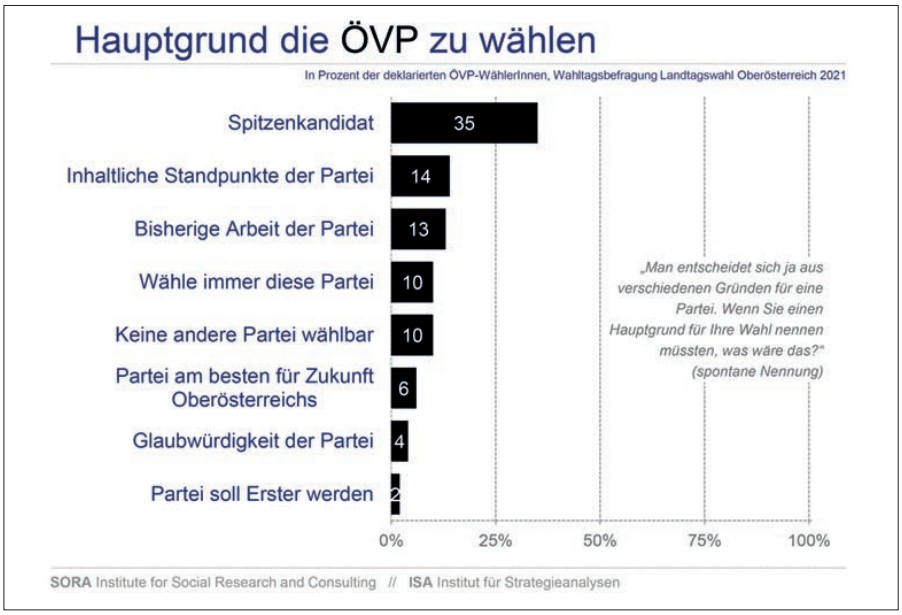
Zufriedenheit mit Corona-Management

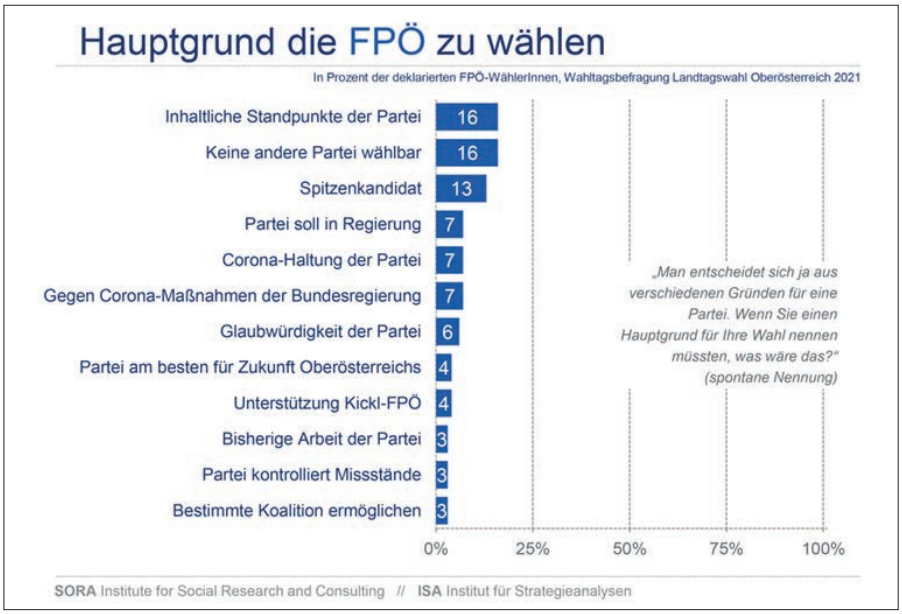
In Hinblick auf den Umgang mit der Corona-Pandemie unterscheiden die OberösterreicherInnen zwischen Landes- und Bundesebene: Mit dem Corona-Management der Landesregierung zeigt sich knapp die Hälfte (51 %) sehr bzw. ziemlich zufrieden, mit jenem der Bundesregierung sind 40 % zufrieden.

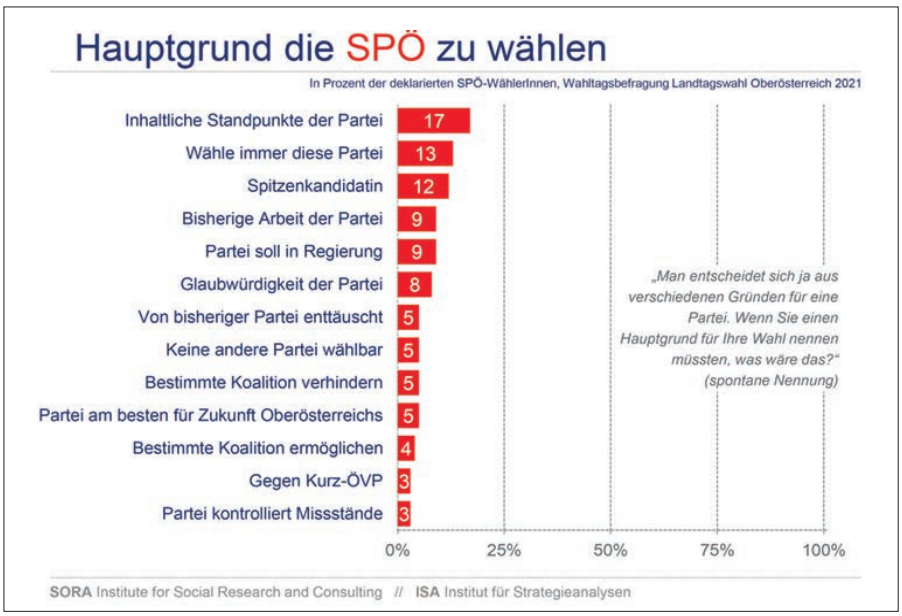
Deutlich zufriedener sind die WählerInnen der ÖVP: 89 % von ihnen sind mit der Pandemiebekämpfung der Landesregierung und knapp drei Viertel (72 %) sind mit den Corona-Strategien der Bundesregierung zufrieden.

Im Gegensatz dazu sind die FPÖ-WählerInnen besonders unzufrieden, egal ob auf Landes- oder Bundesebene: Mit dem Corona-Management der Landesregierung sind nur 3 von 10 FPÖ-WählerInnen sehr bzw. ziemlich zufrieden, mit jenem der Bundesregierung sind 0 % der FPÖ-WählerInnen sehr zufrieden, 10 % ziemlich.

Die SPÖ-WählerInnen sind wiederum mit der Pandemiebekämpfung des Landes zufriedener als mit jener des Bundes (45 % und 30 % sehr bzw. ziemlich zufrieden). Bei den Grün-WählerInnen ist es umgekehrt: Sie sind mit dem Corona-Management der Bun-







desregierung zufriedener als mit jenem der Landesregierung (59 % und 50 % sehr bzw. ziemlich zufrieden).

Corona-Krise dominiert die Themen

Während bei der letzten Landtagswahl 2015 das damals aktuelle Thema Flüchtlinge und Asyl am wichtigsten war, nimmt heuer die Pandemie den insgesamt ersten Platz ein: 46 % der Wahlberechtigten diskutierten sehr häufig über Corona, gefolgt von den Kosten des täglichen Lebens (35 %) und der Gesundheit und Pflege (30 %).

Sowohl ÖVP-, FPÖ- als auch SPÖ-WählerInnen diskutierten besonders häufig über Corona (37 % bzw. 55 % bzw. 44 %), bei den Grün-WählerInnen war Umwelt- und Klimaschutz das am häufigsten diskutierte Thema (78 %).

Für die ÖVP-WählerInnen war darüber hinaus auch Gesundheitsversorgung und Pflege ein wichtiges Thema (34 %).

Wahlmotive: Inhaltliche Standpunkte im Vordergrund und der Landeshauptmann-Bonus

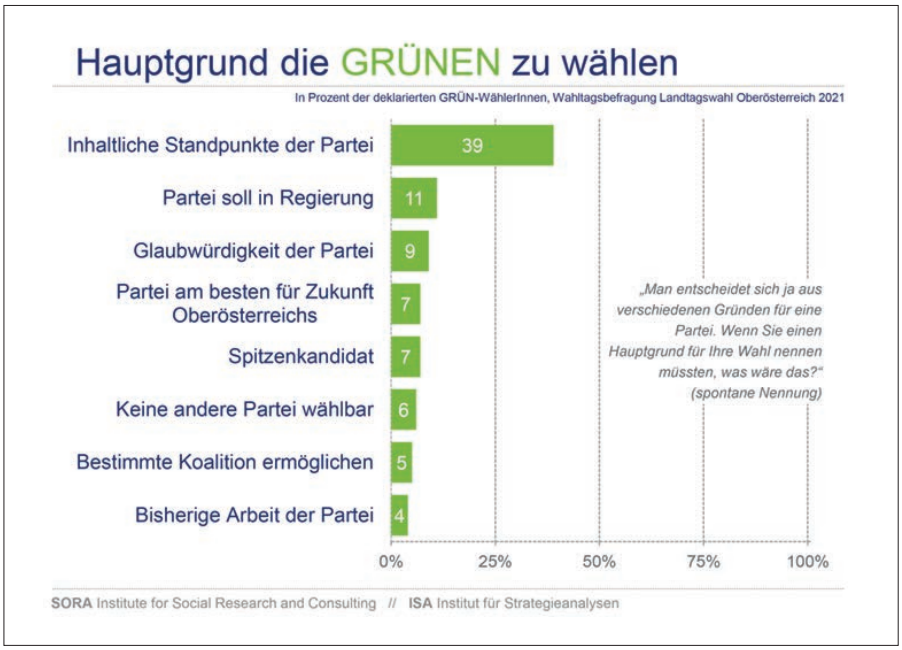
In Hinblick auf das zentrale Motiv für ihre Wahlentscheidung standen die inhaltlichen Standpunkte der Parteien im Vordergrund. Nur für die ÖVP-WählerInnen war der Spitzenkandidat – der amtierende Landeshauptmann – wichtiger. Für die FPÖ-WählerInnen war die Unwählbarkeit anderer Parteien das zweitwichtigste Wahlmotiv, für SPÖ-WählerInnen stand an zweiter Stelle, daß sie immer diese Partei wählen. Die Spitzenkandidatin bzw. der Spitzenkandidat stehen für beide Parteien an dritter Stelle.

Wenig Abweichung vom Wahlverhalten auf Bundesebene

Wenn heute auch Nationalratswahl wäre, würden 86 % der ÖVP-, 86 % der Grün- und 78 % der SPÖ-WählerInnen auf Bundesebene für eben jene Partei stimmen, die sie bei der Landtagswahl gewählt haben. Unter den FPÖ-WählerInnen gilt selbiges für 76 %.

Mehrheit für Fortsetzung der schwarzblauen Zusammenarbeit

Fragt man die oberösterreichischen WählerInnen nach ihrer „Koalitions"präferenz, führt an der ÖVP kein Weg vorbei: Sowohl FPÖ- als auch SPÖ- und Grün-WählerInnen nennen die ÖVP als zentralen „Koalitions"partner ihrer Parteien. Insgesamt wünschen sich 77 % der WählerInnen die ÖVP in der Regierung, gefolgt von der FPÖ (45 %). Die SPÖ möchten 39 % und die Grünen 35 % der WählerInnen in Regierungszusammenarbeit sehen.



Die Wahlmotive der MFG-WählerInnen können aufgrund der Fallzahl nicht gesondert ausgewiesen werden. Der grobe Trend bei den vorhandenen Befragten zeigt, daß Corona im Zentrum der Wahlentscheidung für diese Partei stand sowie die Enttäuschung über eine sonst bisher gewählte Partei.

Wählerströme im Vergleich zur Nationalratswahl 2019

Die **ÖVP** mobilisiert 78 % ihrer WählerInnen von der Nationalratswahl 2019. Sie kann zudem 28.000 ehemalige SPÖ-WählerInnen und 20.000 FPÖ-WählerInnen sowie 8.000 Grün-WählerInnen von der Nationalratswahl von sich überzeugen. 20.000 der ÖVP-Nationalratswahl-Stimmen wanderten zur FPÖ, 13.000 zur MFG und 12.000 zu den Grünen sowie 10.000 zur SPÖ.

Die **FPÖ** kann 105.000 Stimmen der Nationalratswahl erneut für sich gewinnen, das sind 71 % der WählerInnen. Sie verliert 20.000 Stimmen an die ÖVP und 14.000 an die MFG. Die FPÖ konnte aber gleichzeitig 20.000 ÖVP-WählerInnen und 23.000 NichtwählerInnen mobilisieren.

Die **SPÖ** gewinnt 70 % der Nationalratswahl-Stimmen bzw. 131.000 Stimmen wieder für sich. 28.000 WählerInnen, die 2019 bei der Nationalratswahl der SPÖ ihre Stimme gaben, wählten bei der Landtagswahl die ÖVP und 10.000 die MFG. Gleichzeitig überzeugte die SPÖ 10.000 ehemalige ÖVP-WählerInnen von sich.

Die **Grünen** haben 69.000 der Stimmen von der Nationalratswahl 2019 erneut von sich überzeugt, das sind 60 %. Darüber hinaus konnte sie 12.000 ÖVP- bzw. 9.000 NEOS-WählerInnen von sich überzeugen. Sie verloren jedoch auch 8.000 Stimmen von der Nationalratswahl an die ÖVP und 7.000 an die MFG. Mit 21.000 Stimmen haben die Grünen den größten Verlust von der Nationalratswahl an die Nichtwahl zu verbuchen.

Die **NEOS** können 38 % der WählerInnen von 2019 mobilisieren, das sind 24.000 Stimmen. Sie verloren mit 19.000 Stimmen die meisten ihrer WählerInnen von 2019 an die Nichtwahl und weitere 9.000 an die oberösterreichischen Grünen sowie je 4.000 Stimmen an ÖVP und FPÖ.

Die **MFG** setzt sich vor allem aus Stimmen der ÖVP und FPÖ zusammen, sie gewinnt 14.000 von FPÖ-WählerInnen und 13.000 von der ÖVP, aber auch 10.000 von SPÖ und 7.000 von den Grünen.

ÖVP hat Koalitionsgespräche mit der FPÖ begonnen

Im Landesparteivorstand hat die ÖVP Oberösterreich am 4. Oktober einstimmig beschlossen, Koalitionsgespräche mit der zweitstärksten Partei, der FPO, aufzunehmen, und wird vorraussichtlich diese Zusammenarbeit – wie auch schon in der letzte Legislaturperiode – fortsetzen.

Die Landesregierung in Oberösterreich ist eine „Konzentrationsregierung", was bedeutet, daß alle im Landtag mit einer bestimmten Anzahl von Abgeordneten vertretenen Parteien mindestens einen Sitz in der Landesregierung haben. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.sora.at/

Wirtschaft

Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme

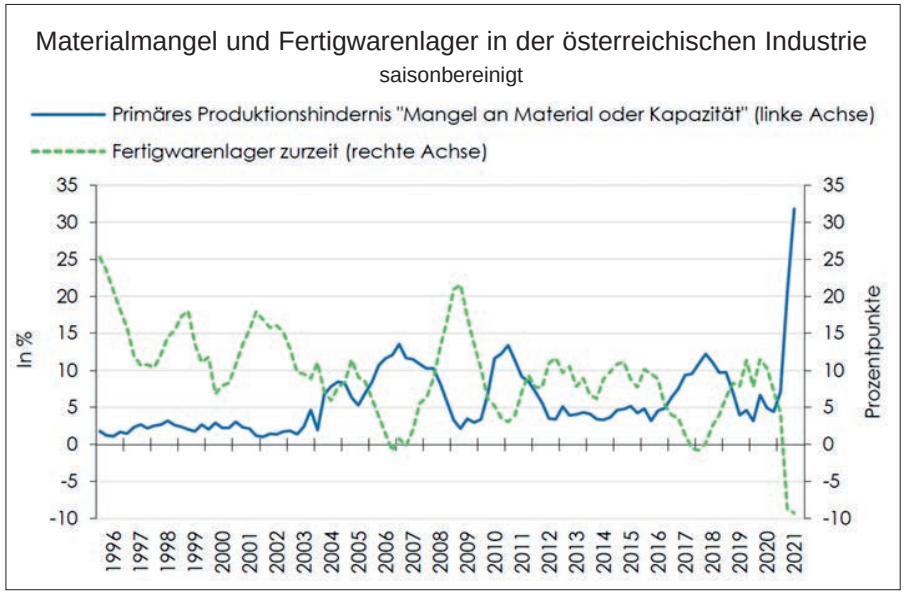
Der Aufschwung der Weltwirtschaft setzte so unerwartet früh und kräftig ein, daß die Produktion hinterherhinkt, Lagerbestände geräumt werden und Lieferengpässe entstehen.

Wie das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung WIFO berichtet, führt dies zu beträchtlichen Preissteigerungen, die die Wucht des Aufschwungs zunehmend bremsen. In Österreich war das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2021 (+3,6 % gegenüber dem Vorquartal) deutlich höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+2,2 %), vor allem aufgrund der schwungvollen Dynamik im Gastgewerbe. Im Laufe des Sommers hat das BIP bereits das Vorkrisenniveau überschritten. Sowohl die Ar–beitslosigkeit als auch die Langzeitbeschäftigungslosigkeit tendierten zuletzt abwärts.

„Als Folge der unerwartet frühen und kräftigen Konjunkturerholung kommt es zu starkem Lagerabbau und beträchtlichen Materialengpässen. Dies wirkt preistreibend und bremst die Wucht des Aufschwungs“, so der Autor des aktuellen WIFO-Konjunkturberichtes Stefan Schiman.

Lagerbestände werden weltweit zurzeit beträchtlich reduziert. Üblicherweise folgt einem Lagerabbau ein Konjunkturabschwung. Diesmal ist er jedoch Ausdruck des äußerst kräftigen Aufschwungs, der die Weltwirtschaft seit dem Frühjahr 2021 erfaßt hat. Vor allem die Plötzlichkeit und die Stärke des Aufschwungs haben den markanten Lagerabbau zur Folge. Für die meisten Marktteilnehmer trat die Erholung unerwartet früh ein, da die Saisonalität des SARS-CoV-2-Virus unterschätzt wurde. Sie verlief bisher auch äußerst kräftig, da die Lockdowns die Kaufkraft der privaten Haushalte sowie die Produktionskapazitäten der Unternehmen nicht in dem Ausmaß reduziert hatten wie „herkömmliche“ Konjunkturabschwünge und weil zudem großzügige wirtschaftspolitische Maßnahmen gesetzt worden waren.

Die sich nun ergebenden Lieferengpässe und Preissteigerungen sind erheblich. So gaben zuletzt rund 32 % der heimischen Industriebetriebe Materialmangel als wichtigstes Produktionshindernis an, während der langjährige Durchschnitt 7,5 % beträgt und selbst in normalen Aufschwüngen nie mehr als 15 % unter akutem Materialmangel leiden. Gleichzeitig haben sich die Preise für Industrierohstoffe von April 2020 bis Mai 2021 auf Dollarbasis mehr als verdoppelt, obwohl sie in den Krisenmonaten davor, von Jänner 2020 bis April 2020, um nur 14 % gesunken waren. Diese Situation führt dazu, daß knapp die Hälfte der heimischen Industriebetriebe die Verkaufspreise demnächst anheben will, während dies im Durchschnitt der letzten 15 Jahre jeweils nur 7,2 % planten. Die Lieferengpässe führen aber nicht nur zu Preissteigerungen, sondern auch zu Rationierung: So steigen in der Kfz-Branche trotz eines Nachfragebooms die Anmeldungen zur Kurzarbeit aufgrund des erheblichen Mangels an Halbleitern (Mikrochips).



Quelle: WIFO-Konjunkturtest

Dementsprechend sind die meisten Unternehmen zwar grundsätzlich optimistisch in Bezug auf ihre aktuelle Geschäftslage, allerdings bremste sich die Zuversicht im Sommer etwas ein. Das zeigen die Unternehmensbefragungen für Österreich als auch für den übrigen Euro-Raum.

In Österreich dämpfte sich die Stimmung insbesondere in den krisengeschüttelten Dienstleistungsbranchen, was darauf hindeutet, daß im Herbst wieder mit Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit gerechnet wird.

Derzeit herrscht aber noch ein äußerst kräftiger Aufschwung. Im II. Quartal 2021 (April bis Juni) wuchs die Wirtschaftsleistung in Österreich um 3,6 % gegenüber dem Vorquartal und damit im Ländervergleich (Euro-Raum +2,2 %) besonders rasch. Dies ist vor allem den Wertschöpfungsgewinnen im Gastgewerbe zuzuschreiben, die mehr als die Hälfte des Quartalswachstums ausmachten. Im Juli 2021 wurde bereits das BIP-Niveau vor Ausbruch der Covid-19-Krise überschritten und Mitte August 2021 lag es bereits um 1,5 % darüber.

Als Folge des Nachfragebooms und der Angebotsknappheiten stieg die Verbraucherpreisinflation in Österreich laut Schnellschätzung von Statistik Austria zuletzt auf über 3 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist im August 2021 auf 7,7 % (318.700 Personen) gesunken und lag damit um nur mehr 0,6 Prozentpunkte (23.600 Personen) über dem Vorkrisenniveau vom Februar 2020.

Die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen betrug zuletzt 128.300 Personen, um 30.900 mehr als im Februar 2020, aber bereits um 20.100 weniger als im April 2021. ■

https://www.wifo.ac.at/

Wirtschaft

Österreichs Industrie legt kurzfristig wieder einen Gang zu

Das Wachstumstempo der Industrie festigt sich auf überdurchschnittlich hohem Niveau und nimmt Kurs auf einen Produktionsanstieg von etwa 8,5 Prozent real im Gesamtjahr 2021

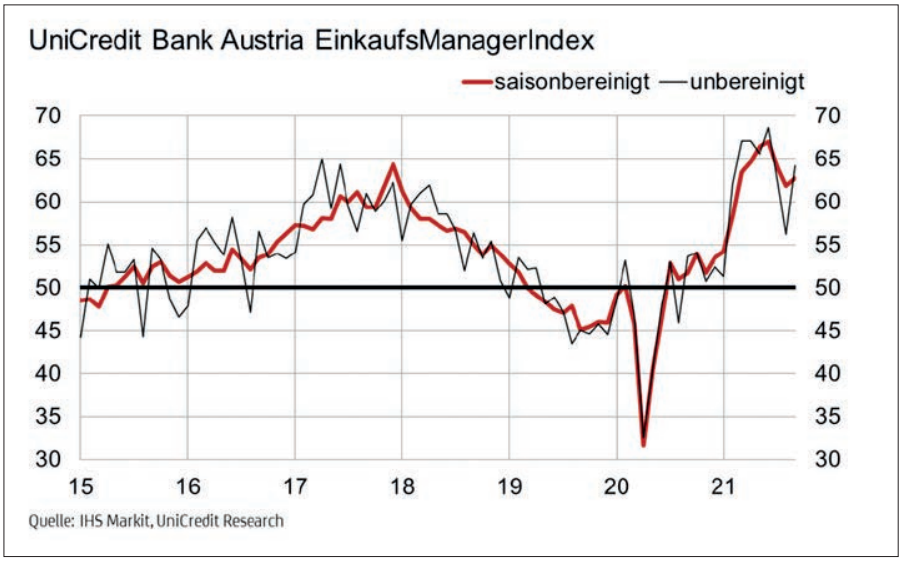
Nachdem sich der seit dem Frühjahr überschießenden Aufschwungs in der österreichischen Industrie in den vergangenen Monaten etwas beruhigt hat erhöht sich das Erholungstempo im September wieder etwas. „Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex ist im September auf 62,8 Punkte gestiegen. Damit wurde die schrittweise Verlangsamung der Industriekonjunktur über den Sommer gestoppt. Das Wachstumstempo der österreichischen Industrie festigt sich auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau und nimmt Kurs auf einen Produktionsanstieg im Gesamtjahr 2021 von etwa 8,5 Prozent real“, sagt UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Im Jahr 2020 war die Produktion in der Sachgütererzeugung pandemiebedingt um 7,5 Prozent real eingebrochen.

Der erneute konjunkturelle Aufwind in der heimischen Industrie überrascht bei einem Blick auf die einheitlich negativen internationalen Vorgaben.

„Die vorläufigen Einkaufsmanagerindizes für die USA, das Vereinigte Königreich und auch für den Euroraum zeigen zwar weiterhin ein hohes Wachstumstempo an, haben im September ihre rückläufige Tendenz jedoch fortgesetzt. In Europa hat vor allem der klare Rückgang im Kernmarkt Deutschland auf 58,5 Punkte den Trend bestimmt. Die im Gegensatz zur europäischen Entwicklung stehende Verbesserung der Industriekonjunktur im September in Österreich schätzen wir daher nur als kurzfristige Unterbrechung der konjunkturellen Beruhigung ein, die vorrangig auf die beschleunigte Aufarbeitung von aufgestauten Auftragsrückständen zurückzuführen sein dürfte“, so Bruckbauer.

Kräftige Produktionsausweitung trotz weniger Neugeschäft

Die heimischen Betriebe haben im September ihre Produktionsleistung deutlich ausgeweitet. Nach drei rückläufigen Monaten stieg der Produktionsindex auf 59,2 Punkte und zeigt damit ein weit über dem langjährigen Durchschnitt liegendes Expansionstempo der österreichischen Industrie an. „Die heimische Industrie hat im September die Ausweitung der Produktion beschleunigt, obwohl das Neugeschäft mittlerweile den dritten Monat in Folge sinkt. Während die Nachfrage aus dem Ausland wieder an Dynamik gewonnen hat, dämpfte die ungünstigere Auftragsentwicklung aus dem Inland“, sagt UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Trotz des Rückgangs weist der Index für das Neugeschäft mit 58,5 Punkten weiterhin auf ein stark wachsendes Auftragsvolumen in der heimischen Industrie hin, jedoch mit dem geringsten Tempo des vergangenen halben Jahres.



Im Einklang mit dem langsameren Auftragswachstum im September und vor allem auch der beschleunigten Erhöhung der Produktion steht der weit geringere Anstieg der Auftragsrückstände im Vergleich zum Vormonat. Der Index der Auftragsrückstände sank um fast vier auf 61,0 Punkte. Trotz der Verlangsamung des Anstiegs der Auftragsrückstände der heimischen Industriebetriebe haben sich die Lieferfristen der Zulieferer nach drei Monaten erstmals wieder verlängert, was vorläufig auf keine Entspannung der Probleme in den globalen Lieferketten hindeutet.

Preise ziehen weiter an

Angesichts des rückläufigen Neugeschäfts haben die österreichischen Industriebetriebe im September die Einkaufsmenge an Vormaterialien und Rohstoffen weniger stark erhöht als in den Vormonaten. Trotzdem sind die Bestände in den Vormateriallagern im Durchschnitt stärker gestiegen. Dagegen haben aufgrund der dynamischen Nachfrage die Bestände in den Verkaufslagern weiter abgenommen.

Das verringerte Wachstumstempo der Einkaufsmenge der österreichischen Betriebe hatte auch keine dämpfende Wirkung auf die Preisdynamik. „Bestimmt durch angebotsseitige Engpässe in der Produktion und im Transport hat sich der Preisauftrieb im Einkauf für Vormaterialien und Rohstoffe der Industrie wieder beschleunigt. Die heimischen Betriebe waren im September dank einer starken Nachfrage besser als in den Vormonaten in der Lage den Kostenanstieg an die Kunden weiterzugeben, dennoch hat sich im Durchschnitt die Ertragslage tendenziell weiter verschlechtert“, so Pudschedl. Die Probleme in den globalen Lieferketten dürften noch einige Zeit anhalten und sich nur langsam entspannen, so daß auch in den kommenden Monaten weiterhin mit einem starken Auftrieb der Preise zu rechnen ist,

UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex und Teilindizes

	Okt.20	Nov.20	Dez.20	Jän.21	Feb.21	Mär.21	Apr.21	Mai.21	Jun.21	Jul.21	Aug.21	Sep.21	Ø ab 2000
UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex	**54,0**	**51,7**	**53,5**	**54,2**	**58,3**	**63,4**	**64,7**	**66,4**	**67,0**	**63,9**	**61,8**	**62,8**	**52,2**
Produktionsleistung	55,6	52,7	52,7	51,8	56,9	62,9	62,4	64,8	61,7	59,2	56,0	59,2	53,2
Neuaufträge	58,1	52,2	53,7	53,5	55,1	63,3	64,8	65,9	68,1	61,1	59,7	58,5	51,7
Beschäftigung	46,7	47,4	49,4	51,2	54,5	57,7	59,1	60,0	63,7	61,3	62,6	62,2	50,9
Lieferzeit (inverser Index)	43,3	40,7	35,7	33,2	22,3	19,9	13,2	11,1	13,2	15,3	20,3	18,1	44,6
Vormateriallager	48,2	45,0	46,8	49,6	49,5	51,8	48,0	51,1	53,9	58,3	54,3	57,0	49,1
Exportaufträge[1)]	56,8	53,7	54,7	53,9	55,1	61,4	64,6	67,5	66,4	57,4	55,3	57,8	50,9
Einkaufspreise[1)]	50,7	53,0	57,5	65,9	76,5	82,3	85,7	91,2	91,5	93,0	88,1	90,2	57,3
Erwartungsindex[1)]	57,0	57,9	65,2	67,0	67,7	71,2	70,6	67,0	67,5	66,1	67,0	65,3	56,8

1) nicht im Gesamtindex enthalten

Quelle: IHS Markit, UniCredit Research

wenn auch das Tempo schrittweise nachlassen sollte.

Produktionsausweitung ermöglicht Fortsetzung des Jobaufbaus – wenn auch etwas verlangsamt

Neben den hohen Materialkosten könnte der Aufschwung auch durch stark steigende Personalkosten belastet werden. Die kräftige Erholung der Industriekonjunktur hat seit Beginn des laufenden Jahres zu einem stetigen Beschäftigungsaufbau und einer Verengung des Angebots am Arbeitsmarkt geführt. Auch im September wurde die Anzahl der Jobs in der Industrie wieder erhöht, wenn auch der leichte Rückgang des Beschäftigtenindex auf 62,2 Punkte eine geringfügige Tempoverlangsamung beim Jobaufbau im Vergleich zum Vormonat anzeigt.

Mittlerweile liegt der Beschäftigtenstand in der Sachgütererzeugung mit saisonbereinigt 623.000 nur noch um rund ein Prozent unter dem Vorkrisenstand. Gleichzeitig sind in der heimischen Industrie derzeit über 12.000 Stellen unbesetzt, über 50 Prozent mehr als vor Ausbruch der Pandemie. Aufgrund des starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist die Stellenandrangziffer in der österreichischen Industrie auf unter 2,0 gesunken. In Oberösterreich und in Salzburg kommt rein rechnerisch auf eine offene Stelle nur noch ein Arbeitssuchender.

„Die Arbeitslosenquote ist in der heimischen Industrie auf aktuell 3,5 Prozent gesunken. Der zeitliche Rückstand bei der Rekrutierung von neuem Personal aufgrund des überraschend hohen Erholungstempos, den die hohe Anzahl an offenen Stellen widerspiegelt, spricht für eine weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten. Im Gesamtjahr 2021 wird die Arbeitslosenquote nach höheren Werten zu Jahresbeginn im Durchschnitt voraussichtlich 3,9 Prozent betragen, nach noch 4,9 Prozent im Vorjahr. Der Vorkrisenwert aus 2019 von 3,7 Prozent wird damit bereits fast erreicht werden“, meint Pudschedl. Damit wird die Arbeitslosenquote in der Industrie weiterhin deutlich unter jener in der Gesamtwirtschaft von geschätzten 8,3 Prozent im Jahresdurchschnitt 2021 liegen.

Optimismus bleibt hoch

Der Anstieg des UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex im September entgegen dem internationalen Trend ist voraussichtlich nur als temporär einzuschätzen, bestätigt aber die Nachhaltigkeit und Robustheit des laufenden Konjunkturaufschwungs der österreichischen Industrie ungeachtet von Problemen in den globalen Lieferketten und der verstärkten Ausbreitung neuer Virusvarianten. Nach dem überschießenden Aufschwung aus der Pandemie in der ersten Jahreshälfte ist dennoch mit einer leichten Verlangsamung der Industriekonjunktur in den kommenden Monaten zu rechnen, angezeigt durch die nachlassende Nachfragedynamik.

„Der Industrieaufschwung in Österreich setzt sich fort, wenn auch das Tempo mittelfristig etwas nachlassen dürfte. Während das Auftrags-Lager-Indexverhältnis bei sogar leichtem Anstieg anzeigt, daß die Bestände in den Verkaufslagern nicht ausreichen, um die Auftragseingänge ohne eine weitere Steigerung der Produktionsleistung zu bewältigen und damit unmittelbar eine besonders kraftvolle Erholung verspricht, ist in der aktuellen Umfrage der Erwartungsindex für die Produktion in zwölf Monaten gesunken“, meint Bruckbauer und ergänzt abschließend: „Mit einem Indexwert von 65,3 Punkten schätzen die heimischen Betriebe die Geschäftsaussichten auf Jahressicht zwar nicht mehr so positiv wie im vergangenen Halbjahr ein, sind aber weiterhin sehr optimistisch.“ ***https://www.bankaustria.at/***

Bargeld weiterhin beliebtestes Zahlungsmittel

Die Covid-19-Pandemie hat rund ein Viertel der ÖsterreicherInnen dazu bewegt, ihr Zahlungsverhalten anzupassen. „Die Pandemie hat unseren Alltag, unsere Arbeitsweise, aber besonders das Konsum- und Zahlungsverhalten der österreichischen Bevölkerung signifikant verändert. Laut jüngster repräsentativer Erhebung der OeNB im Jahr 2020 haben kontaktlose Kartenzahlungen im stationären Handel wesentlich an Bedeutung gewonnen“, sagt Eduard Schock, Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und zuständig für den baren und unbaren Zahlungsverkehr in der Notenbank.

Die Bargeldnutzung ist während der Pandemie um 13 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019 zurückgegangen. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch beim Anteil des Gesamtwertes der Transaktionen am Point of Sale (POS), der sich von 58 % im Jahr 2019 auf 51 % verringert hat. Trotz einem sehr hohen Zahlungskartenbesitz (97 %) bleibt Bargeld in Österreich weiterhin mit 66 % aller Transaktionen am POS das beliebteste Zahlungsmittel der in Österreich lebenden Menschen.

Der Anteil kontaktloser Debitkartenzahlungen ohne PIN-Eingabe ist gegenüber Daten der Europäischen Zentralbank (EZB) aus dem Jahr 2019 von damals 28 % deutlich um 16 Prozentpunkte gestiegen. Zusätzlich zeigte die Untersuchung einen Rückgang von Kleinbetragszahlungen unter 10 Euro. ■

https://www.oenb.at/

Wirtschaft

»Ready for Mission Future«

Infineon eröffnet in Villach High-Tech-Chipfabrik für Leistungselektronik auf 300-Millimeter-Dünnwafern



Foto: Infineon

Der Infineon Standort in Villach vereint Forschung & Entwicklung, Produktion sowie globale Geschäftsverantwortung.

Die Infineon Technologies AG eröffnete am 17. September unter dem Motto „Ready for Mission Future“ offiziell ihre neue High-Tech-Chipfabrik für Leistungselektronik auf 300-Millimeter-Dünnwafern am Standort Villach, Österreich. Mit einem Investitionsvolumen von 1,6 Milliarden Euro setzt der Halbleiterkonzern damit eines der größten Investitionsprojekte in der Mikroelektronikbranche in Europa um. Die Fabrik, die zu einer der weltweit modernsten zählt, eröffneten Infineon-Vorstandsvorsitzender Reinhard Ploss und Infineon Austria-Vorstandsvorsitzende Sabine Herlitschka – mit Beteiligung von EU-Kommissar Thierry Breton und dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Infineon hat frühzeitig auf nachhaltiges profitables Wachstum durch Energieeffizienz und CO_2 Reduktion gesetzt und den Bau der Chipfabrik für Leistungselektronik („Energiesparchips“) bereits 2018 angekündigt. „Die neue Fabrik ist ein Meilenstein für Infineon und ihre Eröffnung ist eine sehr gute Nachricht für unsere Kunden. Der Zeitpunkt, neue Kapazitäten in Europa zu schaffen, könnte angesichts der weltweit wachsenden Nachfrage nach Leistungshalbleitern nicht besser sein“, sagt Reinhard Ploss, Vorstandsvorsitzender der Infineon Technologies AG. „Wie wesentlich Mikroelektronik in nahezu allen Lebensbereichen ist, haben die letzten Monate deutlich gezeigt. Angesichts der beschleunigten Elektrifizierung und Digitalisierung erwarten wir, daß der Bedarf nach Leistungshalbleitern in den kommenden Jahren weiter zunimmt. Die zusätzlichen Kapazitäten werden uns helfen, unsere Kunden weltweit noch besser zu bedienen – und das auch langfristig.“

Die globale Situation am Chipmarkt zeigt deutlich, wie wichtig Investitionen in innovative Schlüsseltechnologien für die Zukunft sind. Die Mikroelektronik ist heute die dominante Schlüsseltechnologie, auf der alle anderen Entwicklungen, Systeme und Technologien im Bereich Digitalisierung basieren. Mit dem Ausbau seiner Produktionsstätten setzt Infineon einen industriepolitischen Meilenstein in Hinblick auf die Versorgungssicherheit für die europäische Industrie wie auch insgesamt für den globalen Markt.

Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich: „Die Eröffnung der neuen High-Tech Chipfabrik in Villach kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Soeben hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union ein neues europäisches Chip-Gesetz zur Stärkung der Halbleiterindustrie angekündigt. Unsere Ambition ist, den Anteil Europas am globalen Halbleiter-Markt von gegenwärtig etwa 10 Prozent bis 2030 auf 20 Prozent zu verdoppeln. Es geht nicht nur um die Wettbewerbsfähigkeit Europas, sondern auch um Europas Souveränität.



Foto: Infineon

Die offizielle Eröffnungsfeier (v.l.): Martin Selmayr (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich), Bundeskanzler Sebastian Kurz, Thomas Reisinger (Vorstand Operations), Reinhard Ploss (CEO Infineon Konzern), Sabine Herlitschka (CEO Infineon Austria) und Jochen Hanebeck (Mitglied des Infineon Vorstands und COO)

Wenn wir bei einer Schlüsselindustrie wie Halbleiter von Asien abhängen, werden wir abgehängt. Das lassen wir nicht zu. Wir werden ein hochklassiges europäisches Chip-Ökosystem schaffen, das die Produktion miteinschließt. Infineon ist dabei ein zentraler Partner."

Erste Produkte werden jetzt ausgeliefert

Die Fabrik wurde nach drei Jahren Vorbereitungs- und Bauzeit Anfang August – drei Monate früher als zunächst geplant – in Betrieb genommen. Die ersten Wafer verliessen kurz nach der Eröffnung das Villacher Werk. Die Chips decken in der ersten Ausbaustufe vor allem die Nachfrage der Automobilindustrie, im Bereich von Rechenzentren und der erneuerbaren Energiegewinnung aus Solar- und Windkraft. Der Infineon-Konzern verfügt mit der neuen Fabrik über ein zusätzliches Umsatzpotenzial von rund zwei Milliarden Euro pro Jahr.

Die in Villach produzierten Halbleiter kommen in zahlreichen Anwendungen zum Einsatz. So kann Infineon mit dem neuen Werk den wachsenden Markt für Leistungshalbleiter in Elektroautos, Rechenzentren, Solar- und Windenergie gut bedienen. Allein die für Industrie-Halbleiter eingeplante Kapazität reicht rechnerisch zur Ausstattung von Solaranlagen aus, die in Summe mehr als 1.500 Terawattstunden (TWh) elektrische Energie pro Jahr produzieren könnten – das entspricht in etwa dem dreifachen jährlichen Stromverbrauch in Deutschland.

Der Bundeskanzler Sebastian Kurz betonte die Relevanz der neuen Chipfabrik auch für Österreich: „Der Infineon-Standort in Villach ist eine absolute Erfolgsgeschichte. Die neue Chipfabrik ist ein wirtschaftliches und technologisches Leuchtturmprojekt für ganz Österreich. Ich danke allen Verantwortlichen für das Engagement in unserem Land, mit dem weitere 400 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die immense Investition von 1,6 Milliarden Euro zeigt, daß Österreich als Wirtschafts- und Technologiestandort hervorragende Rahmenbedingungen und das notwendige Mitarbeiter-Know-how bietet. Als Bundesregierung wollen wir weiterhin massiv in Digitalisierung investieren, um uns im globalen Wettbewerb bestmöglich zu positionieren."

Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG: „Infineon zeigt mit dieser Investition, daß es auch



Foto: Infineon

Ein Einblick in den Reinraum der neuen High-Tech Chipfabrik in Villach

in der wettbewerbsintensiven Mikroelektronik möglich ist, attraktive Produktionsstätten in Europa zu errichten. Damit setzen wir neue Maßstäbe. Die Energiesparchips aus Villach werden wichtige Kernelemente für die Energiewende. Damit leisten wir einen relevanten Beitrag zum europäischen Green Deal und darüber hinaus. Wir sind ‚Ready for Mission Future'."

Energiesparchips für »grüne« Produkte

Die Produkte von Infineon tragen seit Jahren zu einer höheren Energieeffizienz und somit zum Klimaschutz bei. Der Standort Villach spielt bei diesen Lösungen eine entscheidende Rolle: Er ist das globale Kompetenzzentrum für Leistungselektronik. Diese Energiesparchips schalten Strom intelligent und minimieren so den CO_2-Fußabdruck in zahlreichen Anwendungen. Sie verringern den Energieverbrauch in Haushaltsgeräten, LED-Beleuchtungen und Ladegeräten. Mit modernen Halbleitern kann beispielsweise der Energieverbrauch von Kühlschränken um 40 Prozent reduziert werden. Der Energieverbrauch bei Beleuchtungen wird um 25 Prozent gesenkt. Mit den in der neuen Chipfabrik hergestellten Produkten können – mit Blick auf den aktuellen Produktmix in Villach – mehr als 13 Millionen Tonnen CO_2 eingespart werden. So viel emittieren mehr als 20 Millionen in Europa lebende Menschen.

Energieeffiziente Fabrik

Auch beim Bau der Fabrik wurde auf eine weitere Verbesserung der Energiebilanz gesetzt: 80 Prozent des Wärmebedarfs am Standort werden durch intelligentes Recycling aus der Abwärme der Kühlsystemen gedeckt und künftig hochgerechnet rund 20.000 Tonnen CO_2 jährlich eingespart. Der flächendeckende Einsatz von Abluftreinigungssystemen reduziert direkte Emissionen auf nahezu Null.

Ein weiterer Meilenstein im Sinne nachhaltiger Produktion und Kreislaufwirtschaft ist die Herstellung und Wiederverwertung von grünem Wasserstoff. Der in der Fertigung als Prozeßgas benötigte Wasserstoff wird ab Anfang 2022 direkt vor Ort in Villach aus erneuerbaren Energiequellen produziert. Damit entfallen die CO_2-Emissionen bei der ursprünglichen Produktion sowie beim Transport. Dieser grüne Wasserstoff soll nach der Nutzung in der Chipproduktion wiederverwertet und zur Betankung von Bussen im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden. Dieses Projekt der doppelten Nutzung von grünem Wasserstoff ist einzigartig in Europa. Mit diesen und weiteren Maßnahmen leistet der Standort einen großen Beitrag zur bis 2030 angestrebten Klimaneutralität des Infineon-Konzerns.



Foto: Infineon

Ein weiterer Einblick in den Reinraum der neuen Chipfabrik in Villach: Die Wafer werden in Boxen sogenannten "Foubs" vollautomatisiert zu den Bearbeitungsstationen transportiert

Hochmoderne Chipfabrik vernetzt zwei Standorte in Europa zur Megafabrik

Die Bruttogeschoßfläche der neuen Chipfabrik beträgt rund 60.000 m². In den kommenden vier bis fünf Jahren wird die Fertigung sukzessive hochgefahren. Von den 400 zusätzlichen hochqualifizierten Fachkräften, die für den Betrieb der Fabrik benötigt werden, sind bereits mehr als zwei Drittel besetzt.

Die Chipfabrik ist eine der modernsten weltweit und setzt auf Vollautomatisierung und Digitalisierung. Als „lernende Fabrik" kommen KI (Künstliche Intelligenz)-Ansätze vor allem im Bereich der vorausschauenden Instandhaltung zum Einsatz. Vernetzte Anlagen wissen durch eine Vielzahl an Daten und Simulationen frühzeitig, wann sie gewartet werden.

Infineon geht noch einen Schritt weiter. Jochen Hanebeck, Mitglied des Vorstands und Chief Operations Officer der Infineon Technologies AG: „Infineon verfügt nun über zwei große Leistungshalbleiter-Fertigungen für 300-Millimeter-Dünnwafer, eine in Dresden und eine in Villach. Beide Standorte basieren auf den gleichen standardisierten Fertigungs- und Digitalisierungskonzepten. Damit können wir die Fertigungen der beiden Standorte so steuern, als wären sie eine Fabrik. Wir steigern die Produktivität und schaffen zusätzliche Flexibilität für unsere Kunden. Denn wir können Fertigungsvolumina für unterschiedliche Produkte rasch zwischen den Standorten verschieben und damit noch schneller auf ihren Bedarf reagieren. Mit der virtuellen Megafabrik setzt Infineon einen neuen Maßstab in der 300-Millimeter-Leistungshalbleiterfertigung. Damit sind weitere Steigerungen der Ressourcen- und Energieeffizienz möglich sowie eine Optimierung des ökologischen Fußabdrucks."

Weltweiter Vorreiter bei 300-Millimeter-Dünnwafer-Technologie und Leistungselektronik

Die Fertigung der Chips erfolgt auf 300-Millimeter-Dünnwafern, die mit 40 Mikrometern dünner als ein menschliches Haar sind. Villach ist das Kompetenzzentrum für Leistungshalbleiter im Konzern und seit langem ein wichtiger Innovationsstandort im Fertigungsverbund von Infineon. Hier wurde die Fertigung von Leistungshalbleitern auf 300-Millimeter-Dünnwafern vor rund zehn Jahren entwickelt, die dann am Standort Dresden in den vergangenen Jahren zur vollautomatisierten Volumenfertigung ausgebaut wurde. Die Nutzung dieser Technologie bringt aufgrund des größeren Scheibendurchmessers deutliche Produktivitätsvorteile und reduziert den Kapitaleinsatz. ■

https://www.infineon.com/

Wirtschaft

»Turbo der Energiewende«

illwerke vkw AG konzipiert »Lünerseewerk II« mit 1.000 Megawatt Leistung

Ein maximaler Beitrag für die Energiewende und den Klimaschutz – und das bei minimalen ökologischen Auswirkungen: dieser Spagat gelingt den ProjektentwicklerInnen der illwerke vkw beim „Lünerseewerk II" – einer Projektidee, die in den kommenden Jahren zur Baureife entwickelt werden soll. In den letzten Tagen hat der Vorstand des Landesenergieversorgers das Projekt unter anderem dem eigenen Aufsichtsrat, der Landesregierung und den im Landtag vertretenen Parteien präsentiert. Dabei herrschte Einigkeit über die Zukunftsfähigkeit dieser Projektidee, die in ihrer Bedeutung für die Energiewirtschaft die bisherigen Leuchtturmprojekte Kopswerk II und Obervermuntwerk II noch einmal weit überträfe: das Lünerseewerk II greift dabei auf eine bestehende Infrastruktur zurück und nutzt das schon bisher zur Energieerzeugung verwendete Wasser des Lünersees im Vorarlberger Brandnertal.



Foto: illwerke vkw AG

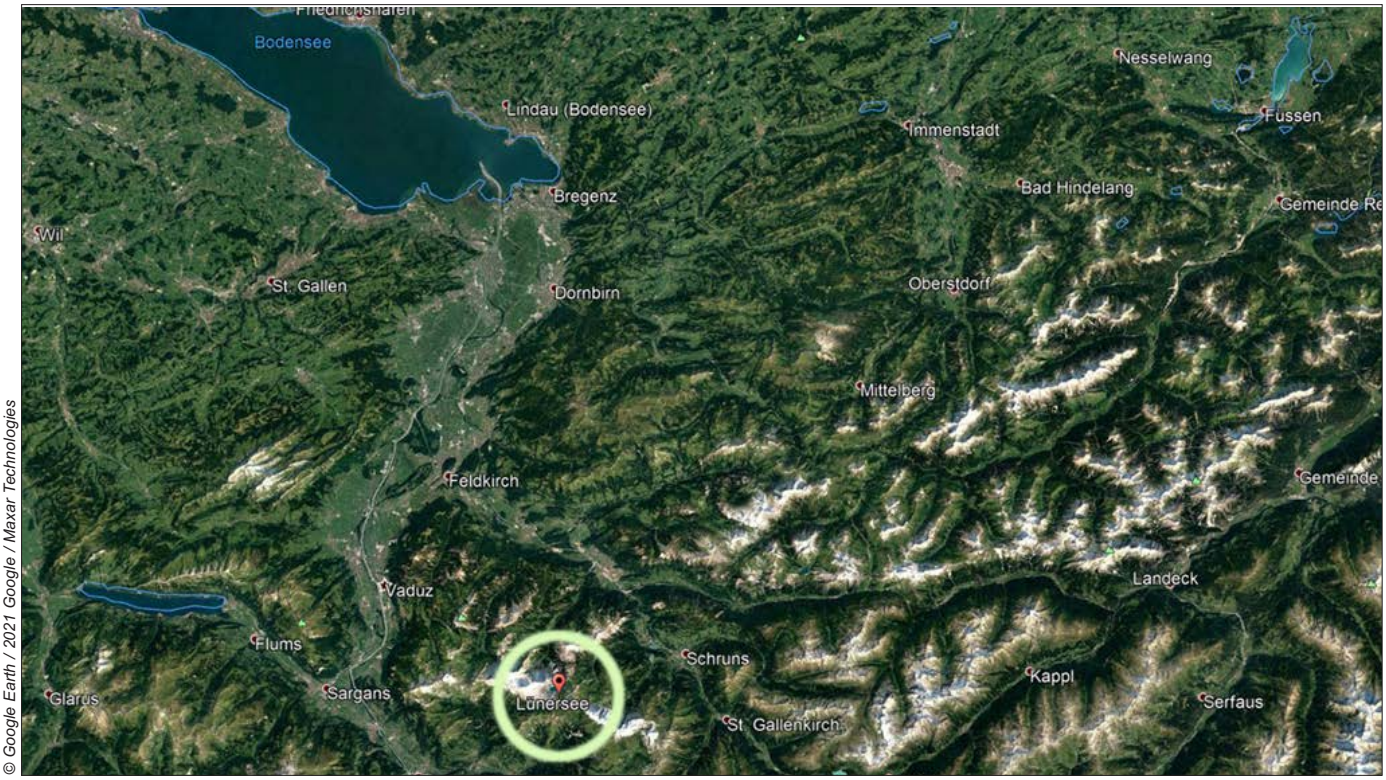
Perfekt eingebettet in eine bereits bestehende Infrastruktur soll Österreich größtes Pumpspeicherkraftwerk entstehen – mit rund 1.000 Megawatt Leistung (Projektvolumen rund 2 Mrd. Euro)

Zahlreiche Synergien

Das Pumpspeicherkraftwerk soll über einen unterirdischen Stollen in das im Berginneren konzipierte Krafthaus in unmittelbarer Nähe der Umspannanlage Bürs angebunden werden. Auf diese Weise könnte der Energietransport vergleichsweise einfach realisiert werden. Über den ebenfalls bereits vorhandenen Walgaustollen erfolgt die hydraulische Einbindung des neuen Werks in die illwerke vkw Werksgruppe Obere Ill-Lünersee.

Energiewende ist alternativlos

„Um die Auswirkungen des Klimawandels einzugrenzen, muß das Energiesystem auf erneuerbare Quellen umgestellt werden. Dazu ist es erforderlich, die hochvolatile Energieerzeugung aus Windkraft und Photovoltaik massiv auszubauen. Das Pumpspeicher-



© Google Earth / 2021 Google / Maxar Technologies

kraftwerk Lünerseewerk II könnte durch seine Flexibilität ein wichtiger Baustein sein, um die Sicherheit der Stromversorgung in einem zukünftig regenerativen Energiesystem sicherzustellen“, so Helmut Mennel, Vorstandsmitglied der illwerke vkw mit Firmensitz in Bregenz.

Wichtige Rolle Vorarlbergs in Europa

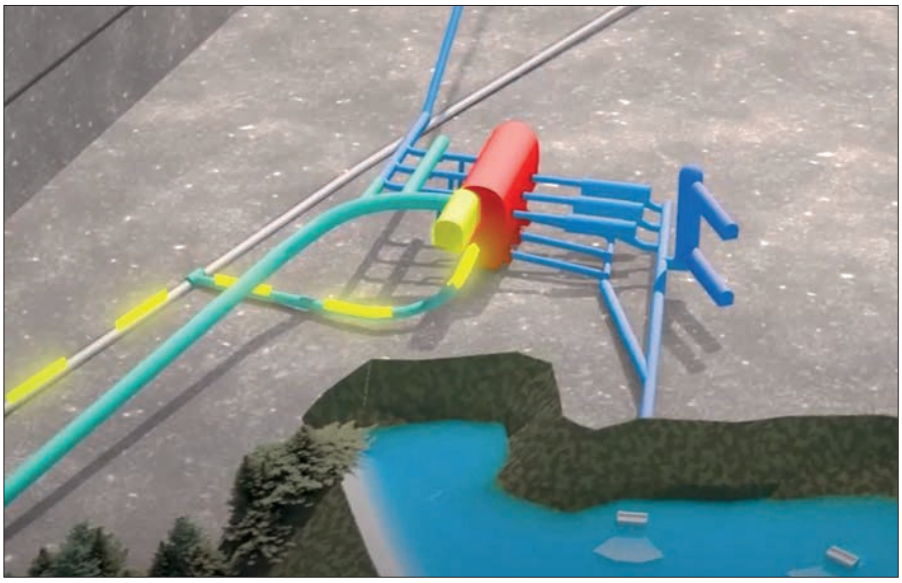
„Mit der klimafreundlichen Nutzung unserer Ressource Wasserkraft spielen wir schon jetzt eine zentrale Rolle im europäischen Verbundsystem“, so der Vorsitzende des Aufsichtsrats der illwerke vkw, Ludwig Summer. „Dieser Rolle sind wir uns durchaus bewußt. Mit der Projektidee werden wir der damit vorhandenen Verantwortung gerecht und leisten einen zentralen Beitrag. Mit dem Lünerseewerk II erhöhen wir unsere Turbinenleistung um rund 43 Prozent und unsere Pumpleistung sogar um 74 Prozent – damit setzen wir ein starkes Signal für den Standort Vorarlberg und die Menschen in dieser Region.“

»Meilenstein für Vorarlbergs Wasserkraft«

„Wasser ist Vorarlbergs größter Bodenschatz. Wir haben diese Ressource stets klug und vorausschauend im Sinne der Bevölkerung verwaltet. Mit unseren modernen Pumpspeicherkraftwerken spielen wir trotz unserer bescheidenen Größe eine zentrale Rolle im europäischen Energieverbund. Mit dieser Projektidee schließen wir nun an eine lange Tradition Vorarlberger Spitzenleistungen an und werden unserer Verantwortung gerecht, unseren Teil zur Energiewende beizutragen. Das Lünerseewerk II ist diesbezüglich ein Meilenstein und die Projektidee wird einen Turbo in der Energiewende zünden. Gleichzeitig werden wir selbstverständlich einen einzigartigen Ausgleich ökologischer, wirtschaftlicher und regionaler Interessen schaffen“, so Landeshauptmann Markus Wallner.

»Wende mit Innovationskraft schaffen«

„Ein Lünerseewerk II würde einen immensen, nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag zum Klimaschutz leisten: Die europäische Energiewende hängt maßgeblich an Sonne und Wind, die jedoch naturgemäß nicht gleichmäßig ‚liefern‘. Es braucht diese großen, innovativen Ideen wie das Lünerseewerk II, um Schwankungen im Stromnetz abfangen und ausgleichen zu können. Unsere Stauseen und die Pumpspeicherkraftwerke mit ihrer revolutionären Technologie sind



© illwerke vkw AG

Schematische Darstellung des Energietransports zum Kavernenkraftwerkhaus

die modernen Speicherbatterien für Wind- und Sonnenstrom. Nach dem Kopswerk II und dem Obervermuntwerk II festigen die illwerke vkw und das Land Vorarlberg damit ihre Vorreiterrolle für ein nachhaltiges Energiesystem“, so Johannes Rauch, Landesrat für Energie, Umwelt und Klimaschutz.

»Perfekte Chance, Energiezukunft zu gestalten«

„Das Lünerseewerk II ist nicht nur eines der größten Kraftwerksprojekte in Österreich, es übertrifft in seiner Dimension alle bestehenden Anlagen und verfügt über mehr Leistung als das Kopswerk II und das Obervermuntwerk II zusammen. Ein Investitionsvolumen von bis zu zwei Milliarden Euro bedeutet für Vorarlberg eine riesige Wertschöpfung. Wir sehen uns grundsätzlich in der Lage, die Investitionssumme selbst zu finanzieren. Damit beschleunigen wir nicht nur die Energiewende und die Wirtschaft, sondern bieten vielen engagierten Menschen die einmalige Chance, die Energiezukunft aktiv mitzugestalten. Bereits in der Projektentwicklung suchen wir MitarbeiterInnen denen wir diese langfristige Perspektive bieten können“, berichtet Finanz- und Personalvorstand Christof Germann.

Die illwerke

Die Bandbreite der illwerke vkw AG umfaßt vier Geschäftsbereiche: Wasserkraft, Versorgung und Dienstleistung, Energienetze und Tourismus. Es werden moderne Pumpspeicherkraftwerke gebaut, Infrastruktur für E-Autos entwickelt, leistungsfähige Energienetze betrieben, die Digitalisierung vorangebracht und eine attraktive Tourismus-Destination gemanagt. Rund 1.200 MitarbeiterInnen gestalten in spannenden Tätigkeitsfeldern und innovativen Projekten die Energiezukunft unseres Landes. ■

https://www.illwerkevkw.at/



© illwerke vkw AG

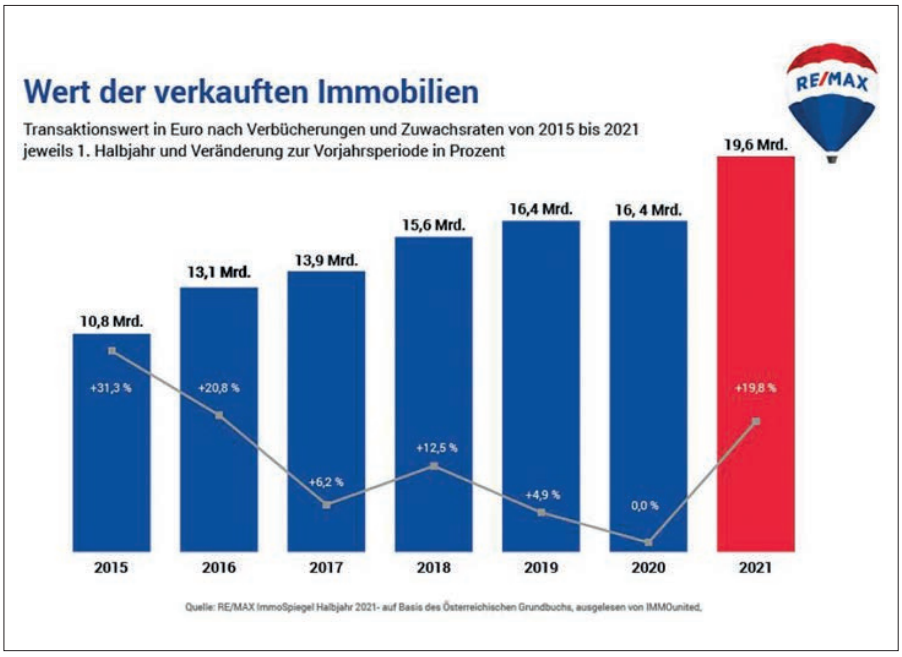
Ein Blick ins Innere des Kavernenkraftwerkhauses

Wirtschaft

Echtes Marktwachstum bei Immobilien

Corona hin oder her, die Verbücherungszahlen der Grundbuchsgerichte Jänner bis Juni 2021 zeigen einen großen Sprung vorwärts. Ein Plus von 9.287 Eigentumseintragungen stellen seit dem Start der RE/MAX ImmoSpiegel-Analysen 2009 das zweithöchste absolute Mengenwachstum nach 2014/2015 dar und im Jahresabstand ein Plus von 13,8 %.

In Euro schlägt sich das bei steigenden Preisen nach dem Durchhänger im ersten Halbjahr 2020 mit einem Plus von 3,2 Mrd. Euro oder +19,8 % im Vergleich zu 2020 und 2019 nieder.



Heuer wieder echtes Marktwachstum: beinahe 20 Mrd. Euro

Im ersten Halbjahr 2021 wurden den RE/MAX-Experten zufolge 76.589 Immobilien für neue Eigentümer im Grundbuch registriert. Das sind mehr als doppelt so viele wie im schwachen Jahr 2013 und um +28,8 % mehr als vor fünf Jahren.

Der Gesamtwert der im ersten Halbjahr rechtskräftig gewordenen Immobilienverkäufe kratzt mit 19,6 Mrd. Euro erstmals an einer historisch wichtigen Schwelle.

„Teilweise sehen wir im ersten Halbjahr Nachholeffekte, weil 2020 ja doch pandemiebedingt in keiner Weise und damit auch auf dem Immobilienmarkt kein normales Jahr war. Viele Menschen haben aber auch erkannt, daß sie eigentlich woanders wohnen wollen, in größeren Wohnungen, in anderen Stadtteilen oder auch auf dem Land: Aufgrund vieler Homeoffice-Lösungen ist zahlreichen Kunden die absolute Nähe von Wohn- und Arbeitsort nicht mehr so wichtig wie noch vor der Pandemie, denn für zwei, drei Fahrten ins Büro pro Woche kann die Anfahrt schon wieder etwas länger sein. Zusätzlich sind Immobilen als Anlageform bzw. zur Pensionsvorsorge weiterhin sehr begehrt. All das sind Faktoren, die den Immobilienmarkt gehörig in Bewegung gebracht haben“, analysiert Bernhard Reikersdorfer, MBA, Geschäftsführer von RE/MAX-Austria.

„Wir spüren das als Nummer eins am Markt natürlich auch in unserem Arbeitsaufkommen und haben sofort mit einer umfassenden Ausbildungs- und Rekrutierungsoffensive reagiert, damit wir auch in den kommenden Jahren den vielen Käufern und Verkäufern eine professionelle und sehr hochwertige Dienstleistung bieten können.“

Im Fünfjahresvergleich 2021 zu 2016 ergibt das eine Transaktionswertsteigerung von +50,1 % und mehr als eine Verdoppelung seit 2014 (+138,1 %). Grundlage dafür bildet neben Inflation und Preissteigerungen vor allem das Mengenwachstum von +28,8 % seit 2016 und fast eine Verdoppelung seit 2014 (+86,2 %)

„Im Gegensatz zu 2020, als die Mengensteigerungen vor allem von den rund 6.600 zusätzlichen separat parifizierten Parkplätzen gekommen sind, tragen aktuell die rund +2.300 mehr Wohnungen und circa +2.800 zusätzlichen Grundstücke neben weiteren +2.600 KFZ-Plätzen zu einer nachvollziehbaren Markterweiterung bei. Der schwache Rückgang bei den Einfamilienhaus-Verkäufen wird von einem schwachen Wachstum bei Gebäuden kompensiert“, erklärt Anton E. Nenning, RE/MAX-Experte.

Top-100-Verbücherungen um ein Fünftel mehr wert

Der Wert der Top-100-Verkäufe von Industrie- und Bürogebäuden, Zinshäusern, Hotels, Wohnhausanlagen und gemischt genutzten Gebäuden im ersten Halbjahr ist von 1,43 Mrd. Euro (2019, 2020) auf 1,75 Mrd. Euro (2021) gestiegen. Die Eintrittsuntergrenze dazu hat sich von 7,7 Mio. Euro im Jahr 2019 über 5,9 Mio. Euro 2020 auf heuer 8,4 Mio. Euro verschoben.

Von den Top-Ten-Verkäufen fanden vier in Wien, drei im niederösterreichischen Umland von Wien, zwei in Graz und ein Großverkauf fand in Tirol statt.

Gesamtmarkt-Veränderungen – Bundesländertrends

46 % steuern die Bundesländer Niederösterreich (+2.421) und Wien (+1.828) aufgrund ihrer Größe zum Bundeswachstum bei. Die höchsten prozentuellen Steigerungen unter den Bundesländern finden sich laut Aussagen des RE/MAX-Maklernetzwerks im Burgenland (29,3 %), in Kärnten (+27,3 %) und in Vorarlberg (+19,2 %).

Von den +3,2 Mrd. Euro Mehrumsatz kommen +1,1 Mrd. Euro aus Wien, +0,7 Mrd. Euro aus Niederösterreich und +0,5 Mrd. aus Tirol. Damit vereinigen die drei ungleichen Bundesländer fast drei Viertel (72,4 %) des Mehrumsatzes auf sich. Kaum beteiligt am Aufschwung haben sich mit nur zweistelligen zusätzlichen Millionenbeträgen die Steiermark und das Bundesland Salzburg.

https://www.remax.at/

Chronik

Jahrhundert-Ereignis

Neue Donaubrücke feierlich eröffnet – Linz startete mit Festakt und buntem Rahmenprogramm in neue Ära der Verkehrszukunft



Foto: Stadt Linz / Dworschak

Mit der Eröffnung der neuen Eisenbahnbrücke am 28. August erfolgte der Start in die Linzer Verkehrszukunft.

Mit einem fulminanten Festakt wurde am 28. August im Beisein von VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft sowie zahlreichen BesucherInnen die neue Eisenbahnbrücke eröffnet. Mit deren Fertigstellung und der Verkehrsfreigabe, die am 30. August erfolgte, ist eine Entspannung des motorisierten Individualverkehrs der oberösterreichischen Landeshauptstadt zu erwarten.

Bürgermeister Klaus Luger

„Diese Brücke ist für die Lebensstadt Linz mehr als eine Donauquerung. Sie ist eine architektonische Schönheit und ein Symbol der gemeinsamen Offensive von Stadt und Land für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Damit ist die Voraussetzung für unsere neuen O-Bus-Linien gelegt. Und endlich erhalten Fußgängerinnen und Radfahrer einen qualitätsvollen Raum. Die neue Eisenbahnbrücke wird – wie auch bereits ihre Vorgängerin – das Linzer Stadtbild prägen. Ich danke allen, die diesen Neubau ermöglicht haben, vor allem den Linzerinnen und Linzern, die vor sechs Jahren in einer Volksbefragung JA zur neuen Brücke gesagt haben“, führte Bürgermeister Klaus Luger bei der Eröffnung aus.



Foto: Stadt Linz / Dworschak

Beim Durchscheiden des Bandes bei der Eröffnung (v.l.): Vizebürgermeister Markus Hein, Bürgermeister Klaus Luger und Linz AG-Generaldirektor Erich Haider

Landeshauptmann Thomas Stelzer

„Die neue Donaubrücke bedeutet mehr Lebensqualität für die Region durch weniger Stau. Darüber hinaus stärkt eine leistungsfähige Infrastruktur unseren Standort und schafft neue Möglichkeiten für Oberösterreich. Deshalb hat das Land OÖ die Stadt Linz bei diesem Projekt auch mit mehr als 30 Millionen Euro unterstützt“, betonte Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Vizebürgermeister Markus Hein

„Als Infrastrukturreferent von der Planung bis zur Fertigstellung für ein so komplexes Brückenbauprojekt verantwortlich zu sein, war eine große Herausforderung. In einem gemeinsamen Kraftakt ist es uns gelungen – trotz aller Widrigkeiten und einer Pandemie – unsere neue Eisenbahnbrücke bis zur Verkehrsfreigabe zu bringen. Bis zuletzt gab es noch viel zu tun, damit die Linzerinnen und Linzer zum ersten Mal unser brükkenbauliches Meisterwerk betreten konnten. Dabei ist unsere neue Brücke mehr als eine Landmarke – sie ist die modernste, schönste und bequemste Linzer Donauquerung für Fußgänger, Radfahrer, Individualverkehr, Bus und Stadtbahn. Mein Dank gilt allen, die von der Idee bis zur Eröffnungsfeier hart für dieses Projekt gearbeitet haben“, zeigte sich Vizebürgermeister Markus Hein erfreut.



Foto: Stadt Linz / Dworschak

Spielte während eines Marschs über die neue Dobnaubrücke auf: die Linz AG-Musikkapelle

Infrastruktur-LR Günther Steinkellner

„Wir haben den Brückenbau nicht nur technisch in die Hand genommen, sondern auch zwischenmenschlich. Zwischen Stadt- und Landespolitik wurden lange Zeit tiefe Gräben gezogen und Mauern gebaut. Die Hauptaufgabe der Politik ist es, Lösungen für die Menschen in unserem Land zu schaffen. Ich bedanke mich deshalb für die gute überparteiliche Zusammenarbeit. Gemeinsam ist es uns gelungen, die gebauten Mauern einzureißen und daraus Brücken zu bauen. Ganze 8.400 Tonnen Voest-Stahl und damit mehr als im Pariser Eifelturm verbaut, prägen das neue Wahrzeichen der Stahlstadt. Die neue Eisenbahnbrücke wird das stolze Symbol der Landeshauptstadt sein und darüber hinaus das zentrale Element eines der modernsten und fortschrittlichsten Stadtbahnsysteme in Österreich und Europa“, bekräftigte Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner.



Foto: Stadt Linz / Dworschak

Die erste Fahrt über die Brücke war für den Autobus der Linie 25 reserviert…

Generaldirektor Erich Haider

„Am heutigen Tag stehen für mich Dankbarkeit und Freude ganz weit vorne. Einer der Gründe dafür ist, daß ein derart spektakuläres Brückenbauprojekt ohne Arbeitsunfall finalisiert werden konnte. Mein Dank gilt deshalb auch ganz besonders den beteiligten Baufirmen und -arbeitern sowie den Projektteams der Stadt Linz und der LINZ AG für die erbrachten Leistungen. Gleichzeitig ist meine Freude jetzt, da die Neue Eisenbahnbrücke zum ersten Mal von vielen Menschen überquert und erlebt werden kann, groß. Ab Montag wird die moderne ‚Brücke für die Menschen‘ für den Verkehr freigegeben. Damit ist der 30. August 2021 für den öffentlichen Verkehr und für die Linz AG Linien nochmals ein besonderes Datum. Die erste Fahrt über die Brücke ist für den Autobus unserer Linie 25 reserviert und sie wird viele weitere Öffi-Fahrten einleiten“, meinte Linz AG-Generaldirektor Erich Haider am Eröffnungstag.

Zahlen, Daten Fakten

- Gesamtlänge der Brücke: 400 Meter
- Breite der Brücke: 31,5 Meter mit Aufweitung im Bereich der Balkone auf 33,7 Meter
- Max. Höhe über der Fahrbahn: ca. 14,5 Meter
- Gesamtgewicht Brückentragwerk: 16.500 Tonnen
- Gewicht Stahlkonstruktion: 8.400 Tonnen
- 8.000 m³ Stahlbeton
- 1.650 Tonnen Bewehrungsstahl (Widerlager, Pfeiler, Betonplatte)
- 45.000 m² Korrosionsschutz
- Der Brückenbogen P2 (in der Mitte der Brücke) hat ein reines Stahlgewicht von 2.687 Tonnen.
- Die Brückenbögen P1 und P3 haben ein reines Stahlgewicht von je 2.854 Tonnen. ■

https://www.linz.at/

Chronik

Gartenbaukino wieder geöffnet

Nach umfassender Generalsanierung des des letzten großen Einsaalkinos Wiens



Foto: Chris Mavrič

Das Gartenbaukino hat wieder offen – sehr zur Freude aller Cineasten, die das Ambiente des letzten großen Einsaalkinos Wiens vermißt haben. Knapp sieben Monate dauerte dessen Generalsanierung: Jede einzelne Stelle des Kinos wurde genau begutachtet, gereinigt, restauriert oder neu gemacht – in Zahlen waren das unter anderem 736 neu bezogene Sessel, 18 km neue Kabel, 600 Laufmeter Induktionsschleife, unzählige Tonnen Bauschutt, Wurstsemmeln sowie PCR-Tests und nicht zuletzt ein frisch gewaschener strahlender Vorhang aus Europas größter Waschmaschine.

Unter Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Grundsätze entstand ein Zusammenspiel aus historischem und neuem Bestand, das die Atmosphäre des Ortes erhalten hat und dennoch besonders in so wichtigen Bereichen wie der Elektrik oder in Bezug auf Brandschutz und Sicherheit dem derzeit geforderten Standard entspricht. Die Generalsanierung, die Architekt Professor Manfred Wehdorn verantwortete, war mit 3,3 Mio. Euro veranschlagt, davon kamen 2 Mio. von der Stadt Wien und 600.000 Euro vom Bund; ca. 260.000 Euro wurden durch eine Crowd-Funding-Kampagne lukriert.

„Wien hat sein Gartenbaukino wieder“, freut sich Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler über die Wiedereröffnung des Arthouse-Kinos nach Monaten der sanierungsbedingten Schließzeit. „Die behutsame Renovierung bringt den Stil, Charme und die



Foto: Alexi Pelekanos

v.l.: Architekt Manfred Wehdorn, Stadträtin Veronica Kaup-Hasler, Staatssekretärin Andrea Mayer und Gartenbaukino-Geschäftsführer Norman Shetler

architektonische Handschrift der 60er Jahre noch mehr zur Geltung. Mit seinen 736 fassenden Sitzplätzen ist das Gartenbaukino für Premieren und Festivals, allen voran der Viennale, unersetzlich. Die Stadt hat aktiv und maßgeblich dazu beigetragen, dieses einmalige und einzigartige Kinojuwel zu erhalten. Ich freue mich darauf, wenn sich Wiens berühmtester, roter Vorhang wieder hebt, es dunkel wird im Saal und es heißt ‚Film ab‘!“

„Kulturorte müssen erhalten, Kulturdenkmäler gepflegt werden!“, so die Staatssekretärin für Kunst und Kultur Andrea Mayer. „Daß das Gartenbaukino heute in historischem Glanz erstrahlt, ist eine Leistung vieler Beteiligter, die nicht zuletzt aber auf die enge und gute Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt zurückzuführen ist. Auf Basis umfangreicher restauratorischer Recherchen wurde ein denkmalverträgliches Sanierungskonzept ausgearbeitet, das nicht nur die historischen Oberflächen, sondern auch das besondere Flair bewahren konnte. Es wird mit Strahlkraft und seiner besonders vielseitigen technischen Ausstattung den Wiener Festivals, den großen Gala-Premieren und Filmveranstaltungen einen idealen Raum bieten.“

„It’s a Wrap! Nach bald zwei Jahren Konzeptions- und Planungsarbeit und knapp siebenmonatiger Baustelle ist das Projekt ‚Generalsanierung Gartenbaukino‘ fertiggestellt. Tausende Seiten restauratorischer Befundungen und die Arbeit dutzender Gewerke wurden in die Umsetzung gesteckt, die nunmehr innerhalb des gesetzten Zeit- & Kostenrahmens das Kino gleichermaßen in neuem wie altem Glanz erstrahlen läßt“, so Norman Shetler, Geschäftsführer des Gartenbaukinos. ■

https://www.gartenbaukino.at/

Gastronomie & Kulinarisches

Geburtsort des Lagerbieres

Bierige Geschichte über die Brauerei Schwechat

Ein wesentlicher Meilenstein in der fast 400jährigen Geschichte der Brauerei Schwechat ist Anton Dreher, der vor 180 Jahren eine Bierrevolution auslöste. Nach ersten durchaus erfolgversprechenden Brauversuchen gelingt es ihm, im Frühjahr 1841 sein erstes helles untergäriges Bier zu brauen, das bei niedrigen Temperaturen vergoren und wegen der vorherigen Lagerung in kalten Kellern in der Brauerei bald „Lagerbier“ genannt wird. Erst dann wird es zu den Wirten ausgeliefert und hat in den Wiener Wirtshäusern „Zur Kohlkreunze“ in Fünfhaus und „Zur blauen Flasche“ in Neulerchenfeld den ersten sensationellen Erfolg, der die Erfolgsgeschichte der Schwechater Brauerei einleitet. Der akribischen Konsequenz Anton Drehers in der Weiterentwicklung der untergärigen Gärmethode ist es zu verdanken, daß dieser Biertyp von Wien aus Weltruhm erlangt.

Der große Erfolg des Lagerbiers ist aber auch auf den Einsatz von technischen Geräten und Maschinen zurückzuführen. Dreher verwendet als erster Brauer in Wien ein Thermometer und ein Saccharometer und setzt ab 1850 eine Dampfmaschine ein. Diese ist heute im Technischen Museum in Wien ausgestellt. Für Dreher gelten die vier Elemente Eisen (statt Holz), Maschine, Kohle und Dampfkraft, welche Voraussetzung für die Umstellung auf die industrielle Herstellungsmethode sind. Dreher kauft in diesen Jahren umfangreiche Grundstücke in Schwechat, um seine Kapazitäten zu erweitern und umfangreiche Lagermöglichkeiten zu besitzen.

Im Laufe der 1860er Jahre wird die Brauerei Schwechat zur größten des europäischen Festlandes. Die Fässer des „Klein Schwechater Lager“ werden weit über die Grenzen Österreichs und sogar Europas hinaus geliefert. Dreher kauft 1859 die böhmische Brauerei Michelob bei Saaz und 1862 die Brauerei Steinbruch/Kobanya in Budapest. 1869 wird als dritter Tochterbetrieb eine Brauerei in Triest erworben.

Wo die Schwechater Brauerei ihr Lagerbier präsentiert, erhält sie die höchsten Auszeichnungen, so auch bei der ersten Weltausstellung 1862 in London und bei fast allen folgenden Weltausstellungen. Die größte Ehrung wird Anton Dreher sen. am 26. November 1861 zu teil: Kaiser Franz Josef besucht das Brauhaus Schwechat und zeichnet ihn mit dem Ritterkreuz des Franz Josef-Ordens aus.



Foto: Brau Union Österreich



Foto: Brau Union Österreich

Das Schwechater Wiener Lager überzeugte zuletzt bei der Austrian Beer Challenge mit Silber

Bild links: Anton Dreher (1810-1863)

Nach seinem frühen Tod im Jahr 1863 gelingt einer Interimsdirektion, die aus Franz Anton Aich, August Deiglmayr und dem späteren Wiener Bürgermeister Cajetan Felder besteht, eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Brauerei. Der wichtigste Erfolg dieser Jahre ist die Teilnahme an der Weltausstellung 1867 in Paris, wohin erstmals Bierfässer in gekühlten Bahnwaggons gebracht werden.

Gastronomie & Kulinarisches

Heute ist die Brauerei einer jährlichen Produktion von mehr als 1 Million Hektolitern eine Großbrauerei und entwickelt sich aufgrund der Abfüllung des Bieres in Dosen zum Kompetenzzentrum in der Brau Union Österreich AG. Die moderne Brauerei entsteht westlich der heutigen Mautner-Markhof Straße, die das alte vom neuen Gelände trennt. Ein Teil der alten Gebäude wie das alte Brauhaus und der Pavillon bleiben als letzte Reste unter Denkmalschutz bestehen.

Die Marke Schwechater erfährt seit 1999 durch das Schwechater Zwickl in der Nostalgieflasche und dem alten Etikettenaussehen sowie ab 2016 mit dem neuen „Wiener Lager“ in der Gastronomie einen Aufschwung durch seine einzigartig hohe Qualität. Das „Wiener Lager“ ist eine Neuinterpretation des 1841 von Anton Dreher sen. kreierten Bierstils und wird auch ihm gewidmet.



Foto: Stadtgemeinde Schwechat

v. l.: Bierpapst Conrad Seidl, Buchautor Alfred Paleczny, Bürgermeisterin Karin Baier, die Dreher-Nachfahrinnen Diana Wünschek-Dreher und Serena Hamberg sowie Braumeister und Co-Buchautor Andreas Urban.

Auf den Geschmack gekommen

Auch heute, in Zeiten großer Biervielfalt kommen immer mehr Bierliebhaber (wieder) auf den Geschmack von Lager. Zwar greift noch mehr als jeder Zweite (59 Prozent) zum Märzen, aber über ein Drittel (35 Prozent) trinkt bereits am liebsten Lager und die Fans werden jährlich mehr.

Seit 2016 gibt es als Andenken an den großen Gründer aus der Schwechater Brauerei wieder ein Wiener Lager, dessen Rezeptur an das Original angelehnt ist.

Generell kann der Biertyp wieder häufiger genossen werden, wie Braumeister und Präsident des Braumeisterbundes Andreas Urban weiß: „Es ist schön, daß sich nicht nur wir in Schwechat an der Geburtsstätte des Wiener Lagers, sondern auch andere österreichische Brauereien dieses schon fast vergessenen Biertyps erinnern – und die Bierlandschaft damit entscheidend belebt haben.“

Die Geschichte der Brauerei Schwechat

Anläßlich des 100. Todestages von Anton Dreher dem Jüngeren ist im August das Buch „Die Geschichte der Brauerei Schwechat – Von den Bierbaronen Dreher und Mautner Markhof in die Gegenwart“ erschienen, die diese Erfolgsgeschichte nacherzählt.

Braumeister Andreas Urban hat als einer der Autoren die historische Entwicklung im Buch mitgezeichnet und gemeinsam mit Alfred Paleczny beim Musikfestival „Klang & Kulinarik“ in Schloß Rothmühle vorgestellt. Dabei wurden auch viele Erinnerungen aus der Erfolgsgeschichte des Schwechater Bieres geweckt, wie das „Plopp“ aus der legendären TV-Serie „Ein echter Wiener geht nicht unter“ oder die ersten Trikots mit Werbung des Fußballvereins Wiener Austria.

Legendärer Bieranstich

Passend zur bierigen Lektüre lud Bürgermeisterin Karin Baier auch zu einem feierlichen Bieranstich, bei dem natürlich eines nicht fehlen durfte, das Schwechater Original Wiener Lager.

Seit 2016 wird in der Brauerei Schwechat wieder ein Original Wiener Lager gebraut, in Anlehnung an Drehers legendäres Lagerbier. Das Schwechater Original Wiener Lager ist bernsteinfarben mit orangen Reflexen, in der Nase findet man feine hopfige Noten unterstrichen durch leicht biskuitartige Töne. Im Trunk wird die dezente Bittere durch röstige, malzige Aromen unterstützt. Kulinarisch schätzen Bierliebhaber das Wiener Lager als perfekte Begleitung zu Klassikern der österreichischen Küche wie Gulasch oder Faschiertem Braten. ■

ISBN 978-3-205-21325-3

https://www.brauunion.at/



Foto: Brau Union Österreich

In der Brauerei Schwechat entsteht die Abwärme beim Brauprozeß und wird zum Heizen von 900 Wohnungen genutzt.

Personalia

Helmut Kutin – Ein Leben für die Kinder

Helmut Kutin hat als Nachfolger von Gründer Hermann Gmeiner und als Präsident der SOS-Kinderdörfer deren weltweite Entwicklung über Jahrzehnte geprägt.



Foto: SOS Kinderdorf

Ehrenpräsident Helmut Kutin leitete über Jahrzehnte hin die Geschicke von SOS-Kinderdorf

Auch vier Jahre nach Ende des Nationalsozialismus und Schrecken des Zweiten Weltkriegs sind Zerstörung und Elend in Österreich unübersehbar. Besonders schlimm ist es für Kinder, die ihre Eltern verloren haben oder für Kinder ohne ausreichende elterliche Fürsorge. Hermann Gmeiner (Bauernsohn aus Vorarlberg und selbst früh Halbwaise) ist erschüttert darüber, wie diese Kinder „verwahrt" werden. Er ist überzeugt, Hilfe ist nur dann wirksam, wenn jedes Kind in einer Familie oder einem familienähnlichen Umfeld aufwachsen kann.

Gmeiner und ein Team engagierter Frauen und Männer um ihn herum gründen 1949 in Innsbruck den Verein „Societas Socialis", der später in den Verein SOS-Kinderdorf umgewandelt wird. Noch im selben Jahr beginnen die Bauarbeiten für das erste SOS-Kinderdorf in Imst in Tirol. Mit dem für die damalige Zeit fast revolutionären Konzept setzt SOS-Kinderdorf neue Maßstäbe in der außerfamiliären, langfristigen Betreuung von Kindern.

Zwei Zitate, die seine Haltung zeigen:

„Eines wurde mir während all meiner Reisen klar: Die größte Not des Kindes ist es, zu niemandem zu gehören. Das Fehlen von Ausbildung, Nahrung und Kleidung ist für ein Kinder leichter zu ertragen als alleine zu sein, ohne Zuhause, ohne Zugehörigkeit."

„Laßt uns nicht herabschauen auf das arme, verlassene Kind. Vielmehr laßt es uns annehmen als unser Kind und ihm einfach als Kind mit seiner ganzen Geschichte begegnen. Und mit all seinen Stärken und Schwächen."

Helmut Kutin

40 Kinder ziehen 1951 mit ihren SOS-Kinderdorf-Müttern in ihr neues Zuhause im SOS-Kinderdorf Imst ein, knapp 70 leben 1952 dort und 130 Kinder 1954. 1953 findet dort – nach einer Familientragödie – auch Helmut Kutin Geborgenheit in einer Familie. der 1941 in Bozen geborene Südtiroler wuchs dort wohlbehalten und umsorgt auf und besuchte nach Beendigung der Pflichtschule ging er nach Innsbruck, um dort die Lehrerbildungsanstalt mit seiner Matura zu beenden. Das darauffolgende Studium der Volkswirtschaft finanzierte er sich, indem er als Erzieher arbeitet und Tätigkeiten im Tourismus übernahm.

1967 folgte eine entscheidende Wende, die sein Leben verändern und ab nun prägen sollte: Nach intensiven Gesprächen mit SOS-Kinderdorf-Gründer Hermann Gmeiner ging Helmut Kutin nach Vietnam, um dort das erste und damals größte SOS-Kinderdorf der Welt im heutigen Ho-Chi-Minh-Stadt aufzubauen. 1976 mußte das Land aus politischen Gründen verlassen, dennoch war der Beginn einer unglaublich dynamischen Aufbau- und Erfolgsgeschichte in Asien: Ab 1971 war er Repräsentant für Asien, wo innerhalb weniger Jahre eine Vielzahl weiterer SOS-Kinderdorf-Einrichtungen folgten.

1985 wurde er als Nachfolger von SOS-Kinderdorf-Gründer Hermann Gmeiner als Präsident von SOS-Kinderdorf International



Foto: SOS Kinderdorf

Gründer Hermann Gmeiner mit den ersten Kindern im SOS-Kinderdorf in Imst in Tirol



Foto: SOS Kinderdorf

Helmut Kutin mit dem aktuellen SOS-Kinderdorf-Geschäftsführer Christian Moser

und von SOS-Kinderdorf Österreich bestellt. 2012 übergab er die Präsidentschaft von SOS-Kinderdorf International an Siddhartha Kaul. 2017 erfolgte seine Ernennung zum Ehrenpräsidenten von SOS-Kinderdorf Österreich und er übergab den Vorsitz im Aufsichtsrat an Irene Szimak.

Zu Beginn seiner Präsidentschaft gab es weltweit 233 SOS-Kinderdörfer und knapp 400 angeschlossene Einrichtungen in 85 Ländern. Heute ist SOS-Kinderdorf in 135 Ländern tätig mit 571 SOS-Kinderdörfern und mehr als 1300 angeschlossenen Einrichtungen und Programmen (Kindergärten, Schulen, Jugendhäusern, Sozial- und Berufsbildungszentren, Familienstärkungs- und Nothilfeprogrammen).

Zahlreiche Auszeichnungen reflektieren seinen unermüdlichen und weltweiten Einsatz für Kinder in Not. Darunter der höchste Königsorden des Königreiches Thailand, das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, der Verdienstorden „The Two Border Nails“ der Republik Sudan, der „Award of Friendship“ der Republik Russland, der Verdienstorden „Manas Medal“ der Republik Kirgisistan, den Orden „Honor al Merito Parlamento Centroamericano“ der Republik Guatemala, der päpstlichen Orden „St. Gregorius Magnus“, das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und der Ring des Landes Tirol.

Die größte Auszeichnung bleibt für Helmut Kutin jeder junge Mensch, der trotz meist sehr schwieriger Start- und Rahmenbedingungen in jungen Jahren den Weg in ein selbstbestimmtes und gutes Leben findet. Dafür engagiert er sich persönlich mit sehr viel Einsatz, fördert talentierte SOS-Kinderdorf Kinder und unterstützt viele der jungen Menschen ganz persönlich, ihre beruflichen Ziele und Wünsche zu erreichen.

Tiefer Respekt und ein großes Danke an den Ehrenpräsidenten

Christian Moser, Geschäftsführer von SOS-Kinderdorf Österreich, spricht Helmut Kutin seinen besonderen Dank aus und gratuliert im Namen des Aufsichtsrates und aller MitarbeiterInnen zum runden Geburtstag. „Helmut Kutin ist für mich seit vielen Jahren wertvoller Mentor und Begleiter und hat immer wieder betont – auch wenn er manches anders gesehen und entschieden hätte – darauf zu vertrauen, daß die junge Generation den Weg für SOS-Kinderdorf erfolgreich weiterführen wird“, so Moser. „Für dieses Vertrauen und seinen unermüdlichen Einsatz für Not leidende Kinder und junge Menschen in Österreich und aller Welt gebührt ihm unser aller Dank und Anerkennung!“

Sich selbst nicht so wichtig zu nehmen, ist bis heute ein Leitsatz im Leben von Helmut Kutin. Nicht er oder irgendeine andere Person seien wichtig, sondern die Kinder. Daher sieht es Kutin immer noch als seine wichtigste Aufgabe, gemeinsam mit vielen FreundenInnen, UnterstützerInnen und PartnerInnen Mittel und Wege zu finden, um Kindern zu helfen und sich für ihre Rechte und ein kindgerechtes Leben einzusetzen.

„Mich stört immer wieder der vertröstende Blick ins Morgen, daß Kinder unsere Zukunft sind. Mir geht es nicht darum, was morgen für Kinder geschieht, sondern um das Heute, Hier und Jetzt! Kinder leben mehr als wir alle in der Gegenwart, sie leben und spüren intensiv jeden Augenblick, sie haben ein Recht auf geglückte Gegenwart und ein Recht auf Hilfe, wenn diese ihnen verwehrt ist“, so Helmut Kutin. ■

https://www.sos-kinderdorf.at/
https://www.sos-childrensvillages.org/



Foto: SOS Kinderdorf

Als bestimmende Elemente für ein SOS-Kinderdorf wurden die „vier SOS-Kinderdorf-Prinzipien“ entwickelt: Mutter, Geschwister, Haus, Dorf.

Religion und Kirche

150 Jahre Evangelisch-methodistische Kirche in Österreich

Bundespräsident Van der Bellen: Dank für vielfältiges Engagement und aktives Einbringen in Gesellschaft



Foto: epd / Uschmann

v.l.: Bischof Dr. Manfred Scheuer (RK), Pastorin Esther Handschin (EmK), Superintendent Olivier Dantine (Evang. AB), Bischof Michael Chalupka (Evang. AB), Superintendent Stefan Schröckenfuchs (EmK), Charlotte Schwarz (Lainpredigerin , EmK Salzburg), Pastorin Dorothee Büürma (EmK Salzburg), Bischof Patrick Streiff (EmK, Zürich), Pastor i.R. Prof Manfred Schwarz (EmK Salzburg), Dominik Elmer (Leiter Infopoint Kirchen – Offener Himmel, Dekanantsreferent für das Dekanat Salzburg Zentralraum)

Ein „kleine, aber feine Kirche“, so der für Mittel- und Südosteuropa zuständige evangelisch-methodistische Bischof Patrick Streiff, feiert ihren 150. Geburtstag. Den Festakt zum 150Jahr-Jubiläum der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich (EMK) am 8. Oktober in Wien prägten nicht nur zahlreiche Glückwünsche aus aller Welt, vor allem der Dank für das vielfältige Engagement der Kirche in der Gesellschaft kam dabei zum Ausdruck.

„Von Anfang haben sich Mitglieder Ihrer Kirche um andere gesorgt“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen in einer Videobotschaft. Auch heute noch bringe sich die methodistische Kirche aktiv in die Gesellschaft ein, etwa bei Integrationsprojekten, der Flüchtlingshilfe oder im Einsatz für Kinder, Menschen verschiedener Herkunftsländer fänden hier „Platz und Gehör“. Der Bundespräsident dankte für das wichtige Engagement, gerade das letzte Jahr habe gezeigt, „wie sehr wir aufeinander angewiesen sind und wie viel wir bewegen können wenn wir zusammenhalten“.



Foto: epd / Uschmann

Pastorin Dorothee Büürma, Pfarrerin Julia Schnizlein (sie führte durch den Festakt) und der methodistische Superintendent Stefan Schröckenfuchs

Der Leiter des Kultusamtes im Bundeskanzleramt, Florian Welzig, sprach beim Festakt von einer „sehr fruchtbaren Kooperation“ zwischen dem Staat und den Kirchen und Religionsgemeinschaften in Österreich. Der gesellschaftliche Zusammenhalt stehe auf vielen Säulen, „Sie sind so eine Säule“ mit den zentralen Elementen Ökumene, Internationalität und soziale Arbeit, so Florian Welzig zu den beim Festakt anwesenden Mitgliedern der evangelisch-methodistischen Kirche.

Religion und Kirche



Foto: epd / Uschmann

Bischofsvikar Nicolae Dura, stellvertretender Vorsitzender der ÖRKÖ



Foto: epd / Uschmann

Michael Chalupka, Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche



Foto: epd / Uschmann

Manfred Scheuer, Bischof der Diözese Linz

Enge Zusammenarbeit zwischen den evangelischen Kirchen

„Ich bin ein Methodist, zumindest in einem Teil meines Herzens“, sagte der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka. Die drei evangelischen Kirchen, die lutherische, die reformierte und die methodistische, seien in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer enger zusammengewachsen und „noch mehr Geschwister geworden“. Das zeige sich etwa im jährlichen Reformationsempfang, der gemeinsam begangen wird, in der gemeinsamen PfarrerInnentagung oder in gemeinsamen Schwerpunktjahren. Am Zusammenwachsen hätten mehrere Personen intensiv mitgewirkt, in der Diakonie Ernst Gläser und Wilhelm Nausner, in den evangelischen Kirchen etwa der frühere Bischof Michael Bünker, der frühere methodistische Superintendent Lothar Pöll und Landessuperintendent Thomas Hennefeld. „Die methodistische Kirche ist eine Weltkirche, das bewahrt uns vor lutherischem und reformiertem Provinzialismus“, ist der lutherische Bischof überzeugt. Seitens der römisch-katholischen Kirche gratulierte der für Ökumene zuständige Bischof Manfred Scheuer und unterstrich vor allem das große diakonische und karitative Engagement der „kleinen, aber sehr wirksamen“ Kirche. Gleichzeitig dankte Scheuer für die große Präsenz, „wenn eure Kirche wächst und blüht ist das ein Segen für andere Kirchen und unser Land“.

Ökumenisches Engagement von Anfang an

Der stellvertretende Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ), Bischofsvikar Nicolae Dura, erinnerte daran, daß die methodistische Kirche 1958 zu den Gründungsmitglieder des ÖRKÖ zählte. Das breit gestreute Engagement sei beeindruckend, ebenso der Beitrag der methodistischen Kirche zur Entwicklung der Ökumene in Österreich.



Foto: epd / Uschmann

Florian Welzig, Leiter des Kultusamtes im Bundeskanzleramt

Auf die Anfänge der methodistischen Kirche in Österreich kamen Pastorin Esther Handschin und Maria Sonnleithner zu sprechen. Methodistische Prediger, die 1871 auf Württemberg nach Wien kamen, gründeten hier die erste Gemeinde. Als nicht anerkannte Kirche waren die Mitglieder mit „zahlreichen Schikanen und Verboten konfrontiert“, bis dann 1951 die staatliche Anerkennung erfolgte.

Das Fundament für die weitere Entwicklung legte nach der ersten Gemeindegründung in Wien Baronin Amelie von Langenau, die 1890 zur Gemeinde stieß. Ihr Vermögen, das sie der Kirche hinterließ, schuf „die nötige Freiheit und den Gestaltungsraum“, damit die EMK heute ihren vielfältigen Aufgaben nachkommen und den Glauben weitergeben kann, erklärte der Präsident des Kirchenvorstands Roland Siegrist.

In mehren Videobotschaften übermittelten VertreterInnen verschiedener Kirchen und verbundener kirchlichen Organisationen Glückwünsche zum 150Jahr-Jubiläum und strichen dabei die besonderen Charakteristika der methodistischen Kirche heraus, etwa als Tor zu Osteuropa, ihre besondere Gastfreundschaft, die Rolle als Brückenbauerin oder als Pionierin des diakonischen Engagements.

Ben Nausner, der seit vielen Jahren ehrenamtlich in der methodistischen Kirche tätig ist, hob die wichtige Rolle der Laien hervor: Wesentliches Merkmal der EMK sei, daß Laien und Pastoren gleichberechtigt eingebunden sind, gemeinsam Verantwortung tragen und in die Gesellschaft hineinwirken.

Dankbar für die vielen Zeichen der Anerkennung zeigte sich der gastgebende methodische Superintendent Stefan Schröckenfuchs. Diese seien zugleich Auftrag und Ansporn für die Zukunft, die Stärken der EMK weiterzuentwickeln. In einer Zeit, die durch rasche Veränderung geprägt sei, gelte es, als „Kirche besonnen zu bleiben und sich auf die ureigenen Aufgaben zu besinnen“. Dabei zitierte Schröckenfuchs seinen Vorgänger Helmut Nausner: „Das tun, was die Bibel nahelegt: Gott von ganzem Herzen lieben und den Nächsten wie dich selbst.“ ■

https://www.emk.at/
https://evang.at/

Evangelischer Superintendent Koch feierlich verabschiedet

Bischof Chalupka im burgenländischen Stadtschlaining: »Amt nie als Herrschaft, sondern immer als Dienst verstanden«



Foto: Evangelische Kirche im Burgenland / Harald Kasper

v.l.: Landtagspräsidenin Verena Dunst, Bischof Michael Chalupka, Manfred Koch, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics und Markus Szelinger, Bürgermeister von Stadtschlaining

In einem Festgottesdienst in Stadtschlaining wurde Manfred Koch, Superintendent der evangelischen Diözese Burgenland, durch Bischof Michael Chalupka am Nachmittag des 29. August feierlich von seinem Leitungsamt entpflichtet. Koch war seit 2003 Superintendent, im September trat er in den Ruhestand. Ihm folgte der bisherige Pfarrer von Kufstein, Robert Jonischkeit, nach, der im März von der Superintendentialversammlung für eine zwölfjährige Amtszeit gewählt worden war.

Koch: »Dienet dem Herrn mit Freuden« als prägendes Leitwort

Koch stellte seine letzte Predigt als Superintendent unter das Bibelwort „Dienet dem Herrn mit Freuden“, das ihn von Beginn seiner Tätigkeit als Vikar, dann Pfarrer in Schlaining, später als Senior und schließlich als Superintendent begleitet habe. „Die Freude hat angehalten, auch wenn es immer wieder auch Dämpfer gegeben hat“, sagte Koch, aber nicht, weil das Evangelium nicht gehalten hätte, sondern „ich dem Evangelium im Weg gestanden bin“. Gott habe „nicht locker gelassen“, die „Freude am Herrn“ sei „unsere Stärke“ beim Dasein für andere. Der Mensch mit all seinen Bedürfnissen stehe im Mittelpunkt, ihm gelte die Botschaft, „daß ich von Gott geliebt und getragen bin“.



Foto: Evangelische Kirche im Burgenland / Harald Kasper

Der scheidende Superintendent Manfred Koch wird von Bischol Michael Chlupka entpflichtet

Bei der Entpflichtung würdigte Bischof Chalupka Kochs vielfältige Verdienste: „Du hast dein Amt nie als Herrschaft sondern immer als Dienst verstanden“. Nun werde ihm die „Pflicht von der Schulter genommen, aber die Freude soll bleiben“. Den scheidenden Superintendenten, der fast zwei Jahrzehnte Pfarrer in Stadtschlaining war, bezeichnete der Bischof als „Geschenk für die gesamte Evangelische Kirche in Österreich“, Koch möge noch „vielen Menschen zum Segen werden“.



Foto: Evangelische Kirche im Burgenland / Harald Kasper

Die letzte Predigt als Superintendent: Manfred Koch bei seinem Entpflichtungsgottesdienst

Doskozil: Kirchen bilden wichtige gesellschaftspolitische Klammer

Superintendentialkuratorin Christa Grabenhofer, die in der Evangelischen Kirche das weltliche Pendant zum Superintendenten bildet, konnte zum Festgottesdienst zahlreiche VertreterInnen des kirchlichen und öffentlichen Lebens begrüßen, an der Spitze der römisch-katholische Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics sowie Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst. Der Dienst am Menschen habe Manfred Koch ausgezeichnet, betonte der Landeshauptmann, der dem Superintendenten den Dank des Landes aussprach. Die großen Themen und auch Konflikte der Zukunft bräuchten eine gesellschaftspolitische Klammer, „diese Klammer ist mit Sicherheit die Kirche“, zeigte sich der Landeshauptmann überzeugt.

Zsifkovics: Gemeinsames Zeugnis ist lebendiger Teil der Vielfalt des Landes

Für den „hingebungsvollen Dienst“, die gute Zusammenarbeit und ganz besonders die persönliche, innige Freundschaft dankte Diözesanbischof Zsifkovics. Das gemeinsame Zeugnis für Christus sei „lebendiger Teil der Vielfalt des Landes“, das heuer sein 100jähriges Bestehen feiere. Der gemeinsame, vertrauensvolle Einsatz „für die Sache Jesu“, insbesondere für Arme, Notleidende, Verfolgte, Flüchtlinge und Ausgegrenzte habe die Zusammenarbeit geprägt. Er, so der Bischof, sei dankbar, daß die Kirchen nicht mehr gegen- oder nebeneinander, sondern „miteinander und füreinander“ unterwegs seien, das sei „der burgenländische Weg, der Vielfalt wahrnimmt, fördert und auch für die Zukunft erhält“.

Manfred Koch habe über viele Jahre die Evangelische Kirche im Burgenland sichtbar gemacht und ihr ein Gesicht gegeben, sagte Superintendentialkuratorin Grabenhofer. Als Führungsperson habe er dabei immer Haltung beweisen und auch Unliebsames meistern müssen. Koch habe nicht nur viel initiiert, sondern vor allem zu den Pfarrgemeinden immer die Verbindung gehalten und vielen Menschen dabei „Trost und Ermutigung“ gegeben.



Foto: Evangelische Kirche im Burgenland / Harald Kasper

Der neue Superintendent Robert Jonischkeit mit Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics

Als Vertreter der burgenländischen PfarrerInnen dankten Senior Carsten Marx und Senior Joachim Grössing dem Superintendenten für seinen Einsatz im Leitungsamt, „für uns und unsere Anliegen hast du stets ein offenes Ohr gehabt, manchmal rund um die Uhr“.

Den Dank aus dem Kreis der Superintendenten und SuperintendentialkuratorInnen überbrachten der Kärntner Superintendent Manfred Sauer und die niederösterreichische Superintendentialkuratorin Gisela Malekpour. Koch habe sich „nie laut in den Vordergrund gedrängt“, sondern immer die Bedürfnisse der Pfarrgemeinden und den einzelnen Menschen im Blick gehabt, unterstrich Malekpour. Und Manfred Sauer dankte Koch für den herausfordernden Dienst ebenso wie für seinen kollegialen, freundschaftlichen und besonnenen Umgang in der gesamtösterreichischen Zusammenarbeit.

Koch selbst dankte abschließend allen haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen für das gute Miteinander über viele Jahre, insbesonders galt der Dank aber seiner Frau und der Familie für die unerläßliche Unterstützung im Hintergrund.

Der 1956 in Markt Allhau geborene Koch hatte 1983 sein Vikariat in Stadtschlaining angetreten und ab 1984 für fast zwei Jahrzehnte dort als Pfarrer gewirkt. 2002 übernahm er nach dem Rücktritt von Superintendentin Gertraud Knoll als dienstältester Senior (stellvertretender Superintendent) die Geschäftsführung der Diözese. 2003 wurde er zum Superintendenten gewählt, 2014 wiedergewählt. Koch war darüberhinaus Gründungsmitglied des in Stadtschlaining angesiedelten ökumenischen Forums CONCENTRUM.

Liturgisch gestaltet wurde der Gottesdienst vom Schlaininger Pfarrer Gerhard Harkam, Kurator Herbert Glatz, Senior Carsten Marx und Senior Joachim Grössing. Für die musikalische Gestaltung sorgte Diözesankantorin Mareen Osterloh an der Orgel. ■

https://evang-bgld.at/
https://evang.at

Religion und Kirche

Grabesritterorden feierte Aufnahme neuer Mitglieder

Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem



Foto: Dominik Surböck

Die neu investierten Ritter und Damen des Ordens mit Ihren Patinnen und Paten und dem Klerus vor der Kremser Stadtpfarrkirche

Der Abt von Wilten, Raimund Schreier, hat als Großprior des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem am Wochenende vom 24. bis 26. September 15 Frauen und Männer in den Orden aufgenommen. In einem feierlichen Gottesdienst erhielten die neuen Grabesritter Ordenskreuz und Mantel, die Männer zusätzlich den Ritterschlag.

Rund 300 Mitglieder des Ordens zogen am 25. September durch die Kremser Landstraße zum „Dom der Wachau“, voran der Zeremoniär mit dem Schwert, mit dem die Männer später den Ritterschlag von Großprior Raimund Schreier erhielten. An der Festmesse in der Kremser Stadtpfarrkirche nahmen neben Diözesanbischof Alois Schwarz und Militärbischof Werner Freistetter auch Abt Thomas Renner vom Stift Altenburg, der Administrator des Stiftes Klosterneuburg, Maximilian Fürnsinn und der Statthalter des Ordens in Österreich, Andreas Leiner, teil.



Foto: Dominik Surböck

Ritterschlag: Die Aufnahme der neuen Mitglieder erfolgt durch Übergabe von Ordenskreuz und Mantel, die Männer erhalten zusätzlich den Ritterschlag.

Investiert, also in den Orden aufgenommen, wurden Frauen und Männer, Laien und Kleriker, die allesamt dem Orden gleichberechtigt angehören. Ausgerichtet wurde die Investiturfeier von der Komturei St. Pölten, eine der zwölf Komtureien des Ordens in Österreich. Karl Lengheimer, Leiter der Komturei, freute sich, „daß 15 neue Mitglieder den Weg in eine Gemeinschaft gefunden haben, die in Israel-Palästina Bedürftige, Jugendliche sowie alte und ausgegrenzte Menschen ungeachtet ihrer religiösen Zugehörigkeit unterstützt“. So werden etwa die Spenden der Ritter und Damen, die im Rahmen



Foto: Dominik Surböck

Umzug Krems Investitur: Rund 300 Mitglieder des Ordens zogen durch die Kremser Landstraße, allen voran der Zeremoniär mit dem Schwert, mit dem die Männer später den Ritterschlag erhielten.

der Investitur vereinnahmt wurden, die Renovierung eines Kindergartens in Beit Jala ermöglichen.

Bei der jährlich stattfindenden Investitur werden katholische Frauen und Männer, die privat und beruflich ein Leben nach den christlichen Werten führen, aufgenommen. „Wir möchten, daß in jenem Land, in dem Jesus geboren und auferstanden ist, weiterhin Christen leben. Wir wollen in der Welt von heute gewissenhaft, freudig und mutig in unserer Kirche mitwirken und Mitverantwortung tragen. Unsere neuen Mitglieder werden nun diesen Weg mit uns beschreiten, um in einem oftmals von Krisen geschüttelten Land ein wenig zu Frieden stiften“, so Lengheimer.

Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem

Der Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem ist eine katholische Ordensgemeinschaft mit weltweit über 30.000 Mitgliedern und rund 550 Mitgliedern in Österreich. Ihr gehören Männer und Frauen, Laien und Geistliche an. Sie unterstützen in tätiger Hilfe die Christinnen und Christen im Heiligen Land.

Die regionalen Einheiten des Ordens heissen „Komtureien“, die zwölf Komtureien bundesweit sind in der österreichischen Statthalterei zusammengeschlossen.

Entstanden ist der Orden aus einer spätmittelalterlichen Pilgerbewegung. Er ist seit 150 Jahren im Heiligen Land karitativ tätig. Frauen sind in dem päpstlichen Orden bereits seit 1883 als vollwertige Mitglieder zugelassen.

Der Ritterorden in Österreich

Obwohl es in Österreich immer schon Ordensritter (etwa den Minnesänger Oswald von Wolkenstein, Kaiser Friedrich III oder sehr viel später Kaiser Franz Joseph) gab, hatte der Ritterorden vom Heiligen Grabs anfänglich keine handlungsfähige Organisation.

Im Jahre 1933 ernannte der Lateinische Patriarch Barlassina, der nach dem damaligen Statut den Orden führte, Gustav Heinrich Maria Graf Sizzo de Noris zum Statthalter des Ritterordens in Österreich. Damit war erstmals der organisatorischer Rahmen für die Damen und Ritter des Ordens geschaffen, den der Ritterorden in dieser Epoche allerdings kaum aktiv nutzte. Bemerkenswert ist lediglich die Aufnahme des damaligen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas mit seiner Frau und die Aufnahme von Kardinal Innitzer in den Orden.

In den politischen Wirren und Katastrophen der folgenden Jahre wurde nach dem Tod des Statthalters Sizzo de Noris 1943 kommissarisch Heinrich Höfflinger, der 1913 als k.u.k. Offizier in Jerusalem den Ritterschlag erhalten hatte, zum Statthalter bestimmt. Mitglieder des Ritterordens, wie besonders Graf Montjoye-Vaufrey, schlossen sich dem Widerstand gegen das Hitler-Regime an.

Erst 1951 begründete der damalige Großmeister Kardinal Canali die praktisch inaktive österreichische Statthalterei (die nach den Bestimmungen des Konkordates von der Republik Österreich anerkannt ist) mit dem Salzburger Primararzt Univ. Prof. Erwin Domanig zuerst als Regent, dann als ersten Statthalter. Erster Großprior war der Salzburger Fürsterzbischof Andreas Rohracher.

Die österreichische Statthalterei (ungefähr 500 Ritter und Damen) wird heute vom Statthalter Andreas Leiner und vom Großprior Abt Raimund Schreier geleitet. Ehrenstatthalter sind Hofrat Karl Lengheimer und Prof. Edwin Gräupl.

Ehrengroßpriore sind Erzbischof Alois Kothgasser SDB, em. Erzbischof von Salzburg und Prälat Maximilian J. Fürnsinn, Propst des Stiftes Herzogenburg. ■

https://www.oessh.at/

https://www.oessh.at/orden/komtureien/st-poelten

Wissenschaft & Technik

Archäologische Entdeckung mit internationaler Bedeutung

Auf der Bahnstrecke Pottendorfer Linie wurde ein rund dreitausend Jahre alter, einzigartiger Goldschatz entdeckt



Foto: ÖBB / Frey

v.l.: Security-Mitarbeiter, Franz Bauer, Vorstandsdirektor der ÖBB-Infrastruktur AG, Carmen Jeitler-Cincelli, Abgeordnete zum Nationalrat, Wolfgang Kocevar, Bürgermeister von Ebreichsdorf, Christoph Bazil, Präsident des Bundesdenkmalamts und ein weiterer Security-Mitarbeiter

Der zweigleisige Ausbau der rund 50 Kilometer langen Pottendorfer Linie zwischen Wien Meidling und Wiener Neustadt stellt eine wichtige Maßnahme der Österreichischen Bundesnbahnen ÖBB zur Kapazitätserweiterung auf der Südstrecke dar. Er schafft die Voraussetzungen für ein besseres Angebot sowohl im Fernverkehr, als auch im Nahverkehr für tausende PendlerInnen südlich von Wien. Bis Ende 2023 ist die durchgehende Zweigleisigkeit hergestellt.

Die Bautätigkeiten führen in Ebreichsdorf aber nicht nur in die Zukunft, sondern auch weit in die Vergangenheit. Während der Arbeiten ist man auf umfangreiche archäologische Funde gestoßen, die man in eine Zeit um ca. 1.000 vor Christi Geburt datiert.

Siedlung aus der Bronzezeit

Im Zuge des zweigleisigen Ausbaus der konnte eine urgeschichtliche Siedlung in beinahe ihrer gesamten Ausdehnung freigelegt werden. Diese Ausgrabungen ermöglichen es, ein außergewöhnlich umfassendes Bild einer urnenfelderzeitlichen Siedlung (1.300 bis



Foto: ÖBB / Frey

Ein Blick auf die Großbaustelle Pottendorfer Linie

800 v. Chr., späte Bronzezeit) zu erlangen. Diese für die damalige Zeit große Siedlung gehört auch zu den größten in Österreich bisher freigelegten.

Christoph Bazil, Präsident des Bundesdenkmalamts: „Ein 3.000 Jahre altes Dorf bekommt die archäologische Forschung so gut wie nie zur Gänze zu fassen. Die großartigen Ergebnisse in Ebreichsdorf sind Resultat des professionellen Zusammenspiels von Planung, ÖBB, ArchäologInnen und Bundesdenkmalamt. Bewahrung des kulturellen Erbes und Innovation sind keine Gegensätze."

Entdeckung mit internationaler Bedeutung

Grabungen durch den archäologischen Dienstleister Novetus GmbH laufen seit dem Jahr 2019, dabei wurden 70.000 Quadratmeter Fläche untersucht und 5.000 Fundnummern vergeben. Die Funde – darunter sind Reste von Wohn-, Arbeits- und Speicherbauten – geben Einblicke auf die Lebensbedingungen und die Wohnverhältnisse der Menschen damals.

Bazil: „Spektakulär war der Fund eines vor 3.000 Jahren verborgenen Schatzes. Das Bundesdenkmalamt hat die reich verzierte Goldschale, die Goldspiralen und Reste eines golddurchwirkten Textils aufgrund ihrer europaweiten Bedeutung sofort unter Schutz gestellt. Mit diesem Goldschatz geht die archäologische Grabung in Ebreichsdorf in die Geschichte ein. Die Großbaustelle wurde zu einem Hotspot der internationalen Forschung, in die auch Bundesmittel für den Denkmalschutz fließen."

Für die ÖBB nimmt das Thema Archäologie einen hohen Stellenwert ein. Archäologische Erkundungen von Projektgebieten sind erforderlich, um Zeugnisse der Vergangenheit zu bewahren. Das sieht man als Teil unseres Auftrages, nachhaltig zu bauen. Geplant ist, die Funde nach Abschluß der wissenschaftlichen Arbeiten im Naturhistorischen Museum der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Franz Bauer, Vorstandsdirektor der ÖBB-Infrastruktur AG: „Neues zu bauen und Altes zu bewahren ist eine unserer Prämissen bei der Umsetzung von Bauprojekten. Im Rahmen eines solchen Großprojekts sind archäologische Grabungsarbeiten auch als Teil der Umweltverträglichkeitsprüfung vorgeschrieben. Als ÖBB gehen wir diesbezüglich selbstverständlich mit größter Sorgfalt vor und freuen uns, wenn durch dieses Projekt für die Zukunft nicht nur die Kapazität auf den Schienen zwischen Wien und Wr. Neustadt gesteigert wird, sondern auch die Erforschung der Vergangenheit und der Lebensbedingungen der Menschen vor mehr als 3.000 Jahren ermöglicht wird."



Foto: ÖBB / Frey

Goldschale



Foto: ÖBB / Frey

Goldschlinge

Carmen Jeitler-Cincelli, Abgeordnete zum Nationalrat: „Der Ausbau der Schiene ist wichtig, um noch mehr Menschen zum Zug zu bringen und um einen schnellen Transport von Wirtschaftsgütern zu ermöglichen, damit die umweltfreundliche Bahn eine konkurrenzfähige Alternative zu den anderen Verkehrsmitteln wird. Projekte wie dieses haben neben dem Klimaschutz in vielerlei Hinsicht Benefits – und wenn dabei auch noch ein Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit einer Stadt geleistet werden kann, dann kann man hier nur zu einem gelungenen Gesamtprojekt gratulieren."

Wolfgang Kocevar, Bürgermeister von Ebreichsdorf: „Daß der Ausbau der Pottendorfer Linie eine Reihe an Verbesserungen für Ebreichsdorf bringt, haben wir gewußt. Daß die Arbeiten hier aber derart bemerkenswerte Entdeckungen ans Tageslicht fördern, war nicht zu erwarten, freut uns als Stadtgemeinde aber umso mehr. Wir sind natürlich sehr daran interessiert, zu erfahren, wie jene Menschen, die dieses Gebiet vor tausenden Jahren besiedelt haben, gelebt haben."

https://infrastruktur.oebb.at/suedstrecke

Wissenschaft & Technik

210 Millionen Jahre alter Plateosaurier

Das Skelett des sechs Meter langen Sauriers besteht zu 60 Prozent aus Originalknochen, die fehlenden Teile wurden vom Naturhistorischen Museum Wien ergänzt

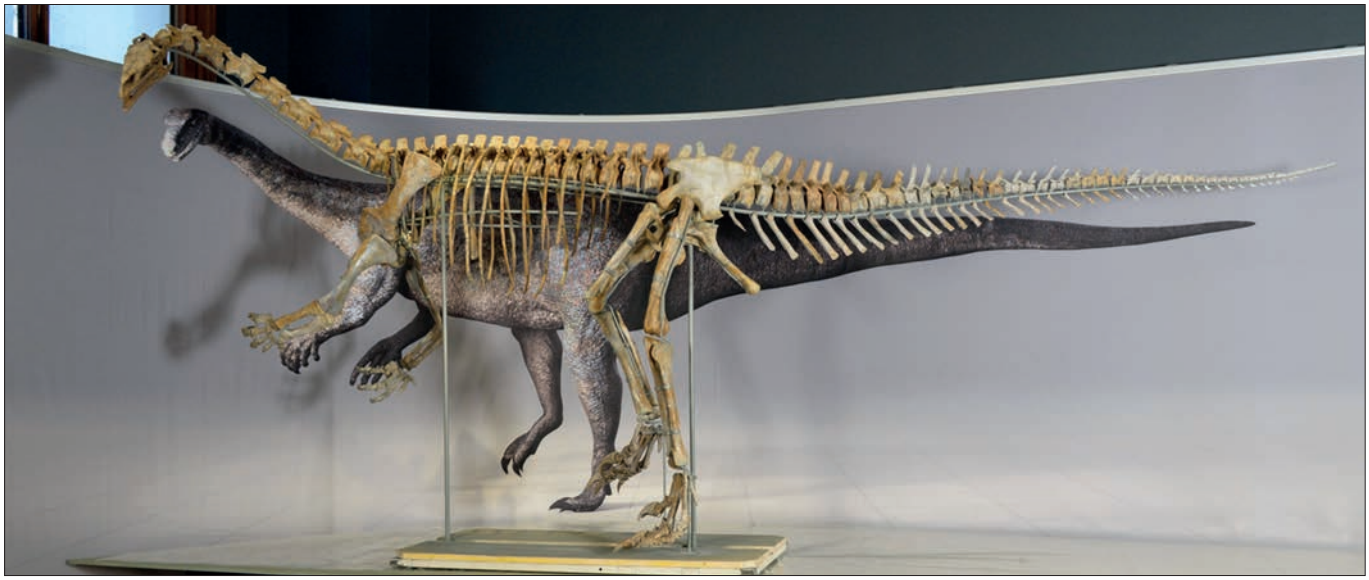


Foto: NHM Wien / Alice Schumache

Das fertige Skelett in der noch im Aufbau begriffenen Ausstellung „KinoSaurier. Fantasie & Forschung“

Das 210 Millionen Jahre alte Plateosaurier-Skelett wurde in der Gemeinde Frick im Schweizer Kanton Aargau gefunden und dem Naturhistorischen Museum Wien als Dauerleihgabe überlassen. Die Gesteinsblöcke samt Knochen kamen 2019 in Kisten an das Museum und wurden unter feinster Handarbeit freigelegt, präpariert und gehärtet. Die Präparationsarbeiten dauerten rund ein Jahr.

Nach Abschluß der Präparationsarbeiten war klar, daß das „Wiener“ Exemplar zu etwa 60 Prozent komplett ist. Einige Knochen, wie der Schädel, fehlten jedoch, der wahrscheinlich von Raubsauriern oder Aasfressern verschleppt wurde. Zur Ergänzung wurden vorhandene Knochen in 3D gescannt, entzerrt und auf die passende Größe gebracht. Einige wenige Original-Knochen stammen außerdem von einem zweiten Plateosaurier. So entstand ein komplettes Skelett aus mehr als 300 Knochen.

„Plateosaurus trossingensis“ war ein etwa sechs Meter langer Pflanzenfresser. Er lief meist auf den Hinterbeinen, konnte sich aber auch auf vier Beinen fortbewegen. Die geriffelten, spatelförmigen Zähne waren gut geeignet, um harte Pflanzenteile abzubeißen. Plateosaurier sind ursprüngliche Dinosaurier und mit den erdgeschichtlich jüngeren Sauropoden (Langhals-Dinosauriern) verwandt, die die größten Landtiere aller Zeiten hervorbrachten.



Foto: NHM Wien

Ein Knochenstück wird einem Strukturlichtscan-Prozeß unterzogen

Sonderausstellung »KinoSaurier. Fantasie und Forschung«

Die Ausstellung von 20. Oktober 2021 bis 18. April 2022 blickt auf die Darstellung von Sauriern in der Filmgeschichte – von den ersten Modellen des 19. Jahrhunderts bis zu den agilen, computeranimierten Dinos des modernen Kinos. Zwischen Skeletten und lebensgroßen Modellen werden die großen Wendepunkte in der wissenschaftlichen Rekonstruktion der Dinos und die rasch fortschreitende Entwicklung der Tricktechnik durch zahlreiche Filmsequenzen (u.a. aus „King Kong“ oder „Jurassic Park“), Plakate und Werke der Paläo-Art veranschaulicht. ■

https://nhm-wien.ac.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Plateosaurus

Klinische Covid-19-Studie mit inhaliertem APN01

Ziel der Studie von APEIRON Biologics mit Sitz in Wien ist die Untersuchung der Sicherheit und Verträglichkeit von inhaliertem APN01 – Phase-1-Studie mit etwa 40 gesunden Teilnehmern – Weitere Phase-2-Studie in den USA mit intravenöser Verabreichung von APN01

APEIRON Biologics AG, ein privates Biotechnologieunternehmen, das neuartige Immuntherapien gegen Krebs und Atemwegserkrankungen entwickelt, gab am 12. Oktober den Beginn einer unternehmensfinanzierten Phase-1-Studie zur Inhalation von APN01 bekannt. Die doppelt-verblindete, Placebo-kontrollierte Dosis-Eskalationsstudie sieht den Einschluß von 40 gesunden TeilnehmerInnen in Österreich vor, um die Sicherheit, Verträglichkeit, Pharmakokinetik und Pharmakodynamik von inhaliertem APN01 zu untersuchen.

Inhalatives APN01, die rekombinante Form des humanen Angiotensin-Converting-Enzyms 2 (rhACE2), wurde entwickelt, um SARS-CoV-2 in der Lunge von Covid-19-PatientInnen zu neutralisieren und dadurch infektionsbedingte Lungenschäden zu mildern. Primäres Studienziel ist die Bewertung der Sicherheit und Verträglichkeit von ansteigenden Einzeldosen (single ascending doses, SADs) und ansteigenden mehrmaligen Dosen (multiple ascending doses, MADs) von inhaliertem APN01 bei Verabreichung über einen Düsenvernebler an gesunde Probanden. Zu den sekundären Zielen gehören die maximal verträgliche Dosis und die Wirkung von APN01 auf wichtige pharmakodynamische Biomarker des Renin-Aldosteron-Angiotensin-Systems (RAAS).

Romana Gugenberger PhD, Vorstand für Forschung und Entwicklung bei APEIRON Biologics, erklärt: „Der Start unserer Studie mit APN01 ist ein wichtiger nächster Schritt im Entwicklungsprogramm. Die Verabreichung einer inhalativen Therapie anstelle einer Infusion ermöglicht es Patienten in frühen Krankheitsstadien die Behandlung selbst anzuwenden, was Kosten senken und Risikokontakte für das Gesundheitspersonal verringern kann. Diese Studie bildet nicht nur die Grundlage für die Behandlung von Covid-19, sondern eröffnet auch Entwicklungsstrategien für weitere chronische Atemwegserkrankungen mit hohem ungedecktem medizinischem Bedarf wie etwa chronisch

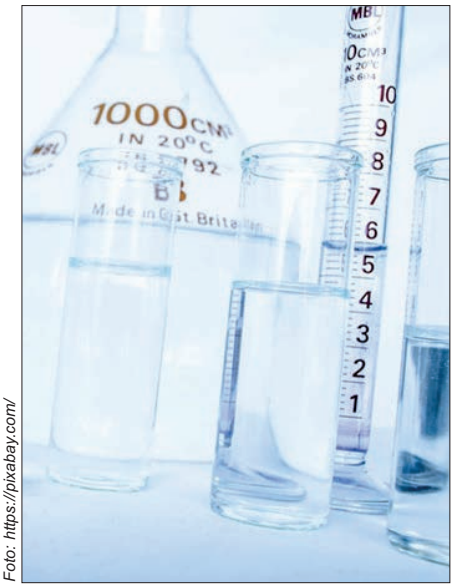


Foto: https://pixabay.com/

obstruktive Lungenerkrankung (COPD) und pulmonale arterielle Hypertonie (PAH).“

Peter Llewellyn-Davies, Vorstandsvorsitzender der APEIRON Biologics AG, ergänzt: „Wir brauchen dringend eine wirksame Behandlung für Covid-19 und die inhalative Anwendung von APN01 stellt einen wichtigen strategischen Meilenstein für APEIRON dar. Angesichts der Daten aus unserer abgeschlossenen Phase-2-Studie mit APN01, die kürzlich durch sehr ermutigende Wirksamkeitsergebnisse in präklinischen Modellen untermauert wurden, sind wir zuversichtlich, daß die APN01-Inhalation erhebliche Vorteile für Patienten, die an Covid-19 leiden, bringen kann. Dies ist die dritte klinische Studie im Rahmen der mehrgleisigen Entwicklungsstrategie von APN01 zu einer lebenswichtigen Therapieoption bei Covid-19. Wir freuen uns auf die Ergebnisse der laufenden Studien, die den Weg für die zukünftige Behandlung von Covid-19 mit APN01 ebnen könnten.“

Univ. Prof. Markus Zeitlinger, Abteilung für Klinische Pharmakologie an der Medizinischen Universität Wien und Studienleiter, kommentiert: „Ziel der Studie ist es, die Verabreichung von APN01 durch Inhalation zu untersuchen. Vorläufige Daten aus aktuellen Studien zur Inhalation von ACE2-basierten Therapeutika zeigen eine hohe Wirksamkeit in präklinischen SARS-CoV-2 Modellen. Die Verabreichung des Wirkstoffs direkt in die Atemwege soll das Eindringen des Virus in die Lungenzellen blockieren und die Entzündung kontrollieren. Insbesondere könnte APN01 auch gegen Infektionen mit Varianten von SARS-CoV-2 geeignet sein, wie bereits präklinisch gezeigt wurde.“

APEIRONs bereits abgeschlossene Phase-2-Studie mit intravenös verabreichtem APN01 zeigte eine signifikante Verbesserung bestimmter Parameter des Renin-Angiotensin-Aldosteron-Systems (RAAS) durch die Behandlung mit APN01 im Vergleich zu Placebo. Die Daten deuten auch darauf hin, daß APN01 den größten therapeutischen Nutzen für PatientInnen mit niedrigeren WHO-CPS-Werten (World Health Organization Clinical Progression Scale) bringt.

Parallel zur Inhalationsstudie soll die intravenöse Gabe von APN01 in einer Phase-2-Studie in den USA untersucht werden, die vom Vanderbilt University Medical Center (VUMC) in Nashville, USA, durchgeführt und vom National Institutes of Health (NIH) unterstützt und finanziert wird. An der vierarmigen, randomisierten, doppelt-verblindeten und Placebo- kontrollierten Studie nehmen etwa 1.600 Covid-19-Patienten an mehr als 50 Standorten in den USA teil.

Der einzigartige therapeutische Ansatz, die lösliche Form des Eintritts-Rezeptors ACE2 für SARS-CoV-2 zu verwenden, macht APN01 widerstandsfähig gegen virale Resistenz- Mechanismen und damit zu einem optimalen Arzneimittelkandidat für neue Virus- Varianten. Dies wurde bereits für alle bisherigen besorgniserregenden Varianten gezeigt.

APN01 wurde ursprünglich von Prof. Josef Penninger, dem Gründer von APEIRON Biologics, während des SARS-Ausbruchs 2003 entdeckt und entwickelt. ■

https://www.apeiron-biologics.com/

Wissenschaft & Technik

Computer dekodiert kontinuierliche Bewegungen aus Hirnsignalen

An der TU Graz ist es erstmals gelungen, aus menschlichen Hirnsignalen die Absicht einer kontinuierlichen Bewegung auszulesen. Der Erfolg ermöglicht eine natürlichere und nichtinvasive Steuerung von Neuroprothesen in Echtzeit.

Sie sollen querschnittgelähmten Menschen ein Stück Bewegungsfreiheit und damit mehr Lebensqualität zurückbringen: Sogenannte Brain-Computer-Interfaces (BCIs), das heißt Gehirn-Computer-Schnittstellen, die die Hirnaktivität der Person messen und die elektrischen Ströme in Steuerungssignale für Neuroprothesen umwandeln. „Steuern nur durch Denken", wie es Gernot Müller-Putz vereinfacht formuliert. Der Leiter des Instituts für Neurotechnologie der TU Graz zählt zu den „alten Hasen" der BCI-Forschung und beschäftigt sich intensiv mit nicht-invasiven BCI-Systemen. Er und sein Team haben in den letzten zehn Jahren erste positive Ergebnisse mit der EEG-basierten Steuerung von Neuroprothesen oder robotischen Armen bei Personen mit Rückenmarksverletzungen erzielt. Allerdings war die Steuerung bislang unnatürlich und umständlich, weil die Denkmuster wiederholt imaginiert werden mußten. Im Rahmen seines jüngst abgeschlossenen ERC-Consolidator Grant-Projekts „Feel your Reach" haben Müller-Putz und sein Team nun den Durchbruch bei der Entwicklung natürlicherer und kontinuierlicher BCI-Steuerungssysteme geschafft.

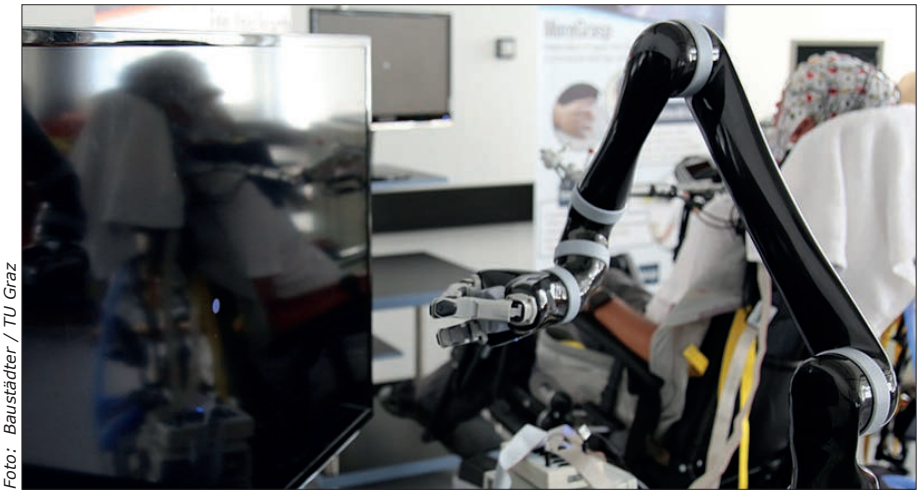


Foto: Baustädter / TU Graz

Erstmals ist es gelungen, einen robotischen Arm rein durch Gedanken in Echtzeit zu steuern, nicht-invasiv mittels EEG-Kappe. Hier im Bild: Das Versuchssetting. Vorne der robotische Arm, der vom Probanden (hinten) gesteuert wird.

Auf das Sehen kommt es an

Den TU Graz-Forschenden ist es erstmals gelungen, einen Roboterarm rein durch Gedanken in Echtzeit zu steuern, gewohnt nicht-invasiv mittels EEG-Kappe. Möglich wurde das durch das Dekodieren kontinuierlicher Bewegungsintention aus den Hirnsignalen – das war bislang unmöglich. Die Forschenden untersuchten zunächst eine Vielzahl an Bewegungsparametern wie Position, Geschwindigkeit aber auch Distanz, und extrahierten deren Korrelate aus der neuronalen Aktivität. „Wesentlich hierbei ist der Beitrag der Augen", sagt Müller-Putz. „Es ist wichtig, daß Benutzerinnen und Benutzer die Augen verwenden dürfen, um die Bewegungsbahn des robotischen Armens zu verfolgen." Allerdings erzeugen Augenbewegungen und Lidschläge eigene elektrische Signale, sogenannte okulare Artefakte im EEG. „Diese Artefakte verzerren das EEG-Signal. Sie müssen daher in Echtzeit rausgerechnet werden. Es ist aber essentiell, daß die Auge-Hand-Koordination stattfinden kann und so einen Beitrag zur Dekodierung der zielgerichteten Bewegungswünsche liefert", erklärt Müller-Putz. Mit anderen Worten: Die Sehinformationen tragen dazu bei, die Bewegungsintention zu erfassen. Die Störsignale des Auges selbst aber müssen aus der elektrischen Aktivität herausgerechnet werden.

BCI erkennt nicht erwünschte Bewegungen

Wesentlich ist auch, daß eines der von den ForscherInnen entwickelten BCIs erkennen kann, ob man mit einer Bewegung starten möchte – es erkennt den Start einer zielgerichteten Bewegung. Darüber hinaus erkennt und korrigiert ein weiteres BCI des Forschungsteams Fehler, also nicht erwünschte Bewegungen des Roboterarms; ein weiterer Puzzlestein für eine natürlichere Prothesensteuerung. „Die Fehlerantwort des Gehirns läßt sich aus dem EEG ablesen. Das BCI erkennt, daß die ausgeführte Bewegung nicht mit der Intention der Person übereinstimmt. Es stoppt die Bewegung des Roboterarms oder setzt diese zurück an den Anfang", so Müller-Putz. Im Projekt wurde die Fehlererkennung mehrfach in Tests mit querschnittgelähmten Personen erfolgreich getestet.

Personen können Bewegungen des Roboterarms spüren

Ebenfalls erfolgreich waren die TU Graz-Forschenden beim sogenannten kinästhetischen Feedback. „Die Testpersonen sehen die Bewegungen der Prothese nicht nur, sie spüren sie auch", freut sich Müller-Putz. Technisch wurde dies mithilfe von Vibrationsgebern möglich. Diese kleben an der Haut am Schulterblatt und fahren die Bewegungen des Roboterarms in fein fließenden Vibrationen nach. Theoretisch sei es damit auch komplett Querschnittsgelähmten möglich, Bewegungen nachzuempfinden. „Allerdings müssen wir uns hier eine Anwendung im Bereich des Nackens oder Halses überlegen", spricht Müller-Putz zukünftige Ziele an. Allen voran möchten die Forschenden das Dekodieren einer Bewegung aus visuellen, intentionalen und bewegungsempfindenden Informationen verbessern, dabei Fehler erkennen und alle vier BCI-Systeme in einem „Vierfach-BCI-System" vereinen. ■

https://www.tugraz.at/

Wissenschaft & Technik

Mutter und Kind: Durch Berührung im Gleichklang

Wechselseitige Anpassung der Gehirnaktivität und Herzrhythmen



Foto: Trinh Nguyen

Entwicklungspsychologinnen Trinh Nguyen und Stefanie Höhl von der Universität Wien untersuchten die wechselseitige Anpassung der Gehirnaktivität und Herzrhythmen von Mutter und Kind.

Berührungen sind grundlegend für die zwischenmenschliche Kommunikation. Unklar war bisher, wie sich liebevolle Berührung und Körperkontakt auf Gehirnaktivität und Herzschlag von Müttern und Babys auswirkt. Dieser Frage sind die Entwicklungspsychologinnen Trinh Nguyen und Stefanie Höhl von der Universität Wien in einer aktuellen Studie nachgegangen. Ihr Fazit: Die Gehirnaktivitäten zwischen Müttern und Babys paßten sich vor allem dann einander an, wenn sie engen Körperkontakt hatten und wenn die Mutter das Baby häufig liebevoll streichelte. Die Herzrhythmen von Mutter und Baby waren vor allem im gemeinsamen Spiel im Gleichklang.

Die Studie erscheint aktuell im Fachjournal „NeuroImage".

Liebevolle Berührungen und Körperkontakt stellen Verbundenheit her und können Streß reduzieren. Bei Paaren wurde dieser positive Effekt mit einer gegenseitigen Angleichung von Gehirnaktivitäten und Herzrhythmen in Verbindung gebracht. Da Berührungen schon im Säuglingsalter grundlegend für die Kommunikation zwischen Bezugsperson und Säugling sind, haben sich Trinh Nguyen, Stefanie Höhl und KollegInnen aus den USA die Frage gestellt, ob Nähe und Berührungen auch zur Anpassung der Gehirn- und Herzrhythmen von Mutter und Baby beitragen.

In der neuen Studie haben vier bis sechs Monate alte Babys mit ihren Müttern gemeinsam gespielt und Videos geschaut. Dabei wurde durch funktionelle Nah-Infrarotspektroskopie (fNIRS) die Gehirnaktivität und durch Elektrokardiographie (EKG) der Herzrhythmus von Mutter und Säugling gleichzeitig gemessen. Bei fNIRS werden Änderungen der Sauerstoffsättigung in der äußersten Schicht des Gehirns erfaßt – hier insbesondere im Frontalhirn. Eine Aktivierung in dieser Region steht im Zusammenhang mit gegenseitiger emotionaler Anpassung, Aufmerksamkeit sowie Selbstregulierung. Diese Prozesse sind besonders relevant für soziale Interaktionen und entwickeln sich im Laufe des ersten Jahres.

Die Ergebnisse zeigten, daß Mutter-Baby-Paare ihre Gehirnaktivität vor allem dann wechselseitig anpaßten, wenn sie sich berührten. Dies funktionierte sowohl wenn die Mutter das Baby eng am Körper hielt und beide ein Video anschauten als auch wenn sie gemeinsam spielten und die Mutter dabei das Kind liebevoll berührte, z.B. durch Küssen, Streicheln und sanfte Massage. Die neue Studie belegt, daß Berührungen eine grundlegende Rolle in der frühen Anpassung der Gehirnaktivität zwischen Müttern und Säuglingen spielt. Eine Anpassung der Herzrhythmen zeigte sich zwar auch, wenn Mutter und Baby miteinander spielten, war aber unabhängig von den Berührungen. Beim Herzschlag zeigte sich vor allem dann eine gegenseitige Anpassung, wenn Babys Unwohlsein signalisierten, was sich vermutlich auf die Mütter übertrug.

Wie sich die wechselseitige Anpassung in der Gehirnaktivität und den Herzrhythmen langfristig auf die Kindesentwicklung auswirkt, wollen Trinh Nguyen und Stefanie Höhl in weiteren Studien herausfinden. Insbesondere die spätere Beziehung zwischen Mutter und Kind, sowie die Sprachentwicklung der Kleinen wird in Folgestudien untersucht. ■

https://www.univie.ac.at/

Wissenschaft & Technik

Auslöser empathischer Reaktionen

Wie das Gehirn echte und vorgetäuschte Schmerzen anderer unterscheidet – Neuronale Vernetzung zwischen Hirnregionen macht Empathie erst möglich

Empathie ermöglicht es Menschen, die Gefühle anderer Personen zu teilen und zu verstehen. Der Gesichtsausdruck des Gegenübers dient dabei oft als Hinweis und ist Auslöser empathischer Reaktionen. Dieser kann aber auch eingesetzt werden, um Gefühle lediglich vorzutäuschen. Echte von vorgetäuschten Gefühlen genau unterscheiden zu können ist besonders wichtig, um adäquat auf die Bedürfnisse anderer reagieren zu können. Welche Prozesse spielen sich dabei im Gehirn ab?

Der Neurowissenschafter Claus Lamm und sein Team von der Universität Wien fanden heraus, daß es einerseits der anteriore insuläre Kortex ist, der es ermöglicht, den Schmerz einer anderen Person adäquat nachzuempfinden. Andererseits bedarf es aber auch der Aktivierung des rechten supramarginalen Gyrus, um echten von lediglich vorgetäuschtem Schmerz zu unterscheiden.

Bislang gab es in der Fachliteratur etliche Hinweise, daß Hirnaktivierungen im vorderen insulären Kortex es uns ermöglichen, Empathie für den Schmerz einer anderen Person zu empfinden. Dieses Gehirnareal wird jedoch auch in einer eher bereichsübergreifenden Weise aktiviert, wie z. B. bei der Wahrnehmung von besonders auffälligen oder bedeutsamen Reizen. „Unser Ziel war es daher herauszufinden, was genau die Aktivierungen in diesem Bereich des Gehirns während der Empathie auslöst – ist es wirklich das Nachempfinden des Schmerzes? Oder lediglich die Reaktion unseres Gehirns auf ein besonders auffälliges Ereignis, wie eben ein schmerzverzerrtes Gesicht?“, erklärt Lamm. Dazu zeigten die NeurowissenschafterInnen der Universität Wien den VersuchsteilnehmerInnen Videoclips von anderen Personen, die über ihren Gesichtsausdruck echten bzw. lediglich vorgetäuschten Schmerz zeigten. Die Gehirnaktivierung der TeilnehmerInnen wurde mittels funktioneller Magnetresonanztomographie gemessen. „Die Ergebnisse zeigten, daß vorgetäuschte Schmerzen tatsächlich den vorderen insulären Kortex aktivierten. Entscheidend war aber, daß diese Gehirnregion durch die tatsächlichen Schmerzen wesentlich stärker aktiviert wurde, und somit zweifelsfrei auch mit dem Nachempfinden von echten Schmerzen in Zusammenhang steht“, so Erstautorin und Doktoratsstudentin Yili Zhao.



Foto: https://pixabay.com/

Ist es wirklich das Nachempfinden des Schmerzes? Oder lediglich die Reaktion unseres Gehirns auf ein besonders auffälliges Ereignis, wie eben ein schmerzverzerrtes Gesicht?

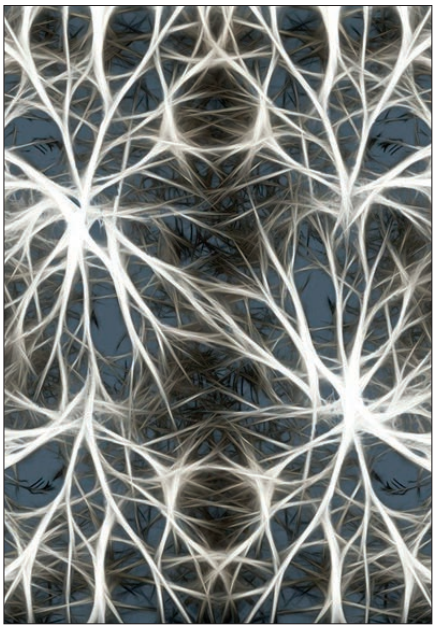


Foto: https://pixabay.com/

Eine neue Studie ermöglicht ein verfeinertes Modell von Empathie und ihrer neuronalen Grundlagen.

Wie unterscheidet aber dann unser Gehirn zwischen echten und lediglich vorgetäuschten Schmerzen? Dies konnte durch spezifische Analysen der sogenannten effektiven Konnektivität (also der Interaktion zwischen Gehirnarealen) eruiert werden. Diese zeigten, daß die vordere Insel mit dem rechten supramarginalen Gyrus systematisch interagiert, einem Bereich des Gehirns also, der mit Selbst-Anderer-Unterscheidung und somit auch mit der Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Gefühlen in Verbindung gebracht wurde. Um empathisch angemessen reagieren zu können bedarf es also neben der Fähigkeit, auf die Gefühle anderer reagieren zu können, auch der Fähigkeit, zwischen adäquaten vs. in adäquaten Gefühlsreaktionen unterscheiden zu können.

Die Ergebnisse liefern ein verfeinertes Modell der Empathie und ihrer neuronalen Grundlagen. Die Erweiterung unseres Wissens darüber ist nicht nur für die Gesellschaft als Ganzes von Bedeutung, sondern auch für die klinische Diagnostik von Schmerz und anderen körperlichen Symptomen. So ist denkbar, daß systematische Unterschiede in der Verschreibung von Medikamenten (z.B. verschiedene Medikationen für Männer und Frauen sowie Menschen mit anderer Hautfarbe) auf Unterschiede in den in dieser Studie aufgezeigten Gehirnfunktionen zurückzuführen sind. ■

https://www.univie.ac.at/

Wissenschaft & Technik

Alveri FALCO: Das erste Elektroauto aus Österreich

Der batteriebetriebene Kombi FALCO des Startups Alveri soll in Österreich produziert werden, Second Life-fähig sein und 590 Kilometer weit fahren



Foto: Alveri

Der Alveri FALCO: das vollelektrische Fahrzeugkonzept aus Österreich

Alveri gibt ein hohes Tempo vor, wenn es um die Entwicklung nachhaltiger, CO_2-neutraler Mobilitätslösungen geht. Das Unternehmen aus dem oberösterreichischen Ried im Innkreis hat seit seiner Gründung durch die Brüder Ehsan und Jakob Zadmard im Jahr 2019 zwei bedeutende Innovationen für die Mobilität der Zukunft auf den Weg gebracht: eine App, die das Fahrverhalten ihrer Nutzer auf Elektroauto-Tauglichkeit untersucht und Privatpersonen wie Unternehmen beim Umstieg auf nachhaltige Mobilität unterstützt. Und einen vollautonomen Laderoboter, der ab 2022 Elektroautos auf den Parkplätzen von Hotelanlagen, Flughäfen und Einkaufszentren selbstständig aufladen wird. Im Rahmen des Alveri Future Mobility Day 2021 präsentieren Ehsan und Jakob Zadmard, die beiden Köpfe hinter Alveri, das größte ihrer bisherigen Projekte: das rein elektrische Fahrzeugkonzept FALCO.



Foto: Alveri

Elektro-Kombi mit 590 Kilometern Reichweite, made in Austria

Der Alveri FALCO ist ein 4,75 Meter langer, rein elektrischer Kombi mit 590 Kilometern Reichweite. Er schlägt die Brücke zwischen hohem Nutzwert und zukunftsweisender Technologie und eignet sich damit besonders für den Einsatz in Flotten und für das Carsharing. Die technische Basis bildet eine externe Plattform eines Großserienherstellers, die mit 80 kWh großer Batterie, 250 kW starkem Ladegerät und Allradantrieb ausgerüstet ist. Die dynamische Kombi-Silhouette stammt unter anderem aus der Feder von Arseny Kostromin, der bereits für einige namhafte Hersteller Designs entworfen hat. Weltweit einzigartig ist der vollumfängliche Second Life Gedanke, den Alveri mit dem FALCO in der Automobilindustrie etablieren will: das Serienmodell soll so konstruiert werden, daß es nach seinem ersten Produktlebenszyklus grundlegend überarbeitet und als neues Produkt auf dem Markt lanciert werden kann. Neben der Hardware werden auch alle digitalen Komponenten diesem Prinzip folgen, der für die Fahrzeugfertigung notwendige Rohstoffbedarf wird so erheblich reduziert. Entstehen soll der Alveri FALCO in Österreich, die ersten Testläufe mit einem



Foto: Alveri

Die dynamische Kombi-Silhouette stammt unter anderem aus der Feder von Arseny Kostromin, der bereits für einige namhafte Hersteller Designs entworfen hat.

Prototypen sind bereits für 2022 geplant. Das Fahrzeug wird in ein eigenes Abo-Modell integriert und soll monatlich ca. 490 Euro kosten, der Kaufpreis soll bei rund 49.900 Euro liegen.

„Der Alveri FALCO ist viel mehr als ein Elektroauto mit beeindruckenden Fahrleistungen. Wir denken schon bei seiner Konstruktion an den zweiten Lebenszyklus und wollen auf einer Plattform mehrere Fahrzeuggenerationen entstehen lassen. Dafür bekommen alle Komponenten ein sogenanntes Second Life – der Antrieb und die Batterien genauso wie die digitalen Komponenten. Und wir reaktivieren die Kombi-Form, die durch das Aufkommen der Crossover ein wenig in Vergessenheit geraten ist, im Alltag aber enorme Vorteile bietet“, sagt Ehsan Zadmard, CEO von Alveri.

Fahrzeugkonzept FALCO als dritte Säule eines Future Mobility Plans

Das Fahrzeugkonzept FALCO ist die dritte Säule eines umfangreichen Future Mobility Plans von Alveri. Der erste Schritt wurde 2019 mit der kostenlosen Alveri App (Android und iOS) getan, die das Fahrverhalten ihrer User auf Elektroauto-Tauglichkeit analysiert. Damit will man Privatpersonen und Unternehmen anhand von belastbaren Daten bei ihrem Umstieg auf die Elektromobilität unterstützen.



Foto: Frankl / TU Graz

CHARBO, der in Zusammenarbeit mit der TU Graz und Arti Robots entwickelte, vollautonome Laderoboter

Mit dem CHARBO hat Alveri im Juli 2021 den zweiten Meilenstein präsentiert. Der in Zusammenarbeit mit der TU Graz und Arti Robots entwickelte, vollautonome Laderoboter übernimmt den gesamten Aufladeprozeß für batteriebetriebene Elektroautos – vom Einstecken über die Ladung bis zum Abstekken. Unter optimalen Bedingungen kann ein Charbo bis zu 20 Fahrzeuge hintereinander laden – optimal für Hotels, Parkhäuser, Flughäfen und viele andere Anwendungen. ■

https://alveri.at/

Kultur

Tizians Frauenbild

Schönheit – Liebe – Poesie. Von 5. Oktober 2021 bis 16. Jänner 2022 im Kunsthistorischen Museum Wien



© Gallerie dell'Accademia di Venezia, Ministero della Cultura

Jacopo Tintoretto (1518/19–1594) Der Sündenfall (Adam und Eva), um 1550/53, Leinwand, 150 x 220 cm; Gallerie dell'Accademia, Venedig

Im Herbst stehen im Kunsthistorischen Museum jedes Jahr die Alten Meister im Fokus: Die Ausstellung Tizians Frauenbild konzentriert sich anhand von mehr als 60 Gemälden aus internationalen Sammlungen sowie aus dem eigenen Bestand auf die Darstellung der Frau im Œuvre des venezianischen Meisters Tizian (um 1488 –1576) und seiner Zeitgenossen. Hochkarätige Leihgaben kommen etwa aus dem Metropolitan Museum of Art in New York, dem Louvre in Paris, dem Prado in Madrid, den Uffizien in Florenz, der Eremitage in Sankt Petersburg oder den Gallerie dell'Accademia in Venedig.

Inspiriert von der damaligen Liebespoesie und Literatur schufen Tizian und seine Zeitgenossen – wie Palma il Vecchio, Lorenzo Lotto, Paris Bordone, Jacopo Tintoretto und Paolo Veronese – poetisch-erotische, idealisierte Frauenbildnisse. Sie werden



© https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Self-portrait_of_Titian.jpg

Tizian: Selbstbildnis, 1550, Öl auf Leinwand, Sammlung Gemäldegalerie Berlin

wegweisend für die europäische Malerei der nachfolgenden Jahrhunderte.

Die Schau beleuchtet das venezianische Frauenbild vor dem Hintergrund der Ideale und Gesellschaftsverhältnisse des 16. Jahrhunderts. In Tizians Frauenbildern geht es um die Zelebration der Frau als großartigstes Thema des Lebens, der Liebe und der Kunst.

Die Frau als Thema in Malerei und Literatur

Die Prominenz der Frau in der Malerei Venedigs im 16. Jahrhundert hat vielerlei Ursachen, etwa die politisch-soziale Struktur der Serenissima, die der Frau bezüglich der Mitgift und des Erbes eigene Rechte zugestand, oder das kulturell aufgeschlossene und internationale Klima der Stadt: Einflussreiche Verlage zogen namhafte Poeten und Humanisten an – darunter Pietro Bembo, Spe-

rone Speroni und Ludovico Dolce –, die in ihren Schriften der Frau und der Liebe besondere Aufmerksamkeit schenkten. Den entscheidenden Anstoß in der visuellen Umsetzung gab Tizian, der bedeutendste Maler, den die Stadtrepublik je hervorbrachte.

Neue Forschung – neue Deutungen

Lange Zeit dachte man, daß Frauen, die Tizian mit Blick auf den Betrachter – oder noch schlimmer: mit entblößter oder halbentblößter Brust – malte, nur Kurtisanen gewesen sein können. Neu herangezogene Quellen geben ein differenzierteres Bild der Blicke und Gesten in Bildern des 16. Jahrhunderts: So sieht die aktuelle Forschung hier vielmehr die symbolische Öffnung des Herzens für den künftigen Ehepartner, mit der die Braut in die Heirat einwilligt. Solchen und ähnlichen Deutungsverschiebungen sind die Ausstellungsmacherinnen auf der Spur.

Frauen forder(te)n Anerkennung

Die neue, erhöhte Aufmerksamkeit durch Maler, Humanisten und Poeten beeinflußte auch die Lebensbedingungen der realen Frauen Venedigs im 16. Jahrhundert, wobei die spezifische Gestalt der Stadt, die sogenannte forma urbis, deren Vernetzung und den Austausch zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten förderte. Die Schriftstellerinnen unter ihnen forderten in ihren Schriften größere Anerkennung ihrer Fähigkeiten und gleichen Zugang zu höherer Bildung wie die Männer und leisteten damit eine bedeutende Vorarbeit für die Gleichstellung der Frau: ein Thema, das global gesehen heute wieder stark in den Fokus rückt.

Eine facettenreiche Ausstellung

Die Ausstellung möchte den Facettenreichtum des Themas zeigen und die unterschiedlichen Gesten, Blicke und Attribute genauer ins Auge fassen. Vom konkreten Porträt zu idealisierten, von der Poesie inspirierten Abwandlungen werden die Themen Liebe und Begehren in historischen, mythologischen und allegorischen Darstellungen in Szene gesetzt. Bei den realen und idealen Porträts werden auch Mode, Haartracht und kostbare Schöpfungen der Goldschmiedekunst der Zeit analysiert. Die umfangreiche zeitgenössische Traktatliteratur und Liebeslyrik bieten dabei eine solide Grundlage, solche einzigartigen Darstellungen von Frauen neu zu lesen. Details zu den einzelnen Themen und Werken in den Sälen und Kabinetten der Ausstellung sind im Ausstellungs-Booklet zu finden.



© Galleria Palatina e Appartamenti Reali di Palazzo Pitti, su concessione del Ministero della cultura

Bild oben: Tiziano Vecellio, gen. Tizian (Pieve di Cadore um 1488–1576 Venedig), Flora, ca. 1517, Leinwand, 79,7 x 63,5 cm, Gallerie degli Uffizi, Florenz

Bild unten: Jacopo Robusti, gen. Tintoretto (Venedig 1518–1594 Venedig), Vulkan überrascht Venus und Mars, um 1555, Leinwand, 135 × 198 cm



© bpk / Bayerische Staatsgemäldesammlung



© Kunsthistorisches Museum Wien, Gemäldegalerie

Tiziano Vecellio, gen. Tizian (und Werkstatt) (Pieve di Cadore um 1488–1576 Venedig), Diana und Callisto um 1566 Leinwand, 183 × 200 cm

Venedig im 16. Jahrhundert

Venedig erreichte im 16. Jahrhundert den Höhepunkt seiner beispiellosen Entwicklung. Eine kleine aristokratische Schicht, aus deren Reihen der Doge gewählt wurde, führte die Republik. Aber auch die BürgerInnen – vor allem die Kaufleute – trugen maßgeblich zum Aufstieg der Stadt bei: Begünstigt durch seine Lage am Mittelmeer war Venedig Umschlagplatz für Luxusgüter aus aller Welt. Der Wohlstand und die kulturelle Vielfältigkeit der Lagunenstadt spiegeln sich auch in der Architektur und Kunst dieser Zeit wider. Die zahllosen Paläste und Kirchen Venedigs wurden von Größen wie Giovanni Bellini, Tintoretto, Veronese und nicht zuletzt Tizian mit unzähligen Fresken und Gemälden ausgestattet.

Tizian – eine kurze Biografie

Vor über 500 Jahren kam in einem kleinen Ort in den Dolomiten Tiziano Vecellio zur Welt. Bereits im Alter von etwa zehn Jahren zog er ins rund 100 Kilometer entfernte Venedig, wo er bis zu seinem Tod lebte und arbeitete. Als Maler bekannt wurde er unter seinem Vornamen Tizian, mit dessen lateinischer Form „Titianus“ er viele seiner Bilder signierte. Bis heute gilt Tizian als einer der berühmtesten italienischen Künstler der sogenannten Hochrenaissance im 16. Jahrhundert.

Gemeinsam mit seinem Malerkollegen Giorgione lernte er zunächst im Atelier der bedeutenden Künstlerfamilie Bellini. Der Eröffnung einer eigenen Werkstatt folgte die baldige Ernennung zum offiziellen Staatsmaler der Republik Venedig. Tizian war zweimal verheiratet und Vater von vier Kindern. Seine für die damalige Zeit ungewöhnlich dramatischen und bewegten Altarbilder sorgten in Venedig für großes Aufsehen. Mit einfühlsamen Porträts der Reichen und Mächtigen wurde Tizian bald auch über die Grenzen Venedigs hinaus bekannt. Sein Freund, der Schriftsteller Pietro Aretino, half ihm Kontakte zu einflussreichen Persönlichkeiten in ganz Europa zu knüpfen. Im Gegenzug malte ihn Tizian mehrere Male.

1533 ernannte der habsburgische Kaiser Karl V. Tizian zum Hofmaler. Er arbeitete weiterhin meist von Venedig aus, reiste in kaiserlichem Auftrag aber auch zweimal nach Augsburg. Als Gast von Papst Paul III. verbrachte Tizian zudem mehrere Monate in

Rom. Tizians typische Art, Formen durch Licht und Farbe malerisch zu modellieren, stieß in Rom sowohl auf Bewunderung als auch auf Kritik.

In seinem Spätwerk trug Tizian Farbe meist mit dicken Pinselstrichen in mehreren Schichten auf, sodaß der malerische Herstellungsprozeß sichtbar bleibt. Dieser experimentelle Umgang mit Farbe stieß allerdings oft auch auf Unverständnis. Die heute erstaunlich modern wirkenden Bilder hatten großen Einfluß auf die weitere Entwicklung der europäischen Malerei. Tizian, der vermutlich weit über 80 Jahre alt wurde, starb 1576 während einer Pestepidemie in Venedig.



© bpk / Staatliche Museen zu Berlin, Gemäldegalerie / Christoph Schmidt

Hochkarätige internationale Leihgaben ergänzen den reichen KHM-Bestand

Hochkarätige Leihgaben internationaler Museen und Privatsammlungen zeigen gemeinsam mit ausgesuchten Werken des Kunsthistorischen Museums den Facettenreichtum des Themas. Wenige andere Museen der Welt verfügen über einen ähnlich reichen Bestand an venezianischen Frauenbildern des 16. Jahrhunderts wie die Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums.

Die bedeutenden Leihgaben stammen u. a. aus dem Metropolitan Museum of Art in New York, dem Louvre in Paris, dem Prado und der Sammlung Thyssen-Bornemisza in Madrid, den Uffizien in Florenz, der National Gallery in London, dem Ashmolean Museum in Oxford, der Eremitage in Sankt Petersburg, den Gallerie dell'Accademia in Venedig, der Galleria Borghese in Rom, dem Museo Nazionale di Capodimonte und dem Museo Archeologico Nazionale in Neapel, den Staatlichen Museen zu Berlin, der Bayerischen Staatsgemäldesammlung, Alte Pinakothek in München, den Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden, dem Kunstmuseum Basel und von privaten Leihgebern.



© bpk / Bayerische Staatsgemäldesammlung

Bild oben: Tiziano Vecellio, gen. Tizian (Pieve di Cadore um 1488–1576, Venedig), Clarissa Strozzi (1540–1581), 1542, Leinwand, 121,7 × 104,6 cm, Staatliche Museen zu Berlin, Gemäldegalerie

Bild links: Tiziano Vecellio, gen. Tizian (Pieve di Cadore um 1488–1576, Venedig), Nymphe und Schäfer, 1570/75, Leinwand, 149,6 × 187 cm, Kunsthistorisches Museum Wien, Gemäldegalerie

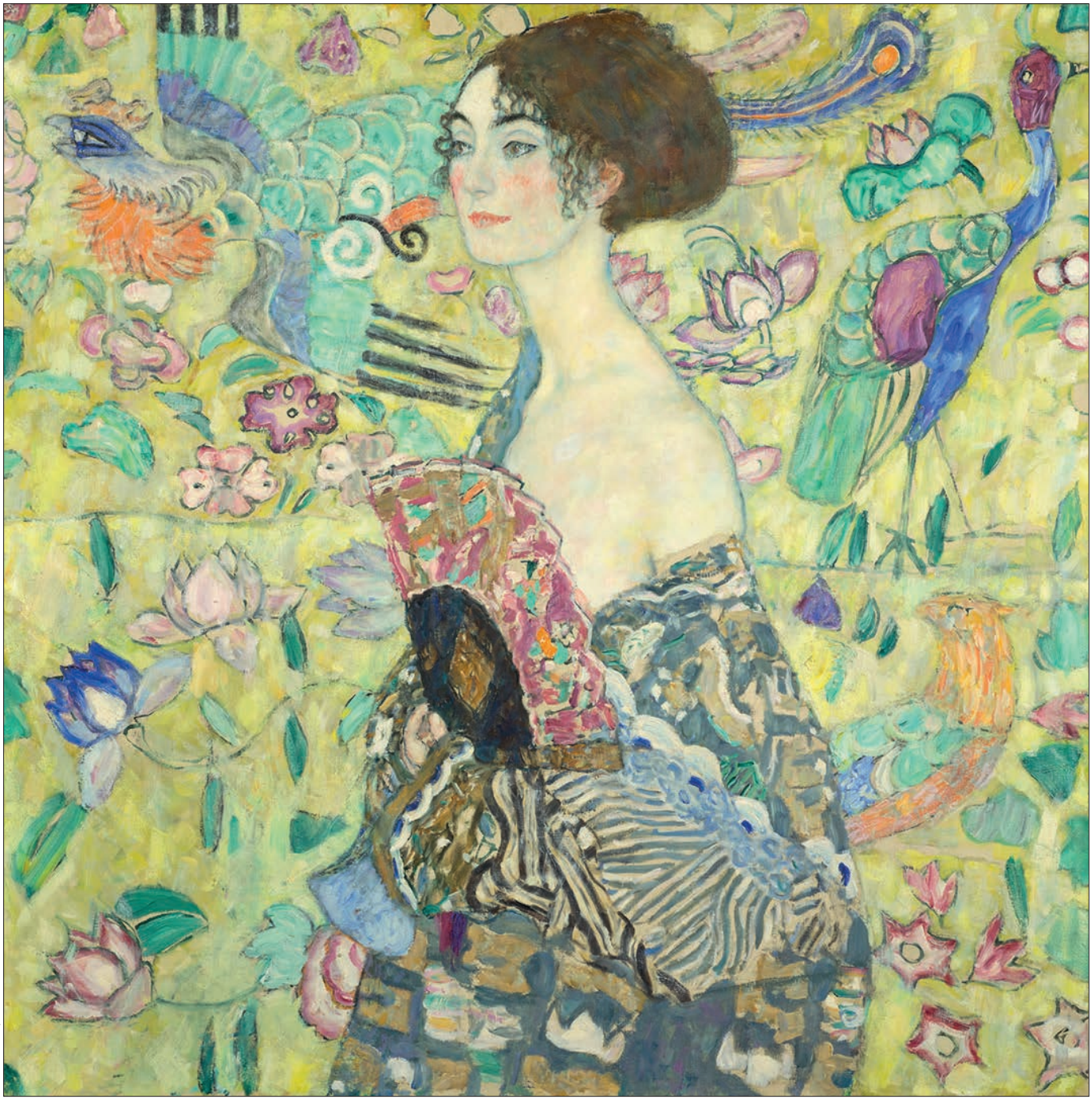
Zur Ausstellung erscheint ein umfangreicher Katalog im Mailänder Verlag Skira auf Deutsch, Englisch und Italienisch mit Beiträgen zahlreicher namhafter internationaler Tizian-ExpertInnen. ■

https://tiziansfrauenbild.khm.at/

Kultur

Dame mit Fächer Klimts letzte Werke

Ausstellung im Oberen Belvedere bis 13. Februar 2022



© Belvedere, Wien / Foto: Markus Guschelbauer

Gustav Klimt, Dame mit Fächer (Detail), 1917-18, Leihgabe aus Privatbesitz

Den Kopf erhoben, mit selbstsicherem Blick: So begegnet uns Gustav Klimts geheimnisvolle Dame mit Fächer im Belvedere – seit 100 Jahren erstmals wieder in Wien zu sehen. Das letzte Porträt aus der Hand des Künstlers zeigt eindrucksvoll, wie stark und eigenständig auch seine finale Schaffensphase ist. So nimmt Klimt expressive Elemente der „Jungen Wilden" seiner Zeit auf, bleibt aber gleichzeitig dem eigenen Stil treu. In einer Sonderausstellung widmet sich das Belvedere diesem letzten Aufbruch der Malerikone.

Generaldirektorin Stella Rollig: „Letzte Werke eines Künstlers umgibt immer eine

besondere Aura. So auch Dame mit Fächer und Die Braut. Die beiden mutmaßlich letzten Gemälde, an die Klimt vor seinem Tod Hand angelegt hat, nach mehr als einem Jahrhundert wieder vereint zu sehen macht diese Ausstellung zum Must-See des Frühjahrs."

Das Porträt Dame mit Fächer entstand im Laufe des Jahres 1917. Als Klimt am 11. Jänner 1918 einen Schlaganfall erlitt, an dessen Folgen er am 6. Februar starb, war das Bild beinahe fertiggestellt. Es handelt sich nicht um ein Auftragswerk, sondern um eine Variation von Klimts Lieblingsthema der „schönen Wienerin".



© Belvedere, Wien / Foto: Markus Guschelbauer

Gustav Klimt, Dame mit Fächer (Detail), 1917-18, Leihgabe aus Privatbesitz

Klimts letzte Werke

Wohl kurz nach Gustav Klimts Tod im Jahr 1918 entstand in seinem Atelier eine Fotografie. Darauf abgebildet sind zwei Gemälde auf je einer Staffelei: Dame mit Fächer und Die Braut. Während Die Braut sich bereits seit 1971 als Leihgabe im Belvedere befindet, war Dame mit Fächer zuletzt im Jahr 1920 in Wien ausgestellt und seit 1994 nicht mehr öffentlich zu sehen. Ebenjene beiden Gemälde werden nun, nach über 100 Jahren, erstmals wieder zusammen präsentiert.

Gemeinsam mit einer Auswahl weiterer unvollendeter Werke repräsentieren diese späten ikonischen Gemälde die letzte Entwicklung in Gustav Klimts künstlerischem Schaffen. Die darin ersichtlichen Arbeitsstufen geben Einblick in den Entstehungsprozeß. Der Stil des Spätwerks ist Klimts Antwort auf die Konfrontation mit dem Schaffen von Künstlern wie van Gogh, Matisse, Gauguin und den jungen Expressionisten. Er greift Elemente wie die starke Leuchtkraft der Farben und den offenen, skizzenhaften



© ONB/Wien Bildarchiv 94884-E / Foto: Moriz Nähr

Gustav Klimts Arbeitsraum im Atelier Feldmühlgasse 11, Wien 13, mit den (unvollendeten) Gemälden Die Braut und Dame mit Fächer, 1918



Foto: Sandro Zanzinger / Belvedere, Wien

Staatssekretärin Andrea Mayer (Mitte), Generaldirektorin Stella Rollig und Kurator Markus Fellinger vor der „Dame mit Fächer" im Oberen Belvedere

Pinselstrich auf und erzeugt dadurch eine expressive Ausdrucksform.

Obwohl der Künstler in seinen letzten Gemälden auf den Einsatz von Blattmetall verzichtete, blieb er der formalen Errungenschaft seiner Goldenen Periode treu: der Neuinterpretation des Tafelbildes als materielles Objekt im Sinne eines kostbaren Schmuckstükks. In seinem Spätwerk versucht Klimt, diesen Eindruck weniger durch die Anmutung kunsthandwerklicher Gestaltung zu erreichen. Vielmehr sucht er nun auf dieser Grundlage eine expressivere Bildsprache, die eine emotionale, positive und weltbejahende Haltung vermittelt.

Kurator Markus Fellinger: „Es überrascht, daß ein Gemälde von so lichter Farbigkeit und knisternder Erotik von einem zurückgezogen lebenden Melancholiker gemalt wurde. Klimt betrieb die Malerei aber als Heilmittel gegen die Widrigkeiten des Lebens. Daß er mitten im Ersten Weltkrieg solche Bilder malte, wurde und wird häufig als dekadent empfunden. Klimt sah seine Aufgabe aber nicht in einer Kritik der Verhältnisse, sondern darin, der düsteren Wirklichkeit eine Vision der schönen Dinge des Lebens entgegenzusetzen: Farben, Harmonie, Liebe, Erotik."

Der erste Teil der Schau zeigt Dame mit Fächer im Kontext der späten, unvollendeten Gemälde von Gustav Klimt. Zu sehen sind unter anderem Die Braut, Amalie Zuckerkandl, Adam und Eva und Dame in Weiß. Ab Oktober wird die Ausstellung adaptiert und um eine weitere Komponente ergänzt: Das neue Kapitel beleuchtet Klimts Affinität zu ostasiatischen Kunststilen und zeigt auf, wie sich diese im Werk widerspiegeln. Dame mit Fächer. Gustav Klimts letzte Werke macht den Aufbruch des Malers in eine neue Schaffensphase kurz vor seinem Tod nachvollziehbar.

Provenienz der Dame mit Fächer

Dame mit Fächer wurde im Jahr 1920 als Leihgabe des Industriellen Erwin Böhler in der Kunstschau in Wien ausgestellt. Noch im selben Jahr wurde es zu seinem Bruder Heinrich Böhler in die Schweiz gebracht, wo es bis in die 1960er-Jahre im Besitz der Familie verblieb. Zeitweilig im Bestand der Sammlung Rudolf Leopolds, befand sich das Bild seitdem in unterschiedlichem Privatbesitz. Es wurde 1981 in Tokio und 1992 in Krakau öffentlich gezeigt. Als Leihgabe wird es nun im Oberen Belvedere im Rahmen einer zweiteiligen Sonderausstellung präsentiert.

Biografie des Künstlers

1862 Gustav Klimt wird am 14. Juli in Baumgarten bei Wien als erster Sohn des selbstständigen Graveurs Ernst Klimt sen. geboren.

1876 -83 Klimt studiert an der Wiener Kunstgewerbeschule. Um 1880 begründet er eine Arbeitsgemeinschaft mit seinem jüngeren Bruder Ernst und Franz Matsch, die bis 1892 alle grossen Aufträge gemeinsam ausführt. Erste selbstständige Aufträge für Wand- und Deckenbilder, sowie für Martin Gerlach's Allegorien und Embleme.

1886 -88 Deckenbilder im Stiegenhaus des Burgtheaters.

1890 -91 Zwickelbilder im Stiegenhaus des Kunsthistorischen Museums.

1892 Tod von Klimts Vater und seinem Bruder Ernst; Beginn einer mehrjährigen Lebenskrise.

1894 Auftrag für die Deckenbilder in der Aula der Universität (Fakultätsbilder), gemeinsam mit Franz Matsch; in der Folge langsame Auflösung der Kooperation mit Matsch.

1897 Klimt ist Gründungsmitglied und erster Präsident der Vereinigung bildender Künstler Wiens, Secession. Er entwickelt sich zum kompromisslosen Avantgardisten.

1898 Klimt verbringt erstmals die Sommerfrische im Salzkammergut mit Familie seiner engen Freundin Emilie Flöge.

1899 Geburt von Klimts ersten Kindern Gustav Ucicky und Gustav Zimmermann.

1900 Beginn der Kontroversen um die Fakultätsbilder. Goldmedaille der Pariser Weltausstellung für das Fakultätsbild Philosophie. Klimt experimentiert erstmals mit dem Einsatz von Blattgold in der 1901 fertiggestellten Judith.

1902 Beethovenausstellung in der Secession. Klimt hat dafür im Jahr zuvor den Beethovenfries gemalt.

1905 Nach längeren Kontroversen Austritt der Klimt-Gruppe aus der Secession.

1908 Die Klimt-Gruppe organisiert die Kunstschau. Klimt zeigt erstmals das Gemälde Der Kuß, das vom österreichischen Staat für die Moderne Galerie im Belvedere angekauft wird.

1909 Die Klimt-Gruppe organisiert die Internationale Kunstschau. Längere Reise nach Paris, Madrid und Toledo.
Klimt wendet sich von der Verwendung von Blattmetall in seinen Gemälden ab und entwickelt in den nächsten Jahren den farbenfrohen Stil seines Spätwerks.

1911 Vollendung von Klimts Mosaikfries für das Palais Stoclet in Brüssel. Klimt bezieht sein abgelegenes Gartenatelier in der Feldmühlgasse 11 in Wien-Hietzing. Beginn des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben. Klimt stellt seine Gemälde nur noch im Ausland aus.

1914 Beginn des Ersten Weltkriegs.

1918 Am 11. Jänner erleidet Klimt einen Schlaganfall. In der Folge entwickelt er eine Lungenentzündung, an der er am 6. Februar verstirbt. ■

https://www.belvedere.at/

Kultur

Josef Hoffmann. Fortschritt durch Schönheit

Die um ein Jahr verschobene Retrospektive wird von 15. Dezember 2021 bis 19. Juni 2022 in der MAK-Ausstellungshalle gezeigt



© MAK

Josef Hoffmann, Fassade des Palais Stoclet, Brüssel, 1914

Mit der bisher umfassendsten Retrospektive zu seinem Gesamtwerk würdigt das MAK – Museum für angewandte Kunst das eindrucksvolle Schaffen des Architekten, Designers, Lehrers, Ausstellungsmachers und Mitbegründers der Wiener Werkstätte Josef Hoffmann (1870–1956). Die ursprünglich anläßlich des 150. Geburtstags von Josef Hoffmann ab Dezember 2020 geplante Ausstellung wurde aufgrund der Corona-Pandemie um ein Jahr verschoben und wird nun von 15. Dezember 2021 bis 19. Juni 2022 in der MAK-Ausstellungshalle gezeigt.

Hoffmann kultivierte ein exemplarisches Modell moderner Lebensweisen und legte den Fokus auf Ästhetik und Schönheit als zentrale Parameter moderner Gestaltung. Die Ausstellung „Josef Hofmann. Fortschritt durch Schönheit“ läßt das nahezu 60jährige Schaffen des einflußreichen globalen Pioniers in Architektur und Design um 1900 in all seinen Facetten Revue passieren und bereichert die systematische Erforschung und Vermittlung seines Vermächtnisses.

Mit einer anfänglich puristischen Designsprache hat sich Josef Hoffmann als eine der zentralen Figuren in die Wiener Moderne eingeschrieben. Durch sein Ideal des Gesamtkunstwerks und herausragende Bauten, darunter das zum UNESCO-Welterbe zählende Palais Stoclet in Brüssel (1905–1911), hat er national wie international Spuren hinterlassen. Obwohl der Allgestalter in allen wichti-

gen Ausstellungen zur Wiener Moderne vertreten war, ist sein Werk bis dato nur in Teilbereichen lückenlos aufgearbeitet.

Das Kuratorenteam der Ausstellung – Matthias Boeckl, Rainald Franz und Christian Witt-Dörring – hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf Basis zum Teil unbekannter Quellen und der Aktualisierung des Werkverzeichnisses bestehende Forschungslücken zu schließen. Die Wahrnehmung von Hoffmanns Schaffen als Architekt und Designer sei im Hinblick auf die bisher verwendeten Quellen unvollständig, hinsichtlich gestalterischer Aspekte vereinfacht und hinsichtlich des geografischen und historischen Wirkungskreises begrenzt, so die Kuratoren.

In 20 Kapiteln nähert sich die Ausstellung „Josef Hoffmann. Fortschritt durch Schönheit" mit mehr als 1.000 Exponaten seinem gewaltigen Lebenswerk, das sämtliche Aspekte des täglichen Lebens wie Architektur, Innenraumgestaltung, Mode sowie Gebrauchsgegenstände umfaßt.

Der ursprünglich aus wohlhabendem, gutbürgerlichem Haus in Brtnice, Tschechien, stammende Hoffmann erlebte fünf verschiedene politische Regime, von der Habsburgermonarchie bis zur Zweiten Republik Österreich. Er galt als Geschmacks- und Identitätsstifter und pflegte als langjähriger Lehrer, einflußreicher Kunstgewerbedesigner und Mitbegründer der Wiener Secession, der Wiener Werkstätte sowie des Werkbunds ein beispielhaftes modernes Lebensmodell. In seinem Pionierdenken vereinte er einen künstlerisch ambitionierten architektonischen Ansatz mit einer handwerklich geprägten Produktkultur.

Die Ausstellung spannt einen lückenlosen Bogen von seiner Jugend und dem Studium an der Wiener Akademie der bildenden Künste bis zu seinem Tod 1956. Der Schwerpunkt liegt auf dem bis heute anhaltenden Einfluß seiner Werke auf Architektur, Kunstgewerbe und Design, ausgehend von seinen prominentesten Projekten und Bauten: dem Sanatorium Westend in Purkersdorf (1904/1905), dem Palais Stoclet in Brüssel (1905–1911), der Wiener Kunstschau (1908), dem österreichischen Pavillon für die Werkbundausstellung in Köln (1914), dem Pariser Pavillon für die „Exposition internationale des Arts décoratifs et industriels modernes" (1925), der Werkbundsiedlung in Wien (1931) und dem Pavillon für die Biennale in Venedig (1934). Eine multimediale Zeitleiste führt die BesucherInnen durch Hoffmanns Leben und verweist auf vergessene Projekte und Texte.



© MAK

Josef Hoffmann, Speisesaal des Sanatoriums Westend, Purkersdorf, 1905



© MAK / Katrin Wißkirchen

Josef Hoffmann, Porzellanservice „Melone" für die Porzellanmanufaktur Augarten, 1931

Eine Rekonstruktion des von Josef Hoffmann für die Pariser Weltausstellung entworfenen „Boudoir d'une grande vedette" [Boudoir für einen großen Star] (1937) ermöglicht ein unmittelbares Erleben seines Raumdenkens. Erstmals zu sehen sind unter anderem Einrichtungsgegenstände aus der Villa für Sonja Knips (1924) und der Internationalen Kunstgewerbeausstellung in Paris (1925), außerdem noch nie gezeigte Entwürfe Josef Hoffmanns aus den Jahren des Nationalsozialismus sowie aus Archiven der Firmen J. & J. Lobmeyr, J. Backhausen & Söhne und der Wiener Porzellanmanufaktur Augarten.

Speziell für die Ausstellung programmierte der Architekt Ben James einen Artificial-Intelligence-Algorithmus, der Hoffmanns typische Formensprache für neue Entwurfsaufgaben kombinatorisch anwendet und auch ArchitektInnen und DesignerInnen von heute als „digitaler Assistent" inspirieren soll.

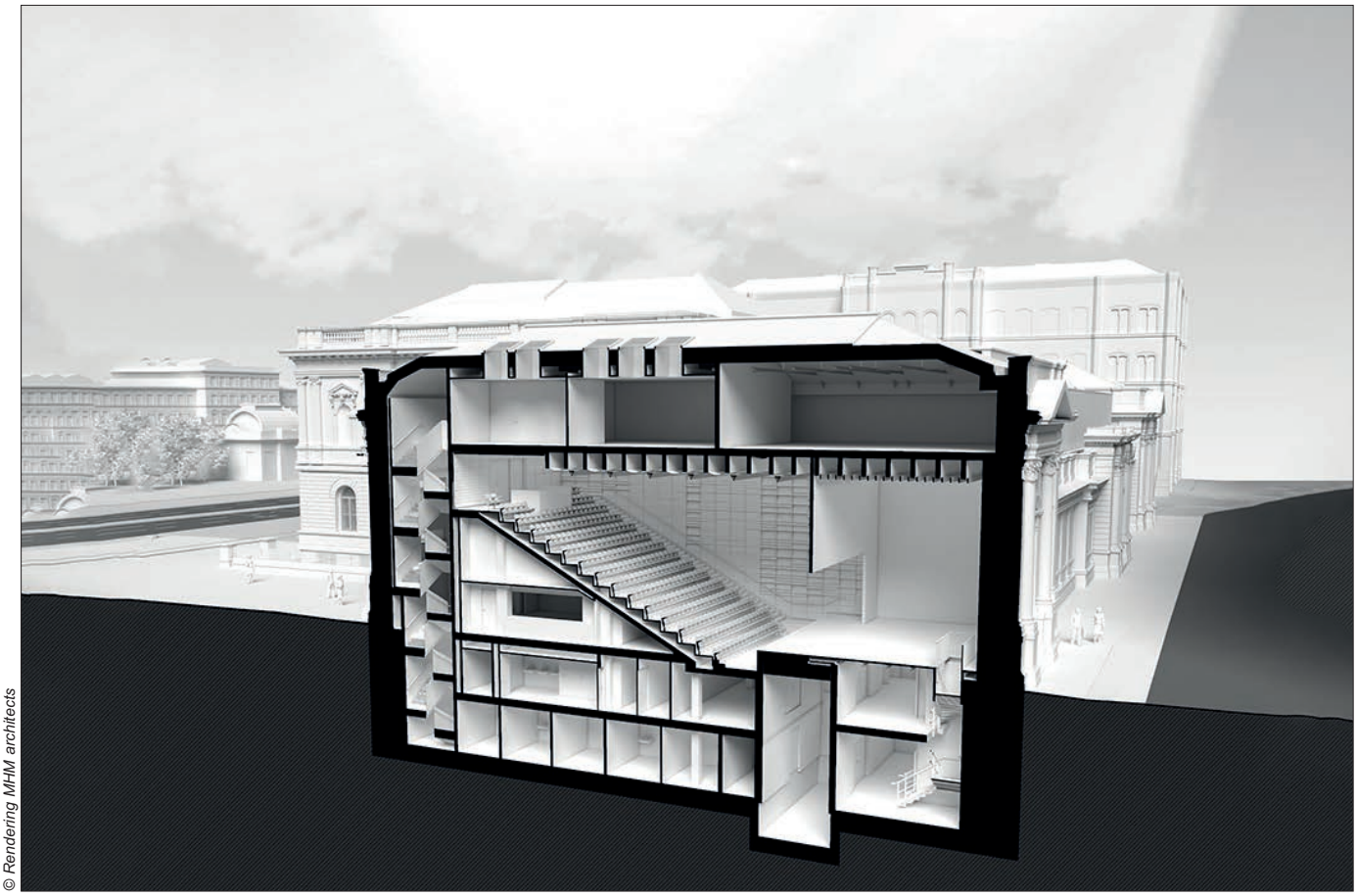
https://MAK.at

Die Inhalte der Ausstellung vertieft die Publikation „Josef Hoffmann 1870–1956: Fortschritt durch Schönheit. Das Handbuch zum Werk", Deutsch, 448 Seiten mit zahlreichen Farbabbildungen. MAK, Wien/Birkhäuser Verlag, Basel 2021.
ISBN: 978-3-0356-2295-9
Erhältlich um € 69,95 im MAK Design Shop und unter
https://MAKdesignshop.at ■

Kultur

Eine neue Oper für Wien

Die Wiener Staatsoper präsentierte ihre neue Arbeits- und Spielstätte im Französischen Saal des Künstlerhauses



© Rendering MHM architects

Im Rahmen eines Pressegespräches wurde am 28. September eine neue Arbeits- und Spielstätte der Wiener Staatsoper präsentiert: Der Französische Saal im Künstlerhaus Wien wird zu einem modernen Opernhaus mit bis zu 279 Sitzplätzen umgebaut, zweckgewidmet für junges Publikum sowie den künstlerischen Nachwuchs. Auf dem Podium anwesend waren die Staatssekretärin für Kunst und Kultur, Andrea Mayer, Hans Peter Haselsteiner (Haselsteiner Familien-Privatstiftung), Thomas Birtel (Vorstandsvorsitzender der STRABAG SE), Klaus Albrecht Schröder (Generaldirektor Albertina) sowie Staatsopern-Direktor Bogdan Roščic. Die Öffnung der Staatsoper für neue Publikumsgruppen, insbesondere aber für junges Publikum von Kindern bis zu U27jährigen sowie ein Bekenntnis zur intensiveren Förderung des künstlerischen Nachwuchses, sind zentrale Ziele der Direktion.

Die limitierte Raumsituation im Gebäude der Wiener Staatsoper, dem möglicherweise am intensivsten genutzten Theatergebäude der Welt, lassen ein ausreichendes Angebot für junges Publikum und ein adäquates Arbeiten mit jungen KünstlerInnen nicht in ausreichendem Umfang zu. Es ist daher der Staatsoper nicht möglich, ihren kulturpolitischen sowie unternehmerischen Auftrag ganz zu erfüllen. Die neue Arbeits- und Spielstätte wird die Umsetzung dieses für die Zukunft der Wiener Staatsoper so zentralen Vorhabens ermöglichen.

Die Planung für den Französischen Saal geht für den Start von rund 100 Veranstaltungen pro Spielzeit aus. Diese umfassen u. a. Kinderopern, Kinderkonzerte, Vorstellungen der Ballettakademie, Konzerte des Opernstudios und der Opernschule, Veranstaltungen für den Offiziellen Freundeskreis, Uraufführungen in Oper wie Ballett, bestehende wie neue Vermittlungsformate sowie partizipative Formate.

Mindestens ebenso wichtig ist die künftige Nutzung des Französischen Saals durch den künstlerischen Nachwuchs. Vor allem wird er die neue Heimat des Opernstudios, jenes neu gegründeten Ausbildungsprogramms, das seit der Spielzeit 2020/21 die besten jungen SängerInnen von der abgeschlossenen Ausbildung zur internationalen Karriere führt. Auch die Opernschule, die Chorakademie, die Ballettakademie sowie die Jugendkompanie des Staatsballetts werden in der neuen Arbeitsstätte nicht nur proben, sondern auch neu geschaffene Auftrittsmöglichkeiten erhalten.

Die Kosten

Bei dem Projekt handelt es sich um eine Public-Private-Partnership. Projektpartner der Wiener Staatsoper sind die Künstlerhausbesitz und -betriebs GmbH (KBBG), die STRABAG SE, die Haselsteiner Familien-Privatstiftung sowie die öffentliche Hand, vertreten durch das Bundesministerium für Kunst, Kultur, Öffentlichen Dienst und Sport (BMKOES).



Foto: Staatsoper / Katharina Schiffl

v.l.: Hans Peter Haselsteiner (Haselsteiner Familien-Privatstiftung) Klaus Albrecht Schröder (Generaldiektor der Albertina), Andrea Mayer (Staatssekretärin für Kunst und Kultur), Bogdan Roscic (Direktor der Wiener Staatsoper) und Thomas Birtel (CEO der STRABAG SE)

Die Gesamtprojektkosten zur Errichtung des Französischen Saals als Arbeits- und Spielstätte der Wiener Staatsoper belaufen sich nach aktueller Planung auf 20,5 Mio. Euro netto. Davon bringt das BMKOES durch eine einmalige Zuwendung 5 Mio. Euro ein. 10 Mio. Euro werden durch ein Sponsoring der STRABAG SE beigesteuert, die restlichen 5,5 Mio. Euro kommen von der Haselsteiner Familien-Privatstiftung.

Die künftige Bespielung des Hauses erfordert vom Bund keine zusätzlichen, über die Basisabgeltung hinausgehenden Mittel. Die Produktionskosten für Kinder- und Jugendprojekte sind weitgehend im laufenden Budget der Wiener Staatsoper, also aus Erlösen aus dem Kartenverkauf, dem Wegfall externer Mietkosten für Kinderoper in der Walfischgasse und die derzeitige Arbeitsstätte des Opernstudios, sowie aus Synergien mit dem Haupthaus gedeckt. Dazu kommen die Einkünfte aus dem in der Saison 2020/21 gegründeten Offiziellen Freundeskreis. Diese sind für Nachwuchsarbeit zweckgewidmet, ob an jüngeren Publikumsgruppen oder dem künstlerischen Nachwuchs. Weiters ist geplant, für dieses richtungsweisende Projekt zusätzliche Förderer und Sponsoren zu akquirieren.

Die Bauphasen

Die bereits begonnene, erste Bauphase endete mit September 2021, denn von Oktober 2021 bis Jänner 2023 finden in der benachbarten Albertina Modern drei Ausstellungen statt. Die zu erwartenden Erschütterungen während des laufenden Baubetriebs würden die Durchführung dieser Ausstellungen verunmöglichen, daher werden die Bauarbeiten erst wieder im Februar 2023 aufgenommen. Ab diesem Zeitpunkt wird die Albertina Modern vorübergehend schließen. Eine Fertigstellung und Übergabe des Französischen Saals an die Wiener Staatsoper soll im September 2024 erfolgen, die ersten Vorstellungen sind für Advent 2024 geplant.

Andrea Mayer, Staatssekretärin für Kunst und Kultur

„Die Nachwuchsarbeit ist gerade heute für Kunst und Kultur so unglaublich wichtig, weil es so viele Alternativen für unsere Kinder und Jugendlichen gibt. Gerade in unserer Zeit der Reizüberflutung müssen wir dafür Sorge tragen, den kommenden Generationen die Schönheit und die unglaubliche Weite der Kunst und Kultur näherzubringen. Dafür braucht es entsprechende und ansprechende Räume. Ich freue mich daher sehr, daß wir für die Kinderoper der Wiener Staatsoper heute ein neues, langfristiges Zuhause präsentieren können."

Bogdan Roščic, Direktor Wiener Staatsoper

„Abgesehen von den künstlerischen und programmatischen Entscheidungen halte ich die neue Arbeits- und Spielstätte für das wichtigste Vorhaben meiner Direktionszeit. Denn sie ermöglicht es dem Haus, seinem Auftrag endlich in vollem Umfang gerecht zu werden und jene Arbeit am Nachwuchs im Publikum wie bei den Künstlern zu leisten, die im Haus am Ring selbst unmöglich erbracht werden kann. Ich bedanke mich bei Staatssekretärin Andrea Mayer wie auch bei Hans Peter Haselsteiner und Thomas Birtel, daß sie diesen Weg unterstützen und ermöglichen wollen."

Hans Peter Haselsteiner, Haselsteiner Familien-Privatstiftung

„Wenn die Oper als Kunstgattung weiterhin Bedeutung haben soll, muß es gelingen, junge Menschen dafür zu begeistern. Eine Kinder- und Jugendoper ist eine dafür notwendige Einrichtung."

Thomas Birtel, CEO STRABAG SE

„Wir legen Wert darauf, unsere Initiativen sehr sorgfältig auszuwählen, um einen nachhaltigen und zielgerichteten Beitrag zu leisten. Bei diesen langfristigen Engagements stellen wir den Nachwuchs bzw. Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt. In der Wiener Staatsoper haben wir einen Partner gefunden, dem diese Nachhaltigkeit ein ebenso zentrales Anliegen ist. Daß durch unsere Förderung die Nachwuchsarbeit dieses international so renommierten und für die Kulturnation Österreich so bedeutenden Hauses für die nächsten Jahrzehnte gesichert ist, macht uns stolz."

Klaus Albrecht Schröder, Generaldirektor der Albertina

„Ich freue mich, daß mit der Staatsoper ein weiterer renommierter Nutzer von internationaler Strahlkraft für das Künstlerhaus gewonnen werden konnte. Uns allen gemeinsam ist letztlich das größte Anliegen, die musische Erziehung als geistig-soziale Bildung zu fördern. Mit Sicherheit werden sich in Zukunft auch Kooperationen zwischen der Albertina Modern und dieser neuen Spielstätte der Wiener Staatsoper ergeben, die beide Häuser künstlerisch befruchten." ■

https://www.wiener-staatsoper.at/
https://albertina.at/